

# **Dualistische Raum- und Wirtschaftsstrukturen in Griechenland:**

## **Eine regionalökonomische Problemanalyse mit Vorschlägen für Entwicklungsstrategien**

### **Inaugural-Dissertation**

zur Erlangung der Würde eines Doktors der  
Naturwissenschaften (Dr. rer. nat.)  
der Universität Würzburg

Erster Gutachter: PD Dr. Ralf Klein

Zweiter Gutachter: Prof. Dr. Jürgen Rauh

vorgelegt von  
**Vassilios Zouboulidis**  
aus Nea Karvali/Griechenland

Juli 2006

*...meinem Bruder Toli  
und meinen Eltern Magdalena und Michael*

*...στον αδελφό μου Τόλη  
και στους γονείς μου Μαγδαληνή και Μιχαήλ*

## **Vorwort**

Die Idee für die Ausarbeitung der vorliegenden Dissertation entstand während meines Studiums der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Stuttgart. In verschiedenen Vorlesungen, Seminaren und anderen Veranstaltungen interessierte mich vor allem die praxisorientierte Anwendung von wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnissen bzw. Theorien. Ich beschäftigte mich weiterhin mit den Problemen und Perspektiven der griechischen Wirtschaft, insbesondere nach dem Beitritt des Landes an die heutige Europäische Union (EU).

Für die Formulierung einer Strategie zur Überwindung der wirtschaftlichen Unterentwicklung insgesamt und speziell des wirtschaftlichen Dualismus ist die Einbeziehung bzw. Berücksichtigung landesspezifischer Gegebenheiten bzw. Entwicklungen von elementarer Bedeutung. Man muss, mit anderen Worten, zu einer Synthese von theoretischen wirtschaftswissenschaftlichen und geographischen Erkenntnissen kommen, insbesondere aus den Gebieten der Wirtschaftsgeographie und der Regionalwirtschaft.

Im Institut für Geographie der Universität Würzburg fand ich geradezu ideale Voraussetzungen für die Ausarbeitung bzw. Realisierung der vorliegenden Dissertation. Mein Dank gilt deshalb allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts. Herrn Prof. Dr. Detlef Busche und Herrn Prof. Dr. Jürgen Rauh gilt für die eingehende Durchsicht dieser Arbeit bzw. für die Übernahme des Mitberichts mein herzlicher Dank. Nicht zuletzt gilt mein besonderer Dank Herrn PD Dr. Ralf Klein für die wissenschaftliche Unterstützung sowie für die kritischen Diskussionen und wertvollen Anregungen.

Meinen Eltern Magdalena und Michael Zouboulidis bin ich zu großem Dank verpflichtet, da sie mir die Startvoraussetzungen zu meinem wissenschaftlichen Werdegang ermöglicht haben. Zum Schluss möchte ich meinen Bruder Tolis Zouboulidis für die geduldige Unterstützung danken, der noch während der Ausarbeitung dieser Dissertation im Alter von 34 Jahren an unheilbarer Krankheit starb. Ihm widme ich dieses Buch.

Nea Karvali, im November 2006

Vassilios Zouboulidis

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abbildungs- und Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>8</b>
--	----------

## **Teil I: Einführung**

1.1. Problemstellung und Zielsetzung der Arbeit .....	10
1.2. Aufbau der Arbeit und methodische Vorgehensweise.....	12

## **Teil II: Theoretische Erklärungsansätze des wirtschaftlichen Dualismus**

1. Dualistische Wirtschaftsstrukturen.....	15
1.1. Begriff des wirtschaftlichen Dualismus.....	15
1.2. Zwei Klassische Dualismustheorien (Boeke, Lewis) .....	16
1.2.1. Dualismustheorie von Boeke .....	16
1.2.2. Dualismustheorie von Lewis.....	19
1.3. Neuere Beiträge zur Dualismusproblematik: Dualismusmodelle.....	22
1.3.1. Das Dualismus-Modell von Fei/Ranis .....	22
1.3.2. Das neoklassische Dualismus-Modell von Jorgenson.....	24
1.3.3. Das Dualismus-Modell von Sah/Stiglitz .....	26
1.3.4. Das Modell von Harris/Todaro.....	27
1.3.5. Weiterführende Beiträge zur Dualismuskussion .....	28
1.4. Eigenschaften dualistischer Wirtschaftsstrukturen.....	29
1.4.1. Der technologische Dualismus.....	30
1.4.2. Der dualistische Arbeitsmarkt.....	31
1.4.3. Der dualistische Kapitalmarkt und der finanzielle Dualismus .....	32
1.4.4. Produktmärkte in einer dualistischen Wirtschaft .....	33
2. Intersektorale Strukturierung einer Volkswirtschaft und wirtschaftlicher Dualismus .....	35

## **Teil III: Strukturanalyse der griechischen Volkswirtschaft aus dem Blickfeld des wirtschaftlichen Dualismus**

1. Der primäre Sektor in Griechenland.....	41
1.1. Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe.....	42
1.2. Die Besitzverhältnisse in der griechischen Landwirtschaft .....	45
1.3. Die Produktionsstruktur .....	46
1.4. Die Produktionsverfahren und Produktivität.....	49
1.5. Preise und Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte .....	50
1.6. Die finanzielle Situation der landwirtschaftlichen Betriebe .....	51
1.7. Die Agrargenossenschaften .....	52

1.8. Sozialökonomische Aspekte.....	53
1.9. Zusammenfassung .....	54
<b>2. Der sekundäre Sektor in Griechenland .....</b>	<b>55</b>
2.1. Die Betriebsgrößenstruktur der Industriebetriebe .....	56
2.2. Die Produktionsstruktur .....	59
2.3. Das Technologieniveau .....	62
<b>3. Der tertiäre Sektor in Griechenland .....</b>	<b>63</b>
3.1. Die Staatsverwaltung und die staatlichen Großunternehmen .....	64
3.2. Handel und Schifffahrt .....	66
3.3. Die Tourismusbranche .....	69

#### **Teil IV: Ansätze einer Strategie zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen Griechenlands**

<b>1. Die Wirtschaftspolitik des Staates und die politischen Parteien im Kontext der dualistischen Wirtschaftsstrukturen Griechenlands.....</b>	<b>72</b>
1.1. Aspekte der Wirtschaftspolitik Griechenlands aus dem Blickfeld des wirtschaftlichen Dualismus .....	73
1.2. Die politischen Parteien bei der Gestaltung und Realisierung der Wirtschaftspolitik in Griechenland.....	76
1.3. Die Rolle der politischen Parteien Griechenlands bei der Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus ....	77
<b>2. Globale Strategien der wirtschaftlichen Entwicklung .....</b>	<b>79</b>
2.1. Die Strategie des ungleichgewichtigen Wachstums .....	79
2.2. Die Strategie des gleichgewichtigen oder ausgewogenen Wachstums .....	80
2.3. Beurteilung beider Strategien unter Berücksichtigung der dualistischen Wirtschaftsstruktur Griechenlands.....	81
<b>3. Anpassung bzw. Weiterentwicklung der Strategie des gleichgewichtigen Wachstums für Griechenland unter Berücksichtigung der EU-Mitgliedschaft .....</b>	<b>84</b>
3.1. Reform der staatlichen Verwaltung und des Agrarsektors .....	86
1.3.1. Der bürokratische Verwaltungsapparat Griechenlands als Einflussfaktor zur Überwindung seiner dualistischen Wirtschaftsstruktur .....	86
3.1.1.1. Die Beziehungen zwischen staatlichen Instanzen und Verwaltungsapparat.....	88
3.1.1.2. Strukturelle und funktionelle Defizite des staatlichen Verwaltungsapparates beim wirtschaftlichen Entwicklungsprozess .....	89
3.1.1.3. Die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform aus dem Blickfeld des wirtschaftlichen Dualismus <sup>92</sup>	
3.1.1.4. Organisationsstruktur und Führungsform der neuen Verwaltung.....	94
3.1.1.5. Funktionsweise der neuen Organisation.....	95
3.1.2. Eine Landreform zur Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe Griechenlands .....	96
3.1.2.1. Die Notwendigkeit von Strukturveränderungen in der griechischen Landwirtschaft.....	97
3.1.2.2. Die Landreform als Voraussetzung zur Verringerung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen im Agrarsektor Griechenlands .....	99
3.2. Marktfördernde Maßnahmen.....	104

3.2.1. Die Wirtschaftspolitik im Kontext dualistischer Wirtschaftsstrukturen .....	105
3.2.1.1. Der volkswirtschaftliche Einfluss des Staates .....	105
3.2.1.2. Die staatliche Entwicklungspolitik.....	106
3.2.1.2. Defizite der Marktwirtschaft in dualistischen Wirtschaftsstrukturen .....	107
3.2.2. Betätigungsfelder des griechischen Staates für eine angemessene Rahmenpolitik .....	109
3.2.2.1. Organisierung und Erweiterung der Marktstrukturen .....	109
3.2.2.2. Förderung des Wettbewerbs auf den Märkten .....	110
3.2.2.3. Infrastrukturelle Aufgaben des Staates zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus <sup>112</sup>	
3.2.2.3.1. Bereitstellung bzw. Unterhaltung einer volkswirtschaftlichen Infrastruktur .....	112
3.2.2.3.2. Definition und Zusammensetzung der Infrastruktur.....	113
3.2.2.3.3. Auswirkungen der Infrastrukturinvestitionen in einer Volkswirtschaft.....	114
3.2.2.3.4. Staatliche Infrastrukturinvestitionen in den dualistischen Wirtschaften.....	115
3.2.2.3.5. Abstimmung von Infrastrukturinvestitionen.....	116
3.2.2.3.6. Bevorzugung des rückständigen Wirtschaftsbereiches bei Infrastrukturinvestitionen .....	118
3.2.2.3.7. Koordinierung und Bereitstellung der Infrastrukturleistungen.....	119
3.2.2.4. Ansätze einer sektoralen und regionalen Rahmenpolitik zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus .....	120
3.2.2.4.1. Intersektorale Verflechtungen beim wirtschaftlichen Wachstum .....	120
3.2.2.4.2. Grundzüge einer angemessenen Industrialisierungspolitik unter regionalpolitischen Aspekten .....	121
3.2.2.5. Die Rolle der privaten Unternehmer bei der Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus in Griechenland .....	124
3.2.2.5.1. Die Hindernisse für private langfristige Kapitalinvestitionen .....	126
3.2.2.5.2. Der Beitrag privatwirtschaftlicher Initiativen zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus .....	128
3.2.2.5.3. Grundzüge einer Unternehmerförderungs politik .....	130
3.3. Förderung der Diffusion des technischen Fortschritts in Richtung zum traditionellen Wirtschaftsbereich. 132	
3.3.1. Förderung der Grundlagenforschung .....	133
3.3.2. Gezielte Förderung von privaten innovativen Investitionen .....	135
3.3.3. Förderung der Innovationsorientierung der Unternehmen .....	137
3.3.4. Förderung der Absorption von Innovationen .....	138
3.4. Förderung der genossenschaftlichen Zusammenarbeit im traditionellen Wirtschaftsbereich .....	140
3.4.1. Der Beitrag der griechischen Genossenschaften zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus .....	141
3.4.1.1. Wesen und Vorteile einer genossenschaftlichen Zusammenarbeit.....	141
3.4.1.2. Die Rolle der Genossenschaften bei der Marktstrukturierung .....	143
3.4.1.2.1. Die Genossenschaften als Instrument zur Organisierung der Märkte .....	144
3.4.1.2.2. Auswirkungen der Genossenschaften auf die Marktstrukturelemente.....	144
3.4.1.2.3. Ein- versus Vielzweckgenossenschaften.....	145
3.4.1.2.4. Die Genossenschaften bei der Einführung von Innovationen .....	146

3.4.1.2.5. Der Beitrag der Genossenschaften zur Erweiterung der Binnenmärkte .....	148
3.4.1.2.6. Horizontale Integration am Beispiel der Kreditgenossenschaften.....	149
3.4.1.2.7. Vertikale Integration am Beispiel von Bezugs- und Absatzgenossenschaften ..	151
3.4.1.2.8. Der Abbau von Monopolketten durch genossenschaftliche Organisationen .....	152
3.4.1.2.9. Auswirkungen des genossenschaftlichen Integrationsprozesses .....	154
3.4.2. Staat und Genossenschaften bei der Verfolgung wirtschaftspolitischer Ziele.....	156
3.4.2.1. Das Verhältnis zwischen Staat und Genossenschaften.....	157
3.4.2.2. Die bisherige staatliche Förderungspolitik im Genossenschaftssektor.....	159
3.4.3. Elemente einer staatlichen Förderungspolitik im Genossenschaftssektor zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus .....	162
3.4.3.1. Förderungspolitik für die Genossenschaften im rückständigen Wirtschaftsbereich.....	162
3.4.3.2. Förderungspolitik zum Auf- und Ausbau der Marktinfrastruktur .....	163
3.4.3.3. Finanzielle Hilfsleistungen des Staates und der genossenschaftliche Intergrationsprozess .....	164
3.4.3.4. Förderung einer genossenschaftlichen Organisationsbürokratie.....	166

## **Teil V: Zusammenfassung, Ausblick**

1. Zusammenfassung .....	168
2. Ausblick.....	170
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>172</b>

# Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

## Abbildungen

Abb. 1: Aufbau der Arbeit.....	14
Abb. 2: Zusammenhang zwischen Löhnen und Investitionen.....	21
Abb. 3: Das Dualismus-Modell von Fei/Ranis .....	22
Abb. 4: Die Zusammensetzung von Entwicklungsstand und Strukturwandel.....	36

## Tabellen

Tab. 1: Geografische Bevölkerungsverteilung und Fläche Griechenlands .....	39
Tab. 2: Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttosozialprodukt Griechenlands .....	41
Tab. 3: Anbauflächen der landwirtschaftlichen Betriebe gegliedert nach Anzahl und durchschnittliche Größe in den geographischen Regionen Griechenlands .....	42
Tab. 4: Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit bewässerten Anbauflächen gegliedert nach Anbauarten und Größe der Betriebe .....	44
Tab. 5.1 und 5.2: Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und Anbauflächen von natürlichen Personen, gegliedert nach Größe der Betriebe und Altersklassen der Betriebsinhaber .....	46
Tab. 6: Anbauflächen gegliedert nach Anbauarten in Griechenland davon bewässert und stillgelegte landwirtschaftliche Flächen.....	48
Tab. 7: Besitzer von landwirtschaftlichen Flächen und Beschäftigte in der Landwirtschaft.....	54
Tab. 8: Anzahl und Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor Griechenlands.....	55
Tab. 9: Anzahl der Beschäftigten und der Betriebe in der verarbeitenden Industrie Griechenlands .....	57
Tab. 10: Vergleich der griechischen Unternehmen im sekundären und tertiären Sektor des Landes in den Jahren 1988 und 1998 .....	57
Tab. 11: Hauptindustriezweige Griechenlands mit Wachstum und Verringerung der Produktion in % .....	60
Tab. 12: Investitionseinflussfaktoren für die griechische Industrie .....	62
Tab. 13: Verteilung der Investitionen in der griechischen Industrie.....	63
Tab. 14: Anzahl der Beschäftigten und der Unternehmen im Handelsbereich Griechenlands.....	67
Tab. 15: Die wichtigsten Handelspartner Griechenlands.....	68
Tab. 16: Bisherige und künftige Entwicklung der Nachfrage nach Hotelbetten (1998 – 2011) .....	71
Tab. 17: Horizontale und vertikale Abstimmung der Infrastrukturinvestitionen am Beispiel einer Landreform....	118
Tab. 18: Die griechische Agrargenossenschaften, gegliedert nach Regionen.....	143



## **Teil I: Einführung**

### **1. Problemstellung, Zielsetzung und methodische Vorgehensweise**

Als Griechenland zum 1. Januar 1981 der damaligen Europäischen Gemeinschaft (EG) beitrug, waren die Meinungen bzw. Erwartungen über die wirtschaftspolitische Entwicklung des Landes gespalten. Die Befürworter des EG-Beitritts erwarteten u.a. für die Bevölkerung eine Anhebung des allgemeinen Wohlstandes, für die Wirtschaft eine Verbesserung ihrer Absatzbedingungen durch Erschließung des großen EG-Marktes und für den Staatshaushalt einen beträchtlichen Zufluss an EG-Mitteln. Obwohl schon damals abzusehen war, dass viele kleinere griechische Unternehmen dem Druck der EG-Konkurrenz nicht standhalten können würden, hat man diese Befürchtung wirtschaftspolitisch weitgehend verdrängt bzw. vernachlässigt. Man sah in dieser Entwicklung vielmehr den nötigen Zwang zur Anpassung, Rationalisierung, Produktivitätssteigerung und Modernisierung der griechischen Wirtschaft. Auf der Gegenseite war man der Auffassung, dass der Beitritt des Landes in die EG eine wirtschaftliche Stagnation einleiten bzw. die wirtschaftliche Abhängigkeit von der EG eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung des Landes erschweren würde.

Eine wissenschaftliche Diskussion über die strukturellen Probleme der griechischen Wirtschaft wurde, anlässlich des Beitritts des Landes zur EG, nie sonderlich geführt. Sie war vielmehr von der allgemeinen politischen Polarisierung in dieser Frage durchdrungen. Das führte u.a. auch dazu, dass die jeweilige wirtschaftspolitische Führung des Landes kaum auf fundierte Analysen und Strategien über die Auswirkungen des EG-Beitritts des Landes zurückgreifen konnte, sondern in vielen Bereichen erst einmal experimentieren musste.

Die Europäische Union hat allerdings ihrerseits in der Frage der Süderweiterung auch keine klare wirtschaftspolitische Strategie verfolgt bzw. realisiert. Da sie in Zeiten der Hochkonjunktur als ein Zusammenschluss hoch entwickelter Industrieländer entstanden ist, verfügt sie weitgehend nicht über die nötigen Instrumente und Politiken, um Griechenland (sowie die beiden anderen südeuropäischen Länder Spanien und Portugal), die ein wesentlich geringeres Entwicklungsniveau als die übrigen EG-Länder aufweisen, in die Gemeinschaft zu integrieren, ohne dass erhebliche wirtschaftliche Belastungen für die Beitrittsländer erforderlich wären. In dieser Frage hatten sich zwei Richtungen herauskristallisiert: Auf der einen Seite gab es die ordoliberal-orientierten Befürworter für den Freihandel und die Liberalisierung innerhalb der EG. Nach deren Ansicht würde die ungehemmte Beweglichkeit der Produktionsfaktoren im großen EG-Markt, nach einer gewissen Übergangszeit, mit der Verdrängung der nicht wettbewerbsfähigen Unternehmen vom Markt zur allgemeinen Optimierung des wirtschaftlichen Nutzens und Wohlstandes führen. Schutzmaßnahmen zugunsten wettbewerbsschwacher Industrien, beispielsweise in Griechenland, würden nur die innergemeinschaftliche Arbeitsteilung entsprechend dem Theorem der komparativen Kosten behindern. Im Gegensatz dazu betonten andere Wissenschaftler die Notwendigkeit einer aktiven Strukturpolitik als flankierende Maßnahme für die gesamte Süderweiterung der EG. Eine solche Politik würde den

Entwicklungsabstand der neuen Mitgliedsländer gegenüber den übrigen EG-Ländern durch gezielte Förderungsmaßnahmen in der Industrie-, Agrar-, Regional- und Sozialpolitik abbauen. Folgende Indikatoren lassen den Entwicklungsabstand Griechenlands gegenüber den übrigen EG-Partnern im Zeitraum des EG-Beitritts des Landes erkennen. Im Jahr 1982 betrug das Bruttoinlandsprodukt Griechenlands pro Kopf der Bevölkerung 3.979 ECU, während in der anderen zehn EG-Ländern der entsprechende Wert durchschnittlich bei 8.857 ECU lag. Zur Entstehung des Bruttoinlandsproduktes trug in Griechenland der landwirtschaftliche Sektor mit 18%, die Industrie mit 30% und der Dienstleistungssektor mit 52% bei; die entsprechenden durchschnittlichen Werte in der EG waren jeweils 4%, 39% und 57%. Im landwirtschaftlichen und industriellen Sektor des Landes waren jeweils etwa 30% aller Beschäftigten tätig, während in der Landwirtschaft der EG durchschnittlich 7,7% und in der Industrie 36% arbeiteten [vgl. Kazakos, (1988), S. 14f, Papailias, (1983), S. 109ff].

Aus den vorher erwähnten Zahlen ist u.a. ersichtlich, dass die Landwirtschaft in Griechenland im Verhältnis zu den anderen EG-Ländern eine bedeutende Rolle spielt und gleichzeitig die Industrie des Landes weniger entwickelt ist. Hinzu kommt, dass beide Wirtschaftszweige weniger produktiv sind als diejenigen in der EG. Im industriellen Sektor Griechenlands überwiegen die Klein- und Mittelbetriebe. Fast alle Betriebe (etwa 99%) beschäftigen weniger als 50 und gut 93% sogar weniger als 10 Personen. Die Landwirtschaft des Landes ist aufgrund der geringeren Betriebsgrößen, Produktivität, Mechanisierung, Bewässerung usw. weniger wettbewerbsfähig als in den übrigen EG-Ländern [vgl. Panagiotopoulou/Tsoukalas, (1993), S. 208ff und Parashidis (1984), S. 45].

### **1.1. Problemstellung und Zielsetzung der Arbeit**

Die Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) kann man bezüglich ihrer Wirtschaftsstruktur in zwei Kategorien einteilen: Die Industrieländer, die eine ausgewogene und auf hohem Technologieniveau stehende Wirtschaftsstruktur aufweisen, wie z. B. die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Großbritannien. Zur zweiten Kategorie gehören u.a. die südeuropäischen Mitgliedsländer Griechenland, Portugal und Spanien, deren zentrales wirtschaftspolitisches Ziel die Modernisierung ihrer Volkswirtschaft ist. Sie streben, anders ausgedrückt, zumindest langfristig, eine Strukturwandlung bzw. -anpassung ihrer Volkswirtschaft zu jenen Ländern an, die nicht nur innerhalb der EU, sondern auch weltweit, zu den wirtschaftlich Führenden gehören. Die vorher genannte Zweiteilung trifft man allerdings nicht nur zwischen den Mitgliedsländern sondern auch innerhalb einzelner Länder selbst. Der Norden Italiens beispielsweise, ist durch ein hohes Industrialisierungsniveau gekennzeichnet, während im Süden des Landes eine relative wirtschaftliche Unterentwicklung zu verzeichnen ist. In der EU verwendet man hierfür den Terminus "wirtschaftlich schwache Regionen", womit sowohl Regionen als auch Länder bezeichnet werden.

Griechenland gehört zu diesen wirtschaftlich schwachen Regionen der EU. Die Überwindung der wirtschaftlichen Unterentwicklung des Landes war auch der Hauptgrund für den Beitritt in die

Europäische Gemeinschaft. Einige Ursachen dieser Unterentwicklung liegen in einer dualistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur des Landes. Diese Tendenz wurde im Laufe des wirtschaftlichen Wachstums eher verstärkt. Die wirtschaftlichen Probleme Griechenlands resultieren inzwischen nicht nur aus einer wirtschaftlichen Unterentwicklung, sondern auch aus einer ungleichmäßigen Entwicklung der einzelnen Wirtschaftsbereiche und Regionen des Landes. Griechenland weist eine ausgeprägte zentralistische Struktur auf.

Obwohl in der wissenschaftlichen als auch in der politischen Diskussion vom Dualismus bzw. vom wirtschaftlichen Dualismus gesprochen wird, kann dieser Begriff bis heute keineswegs als eindeutig bzw. einheitlich definiert bezeichnet werden. Diese Unklarheit besteht deshalb, weil viele Autoren unterschiedliche Ansatzpunkte für ihre Analyse wählen. Das hängt einerseits mit deren unterschiedlichen fachlichen Herkunft und andererseits mit deren unterschiedlichem politischem Engagement bzw. Standpunkt zusammen und kann daher nicht vorurteilslos die Ursachen für diese Fehlentwicklung erklären. Angesichts einer gegebenen begrifflichen Verwirrung hinsichtlich des Dualismus bzw. des wirtschaftlichen Dualismus erscheint es angemessen, diese Begriffe gleich zu Beginn am Beispiel Griechenlands kurz darzulegen. Eine ausführliche Begriffsanalyse bzw. -klärung erfolgt im theoretischen Teil dieser Arbeit.

Die Volkswirtschaft Griechenlands weist, genauso wie andere Volkswirtschaften, die die Modernisierung anstreben, folgenden Zustand auf: Die einzelnen Wirtschaftsbereiche und -regionen entwickeln sich nicht ausgewogen, sondern extrem ungleichmäßig. Im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung entstanden somit in den Wirtschaftssektoren und/oder -regionen des Landes zwei differenzierte sozialökonomische Bereiche, und zwar ohne irgendwelche erkennbaren Symptome, dass sie in absehbarer Zeit wieder einmal zusammenwachsen könnten. Dieses Phänomen kann man beispielsweise im Agrarsektor des Landes beobachten. Die größeren landwirtschaftlichen Betriebe werden teilweise durch moderne technologische Produktionsmethoden bewirtschaftet, während die kleineren auf einem veralteten Produktionsstand verharren.

Die Auseinanderentwicklung der beiden Bereiche in den jeweiligen Sektoren wird zusätzlich verstärkt, weil sie weitgehend unverbunden nebeneinander bestehen. Durch diesen Zustand kann sich folglich keine insgesamt konsistente nationale Wirtschaftsstruktur herausbilden. An dieser Stelle muss jedoch erwähnt werden, dass jeder Entwicklungsprozess mit einer Tendenz zu einer gewissen dualistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung begleitet wird. Das Dualismusphänomen kann man somit nicht nur in Entwicklungs- bzw. Schwellenländern beobachten. Auch viele, bereits weiter entwickelte Volkswirtschaften, zeigen heute noch bestimmte regionalwirtschaftliche Differenzierungen des Entwicklungsgefälles mit Einkommensgegensätzen auf. Bei der Dualismusproblematik handelt es sich aber nicht, jedenfalls nicht nur, um regionale Entwicklungsprobleme. Bei regionalen Differenzierungen in den Industrieländern sind die einzelnen Wirtschaftsbereiche noch vielfältig miteinander insbesondere über Märkte verbunden. Das ist der entscheidende Unterschied zu denjenigen Ländern, bei denen der Dualismus zu einer andauernden Spaltung ihres sozialen und wirtschaftlichen Systems bzw. zu Entkoppelungen führt.

Vor diesem Hintergrund lassen sich folgende Untersuchungsziele formulieren:

Als erstes wird der Versuch unternommen, das theoretische Fundament dieser Arbeit zu legen. Dabei werden zwei ausgewählte und wichtige Dualismustheorien zusammenfassend dargestellt und kritisch beurteilt. Am Anschluss daran wird in die moderne Dualismuskonzeption eingestiegen, die sich mit den unterschiedlichen Erscheinungsformen bzw. Charakteristika des wirtschaftlichen Dualismus beschäftigt. Dadurch wird den in der Literatur oft unklaren, und deshalb umstrittenen Begriff des wirtschaftlichen Dualismus Rechnung getragen und gleichzeitig werden die in dieser Arbeit verwendeten weitere Begriffe und Definitionen abgegrenzt.

Die Ausführungen setzen sich mit einer Betrachtung der griechischen Volkswirtschaft aus dem Blickfeld des wirtschaftlichen Dualismus fort. Unter Zuhilfenahme der theoretischen Erkenntnisse aus dem ersten Teil dieser Arbeit, wird untersucht, in welchen Bereichen der griechischen Volkswirtschaft dualistische Wirtschaftsstrukturen vorkommen sowie unter welchen Bedingungen sie entstanden sind bzw. weiterhin bestehen.

Auf der Basis der beiden vorher umrissenen Themenbereiche wird der Hauptbestandteil dieser Arbeit gelegt: Es werden verschiedene Möglichkeiten zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstruktur Griechenlands diskutiert bzw. aufgezeigt. Eine entscheidende Rolle kommt dabei der staatlichen Wirtschafts- und Regionalpolitik zu. Es soll die Frage beantwortet werden, welche Ziele die griechische Wirtschaftspolitik verfolgen muss, um einen Entwicklungsprozess mit marktwirtschaftlich integrierten Faktor- und Produktmärkten herbeizuführen. Es wird weiterhin untersucht, welche entwicklungs-politischen Maßnahmen und Mittel auf welche Faktoren hinwirken müssen, die das Entstehen oder die Beharrungs- bzw. Verstärkungstendenz des wirtschaftlichen Dualismus in Griechenland bewirken.

## **1.2. Aufbau der Arbeit und methodische Vorgehensweise**

Die vorliegende Arbeit lässt sich in drei Hauptteile untergliedern und baut sich folgendermaßen auf:

Im ersten Teil wird der Begriff des Dualismus bzw. des wirtschaftlichen Dualismus, auf der Basis von zwei theoretischen Hauptströmen, die auf Julius H. Boeke und W.A. Lewis zurückzuführen sind, erklärt bzw. analysiert und kritisch beurteilt. Beim wirtschaftlichen Dualismus handelt es sich um einen zentralen Begriff, der viele Erscheinungsformen bzw. Charakteristika aufweist, wie beispielsweise der technologische Dualismus, der dualistische Arbeits- bzw. Kapitalmarkt usw. Sie sind Gegenstand der modernen Dualismuskonzeption und werden im weiteren Verlauf dieses Teils im Einzelnen dargestellt und diskutiert. Der theoretische Teil dieser Arbeit wird schließlich durch das kurze Eingehen auf die Drei-Sektoren-Hypothese abgerundet, die als Hilfsmittel bei der Analyse der griechischen Volkswirtschaft im nächsten Teil angewendet wird.

Im zweiten Teil dieser Arbeit wird eine Strukturanalyse der griechischen Volkswirtschaft durchgeführt, um diejenigen Fehlentwicklungen bzw. Problemfelder in und zwischen den einzelnen Sektoren aufzuzeigen, die aus der Sicht des wirtschaftlichen Dualismus von Interesse

sind. Damit erfolgt eine Fokussierung der Untersuchungen auf diejenigen Bereiche, die für das Thema relevant sind. Solche Problemfelder sind beispielsweise im primären Sektor die uneinheitliche Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe, die überwiegend veraltete Produktionsverfahren sowie die defizitäre Organisation der Agrargenossenschaften. Im sekundären Sektor sind die Betriebsgrößenstruktur der Industriebetriebe sowie deren Produktionsstruktur und Technologieniveau für den wirtschaftlichen Dualismus relevant. Im tertiären Sektor werden schließlich zu disparitären Strukturen führenden Entwicklungen in der Staatsverwaltung und den staatlichen Großunternehmen, im Handel sowie in der Tourismusbranche aufgezeigt.

Der dritte Teil bildet den eigentlichen Schwerpunkt dieser Arbeit. Ausgehend von den theoretischen Darstellungen im ersten Teil und unter Berücksichtigung von Fehlentwicklungen der griechischen Volkswirtschaft im zweiten Teil dieser Arbeit, werden Möglichkeiten aufgezeigt um die dualistische Wirtschaftsstruktur Griechenlands zu überwinden. Dabei werden folgende Fragen im Mittelpunkt stehen:

- a) Welche strukturverändernde Maßnahmen bzw. Reformen sind als Voraussetzung zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus Griechenlands erforderlich?
- b) Welche marktfördernden Maßnahmen muss der Staat ergreifen, um einen uneingeschränkten Austausch von Sach- und Dienstleistungen, insbesondere zwischen den traditionellen und den modernen Bereich der Volkswirtschaft, zu ermöglichen?
- c) Wie ist eine Diffusion von Innovationen bzw. des technischen Fortschritts insgesamt, nach dem rückständigen Bereich der griechischen Wirtschaft zu ermöglichen bzw. welche Maßnahmen müssen getroffen werden, um den rückständigen Wirtschaftsbereich innovationsfähig, -bereit und -durchlässig zu gestalten?
- d) Wie soll die staatliche Förderungspolitik gestaltet werden, um die genossenschaftliche Zusammenarbeit vor allem im rückständigen Wirtschaftsbereich zu ermöglichen bzw. sie langfristig aufrechtzuerhalten?

Ausgehend von den vorher gestellten Fragen werden jeweils Strategien zur Verringerung bzw. Beseitigung der dualistischen Strukturen diskutiert und Handlungskonzepte entwickelt. Die formale Trennung von Maßnahmen ist allerdings heuristischer Art. Sie ist notwendig, da erst die Aufspaltung der gesamten Dualismusproblematik in Teilabschnitte eine systematische Analyse der verschiedenen Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen ermöglicht. In der praktischen Wirtschaftspolitik müssen hingegen diese Teilbereiche insgesamt berücksichtigt werden.

Die Abbildung auf der nächsten Seite veranschaulicht den Aufbau der Arbeit:

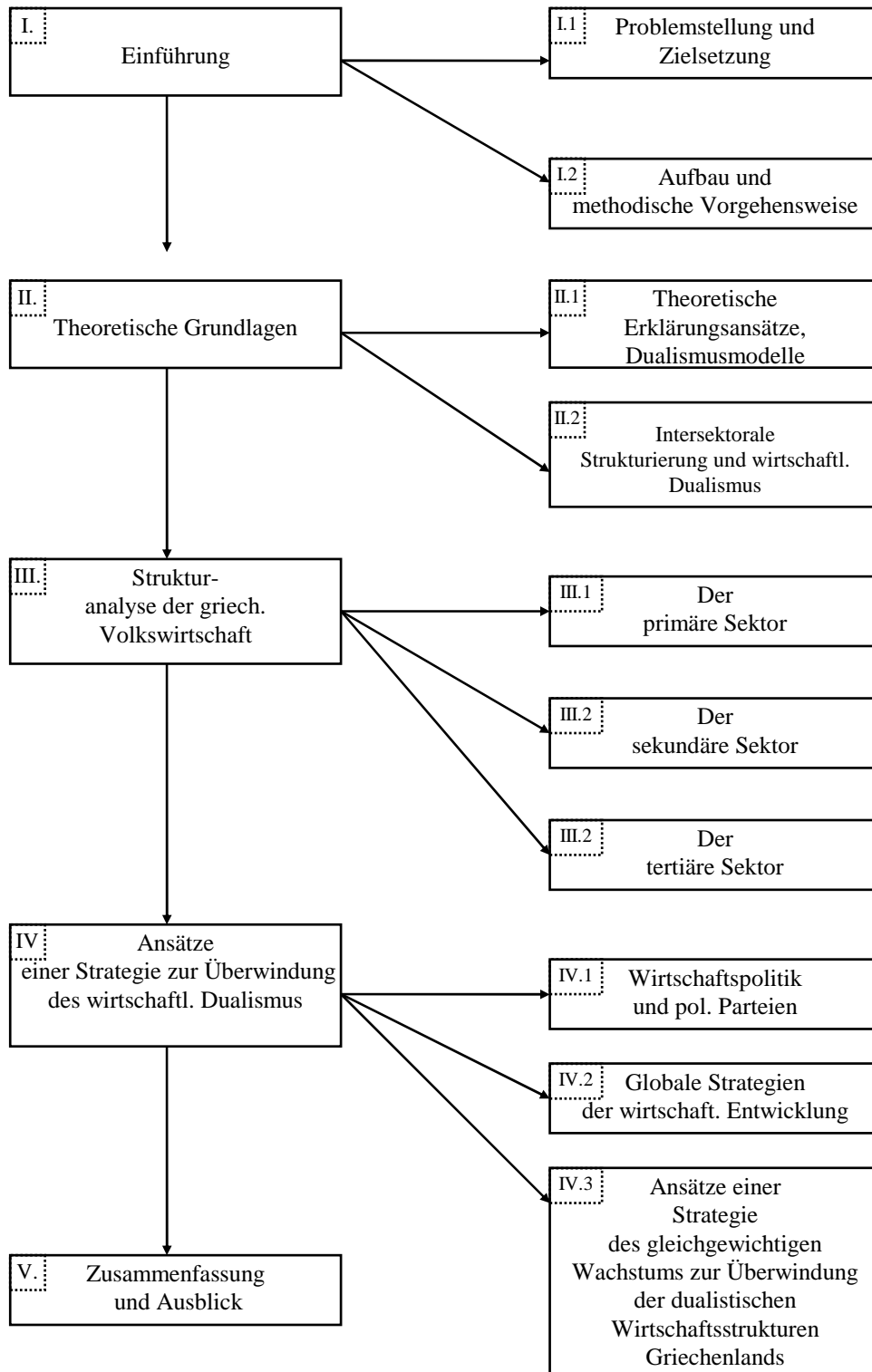


Abb. 1: Aufbau der Arbeit

## **Teil II: Theoretische Erklärungsansätze des wirtschaftlichen Dualismus**

Nach einer Definition des wirtschaftlichen Dualismus werden zwei theoretische Hauptströme von J. H. Boeke und W. A. Lewis vorgestellt und kritisch beurteilt. Obwohl beide Theorien für das Verständnis und die Beurteilung der Dualismusproblematik unerlässlich sind, bilden sie für die moderne Dualismuskonzeption nur die Ausgangsbasis. Dualistische Wirtschaftsstrukturen werden in der modernen Dualismuskonzeption nicht mehr als ein einheitliches bzw. eigenständiges Phänomen betrachtet, sondern es wird versucht ihre verschiedenen Faktoren bzw. Charakteristika zu analysieren, um daraus Möglichkeiten für deren Überwindung abzuleiten. Im letzten Kapitel wird schließlich gezeigt, dass dualistische Wirtschaftsstrukturen sowohl innerhalb als auch zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren sowie zwischen Regionen existieren können.

Für die Formulierung einer Strategie zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus sind landesspezifische volkswirtschaftliche Strukturen bzw. Problemfelder von grundlegender Bedeutung. Deshalb lassen sich Möglichkeiten zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen Griechenlands erst nach einer Betrachtung seiner Volkswirtschaft (im nächsten Abschnitt) aufzeigen.

### **1. Dualistische Wirtschaftsstrukturen**

Dualistische bzw. disparitäre Wirtschaftsstrukturen existieren in nahezu allen Ländern, unabhängig vom Stand ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Die Theorie des wirtschaftlichen Dualismus bezieht sich jedoch vorwiegend auf die Wirtschaftsstruktur von Entwicklungsländern, in denen Ansätze einer industriellen Entwicklung erkennbar sind. Er bezeichnet die Spaltung einer Volkswirtschaft in einen rückständigen und in einen modernen Wirtschaftsbereich. Zwischen den beiden Bereichen bestehen keine bzw. nur unbedeutende wirtschaftliche Austauschbeziehungen [vgl. Stier (1988), S. 194 und Wagner u.a., (1989), S. 31ff]. Die Trennung der beiden Wirtschaftsbereiche braucht dabei nicht unbedingt regionaler Natur zu sein (rückständige und fortschrittliche Landesteile). Dualistische Wirtschaftsstrukturen findet man sowohl zwischen als auch innerhalb solcher Regionen. Allerdings treten, beim Vergleich von Ballungsgebieten und dem sog. Hinterland, die Charakteristika des wirtschaftlichen Dualismus deutlicher hervor. Man spricht in diesem Fall auch vom regionalen Dualismus. [vgl. Lachmann (1994), S. 75, Knall (1986), S. 40 und Myrdal (1974), S. 37ff].

#### **1.1. Begriff des wirtschaftlichen Dualismus**

Der wirtschaftliche Dualismus ist nicht als eine einheitliche bzw. eigenständige Erscheinung zu betrachten. Er besteht vielmehr aus einem Komplex von sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Faktoren [vgl. Lachmann, (1994), S. 72f]. Dualistische Wirtschaftsstrukturen sind folglich nicht auf eine einzige Ursache zurückzuführen, sondern sie müssen aus einer Reihe historischer, struktureller und sozialökonomischer Einflussfaktoren erklärt werden.

Der rückständige, statisch-traditionelle oder vorkapitalistische Wirtschaftsbereich weist in den meisten Entwicklungsländern Merkmale einer Subsistenzwirtschaft auf [vgl. Datta (1982), S. 24f]. In diesem Bereich werden in Familienbetrieben mit einfachen Produktionstechniken und geringer Kapitalausstattung Güter des lokalen Bedarfs erzeugt. Die Beschäftigten in diesen Betrieben sind kaum bzw. wenig ausgebildet und die Lohnarbeit ist fast unbedeutend. Die Marktverflechtung und die Arbeitsproduktivität sind in diesem Bereich sehr gering. Parallel dazu existiert auch ein moderner und dynamischer Wirtschaftsbereich, bei dem erste Ansätze industrieller Produktion und Verarbeitung zu finden sind. Hier herrschen vor allem kapitalintensive Methoden sowie Lohnarbeit. Dieser Wirtschaftsbereich ist weitgehend in sich integriert und wird nach den für entwickelte Marktwirtschaften typischen Regeln der Produktivität und Rentabilität gesteuert [vgl. Myint (1985), S. 24f].

Die beiden Wirtschaftsbereiche sind miteinander, über die Märkte für Güter, Dienstleistungen und insbesondere für die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, weitgehend unverbunden. Man spricht in diesem Fall auch von einer gespaltenen Wirtschaft. Als ökonomischen oder wirtschaftlichen Dualismus bezeichnet man den Ausfluss des Zusammenpralls von einerseits traditionell geprägten und andererseits technisch-ökonomisch orientierten Gesellschaftsstrukturen. Er stellt eine Zuspitzung des sozialen und kulturellen Dualismus dar. Dieser Zusammenprall vollzieht sich normalerweise als Einbruch fremder, dynamischer Kräfte und ökonomischen Denk- und Handlungsweisen in einer statisch-traditionellen Gesellschaft. Der wirtschaftliche Dualismus steht somit auch für das Aufbrechen einer bislang abgeschlossenen, in sich ruhenden, Gesellschaftsstruktur [vgl. Wagner u.a., (1989), S. 31ff].

## **1.2. Zwei Klassische Dualismustheorien (Boeke, Lewis)**

In der Vielfalt von Dualismustheorien können zwei Hauptströme unterschieden werden, die auf Entwicklungskonzeptionen von J. H. Boeke und W.A. Lewis basieren. Sie sind für das Verständnis und die Beurteilung der modernen Dualismuskonzeption von grundsätzlicher Bedeutung bzw. als Quellen dualistischen Denkens zu betrachten. Im Folgenden werden beide Theorien kurz dargestellt und kritisch beurteilt.

### **1.2.1. Dualismustheorie von Boeke**

Der holländische Soziologe und Ökonom Julius Hermann Boeke hat den Begriff der dualistischen Gesellschaft und damit auch des wirtschaftlichen Dualismus geprägt. Boekes Theorie geht aus seinen Erfahrungen hervor, die er als niederländisch-ostindischer Beamter gemacht hat. Demnach führt das Eindringen des westlichen Kapitalismus in präkapitalistische Länder zu einer dauerhaften sozialen Desintegration [vgl. Boeke, (1953), S. 209ff, vgl. Datta (1982), S. 24f].

Das Aufeinandertreffen eines importierten, überwiegend westlichen Sozialsystems auf das traditionelle Sozialsystem eines Entwicklungslandes wird als **sozialer Dualismus** bezeichnet.



Charakteristika eines westlichen Sozialsystems wie kapitalistische Verhaltensweisen, unbegrenzte Bedürfnisse treffen auf östliche nicht- bzw. präkapitalistische Verhaltensweisen und begrenzte Bedürfnisse. Der überwiegende Teil der Bevölkerung eines Entwicklungslandes weist statisch-traditionelle Verhaltensweisen auf, z.B. Tabus, Brauchtum, geringe Mobilität usw. Wenn in diesem sozialen Umfeld westliche Wertvorstellungen im Lauf der Modernisierung eindringen, werden sie meistens von einem elitären Teil der Bevölkerung angenommen [vgl. Lachmann, (1994), S. 73]. Diese Bevölkerungsspaltung in "moderne" westliche und traditionelle Verhaltensweisen löst soziale Spannungen aus. Entwicklungsländer die durch sozialen Dualismus gekennzeichnet sind, können ihn, nach Boekes Auffassung, nur in einem schwierigen und langjährigen Prozess überwinden. Deshalb muss der soziale Dualismus als dauerhaftes Kennzeichen vieler Entwicklungsländer verstanden werden [vgl. Boeke, (1953), S. 209ff].

Neben dem "sozialen" tritt in den meisten Entwicklungsländern auch der **ökonomische oder wirtschaftliche Dualismus** auf. Er weist auf ein Phänomen der Wirtschaftsstruktur vor allem in jenen Entwicklungsländern hin, bei denen bereits erste Ansätze einer industriellen Entwicklung erkennbar sind. Ähnlich wie beim sozialen, existiert auch beim wirtschaftlichen Dualismus eine Spaltung der Volkswirtschaft in einen rückständigen und einen "modernen" Wirtschaftsbereich. Der erste ist ein traditioneller und selbstversorgender Wirtschaftsbereich (Subsistenzsektor), der insbesondere Nahrungsmittel sowie einfache Gebrauchsgüter erzeugt und meistens ohne oder mit nur geringen Marktkontakten besteht. Der "moderne" Wirtschaftsbereich bzw. -sektor ist auf den Produktionswert bezogen erheblich kleiner und produziert hauptsächlich Gebrauchsgüter des täglichen gehobenen Bedarfs, dauerhafte Konsum- und Investitionsgüter für eine kleine einheimische Käuferschicht und/oder für den Export. Im "modernen" Wirtschaftsbereich werden Leistungen der Produktionsfaktoren stärker honoriert als im Subsistenzsektor.

Boekes Theorie weist zwei grundlegende Mängel auf [vgl. Wagner, (1993), S. 42f, Hemmer (1988), S. 202f und Grimm (1979), S. 46ff]. Der wichtigste Mangel bzw. Irrtum an der Betrachtungsweise von Boeke liegt darin, dass er die Spaltung der Wirtschaft und Gesellschaft in den Entwicklungsländern nicht als ein korrigierbares sondern als ein unveränderliches Faktum interpretiert. Diese Ansicht stimmt mit den neueren Erkenntnissen der Sozialwissenschaft nicht überein. Im Gegensatz zu der Ansicht Boekes versteht die moderne Sozialwissenschaft jede Sozialstruktur, also auch die von Entwicklungsländern, als historisch gewachsen und somit auch als wandelbar. Jedes gesellschaftliche System ist somit, zumindest längerfristig betrachtet, für einen soziokulturellen Wandel offen. Dieser Wandel kann sowohl endogen (durch frei wirkende soziale Kräfte) als auch exogen (durch eine von außen unterstützte und zielgerichtete Entwicklungspolitik) erfolgen. Boekes Theorie versteht aber den Dualismus und speziell den wirtschaftlichen Dualismus als eine unüberbrückbare bzw. naturgegebene Spaltung der Gesellschaft, die keine Wandlung bzw. Entwicklung zulässt. Er weicht somit in diesem Punkt von den Grundsätzen der modernen Sozialwissenschaft entschieden ab.

Ähnliches gilt auch für den ökonomischen oder wirtschaftlichen Dualismus, der eng mit dem sozialen Dualismus zusammenhängt bzw. meistens parallel mit ihm existiert. Die dualistischen Wirtschaftsbereiche bestehen nicht, wie Boeke meint, unverbunden nebeneinander. Zwischen den zwei Bereichen findet schon eine Interaktion statt, auch wenn sie unvollkommen ist. Sie kann aber durch gezielte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Maßnahmen gelenkt bzw. verstärkt werden, auch wenn das eine lange Übergangsphase erfordert. Der wirtschaftliche Dualismus kann somit nicht als Bestandteil der Entwicklungsgesellschaften gesehen werden. Er ist vielmehr als eine Begleiterscheinung sozialer, ökonomischer und technologischer Diskrepanzen zu sehen, die allerdings überwunden werden können [vgl. Wagner (1993), S. 43f].

Der zweite grundlegende Mangel der Theorie von Boeke liegt darin, dass er sowohl den strukturellen Unterschied zwischen westlichen und östlichen Volkswirtschaften als auch die Spaltung der Entwicklungswirtschaften sehr überspitzt darstellt und interpretiert. Die Betrachtungsweise, dass die westlichen Volkswirtschaften homogen und die Entwicklungswirtschaften vollkommen gespalten sind, ist in beiden Fällen falsch. Die westlichen Volkswirtschaften sind nicht so homogen wie es sich Boeke vorstellt, denn auch sie weisen eine starke horizontale und vertikale Schichtung nicht nur hinsichtlich ihrer Wirtschaft sondern auch hinsichtlich ihrer Kultur aus. Am Ende bzw. an der Basis dieser kulturellen und wirtschaftlichen Schichtung stehen die ungelerten Arbeitskräfte sowie die Landbevölkerung.

Der Beweis der relativen wirtschaftlichen Rückständigkeit einzelner Gebiete in den westlichen Industriestaaten sind ihre regionalen Wirtschaftsentwicklungsprogramme. Es wäre zwar falsch zu behaupten, dass in den Industrieländern wirtschaftlicher Dualismus herrscht, es kann aber auch nicht von einer Homogenität ihrer Wirtschaft und Gesellschaft gesprochen werden. Das gilt beispielsweise für Italien. Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen dem industrialisierten Norden und dem landwirtschaftlich geprägten Süden, sind so groß, dass der Süden als "Entwicklungsland" bezeichnet werden kann. Innerhalb dieses Gebietes sind die Merkmale des sozialökonomischen Dualismus sehr stark ausgeprägt [vgl. Weick, (1987), S. 35ff und Drüke (1986), S. 41ff].

Die wirtschaftliche Spaltung der Entwicklungsländer kann nicht, wie Boeke meint, als Endstadium ihrer wirtschaftlichen Entwicklung verstanden werden. Es ist unbestreitbar, dass die Verknüpfung zwischen den zwei Bereichen einer dualistischen Wirtschaft weit schwächer ist als diejenige zwischen verschiedenen Regionen oder Sektoren in den Industrieländern. Der wirtschaftliche Dualismus kann zwar als Strukturmerkmal der Entwicklungsländer bezeichnet werden, man muss aber auch betonen, dass es sich meistens um eine graduelle Spaltung deren Wirtschaft handelt. Beide Wirtschaftsbereiche können mit ökonomischen Begriffen bzw. Größen erfasst werden und unterliegen der Wirkung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Sie müssen nur durch die Wirtschaftspolitik unterschiedlich (auf ihre spezielle Bedürfnisse hin) behandelt werden, um eine gesamtwirtschaftliche Integration zu erreichen (vgl. Teil IV dieser Arbeit). Dualistische Wirtschaftsstrukturen existieren auch in hoch entwickelten Industrieländern, wenn auch bis zu einem gewissen Grad. Der entscheidende Unterschied zu den Entwicklungsländern liegt darin, dass die heterogenen Wirtschaftsteile der Industrieländer innerhalb eines integrierten

und interdependenten Marktsystems existieren, während die zwei Wirtschaftsbereiche der Entwicklungsländer nur unzulänglich über Märkte miteinander verbunden sind. Der Subsistenzbereich lässt sich deshalb von wirtschaftlichen Marktpulsen nur sehr schwer beeinflussen. Diese Situation macht eine Zweiteilung der Wirtschaftspolitik der Entwicklungsländer notwendig. Der Subsistenzbereich erfordert eine speziell auf ihn gerichtete Wirtschaftspolitik die andere Ziele verfolgt, als diejenige für den modernen Wirtschaftsbereich.

Der "soziale Dualismus" von Boeke wird, trotz gewisser Mängel, als ein durchaus geeigneter Ansatz zur Erklärung der Situation in vielen Entwicklungsländern gesehen. Boeke versucht die Grenzen einer ökonomisch verengten Betrachtungsweise zu sprengen und darüber hinaus auch soziale und politische Gesichtspunkte in seiner Theorie einzubeziehen. Dadurch gelingt es ihm zwar, das Problem des sozialökonomischen Dualismus klar zu erkennen und darzustellen, die Methode seiner Untersuchung und die Interpretation der erfassten Phänomene sind jedoch unbefriedigend. Seine Ansichten dienen jedoch als Basis für weitere wissenschaftliche Arbeiten im Bereich der Entwicklungsökonomie wie z. B. bei Gunnar Myrdal. Er hat in seinen Arbeiten den Zusammenhang von sozialer und wirtschaftlicher Ungleichheit sowie von wirtschaftlicher Entwicklung ausführlich untersucht. Er stellte dabei u.a. fest, dass soziale und wirtschaftliche Ungleichheit die zwei wichtigsten Elemente der Unterentwicklung sind [vgl. Myrdal, (1970), S. 54ff].

### **1.2.2. Dualismustheorie von Lewis**

Zur modernen Dualismusproblematik haben auch die Thesen von Arthur W. Lewis einen wesentlichen Beitrag geleistet. Ausgangspunkt seiner Ausführungen ist, dass die herkömmlichen Instrumente und Ergebnisse der neoklassischen sowie der keynesianischen und postkeynesianischen Wirtschaftstheorien für die Erklärung und darüber hinaus die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer nicht ausreichend sind. Der Ausgangspunkt für seine weiteren Ausführungen ist somit fast identisch wie der von Boeke, obwohl zwischen den beiden Wissenschaftlern keine direkte Beziehung besteht. Lewis hat ein Modell einer dualistischen Wirtschaft für die Entwicklungsländer entwickelt, indem er zwei Wirtschaftsbereiche unterscheidet. Auf der einen Seite existiert der kapitalistische Bereich, in dem der Kapitaleinsatz durch Zins und Gewinn entschädigt wird ("reproducible capital" [Lewis, (1954), S. 146]). Als Produktion definiert er die Kombination dieses Kapitals mit Lohnarbeit. Auf der anderen Seite gibt es den Subsistenzbereich, in dem wenig bzw. gar kein "reproducible capital" eingesetzt wird. Deshalb wird dieser Bereich durch seine geringe Produktivität gekennzeichnet. Der wirtschaftliche Dualismus entsteht dadurch, dass Kapital und neue Ideen bzw. Konzepte nicht gleichmäßig über die gesamte Wirtschaft verteilt sind. Sie bleiben vielmehr auf mehrere "Inseln" (kapitalistischen Bereich) konzentriert und sind überall innerhalb der Subsistenzwirtschaft verstreut [vgl. Grabowski u.a., (1989), S. 193ff].

Im Gegensatz zu Boeke vertritt Lewis in seinem Modell die These, dass zwischen den beiden Wirtschaftsbereichen eine Interaktion stattfindet. Er hat diese Interaktion nicht nur beschrieben sondern auch versucht, sie allein aus ökonomischen Faktoren zu erklären. Die Produktionsmittel

des kapitalistischen Bereichs breiten sich im Laufe der Entwicklung über weitere Gebiete einer Volkswirtschaft aus. Das hängt mit der Zunahme des eingesetzten Kapitals in diesem Bereich zusammen. Die Expansion des kapitalistischen Bereichs bringt eine Erhöhung des Arbeitsangebots mit sich. Die benötigten Arbeitskräfte kommen in diesem Fall fast ausschließlich aus dem Subsistenzbereich.

Lewis versteht somit die wirtschaftliche Entwicklung als einen einseitigen Prozess bzw. als Ergebnis des Wachstums des kapitalistischen Bereichs infolge laufender Erhöhung des verfügbaren Kapitals. Dadurch werden ständig Arbeitskräfte aus dem Subsistenzbereich abgezogen und das führt dann dazu, dass dieser Bereich entsprechend schrumpft. Lewis beschreibt den Subsistenzbereich in seinem Modell als ein Arbeitskräftereservoir, das der Gesamtwirtschaft ein unbegrenztes Arbeitsangebot zu einem konstanten Lohn sichert bzw. zur Verfügung stellen kann. Einen aktiven Beitrag des Subsistenzbereiches zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung kann er sich allerdings nicht vorstellen [vgl. Lewis, (1958), S. 9ff].

Das dualistische Wirtschaftsmodell von Lewis zählt zu den bedeutendsten Werken der Entwicklungsökonomie. Er hat vor allem bewiesen, dass die ökonomische Theorie zur Untersuchung von komplexen Wirtschaftsproblemen weitgehend anwendbar ist. Einzelne Teile seiner Theorie können allerdings auch kritisch betrachtet werden. Dies gilt insbesondere für das unbegrenzte Arbeitsangebot des Subsistenzbereiches, das für die Expansion des modernen Bereichs absolut notwendig ist [vgl. Kofner (1992), S. 539f]. Diese Basisannahme von Lewis kann nicht vorbehaltlos hingenommen werden, weil sie von vielen Faktoren beeinflusst wird. Die Arbeitsproduktivität im Subsistenzbereich kann durch technische Verbesserungen gesteigert werden, wie beispielsweise durch neue landwirtschaftliche Produktionsmethoden oder durch Infrastrukturverbesserungen. Diese Fortschritte führen innerhalb des Subsistenzbereiches zu einer Erhöhung des Lebensstandards. Das Arbeitsangebot ist dann in diesem Bereich nicht mehr unbeschränkt bzw. im kapitalistischen Bereich müssen dann höhere Löhne angeboten werden, um Beschäftigte aus dem Subsistenzbereich zu bekommen.

Diese Entwicklung bedeutet im Sinne von Lewis ein Hindernis für ein rasches gesamtwirtschaftliches Wachstum, weil sie die Kapitalbildung im modernen Bereich verlangsamt bzw. erschwert. Produktivitätsfortschritte im Subsistenzbereich sind somit mit dem Modell des unbegrenzten Arbeitsangebots unvereinbar. Es ist außerdem empirisch bewiesen, dass die Kapitalbildung im modernen Wirtschaftsbereich zwar zu Investitionen führt, ein Teil von denen findet allerdings in Form von arbeitssparenden Technologien statt. Die Absorptionsfähigkeit von Arbeitskräften seitens des kapitalistischen Sektors wird dadurch erheblich eingeschränkt. [vgl. Sell (1993), S. 199ff und Stern (1989), S. 624f].

Dieser Investitionen hemmende Effekt von steigenden Löhnen im modernen Wirtschaftsbereich kann graphisch wie folgt veranschaulicht werden [vgl. Donaldson (1984), S. 209]:

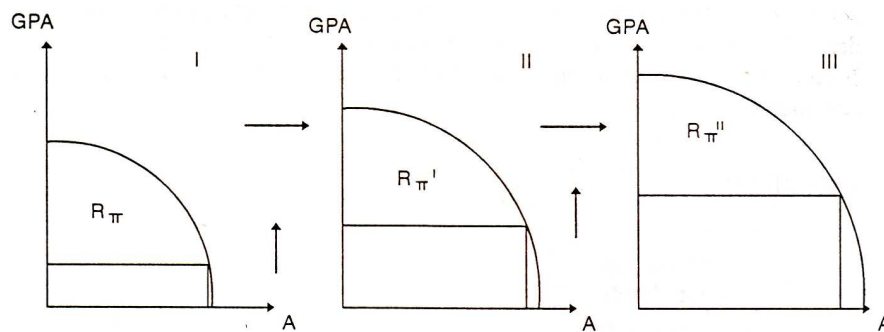


Abb. 2: Zusammenhang zwischen Löhnen und Investitionen  
Quelle: Donaldson (1984), S. 209

Aus der Abb. 2 ist ersichtlich, dass der Output während des Wachstumsprozesses zwar steigt, aber die Relation zwischen den einbehaltenen bzw. reinvestierten Profiten ( $R\pi$ ) und dem Output bei steigenden Lohnsätzen abnimmt. In der Phase III etwa werden die erzielten Profite ( $R\pi''$ ) möglicherweise nur noch für Ersatzinvestitionen eingesetzt.

Lewis hat, ausgehend von seinem Modell, verschiedene Empfehlungen zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen ausgesprochen. Er unterstützt in seiner Theorie u.a. die inflationäre Finanzierung von Entwicklungsprogrammen (d.h. durch Ausweitung der Geldmenge). Diese Maßnahme hat sich jedoch in der Praxis mehrfach als fehlerhaft erwiesen. Einige Entwicklungsländer versuchten ihre Wirtschaftsprogramme auf diese Weise zu finanzieren, ohne allerdings vorher zu prüfen, ob die realen Grundlagen ihrer Wirtschaften mit den Modellannahmen von Lewis übereinstimmen [vgl. Timmermann (1982), S. 108ff]. Diese Übertragung von modelltheoretischen Schlussfolgerungen auf die Praxis führte in einigen Entwicklungsländern zu kaum noch kontrollierbaren inflationären Prozessen.

Ein weiteres Defizit des Modells von Lewis besteht darin, dass er die Nachfrage der produzierten Güter nicht berücksichtigt. Er geht von der Annahme aus, dass alle Güter, die im kapitalistischen Sektor produziert werden, auch abgesetzt werden können. Auf diese Weise wird allerdings die berechtigte Frage nicht beantwortet, in welchem Sektor einer dualistischen Wirtschaft die industriell erzeugten Güter auch abgesetzt werden sollen. Wenn diese Güter im Subsistenzbereich verkauft werden sollten, dann würde das eine Einkommenserhöhung in diesem Bereich voraussetzen. Infolgedessen würden dann auch im kapitalistischen Sektor die Löhne steigen und die Profite sinken. Somit würde auch die Kapitalbildung in diesem Sektor negativ beeinträchtigt. Wenn der Absatz der industriellen Güter innerhalb des kapitalistischen Sektors erfolgen soll, dann wäre auch hier eine Einkommenserhöhung vorauszusetzen. Solange aber die Löhne in diesem Bereich konstant bleiben (wegen des unbegrenzten Arbeitsangebots des Subsistenzbereiches), wird hauptsächlich die Nachfrage nach Gütern des Grundbedarfs steigen, also nicht unbedingt nach industriellen Gütern. Allein von der Nachfrageseite her betrachtet kann also das rasche Wachstum des kapitalistischen Sektors in Frage gestellt werden [vgl. Kofner (1992), S. 539ff].

### 1.3. Neuere Beiträge zur Dualismusproblematik: Dualismusmodelle

Im Folgenden werden neuere Beiträge bzw. Modelle zur Dualismusproblematik zusammenfassend vorgestellt. Sie basieren, zumindest teilweise, auf die vorher dargestellten Theorien von Boeke und Lewis und versuchen einerseits die Schwachstellen dieser Theorien zu beseitigen und andererseits den modernen wirtschaftlichen Anforderungen bzw. Verhältnissen Rechnung zu tragen.

#### 1.3.1. Das Dualismus-Modell von Fei/Ranis

Aufbauend auf die Dualismustheorie von Lewis haben John C. Fei und Gustav Ranis ein Dualismusmodell entwickelt, mit dem sie versuchten, die Kritik an der Theorie von Lewis zu begegnen [vgl. Fei/Ranis (1963), S. 283ff und Ranis/Fei (1961), S. 533ff]. In Ihrem Dualismusmodell wird der für die Industrialisierung wichtige landwirtschaftliche Sektor, den Lewis in seiner Theorie nur als unbegrenztes Arbeitskräftereservoir betrachtet hat, ausdrücklich berücksichtigt bzw. in dem gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozess miteinbezogen. Es werden dabei drei Wachstumsphasen unterschieden (vgl. Sell (1993), S. 206).

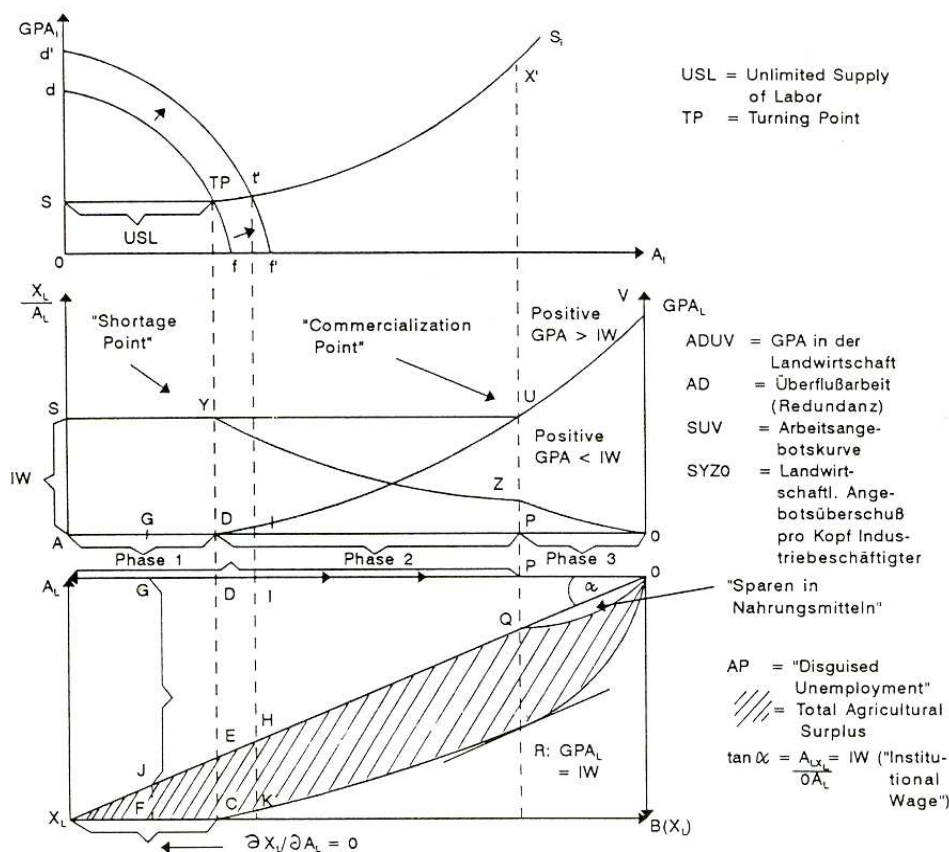


Abb. 3: Das Dualismus-Modell von Fei/Ranis

Quelle: Sell (1993), S. 206

### **Erste Phase:**

Zu Beginn der Industrialisierung werden im traditionellen Sektor verdeckte Arbeitslosigkeit und ein elastisches Arbeitsangebot bei einer Grenzproduktivität der Arbeit ( $GPA_L$ ) von Null unterstellt (entspricht der Annahme von Lewis). Arbeitskräfte aus diesem Sektor können im Umfang von  $AD$  im industriellen Sektor abwandern, ohne dass sich die Produktion in der Landwirtschaft verringert.

### **Zweite Phase:**

Die Fortsetzung des Wachstums im industriellen Bereich setzt eine Zunahme der landwirtschaftlichen Produktivität voraus (die  $GPA_L$  beginnt in Abhängigkeit von der Zahl der Arbeitskräfte in diesem Bereich zu steigen und die versteckte Arbeitslosigkeit nimmt ab). Die  $GPA_L$  wird zwar positiv, liegt aber weiterhin im Bereich des sog. "Institutional Wage" (= institutioneller Lohnsatz)  $IW$ . Als institutioneller Lohnsatz wird das bestehende Lohnniveau in der Landwirtschaft bezeichnet, das durch institutionelle bzw. nichtmarktliche Faktoren bestimmt wird.

### **Dritte Phase:**

Das Arbeitsangebot für den industriellen Bereich wird weniger elastisch und damit steigen die Löhne in beiden Bereichen. Es gibt keine versteckte Arbeitslosigkeit und alle Arbeitskräfte sind produktiv und effizient eingesetzt. Jenseits des sog. "commercialisation point"  $U$  wird nun die Arbeit auch in der Landwirtschaft mit ihrem Grenzprodukt entlohnt, bzw. zusätzliche Arbeit wird nur noch zu steigenden Lohnsätzen angenommen. Fei/Ranis sprechen in diesem Zusammenhang von der Kommerzialisierung des landwirtschaftlichen Sektors und darüber hinaus auch der gesamten Wirtschaft. Es müssen Investitionen in beiden Bereichen erfolgen und nicht nur im industriellen Sektor, um dort weitere Arbeitskräfte absorbieren zu können. Die Investitionen im landwirtschaftlichen Bereich müssen vor allem dem Produktionsrückgang von Nahrungsmitteln, als Folge der Verringerung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte, entgegenwirken und somit ein höheres Angebot an Agrarprodukten zur Versorgung der gesamten Bevölkerung sichern.

Fei/Ranis sind der Ansicht, dass Landwirtschaft und Industrie für den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozess gleichermaßen wichtig sind und sie gemeinsam wachsen müssen, um ihn langfristig zu sichern. Zur Beseitigung der offenen und versteckten Arbeitslosigkeit muss das Bevölkerungswachstum bis zum Ende der zweiten Wachstumsphase niedriger sein als die Absorption der Arbeitskräfte in den industriellen Sektor.

Die Kritik an Fei-Ranis-Modell konzentriert sich in drei Punkten [vgl. Sell (1993), S. 209 und Timmermann (1982), S. 113]:

- a) Die Annahme in der ersten Phase des Wachstumsprozesses, dass das Grenzprodukt der aus der Landwirtschaft in die Industrie abwandernden Arbeitskräfte gleich Null sei, ist zumindest problematisch. Es ist eher eine Verringerung der landwirtschaftlichen Produktion zu erwarten: Der Bedarf von Arbeitskräften in der Landwirtschaft unterliegt nämlich periodischen Schwankungen. Es kommt deshalb vor, dass bei der Aussaat und der Ernte viel mehr

Arbeitskräfte benötigt werden als zu anderen Zeiten. Ein Abzug von Arbeitskräften werde demnach die landwirtschaftliche Produktion verringern, wenn nicht ein Teil dieser Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt werden.

- b) Der Produktionsfaktor Kapital wird nicht ausreichend genug berücksichtigt. Es wird zwar darauf hingewiesen, dass Investitionen für die Ausweitung der Grenzprodukte erforderlich sind, dieser Zusammenhang wird aber nicht produktionstheoretisch abgeleitet.
- c) Fei/Ranis vernachlässigen durch ihre Annahme einer geschlossenen Volkswirtschaft den Außenhandel. Dadurch könnten sich aber einige Teile ihres Modells relativieren. Durch Importe von landwirtschaftlichen Produkten wird es beispielsweise möglich, zumindest vorübergehend Nahrungsmittelknappheiten zu reduzieren. Das hätte dann Auswirkungen auf eine streng ausgewogene Entwicklung zwischen der einheimischen Landwirtschaft und der Industrie.

### 1.3.2. Das neoklassische Dualismus-Modell von Jorgenson

Die Dualismustheorie von Lewis steht ebenfalls im Mittelpunkt des Modells von D.W. Jorgenson. Im Gegensatz zu Lewis bezeichnet er allerdings sein Modell ausdrücklich als neoklassisch [vgl. Jorgenson, (1967), S. 299]. Dazu gibt es, seiner Ansicht nach zwei wesentliche Unterschiede bzw. Merkmale:

- a) Die GPA im landwirtschaftlichen Sektor kann niemals den Wert Null annehmen bzw. es gibt in diesem Sektor keine redundanten Arbeitskräfte.
- b) Die Löhne im traditionellen Sektor sind im Vergleich zu denen im modernen Sektor proportional.

Jorgenson versucht in seinem Modell unter Verwendung eines neoklassischen Ansatzes, Produktionsfunktionen im traditionellen und im modernen Sektor explizit einzuführen. Die Produktion in diesen Sektoren wird jeweils durch den Einsatz von Arbeit und Boden bzw. Arbeit und Kapital bestimmt. Wie bei einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion haben diese Faktoren in beiden Sektoren zwar positive aber gleichzeitig abnehmende Grenzprodukte; der technische Fortschritt wird dabei als neutral und autonom unterstellt:

- a) Produktionsfunktion für den landwirtschaftlichen Sektor:

$$Y = e^{at} L^{\beta} A^{1-\beta}$$

Y = landwirtschaftliche Produktion

$e^{at}$  = technologischer Fortschritt (a = autonome technische Fortschrittsrate)

L = eingesetztes Land bzw. Bodenangebot

A = Arbeitskräfte bzw. Bevölkerung im landwirtschaftlichen Sektor

$\beta$  = Elastizität des Outputs bezüglich einer Erhöhung des Bodenangebots.

$1 - \beta$  = Produktionselastizität der Arbeit

Bei einem fixen Bodenangebot kann die vorherige Produktionsfunktion folgendermaßen umschrieben werden:



$$Y = e^{at} A^{1-\beta}$$

a) Produktionsfunktion für den industriellen Sektor:

$$X = e^{\lambda t} K^\sigma M^{1-\sigma}$$

X = industrielle Produktion

$e^{\lambda t}$  = technologischer Fortschritt ( $\lambda$  = autonome technische Fortschrittsrate)

K = eingesetztes Kapital

M = Arbeitskräfte bzw. Bevölkerung im industriellen Sektor

$\sigma$  = Produktionselastizität des Kapitals

$(1 - \sigma)$  = Produktionselastizität der Arbeit

Damit ein Wachstum pro Kopf der Gesamtbevölkerung erreicht werden kann, muss nach Jorgenson Folgendes eintreten: Die Investitionen müssen so erfolgen, dass die Kapitalausstattung der Arbeitskräfte zunehmen kann. Kapitalbildung ist allerdings nur im industriellen Sektor möglich und deshalb müssen Arbeitskräfte in diesem Sektor beschäftigt werden. Dafür muss ein positiver landwirtschaftlicher Produktionsüberschuss erzielt und zur Ernährung der Industriearbeiter bereitgestellt werden können. Ein solcher Überschuss ist nur dann möglich, wenn die technische Fortschrittsrate im landwirtschaftlichen Sektor (a) größer als das Produkt aus der Produktionselastizität des Bodens (B) und der Wachstumsrate der Bevölkerung (A) in diesem Sektor ist:

$$a - B \frac{dA}{A} > 0$$

Die wichtigsten Kritikpunkte dieses Modells lassen sich wie folgt zusammenfassen [vgl. Sell (1993), S. 216, Gans (1982), S. 2ff und Timmermann (1982), S. 115]:

- a) Die Annahme von Jorgenson, dass Kapitalbildung nur im industriellen Sektor möglich ist, wurde durch eine Reihe von empirischen Untersuchungen in einigen Ländern wie z.B. Japan, Indien und Ägypten widerlegt. Sie zeigten nämlich, dass Kapitalbildung im landwirtschaftlichen Sektor durchaus möglich ist.
- b) In den Produktionsfunktionen für die Landwirtschaft und die Industrie werden die verschiedenen Konsumvorstellungen in diesen Sektoren, die zweifellos bestehen, nicht berücksichtigt. Ähnliches gilt für das Auftreten von Skalenerträgen, die die Verteilung der Arbeitskräfte zwischen den beiden Sektoren beeinflussen.
- c) Die unterschiedlichen Wettbewerbsverhältnisse in der Landwirtschaft und Industrie werden im Modell nicht berücksichtigt.
- d) Der landwirtschaftliche Sektor dient auch in diesem Modell als Ressourcenlieferant für den gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozess.

### 1.3.3. Das Dualismus-Modell von Sah/Stiglitz

Raaj Kumar Sah und Josef E. Stiglitz haben im Jahr 1984 ein Dualismus-Modell entwickelt, das auch heute noch recht aktuell ist [vgl. Sah R. K. Stiglitz, J. E. (1984), S. 125 ff]. Sie beschäftigten sich in diesem Modell mit dem Problem der Preisscheren ("Price Scissors") zwischen den landwirtschaftlichen und industriellen Produkten und mit der Bestimmung der "optimalen" Terms of Trade zwischen Industrie und Landwirtschaft in den Entwicklungsländern. Im englischen Sprachgebrauch findet man in diesem Zusammenhang auch den Begriff von "intersectoral pricing".

Sah und Stiglitz haben in ihrem Modell überprüft, ob man das Problem der hohen Preisdifferenzen zwischen den landwirtschaftlichen und den industriellen Produkten mit Preislimits begegnen kann. Ihre Analyse hat jedoch gezeigt, dass Preislimits im landwirtschaftlichen Sektor zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation in beiden Sektoren führen. Der Grund für diese Entwicklung liegt darin, dass niedrigere Einkommen im landwirtschaftlichen Sektor zu einer geringeren Nachfrage nach industriellen Produkten aus diesem Sektor führen. Sah und Stiglitz befürworten daher ein differenziertes Vorgehen in den beiden Sektoren: Subventionierung des landwirtschaftlichen Sektors und Besteuerung der Einkommen im industriellen Sektor.

Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Güter tragen, nach Ansicht von Sah und Stiglitz, durchaus zur Wohlfahrtssteigerung in der gesamten Wirtschaft bei und darüber hinaus zur Beseitigung von dualistischen Wirtschaftsstrukturen. Bezüglich der städtischen Beschäftigung können dadurch potentielle Anreizeffekte erzielt werden. Jeder zusätzliche Beschäftigte im industriellen Sektor trägt zur Erhöhung des Outputs in diesem Sektor bei und damit auch zur Erhöhung der Investitionen in der gesamten Wirtschaft.

Das Modell von Sah/Stiglitz wurde vor allem in folgenden Punkten kritisiert:

- a) Die beiden Autoren gehen von einem geschlossenen Modell aus und berücksichtigen somit nicht exogene Faktoren wie beispielsweise die Nahrungsmittelimporte. Das Modell zeigt damit eine einseitige Spezialisierung auf die Produktion von städtischen Gütern.
- b) Investitionen werden ebenfalls einseitig betrachtet und zwar nur für den industriellen Sektor. Der landwirtschaftliche Sektor wird diesbezüglich vernachlässigt. Die langfristigen Auswirkungen aus diesem Zustand werden im Modell überhaupt nicht behandelt.
- c) Es wird davon ausgegangen, dass einerseits durch Mehrbeschäftigung im industriellen Sektor die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten steigt und andererseits die Mehrproduktion von Konsum- und Investitionsgütern des industriellen Sektors Abnehmer in der gesamten Wirtschaft findet. Es ist allerdings unklar wie die Nachfrage nach Investitionsgütern steigen kann, wenn sich die Terms of Trade zu Lasten der Industrie verschlechtern.

#### 1.3.4. Das Modell von Harris/Todaro

Der Schwerpunkt dieses Modells liegt auf der Entstehung von Arbeitslosigkeit in städtischen Gebieten einer dualistischen Wirtschaft, als Folge eines raschen Städtewachstums, verursacht durch Migration von Arbeitskräften aus dem traditionellen bzw. Agrarsektor. Harris und Todaro gehen dabei (wie übrigens auch Lewis) von einem Zwei-Sektoren-Modell aus, den urbanen industriellen Sektor und den ländlichen durch Landwirtschaft geprägten Sektor [vgl. Harris, J.R., Todaro, M.P., (1970), S. 126ff]. Potentielle Migranten aus den landwirtschaftlichen Gebieten richten ihre Entscheidung zur Migration in den Städten danach aus, wo sie ihr Arbeitseinkommen maximieren können. Diese Bedingung wird dann erfüllt, wenn ihr aktueller Reallohn unterhalb des zu erwarteten Reallohns im städtischen Bereich liegt (Migrationsanreiz). Als erwarteten städtischen Reallohn verstehen dabei Harris und Todaro das Produkt aus dem aktuellen Lohnsatz im städtischen modernen Sektor und dem Wahrscheinlichkeitswert einen Arbeitsplatz in diesem Sektor (mit einem entsprechend höheren Einkommen) zu finden.

Die Arbeitslosigkeit in den städtischen Gebieten spielt bei den Überlegungen der potentiellen Migranten eine eher untergeordnete Rolle. Sie wird in ihren Überlegungen vielmehr als eine Übergangsphase bzw. als eine Investition in die Zukunft betrachtet, verbunden mit der Hoffnung bzw. Erwartung zu einem späteren Zeitpunkt eine lukrative Beschäftigungsmöglichkeit im städtischen formellen Sektor zu finden. Sie gehen von der Annahme aus, dass auf dem städtischen Arbeitsmarkt ständig Arbeitsplätze frei werden (durch Entlassungen, natürliche Fluktuation u.ä.) und jeder Arbeitsuchende dabei die gleiche Chance einen Arbeitsplatz zu bekommen hat [vgl. Mazumdar (1989), S. 57f].

Im Harris-Todaro-Modell wird (im Gegensatz zum Lewis-Modell) von einem zweiphasigen Transfer von Migranten aus ländlichen Gebieten gesprochen [vgl. Oberai (1989), S. 15]. In der ersten Phase dieses Prozesses nehmen städtische Migranten (ohne jegliche Zugangsbarrieren) eine Beschäftigung im informellen Sektor auf. In einer zweiten Phase finden Sie dann eine Beschäftigung im formellen Sektor. Hier wird ebenfalls angenommen, dass der Zugang zu Arbeitsplätzen in diesem Sektor frei ist. Die Migranten werden allmählich vom expandierenden urbanen Sektor absorbiert und somit wird das Überangebot an ländlichen Arbeitskräften durch Migration abgebaut.

Am Harris-Todaro-Modell wurde, vor allem auf Grund seiner sehr restriktiven Annahmen, vielfältige Kritik ausgeübt [vgl. Sell (1993), S. 356f, Hatton/Williamson (1992), S. 267ff, Mukjerji, S. (1985), S. 252ff]. Es wird beispielsweise im Modell nicht berücksichtigt, dass die Erfolgsaussichten bei der Arbeitsplatzsuche sehr stark mit den Bemühungen und den Qualifikationen der Arbeitsplatzsuchenden zusammenhängen. In empirischen Studien wurde nachgewiesen, dass gelernte Arbeitskräfte mehr Zeit zur Arbeitsplatzsuche aufwenden müssen als ungelernete. Empirische Studien konnten weiterhin nicht belegen, dass besonders städtische Migranten keine Beschäftigung finden bzw. weniger verdienen oder dass sich die Entwicklungsländer durch besonders hohe Arbeitslosigkeit auszeichnen. Im Modell wird davon

ausgegangen, dass die städtischen Migranten in der Stadt bleiben. In der Realität wurde aber beobachtet, dass es sich auch um eine sog. temporäre oder zirkulare Migration handeln kann.

### **1.3.5. Weiterführende Beiträge zur Dualismuskussion**

In den vorherigen Kapiteln sind die klassischen Erklärungsansätze sowie Modelle dualistischer Wirtschaftsstrukturen dargestellt worden, die überwiegend mit den Theorien von Boeke und Lewis zusammenhängen. Darüber hinaus gibt es weitere Ansätze, die im Folgenden kurz erläutert werden.

Das zentrale Charakteristikum der dualistischen Strukturen für die Entwicklungsländer ist eine Gesellschafts- und Wirtschaftsspaltung [vgl. Wagner (1993), S. 42f]. Diese stellen allerdings ein unentbehrliches Phänomen in der Entwicklung jeder Volkswirtschaft dar, denn Entwicklungsfortschritte finden nicht gleichzeitig in allen Bereichen einer Volkswirtschaft statt. Es ist vielmehr so, dass Entwicklungsimpulse erst von einzelnen sektoralen und/oder regionalen Entwicklungspolen ausgehen und später auch von den anderen Wirtschaftsbereichen übernommen werden. In den Entwicklungsländern sind jedoch diese Entwicklungspole von den anderen Wirtschaftsbereichen weitgehend isoliert. Die von den dynamischen Bereichen ausgelösten Entwicklungsimpulse werden deshalb von den anderen statischen Bereichen nicht übernommen, mit der Konsequenz, dass keine Imitationseffekte eintreten. Die von der Wirtschaftsstruktur ausgelösten Spaltungserscheinungen bauen sich im Laufe der Zeit nicht von selbst ab sondern bleiben unverändert oder verstärken sich gar noch.

Myrdal vertritt die Ansicht, dass diese Wirtschaftsspaltung unüberwindbar sei bzw. die Entwicklungsdiskrepanzen gar die Tendenz haben sich zu verstärken. Nach seinem Prinzip der zirkulären und kumulativen Verursachung verstärkt sich ein sozialer Prozess in negativer Richtung, sofern die Kontereffekte die Ausbreitungseffekte überwiegen (circulus vitiosus). Am Beispiel der Kapitalknappheit lässt sich dieser Ansatz folgendermaßen erklären: In einem Land, in dem Kapitalmangel besteht, sind keine oder bestenfalls geringe Nettoinvestitionen insbesondere im traditionellen Wirtschaftsbereich möglich. Ein konstanter Kapitalstock bewirkt, dass die Produktion in diesem Bereich nicht mehr wachsen kann. Die für den Entwicklungsprozess relevanten Güter und Faktoren gehen somit in den modernen Wirtschaftsbereich über, weil er ein höheres Entwicklungsniveau aufweist. Bei stagnierender Produktion im traditionellen Wirtschaftsbereich gibt es nur geringe Sparmöglichkeiten, um zusätzliche Investitionen vorzunehmen und den Kapitalstock zu erhöhen. Damit schließt sich der Kreis, der ein Land im wirtschaftlichen Dualismus gefangen hält. Jeder der vorher erwähnten Faktoren ist zugleich Folge und Ursache des wirtschaftlichen Dualismus bzw. es besteht ein zirkulärer Kausalzusammenhang zwischen Kapitalknappheit und wirtschaftlichem Dualismus. Es ist deshalb einem Land unmöglich, aus eigener Kraft aus diesem Teufelskreis auszubrechen und es bedarf eines massiven Kapitalzuflusses aus dem Ausland [vgl. Myrdal (1974), S. 25ff, Kaiser u.a. (1988), S. 81ff und Wagner (1993), S. 44f].

Die räumliche oder kulturelle Isoliertheit sowie bestimmte religiöse, rassische oder ethische Wertvorstellungen werden auch als Ursachen für das Verharren des traditionellen Gesellschafts- und Wirtschaftsbereichs angesehen. Die traditionellen Bindungen innerhalb der Großfamilien bilden ein Hindernis an die Anpassung an die moderne Struktur. Das gruppenorientierte Verhalten, das innerhalb der Großfamilien gefordert wird, behindert den Versuch einzelner Familienmitglieder sich an Modernisierungsentwicklungen anzupassen, bzw. Neuerungen zu übernehmen. Dies hat zur Folge, dass die initiativ veranlagten Arbeitskräfte sowie das Kapital aus dem traditionellen in den modernen Bereich abwandern. Damit wird das Entwicklungspotential des modernen Bereichs zu Lasten des traditionellen weiter vergrößert.

Eine weitere Ursache des wirtschaftlichen Dualismus liegt in der Entwicklung der intersektoralen Einkommensverteilung. Es wurde festgestellt, dass nach einer gewissen Zeit die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Produkten des traditionellen Sektors sinkt, bei gleichzeitiger Steigerung der Einkommenselastizität der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern. Das Wachstum des Absatzpotentials im modernen Bereich eines Entwicklungslandes hängt in der vorher beschriebenen Situation überwiegend von der Zunahme des Einkommens der Unternehmer sowie der besser verdienenden Arbeiter dieses Bereichs ab. Die Arbeiter im traditionellen Bereich weisen wegen ihres niedrigen Einkommens eine relativ hohe Einkommenselastizität der Nachfrage nach Produkten ihres eigenen Bereichs auf. Ihre Nachfrage nach Industrieprodukten des modernen Bereiches oder Importprodukten ist dagegen relativ gering. Eine Steigerung des Einkommens im traditionellen Bereich würde deshalb hauptsächlich diesem Bereich zugute kommen. Die Unternehmer des modernen Bereichs versuchen aus diesem Grund eher die Produktionskosten zu senken, als die Produktion durch einen Mehrarbeitseinsatz aus dem traditionellen Bereich auszudehnen. Sie reagieren vielmehr durch eine stärkere Substitution der Arbeit durch Kapital, welche den wirtschaftlichen Dualismus weiter verstärkt [vgl. Bourguignon (1990), S. 215ff, McMahon (1990), S. 105ff].

Der traditionelle und moderne Wirtschaftsbereich in den Entwicklungsländern profitiert unterschiedlich vom technischen Fortschritt. Voraussetzungen für einen erfolgreichen Einsatz von neuen Produktionstechniken sind ein hoher Stand des bereits existierenden technischen Wissens sowie ein bestimmtes Entwicklungsniveau. Die Struktur bzw. das Ergebnis des technischen Fortschritts ist überwiegend arbeitssparend. Der technische Fortschritt wird in denjenigen Ländern entwickelt, die bereits hoch industrialisiert sind und ein relativ hohes Reallohniveau aufweisen. Dies hat eine starke Einsparung von Arbeitskräften zur Folge.

#### **1.4. Eigenschaften dualistischer Wirtschaftsstrukturen**

Die in den vorherigen Abschnitten behandelten Ansätze genügen nicht – angesichts ihrer offensichtlichen Mängel – den Anforderungen einer relevanten allgemeinen Entwicklungs- bzw. Wirtschaftspolitik. Boeke zieht beispielsweise von seiner Theorie die Schlussfolgerung, dass die beiden Bereiche einer dualistischen Gesellschaft unvereinbar sind und verneint somit jegliche Möglichkeit einer Interaktion. Das bedeutet aber, dass eine integrale Entwicklung in den dualistischen Wirtschaften nicht stattfinden kann. Diese Ansicht ist inzwischen mit den

Erkenntnissen der modernen Entwicklungspolitik nicht vereinbar. Lewis beschreibt zwar in seinem Modell eine Interaktion zwischen den dualistischen Wirtschaftsbereichen, er stellt sie sich allerdings als einen einseitigen Prozess vor. Der Subsistenzbereich, der in einem stationären Zustand verharrt und schließlich absorbiert wird, dient dabei als ein unerschöpfliches Arbeitskräftereservoir für den dynamischen kapitalistischen Bereich.

Beide Entwürfe einer dualistischen Theorie können zwar als Ausgangspunkt für eine Entwicklungspolitik dienen, sind aber für die Formulierung entwicklungspolitischer Zielvorstellungen zur Überwindung von dualistischen Wirtschaftsstrukturen ungeeignet. Es scheint deshalb sinnvoll, die Eigenschaften bzw. Charakteristika des wirtschaftlichen Dualismus zu bestimmen bzw. zu untersuchen. Die Theorie des wirtschaftlichen Dualismus muss sich nicht nur auf einer einfachen Unterscheidung zweier Wirtschaftsbereiche beschränken sondern versuchen, die ganze Dualismusproblematik in ihrer Komplexität zu begreifen bzw. zu analysieren.

Das Problem einer dualistischen Wirtschaft besteht nicht nur darin, dass innerhalb einer Volkswirtschaft zwei strukturell verschiedene Bereiche bestehen, sondern dass diese Bereiche ungenügend bzw. unvollkommen durch marktwirtschaftliche Wechselbeziehungen untereinander verbunden sind. Der wirtschaftliche Dualismus bringt somit die mangelhafte Integration einer Wirtschaft zum Ausdruck sowohl bezüglich auf Produktionstechniken als auch hinsichtlich der Faktor- und Produktmärkte. Diese Desintegration bzw. Diskontinuität wird häufig durch die Wirtschaftspolitik nicht bekämpft sondern eher noch verstärkt. Der wirtschaftliche Dualismus muss deshalb in ökonomischen Dimensionen erfasst werden, die für die Formulierung bzw. Bestimmung einer dualistischen Entwicklungspolitik unverzichtbar sind.

#### **1.4.1. Der technologische Dualismus**

Der technische Fortschritt als Produktionsfaktor ist ein wichtiges Element zur Steigerung der wirtschaftlichen Leistung. Es ist allerdings auch erwiesen, dass der technische Fortschritt die verschiedenen Volkswirtschaften, Wirtschaftszweige und Unternehmensgrößen nicht in gleicher Weise begünstigt. Ein ökonomisch sinnvoller Einsatz technischer Neuerungen setzt einen hohen Stand des technischen Wissens und der Produktionseinrichtungen voraus. Unmittelbare Folge dessen ist, dass in wirtschaftlich rückständigen Wirtschaftssektoren bzw. Regionen die Möglichkeiten neuer technischer Errungenschaften nicht ausgenutzt werden können [vgl. Lachmann (1994), S. 74f und Wagner u.a. (1989), S. 32f].

Aus dieser Situation ist der sog. **technologischer Dualismus** entstanden und wurde vor allem vom Benjamin Higgins in der entwicklungstheoretischen Literatur eingeführt [vgl. Higgins (1959/1968), S. 17-21 bzw. 296ff]. Aus der Sicht des technologischen Dualismus unterscheiden sich die beiden Wirtschaftsbereiche primär nach den angewandten Produktionstechniken. Infolgedessen werden ein technologisch fortgeschrittener und ein technologisch rückständiger Wirtschaftsbereich auseinander gehalten. Die internationalen technischen Neuerungen kommen nur dem relativ fortgeschrittenen Wirtschaftsbereich zugute. Hier trifft man auf vergleichsweise kapitalintensive Produktionsverfahren. Die technischen Neuerungen können jedoch die Produktionsmethoden des technologisch rückständigen Wirtschaftsbereichs nicht verändern. In

diesem Bereich ist eine reichliche Ausstattung mit dem Produktionsfaktor Arbeit und eine geringe Kapitalausstattung kennzeichnend. Durch diese Situation kann man die in vielen Entwicklungsländern auftretende technologische oder strukturelle Unterbeschäftigung erklären. Sie ist das Ergebnis technologischer Restriktionen und geringer Kapitalausstattung und nicht eine Folge von geringer Nachfrage [vgl. Kofner (1992), S. 541, Knall (1980), S. 429f].

#### **1.4.2. Der dualistische Arbeitsmarkt**

Ein weiteres Charakteristikum dualistischer Wirtschaftsstrukturen ist der gespaltene Arbeitsmarkt, d.h. dass die gleiche Arbeitsleistung in den beiden Wirtschaftsbereichen nach zwei deutlich unterscheidbaren Niveaus entlohnt wird [vgl. Kofner (1992), S. 539f]. Im modernen Bereich sind die Löhne relativ hoch, im traditionellen Bereich dagegen, in dem die Lohnarbeit im Rahmen der Familienbetriebe eher eine untergeordnete Bedeutung hat, sehr niedrig. Als Hauptgrund für diese Spaltung des Lohnsystems, die man nicht nur in Entwicklungsländern sondern auch in hoch industrialisierten Ländern wie z.B. Italien antrifft, wird die monopolistische Machtposition der Gewerkschaften im modernen Wirtschaftsbereich genannt. Infolge kollektiver Vereinbarungen werden in diesem Bereich die Löhne auf einem überhöhten Niveau festgesetzt. Solche Löhne können allerdings nur die im modernen Bereich überwiegend international tätigen Unternehmen anbieten. Ihr Hauptanliegen sind nicht die Lohnkosten (sie machen in den gesamten Produktionskosten nur einen geringen Anteil aus) sondern ein konstantes und qualitativ ausreichendes Arbeitsangebot. Die Rückwirkungen dieser Situation sind allerdings auf andere Bereiche der Volkswirtschaft sehr ungünstig, insbesondere auf die regional tätigen kleineren und mittleren Betrieben [vgl. Myint (1985), S. 32f].

Die dualistische Lohnstruktur begünstigt u.a. den technologischen Dualismus (siehe auch vorheriges Kapitel). Die im modernen Wirtschaftsbereich produzierten Kapitalgüter können wegen ihrer relativ hohen Anschaffungskosten nicht im traditionellen Bereich eingesetzt werden. Sie werden entweder exportiert oder wiederum im modernen Bereich verwendet. Dadurch kann der traditionelle Bereich keine Vorteile von technologischen Neuerungen nutzen und sein technologischer Rückstand zum modernen Bereich wird sogar weiter vergrößert. Das gespaltene Lohnsystem wirkt sich auch auf den Vollbeschäftigungsgrad einer Volkswirtschaft aus. Die Arbeitsmarktsplaltung kommt nur denjenigen Arbeitnehmern zugute, die im modernen Bereich tätig sind und geht zu Lasten derer, die von diesem Bereich ausgeschlossen sind und im Subsistenzbereich ihr Auskommen finden müssen. Unter diesen Bedingungen kommt auch keine optimale Ausnutzung von wirtschaftlichen Ressourcen zustande.

Die Spaltung des Arbeitsmarktes erhöht außerdem den Monopolisierungsgrad im modernen Wirtschaftsbereich. Die relativ hohen Löhne erzwingen u.a. kapitalintensive Produktionsmethoden und damit begünstigen sie die Bildung von Großunternehmen. Unmittelbare Folge dessen ist eine Verbandsbildung und Machtkonzentration sowohl auf der Unternehmer- als auch auf der Gewerkschaftsseite, die die staatliche Wirtschaftspolitik zu ihren Gunsten beeinflusst und dadurch den traditionellen Bereich vernachlässigt [vgl. Myrdal (1970), S. 56ff bzw. 202ff].

### **1.4.3. Der dualistische Kapitalmarkt und der finanzielle Dualismus**

Dieser Begriff bringt die Spaltung des Geld- und Kapitalmarktes zum Ausdruck, die innerhalb einer dualistischen Wirtschaftsstruktur existiert. Im Subsistenzbereich sind die Kapitalkosten hoch und die Kapitalintensität (=der pro Arbeitskraft eingesetzte Kapitalbetrag) niedrig. Im modernen Bereich sind dagegen die Kapitalkosten und auch die übrigen Bedingungen der Kreditgewährung sehr günstig, mit dem Ergebnis, dass kapitalintensive Produktion in diesem Bereich vorteilhaft ist [vgl. Grabowski (1989), S. 193ff].

Wegen der relativ hohen Kapitalkosten im Subsistenzbereich kommt die Herstellung einer Reihe von Gütern kosten- und wettbewerbsmäßig nicht in Betracht. Das gilt vor allem für diejenigen industriell erzeugbaren Produkte, die die technologischen und kapitalmäßigen Kapazitäten dieses Bereichs überschreiten [vgl. Wagner u.a. (1989), S. 32ff]. Aus diesem Grund können Güter, deren Herstellung hochspezialisierte Produktionseinrichtungen erfordert und bei denen die "large-scale"-Produktion vorteilhaft ist, nur im modernen Bereich produziert werden.

Es handelt sich dabei vor allem um Produkte der Schwer- und Chemieindustrie. Unmittelbare Folge dieser Situation ist, dass der Subsistenzbereich für die Produktion jener Güter, deren Absatz erfahrungsgemäß im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung besonders stark steigt, nicht konkurrenzfähig ist. Er muss sich deshalb auf die Herstellung von Produkten beschränken, deren langfristige Einkommenselastizität der Nachfrage relativ gering ist [vgl. Rattso (1989), S. 47ff]. Bei einer solchen Entwicklung treten dann ähnliche Probleme auf wie beim technologischen Dualismus, nämlich einseitige Konzentration der Investitionen auf dem modernen Wirtschaftsbereich, strukturelle Unterbeschäftigung und Produktivitätsrückstand im traditionellen Sektor usw.

Eine weitere Eigenschaft von dualistischen Wirtschaftsstrukturen stellt der finanzielle Dualismus dar. Er wurde hauptsächlich von H. Myint in die Dualismuskussion eingebracht unter dem Stichwort "financial dualism" [vgl. Myint, (1964/1967), S. 69ff und derselbe (1985), S. 31f]. Innerhalb des Subsistenzbereiches produzieren die einzelnen Wirtschaftseinheiten Güter, die sie fast ausschließlich zur Deckung des eigenen Bedarfs benötigen. Die dafür erforderlichen Produktionsmittel (Land, Arbeitskraft, Kapital) stellen sie überwiegend selbst zur Verfügung. Das Sparen in diesem Bereich erfolgt nicht in Form von Geldanlagen sondern als direkte Vergrößerung des realen Subsistenzfonds. Sparen ist deshalb im Subsistenzbereich synonym mit Investieren, beispielsweise in zusätzliches Land, in Werkzeuge, Hausbau usw. In diesem Sinne kann von einer Art Selbstfinanzierung des Subsistenzbereiches gesprochen werden [vgl. McMahon (1990), S. 110ff].

Im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung in einer dualistischen Wirtschaft wurde jedoch die Produktion im Subsistenzbereich nicht mehr ausschließlich auf den Eigenbedarf ausgerichtet. In der Landwirtschaft wurden beispielsweise Produkte auch für den Export erzeugt. Das bislang aufgebrauchte Sparvolumen reichte infolge dieser Ausweitung der Produktion nicht mehr aus, um



die dadurch entstandene Produktionskapital- bzw. Investitionslücke zu schließen. Als Kapitalanbieter treten in diesem Fall sog. Mittelsmänner auf, deren Zinsbedingungen unverhältnismäßig hoch sind. Die Gründe für die hohen Kapitalkosten liegen an der großen Nachfrage nach Kapital, der Knappheit der Ersparnisse, der Inelastizität des Sparangebots, aber vor allem an dem Fehlen eines modernen Bankensystems [vgl. Rattso (1989), S. 49ff]. Diese Umstände sind für die Mangelhaftigkeit des Kapitalmarktes innerhalb des Subsistenzbereiches sowie zwischen den beiden Bereichen einer dualistischen Wirtschaft verantwortlich. Man spricht dann in diesem Zusammenhang vom finanziellen Dualismus.

Der Subsistenzbereich dualistischer Wirtschaften ist aus den vorher genannten Gründen geldwirtschaftlich unterentwickelt und das erschwert die Produktionssteigerung in diesem Bereich. Infolgedessen haben währungspolitische Maßnahmen, wie z.B. eine Ausweitung der Geldmenge, unterschiedliche Auswirkungen auf die zwei Bereiche einer dualistischen Wirtschaft. Trotz brachliegender Produktionsfaktoren reicht es beispielsweise nicht aus, die effektive Nachfrage zu erhöhen (wie bei Depressionen "reifer" Volkswirtschaften). Im Subsistenzbereich ist in diesem Fall nur ein Produktionsfaktor im Überfluss, nämlich die Arbeit. Die komplementären Faktoren sind äußerst knapp. Hinzu kommt, dass die wirtschaftlichen Strukturen, insbesondere die organisatorische, institutionelle und techno-logische Flexibilität, nicht elastisch genug sind, um auf einer Erhöhung der Geldmenge schnell und produktiv zu reagieren [vgl. Bourguignon (1990), S. 215ff].

Die Zentralbanken in den Entwicklungsländern verfügen aus institutionellen Gründen meist nicht über genügend Macht zu einer wirksamen Kontrolle der Geschäftstätigkeit der Handelsbanken. Die Handelsbanken ihrerseits sind aus Sicherheits- und kurzfristigen Gewinnüberlegungen vor allem an Finanzierung von Investitionen im modernen Wirtschaftsbereich interessiert. Das hat zur Folge, dass der Subsistenzbereich nur einen sehr geringen Nutzen von deren Kreditstätigkeit hat, insbesondere im Falle einer Geldmengenerhöhung. Hinzu kommt, dass die Zentralbanken oft direkt von den Regierungen der jeweiligen Entwicklungsländer abhängig sind. Die Regierungen sind allerdings eher an einer raschen wirtschaftlichen Entwicklung interessiert auch mittels Budgetexpansionen als an einen langfristigen Aufbau eines adäquaten Geld- und Kreditsystems für den Subsistenzbereich. Ohne die Existenz eines solchen Systems aber können währungspolitische Maßnahmen nicht gleichmäßig auf die zwei Wirtschaftsbereiche einwirken. [vgl. Myint (1985), S. 33f].

#### **1.4.4. Produktmärkte in einer dualistischen Wirtschaft**

In den vorherigen Kapiteln wurde indirekt die Spaltung der Märkte in einer dualistischen Wirtschaft angesprochen. In diesem Kapitel wird dieses Phänomen gründlicher untersucht, weil es einerseits einen wichtigen Desintegrationsfaktor von dualistischen Wirtschaftsstrukturen darstellt und andererseits die Notwendigkeit von den Markt strukturierenden bzw. fördernden Maßnahmen seitens der staatlichen Wirtschaftspolitik verdeutlicht. Die Märkte des Subsistenzbereiches einer dualistischen Wirtschaft können als stationär bzw. als konkrete Märkte (im Gegensatz zu abstrakten Märkten des modernen Bereichs) bezeichnet werden. An diesen

lokal gebundenen Märkten werden die traditionellen Güter der Subsistenzwirtschaft überwiegend durch die Erzeuger selbst gehandelt. Eine effiziente Marktorganisation sowie eine Kommunikation mit anderen Märkten über den lokalen Bereich hinaus sind nicht vorhanden. Diese Defizite treten noch deutlicher bei den für den Export bestimmten Gütern des Subsistenzbereiches hervor. Die betreffenden Güter werden nicht an den eigentlichen Märkten gehandelt sondern durch Vermittler im Auftrag von Exportfirmen direkt bei den Produzenten aufgekauft. In diesem Fall fehlt den Produzenten jegliche Markttransparenz [vgl. McMahon (1990), S. 110ff].

Im modernen Wirtschaftsbereich herrscht hingegen das typische Bild der abstrakten bzw. dynamischen Märkte. Die Unternehmen und Branchen dieses Bereichs sind sowohl unter sich selbst als auch mit der internationalen Wirtschaft vielfältig gebunden. Der Austausch von Gütern und Dienstleistungen findet in den abstrakten Märkten statt, die nicht lokal gebunden und hoch spezialisiert sind. Die intensiven Marktbeziehungen sollen jedoch nicht die Existenz eines vollständigen Wettbewerbs vortäuschen. Im Gegensatz dazu ist der moderne Bereich eher oligopolistisch strukturiert. Die Gründe dafür liegen hauptsächlich in der verbandsmäßigen Machtkonzentration, der Vorliebe der staatlichen Wirtschaftspolitik für technologisch hoch entwickelte Großunternehmen sowie in der qualitativ unzureichenden Verwaltungsorganisation des Staates und der Privatwirtschaft [vgl. Lee (1993), S. 623ff].

Unter diesen Umständen können die Marktbeziehungen zwischen den beiden Wirtschaftsbereichen als diskontinuierlich bezeichnet werden. Die unterschiedlichen Preisrelationen sowie die Kombinationen der Produktionsfaktoren übertragen sich auch auf die jeweiligen Produktmärkte und verhindern dort zusätzlich einen marktwirtschaftlichen Ausgleich zwischen den Wirtschaftsbereichen [vgl. Rattso (1989), S. 49ff]. Der Subsistenzbereich, soweit er marktbezogen ist, ist dabei mehr wettbewerbsorientiert als der moderne Bereich, der stark monopolistisch bzw. oligopolistisch geprägt ist. Als Anbieter und als Nachfrager ist der moderne Bereich dem Subsistenzbereich im intersektoralen Handel überlegen. Der relative Handelsgewinn des schwächeren Subsistenzbereiches fällt dabei immer kleiner aus als derjenige des modernen Bereichs.

Wenn beispielsweise im Subsistenzbereich eine Nachfrage nach Investitionsgütern besteht, tritt der moderne Bereich als ein oligopolistischer Anbieter auf. Die Preise dieser Güter sind aber im Vergleich zu den Faktoreinkommen des Subsistenzbereiches dermaßen hoch, dass jegliche Investitionstätigkeit im Subsistenzbereich erschwert bzw. verhindert wird. Im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung des modernen Bereichs wird mit einer Erhöhung der Produktivität und damit mit einer relativen Preissenkung gerechnet. Auf der anderen Seite werden aber auch wegen der dualistischen Struktur des Lohnsystems die Lohnkosten in diesem Bereich zunehmen. Da aber die wirtschaftliche Entwicklung des Subsistenzbereiches langsamer vor sich geht als die des modernen Sektors, muss man mit einer zunehmenden Verschlechterung der Austauschverhältnisse zwischen den beiden Bereichen rechnen und zwar zu Lasten des Schwächeren, d.h. des Subsistenzbereiches. [vgl. Myint (1985), S. 30f].

Auf der anderen Seite tritt der Subsistenzsektor auch als Anbieter z.B. von Rohstoffen oder von Konsumgütern gegenüber dem modernen Sektor auf. Diese Situation wirkt sich auch zu Lasten des Subsistenzbereichs aus, weil die Unternehmen des modernen Sektors als oligopolistische Nachfrager gegenüber der Vielzahl von Anbietern aus dem Subsistenzbereich auftreten. Das wirkt auf den Marktpreis dieser Produkte, der wenig über dem Kostenniveau liegen wird und damit kaum eine Gewinnspanne offen lässt. Hinzu kommt, dass die Nachfrage nach Produkten des Subsistenzbereiches immer höhere Qualitätsanforderungen mit sich bringt. Diese Anforderungen können allerdings nur durch eine ständige Anpassung der Produktionsmethoden befriedigt werden, die wiederum kostspielige Investitionen erfordern. Damit entsteht aber ein zusätzlicher Anpassungsdruck auf den Subsistenzbereich, dessen Flexibilität bei der Produktionsumstellung, bzw. dessen organisatorische Anpassungsfähigkeit bekanntlich sehr gering ist.

Die Spaltung der Produktmärkte ist damit ein zusätzlicher Desintegrationsfaktor im Rahmen des wirtschaftlichen Dualismus. Ein Wirtschaftswachstum ist zwar unter diesen Bedingungen möglich, wird jedoch langsamer stattfinden als unter einheitlichen Marktbedingungen. Die Einkommensverteilung wird ebenso ungleich stattfinden: Während der Subsistenzsektor nur eine geringe Einkommensverbesserung erfahren wird, erhält der moderne Bereich den Hauptanteil des Zuwachses des Sozialprodukts [vgl. McMahon (1990), S. 105ff].

## **2. Intersektorale Strukturierung einer Volkswirtschaft und wirtschaftlicher Dualismus**

Zum Abschluss des theoretischen Teils dieser Arbeit wird kurz auf die Drei-Sektoren-Hypothese eingegangen. Sie wird als Hilfsinstrument bei der Analyse der griechischen Wirtschaft im nächsten Teil dieser Arbeit angewendet. Durch Einteilung der griechischen Volkswirtschaft in drei Sektoren werden die differenzierte Betrachtung und die systematische Untersuchung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen sowohl innerhalb als auch zwischen den einzelnen Sektoren erleichtert.

Der amerikanische Wirtschaftsforscher A.G.B. Fischer hat aufgrund von empirischen Untersuchungen ein "typisches Normalmuster" für den Entwicklungsprozess von Volkswirtschaften entwickelt. Er kam zu der Überzeugung, dass der Strukturwandel und die Abgrenzung einer Volkswirtschaft in drei Sektoren zusammenhängen. Diese drei Sektoren sind [vgl. Meißner u.a., (1989), S. 107ff und Willms (1995), S. 373ff]:

- a) der primäre Sektor: (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei),
- b) der sekundäre Sektor: (Bergbau, Industrie, Handwerk) und
- c) der tertiäre Sektor (Dienstleistungen wie Handel, Verkehr, Kredit- und Versicherungswirtschaft, Gastronomie, Gesundheitsdienst, Bildungswesen, Staat, Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte usw.).

Nach Fischers Überzeugung wird zunächst der primäre Sektor durch das Wachstum des sekundären Sektors zurückgedrängt. Der sekundäre Sektor wird wiederum in den hoch entwickelten Volkswirtschaften vom tertiären Sektor überholt. Je nach dem, welcher dieser drei

Sektoren in einer Volkswirtschaft dominiert, kann man den Entwicklungsstand dieser Volkswirtschaft (durch das Pro-Kopf-Einkommen) bestimmen. In einer unterentwickelten Volkswirtschaft beispielsweise herrscht ein niedriges Pro-Kopf-Einkommen und dominiert der primäre Sektor. In einer entwickelten Volkswirtschaft herrscht vergleichsweise ein höheres Pro-Kopf-Einkommen und der Anteil des sekundären Sektors ist sehr hoch. Eine hoch entwickelte Volkswirtschaft ist schließlich durch die Dominanz des tertiären Sektors charakterisiert (vgl. Abb. 1).

Der landwirtschaftliche und der industrielle Sektor sind für den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess von Entwicklungs- bzw. Schwellenländern von entscheidender Bedeutung. Innerhalb bzw. zwischen diesen Sektoren findet man am häufigsten dualistische Wirtschaftsstrukturen. Weite Teile der Landwirtschaft, das Handwerk sowie kleine Industriebetriebe werden dem großen rückständigen und überwiegend arbeitsintensiv produzierenden Wirtschaftsbereich zugeordnet, der die Nahrungs- und anderen Existenzgüter erzeugt (traditioneller Wirtschaftsbereich). Daneben existiert bzw. wächst ein fortschrittlicher Bereich, der mit moderner kapitalintensiver Technik arbeitet und überwiegend Gebrauchsgüter des täglichen gehobenen Bedarfs, dauerhafte Konsumgüter und Investitionsgüter herstellt (moderner Wirtschaftsbereich).

Während die traditionellen Wirtschaftsformen in den ländlichen Gebieten im Laufe des Wachstumsprozesses relativ langsam verändert werden, breiten sich moderne und kapitalintensive Technologien vor allem in den Städten aus. Dadurch kommt es zu einer uneinheitlichen Entwicklung in städtischen und ländlichen Regionen. Stark ausgeprägte Stadt-Land-Unterschiede sind nicht nur Ausdruck eines regionalen Dualismus sondern auch Folge einer geringen intersektoralen Integration [vgl. Wagner (1989), S. 34]. Der wirtschaftliche Dualismus zwischen dem landwirtschaftlichen und dem industriellen Sektor äußert sich vor allem bei den Zuwachsraten der beiden Sektoren.

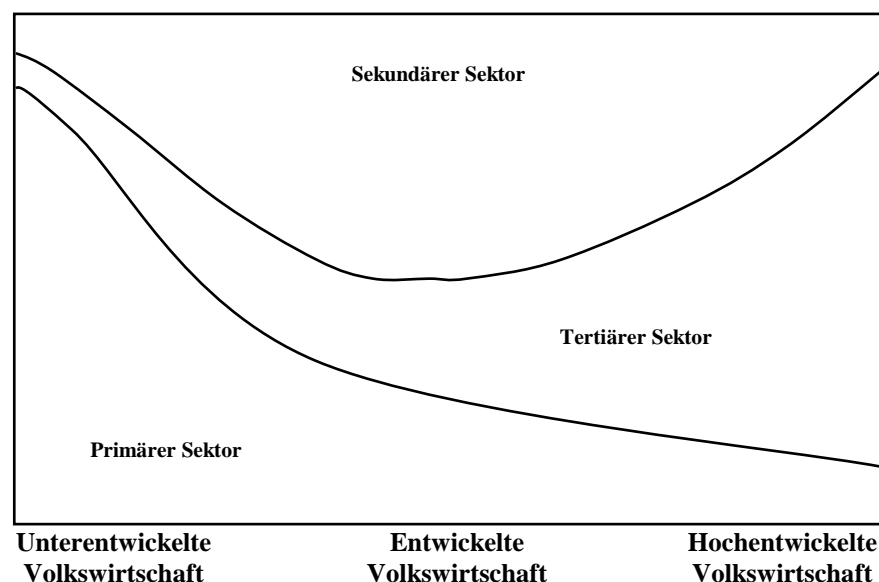


Abb. 4: Die Zusammensetzung von Entwicklungsstand und Strukturwandel

Quelle: Meissner u.a. (1989) S. 108.

Obwohl der größte Teil der Bevölkerung der Entwicklungs- bzw. Schwellenländer im landwirtschaftlichen Sektor beschäftigt ist, trägt dieser anteilmäßig zum Bruttosozialprodukt, bezogen auf die Zahl der dort tätigen Arbeitskräfte, unterproportional wenig bei. Die Produktivität der eingesetzten Faktoren Arbeit, Boden und Kapital ist im landwirtschaftlichen Sektor dieser Länder niedriger als in anderen Sektoren. Die niedrige Produktivität der Landwirtschaft kann man in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländer dadurch erklären, dass die Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie veraltete Technologien anwendet. Die Anwendung moderner Produktionsverfahren wird zusätzlich durch die Landverteilung, die geringe Kapitalkraft der Bauern sowie durch deren schlechten Ausbildungsstand erschwert.

Aus diesen Gründen werden in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländer abgesehen von einzelnen Ausnahmen zum Teil über Jahrhunderte verwendete landwirtschaftliche Anbaumethoden und Geräte auf ausgelaugten Böden und ohne Kenntnis moderner Wirtschaftsformen verwendet. Der wirtschaftliche Dualismus zwischen dem landwirtschaftlichen und dem industriellen Sektor zeigt sich schließlich auch als Folge mangelhafter Ausbildung der Landbevölkerung, der Abwanderung qualifizierter Fachkräfte wegen niedriger Löhne und besserer Arbeitsbedingungen in den Städten, unzureichender Infrastruktur in ländlichen Gebieten sowie des Kapitalmangels. Ohne Aufhebung dieser Zustände bestehen langfristig nur geringe Möglichkeiten Produktivitätsunterschiede zwischen den beiden Sektoren zu beseitigen [vgl. Kaiser (1988), S. 32ff und Harding (1981), S. 37ff].

Diese Gegenüberstellung von Landwirtschaft und Industrie darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch innerhalb der einzelnen Sektoren dualistische Wirtschaftsstrukturen existieren. In vielen Entwicklungs- bzw. Schwellenländern besteht beispielsweise ein starker Kontrast zwischen modernen in- und ausländischen Großunternehmen und mehr an traditionellen Produktionsverfahren und Wirtschaftsformen ausgerichteten Klein- und Mittelbetrieben. Letztere erzielen aufgrund des Kapitalmangels, unzureichender Ausstattung mit Maschinen und Geräten und mit geringem technologischem Wissen vergleichsweise niedrige Einkommen.

Im landwirtschaftlichen Sektor hat sich ebenfalls neben einem nicht arbeitsteiligen Basisbereich, der vorwiegend Hauswirtschaft und Selbstversorgung betreibt (Subsistenzbereich), ein anderer arbeitsteiliger moderner Bereich entwickelt. Der Subsistenzbereich ist zwar weitestgehend vom Markt ausgeschlossen, verfügt aber über bedeutende und größtenteils nicht genutzte Produktivitätsreserven. Die modernen arbeitsteiligen, landwirtschaftlichen Betriebe erzielen teilweise hohe Einkommen und verstärken ihre wirtschaftliche Position durch ständige technologische Neuerungen.

Ähnliches gilt auch für den tertiären Sektor. Städtische Kleinproduzenten, Kleinhändler und Dienstleistende, die selbständig arbeiten, zum großen Teil Arbeitskräfte aus der Familie heranziehen, bilden den sog. informellen Sektor. Er befriedigt vor allem Bedürfnisse ärmerer Bevölkerungsschichten. Neben der mangelhaften Qualität der Erzeugnisse und Leistungen, der minimalen Ausstattung mit Baulichkeiten, Geräten, Energie usw., ist es die relativ geringe Bezahlung der Arbeit, die die Koexistenz von informellem Sektor und modernen Betrieben bzw.

Unternehmen ermöglicht. Der informelle Sektor absorbiert Teile des Reservoirs an überschüssigen Arbeitskräften, ohne jedoch eine normale Reproduktion der Arbeitskraft zu gewährleisten [vgl. Charmes, (1990), S. 11ff und Mitra (1990), S. 57ff].

Besonders in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit wurde das Wachstum im tertiären Sektor insgesamt, als eine willkommene Möglichkeit zu einer dauerhaften Entlastung des Arbeitsmarktes angesehen, denn die Produktion von Dienstleistungen ist individuell geprägt und damit sehr personalintensiv. Hinzu kommt, dass die meisten Dienstleistungen nicht auf Lager produziert werden können und die Möglichkeiten zur Produktivitätssteigerung in diesem Sektor sehr gering sind [vgl. Meissner u.a., (1989), S. 107ff].

### **Teil III: Strukturanalyse der griechischen Volkswirtschaft aus dem Blickfeld des wirtschaftlichen Dualismus**

Nachdem im vorherigen Abschnitt die theoretische Behandlung des wirtschaftlichen Dualismus vorgenommen wurde, werden wir uns im Folgenden mit denjenigen Entwicklungen bzw. Bereichen der griechischen Volkswirtschaft beschäftigen, die aus der Sicht des wirtschaftlichen Dualismus vom Interesse sind. Für unsere Betrachtung nehmen wir die Drei-Sektoren-Einteilung einer Volkswirtschaft zur Hilfe (primärer, sekundärer und tertiärer Sektor). Dabei wird festgestellt, dass dualistische Wirtschaftsstrukturen bzw. deren Charakteristika sowohl innerhalb als auch zwischen den einzelnen Sektoren anzutreffen sind. Soweit diese Strukturen intersektoral vorkommen, haben sie meistens regionalen Charakter (regionaler Dualismus, vgl. dazu Teil II, Kap. 1.).

Die Bevölkerungsentwicklung Griechenlands ist durch starke Konzentrationen in den Agglomerationen der Hauptstadt Athen (ca. 3,1 Mio.) und der zweitgrößten Stadt des Landes Thessaloniki (ca. 740.000) gekennzeichnet. Der Urbanisierungsgrad liegt bei 60%. Das gesamte Land hat 10.032.500 Einwohner [vgl. Tab. 1]. Der Bevölkerungsballung folgte auch die Verdichtung der wirtschaftlichen Aktivitäten. Fast die Hälfte aller in der Industrie beschäftigten Personen sowie rund 65% der Beschäftigten im Dienstleistungssektor sind im Raum Athen beschäftigt. Von den 100 größten Firmen des Landes haben 90 ihren Firmensitz hier. Mehr als die Hälfte aller Industriebetriebe mit über 20 Beschäftigten liegt im Raum Athen, dabei der größte Teil der Betriebe von Wachstumsbranchen. Diese räumliche Ungleichverteilung von Wirtschaft und Bevölkerung entsprechen Disparitäten im Lebensstandard und den Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen [vgl. Korres und Chionis (2003), S. 30ff, Kazakos, (1988), S. 14f und Hermanns/ Lienau, (1982), S. 135ff].

Obwohl die Agglomerationsnachteile inzwischen deutlich fühlbar geworden sind (hohe Luftverschmutzung, verschmutztes Wasser, Vernichtung vom Wald und naturnahen Erholungsflächen, erhöhter Krankenstand sowie überdurchschnittlich hohe Sterberate der Bevölkerung usw.), geht der Konzentrationsprozess im Raum Athen unvermindert weiter. Die Gründe dafür sind vor allem historisch-politisch zu erklären. Die zentralistische Staatsverfassung sowie eine Gesellschaftsstruktur, in der persönliche Beziehungen zur Erreichung von Zielen viel bedeuten,

erfordern auch die räumliche Nähe zu den Entscheidungsträgern. Hinzu kommt die historische Bedeutung der Stadt, die es zum Inbegriff Griechenlands und damit zum begehrtesten Wohnsitz werden ließ. Hier manifestiert sich das Leben des Landes in Kunst, Kultur, usw.. Das Bevölkerungswachstum im Raum Athen geht vor allem auf Zuwanderung aus den ländlichen Räumen und der Inseln Griechenlands zurück, die dadurch Stagnation, Entleerung und folglich auch wirtschaftliche Unterentwicklung erfuhren [vgl. Ridder (1990), S. 319ff, Mengel, (1982), S. 126ff, Papailias, (1983), S. 109ff]. Angesichts dieser ungleichmäßige Entwicklung der Regionen treten in der Betrachtung von Ballungszentren und ländlichen bzw. grenznahen Gebieten die Charakteristika von wirtschaftlichen bzw. regionalen Dualismen sehr stark hervor, wie beispielsweise der technologische Dualismus, der dualistische Kapitalmarkt, der Dualismus der Produktmärkte usw. (vgl. dazu Teil II).

Regionen	Fläche in Km <sup>2</sup>	Bevölkerung in Tausend	Bevölkerungsdichte pro Km <sup>2</sup>
Griechenland (Gesamt)	131.957	10.032,5	76.0
Nord Griechenland	56.792	3.178,5	53.0
Östl. Makedonien und Thrakien	(14.157)	(565,4)	(39.9)
Zentr. Makedonien	(19.147)	(1.666,7)	(87.0)
Westl. Makedonien	(9.451)	(258,2)	(27.3)
Thessalien	(14.037)	(688,3)	(49.0)
Zentr. Griechenland	53.899	2.158,8	40.0
Ipiros	(9.203)	(308,7)	(33.5)
Ionische Inseln	(2.307)	(186,6)	(80.9)
West Griechenland	(11.350)	(659,6)	(58.1)
Stereia Ellada	(15.549)	(502,2)	(32.2)
Peloponnes	(15.490)	(499,7)	32.3)
Attika	3.808	3.800,9	98.1
Inseln	17.458	896,3	51.3
Nördl. Ägäis	(3.836)	(196,1)	(51.1)
Südl. Ägäis	(5.286)	(237,2)	(44.9)
Kreta	(8.336)	(463,0)	(55.5)

**Tabelle 1:** Bevölkerungsverteilung und Fläche Griechenlands nach Regionen.  
Quelle: Nationales Statistisches Amt Griechenlands, Statistische Monatsberichte 2000 und Eurostat Basic Statistics 2000.

Eine weitere Entwicklung der griechischen Volkswirtschaft, die sowohl intra- als auch intersektoral anzutreffen ist, bildet die Sphäre des nicht öffentlichen bzw. nicht erfassbaren Bereichs der Volkswirtschaft. Die "graue Ökonomie" bzw. die Schattenwirtschaft ist in Griechenland außerordentlich groß und macht etwa 30% der gesamten Wirtschaft des Landes aus [vgl. Pavlopoulos, (1987), S. 174 und Ta Nea 29.01.1990, S. 26]. Andere Berechnungen bringen sogar diesen Anteil auf etwa 45% [vgl. Kalyvianakis, (1990), S. 21]. Diese Zahlen bringen u.a. zum Ausdruck, dass neben der öffentlich kontrollierbaren Wirtschaft des Landes ein florierender Privatbereich existiert, der sich nicht an den Lasten der Regulationskosten des Gesamtsystems beteiligen will. Die Steuerhinterziehung war beispielsweise im Jahr 1989 etwa 10 Milliarden DM

(das ist etwa die Summe der jährlichen Staatsausgaben für Gehälter und Renten) [vgl. Eleptherotopia 05.01.1990, S. 4 und Karasawoglou, (1987), S. 104ff].

Es ist in Griechenland weitgehend bekannt, dass die graue Zone der Ökonomie mit einer besonderen Arbeitssituation verbunden ist. Dabei werden Kontrolle und Organisation der Arbeit nicht den gesamtwirtschaftlichen Rahmen unterordnet sondern den begrenzten Interessen des einzelnen und seiner Strategien. Dazu gehören auch die nicht entlohnten Tätigkeiten, die im großen Bereich der Reproduktion angesiedelt sind. Neben der öffentlich kontrollierten Arbeit gibt es in Griechenland breit gefächerte Arbeitsformen und Arbeitsbereiche, die eine durchaus wichtige Rolle für die materielle Sicherung der Bevölkerung spielen.

Diese Situation unterscheidet sich von westeuropäischen Verhältnissen nicht nur durch ihre besonders hohe Verbreitung sondern auch durch die Legitimität, die sie bei großen Teilen der Arbeitenden besitzt. Unter diesen Umständen kann man behaupten, dass zwei verschiedene Ökonomien existieren, die sich gegenseitig ergänzen bzw. bekämpfen. Die eine ist zum größten Teil staatlich organisiert und die andere richtet sich mehr an soziale Institutionen wie Familie oder lokale Gesellschaft. Im ersten Bereich findet man die staatliche Großunternehmen (Industriebetriebe sowie Betriebe des Energiesektors) und die öffentlichen Dienstleistungen, während im zweiten Bereich der Ökonomie die kleinteilige Form der Produktion dominiert.

Große Teile des Agrarsektors sind beispielsweise in der Schattenökonomie angesiedelt. Einer der Gründe für die relativ geringe Größe der landwirtschaftlichen Betriebe liegt darin, dass sie für ihre Inhaber bzw. für deren Familienmitglieder zum Erwerb eines steuerfreien Zusatzeinkommens dienen (vgl. dazu auch Teil III, Kap. 1.2 und 1.3). Der Inhaber eines kleinen landwirtschaftlichen Betriebes arbeitet beispielsweise hauptberuflich im öffentlichen Dienst und nach seiner Arbeit (meistens mit Hilfe seiner Familienmitglieder) in seinem Betrieb. Solche Beispiele findet man auch in den anderen Wirtschaftssektoren des Landes [vgl. Panagiotopoulou /Tsoukalas, (1993), S. 208ff und Parashidis (1984), S. 45].

Aus der Sicht des wirtschaftlichen Dualismus stellt die Schattenwirtschaft ein großes Hindernis für seine Überwindung dar. Das vorherige Beispiel weist u.a. auch darauf hin, dass die Inhaber von kleinen landwirtschaftlichen Betrieben wenig Interesse daran haben ihre Betriebe zu modernisieren bzw. sich in Genossenschaften zusammenzuschließen. Einerseits steht ihnen unbezahlte Arbeit zur Verfügung (Familienmitglieder) und andererseits wäre dann, im Fall einer Genossenschaftsgründung, ihr Zusatzeinkommen kontrollierbar und damit auch steuerpflichtig. Eine Strategie zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus muss deshalb auch Maßnahmen zur Verminderung des Ausmaßes der Schattenwirtschaft beinhalten.

Mit dieser Problematik werden wir uns im vierten Teil dieser Arbeit befassen. Im Folgenden werden wir jedoch, wie anfangs erwähnt, die drei Sektoren der griechischen Volkswirtschaft aus dem Blickfeld des wirtschaftlichen Dualismus betrachten (Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttosozialprodukt).



Sektor	REALE WERTE					VERÄNDERUNGEN IN %			
	1988	1989	1990	1991	1998	1989	1990	1991	1998
Landwirtschaft	62,6	63,2	35,7	61,3	61,9	0,8	-11,9	10,1	1,0
Industrie	144,2	148,5	149,9	148,5	149,1	2,9	0,9	-0,9	0,4
Dienstleistungen	267,3	279,8	248,1	288,6	294,9	4,9	1,5	1,6	2,2
<b>Summe</b>	474,1	491,5	469,7	448,4	505,9	3,7	-0,4	1,8	1,5

**Tabelle 2:** Anteile der Wirtschaftssektoren am Bruttosozialprodukt Griechenlands (reale Werte in Mrd. Drs., 1 EUR = 340,75 Drs.)

Quelle: Nationales Statistisches Amt Griechenlands, Statistische Monatsberichte.

### 1. Der primäre Sektor in Griechenland

Die griechische Volkswirtschaft war vom frühen Altertum bis in die jüngste Vergangenheit von Handel, Schifffahrt und Landwirtschaft geprägt. Wegen der ungünstigen Produktionsvoraussetzungen war das Land immer in erster Linie ein Agrarland und die Bevölkerung der Inseln und des Festlandes überwiegend Bauernbevölkerung. Obwohl vom primären Sektor in der Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft normalerweise keine Wachstumsdynamik ausgeht, kann er für ein Land wie Griechenland, das sich in einem Übergangsstadium seiner wirtschaftlichen Entwicklung befindet, eine entscheidende Rolle spielen. Dabei muss allerdings dieser Sektor folgende zentrale Voraussetzungen erfüllen: [vgl. Priebe, 1980, S. 24].

- a) Kombination der Exportsteigerung landwirtschaftlicher und der Substitution ausländischer (importierter) Produkten durch inländische. Dadurch kann er die chronisch passive Leistungsbilanz Griechenlands verbessern.
- b) Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zu konkurrenzfähigen Preisen. Auf diese Weise kann der primäre Sektor positive externe Effekte (external economies) für die anderen Wirtschaftsbereiche schaffen, z .B. durch die weitere Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkten in der Industrie, Inanspruchnahme von Transportleistungen, Nachfrage nach Investitionsgütern usw.
- c) Einkommenserhöhung der Beschäftigten in diesem Sektor. Dadurch werden Einkommen für den Erwerb von anderen Gütern und Dienstleistungen frei und dies löst eine Nachfragesteigerung auch für die anderen Sektoren.

Um diese zentralen Voraussetzungen zu erfüllen, ist allerdings auch eine entsprechende Wirtschaftspolitik notwendig. Der primäre Sektor würde aber in Griechenland stattdessen im Vergleich zur Industrie stark vernachlässigt. Dies hatte eine Anhäufung von zahlreichen Problemen bewirkt. Diese Probleme sind sowohl auf die Versäumnisse der griechischen

Wirtschaftspolitik der letzten Jahrzehnte als auch auf die spezifischen Besonderheiten des Agrarsektors zurückzuführen.

### 1.1. Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe

Die Agrarstrukturen Griechenlands weisen eine beträchtliche regionale und soziale Heterogenität auf. Hauptmerkmale der landwirtschaftlichen Betriebe sind die wachsende Konzentration der Produktion auf klimatisch begünstigte und bewässerte Flächen, der Gegensatz von Groß- und Kleinstbetrieben, das große Gewicht der Berglandwirtschaft und das durchschnittlich niedrige, im einzelnen jedoch sehr divergierende Produktivitätsniveau. Ein relativ geringer Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird von einer anteilmäßig relativ hohen Zahl von Kleinbetrieben bewirtschaftet (z. B. etwa 51% der Betriebe sind bis zu 7,4 Hektar groß, vgl. Tabelle 3).

Regionen	Anbauflächen	Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe (LB)	Durchschnittliche Größe der LB
Gesamt	35.831.852,7	5.130.527	6,98
Östl. Makedonien und Thrakien	3.548.881,9	551.500	6,43
Zentr. Makedonien	6.351.012,8	884.876	7,18
Westl. Makedonien	2.076.891,3	343.477	6,05
Thessalien	4.110.156,1	367.282	11,19
Ipiros	1.243.086,0	182.288	6,82
Ionische Inseln	850.431,9	163.776	5,19
West Griechenland	3.167.722,9	360.363	8,79
Stereia Ellada	3.506.375,4	462.959	7,57
Peloponnes	3.825.913,4	592.753	6,45
Attika	539.528,4	115.142	4,69
Nördl. Ägäis	1.561.470,6	246.142	6,34
Südl. Ägäis	1.083.645,2	150.621	7,19
Kreta	3966736,8	709.348	5,59

**Tabelle 3:** Anbauflächen der landwirtschaftlichen Betriebe gegliedert nach Anzahl und durchschnittliche Größe in den geographischen Regionen Griechenlands. Angaben in Stremmata (1 Stremma = 0,1 Hektar). Angaben für 1999 und 2000.

Quelle: Nationales Statistisches Amt Griechenlands.

Die durchschnittliche Größe der landwirtschaftlich genutzten Flächen beträgt in Griechenland etwa 0,7 ha (vgl. nachfolgende Tabelle). Zum Vergleich liegt der entsprechende Wert in der EU bei etwa 15 ha. Man spricht in diesem Zusammenhang von einem ausgeprägten strukturellen Dualismus in der griechischen Landwirtschaft. [vgl. Freund (1985), S. 480ff und Musto (1981), S. 254f].

Die Betriebsgrößenentwicklung zeigt im Laufe der Jahre eine gewisse strukturelle Verbesserung, die allerdings relativ langsam stattfindet. Viele der Klein- und Kleinstbetriebe werden aufgegeben und das freigewordene Land wird zur Flächenvergrößerung der verbleibenden Betriebe aufgenommen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit einer Größe von über 10

ha nimmt ständig zu. Diese Entwicklung ist aber sehr regional geprägt. In den Ebenen geht die Zahl der Betriebe zurück, im Bergland aber nimmt sie ständig zu. [vgl. Freund (1985), S. 482f, Katranidis (1985), S. 26ff].

Parallel zu der Betriebsgrößenentwicklung findet jedoch durch die Zunahme des bewässerten Landes eine gewisse innere Betriebsaufstockung statt. Bewässerte Flächen werden nämlich im Vergleich zu unbewässerten intensiver genutzt und dies führt dazu, dass auch kleine landwirtschaftliche Betriebe eine relativ gute Ertragslage aufweisen. Die Bewässerung der landwirtschaftlichen Flächen bewirkt nicht nur eine Produktivitätssteigerung und Einkommensverbesserung der Beschäftigten in der Landwirtschaft sondern sie ist der entscheidende Faktor über den Umfang und die Zusammensetzung der exportfähigen Agrarproduktion. Daher wird ständig versucht, sowohl die bestehenden Bewässerungssysteme zu modernisieren als auch neue Bewässerungsanlagen zu errichten (siehe. Tab. 4).

Diese innere Betriebsaufstockung durch Bewässerung der landwirtschaftlichen Flächen wird durch eine Aufteilung der Bewässerungsflächen nach Betriebsgrößenklassen verdeutlicht. Der Anteil der bewässerten Flächen an der Kulturfäche ist bei den kleineren Betrieben relativ hoch und er sinkt mit Zunahme der Betriebsgröße. Das Produktivitätspotential der meisten landwirtschaftlichen Betriebe bleibt aber relativ gering [vgl. Zioganas, (1993), S. 147ff und Kasakos, (1980), S. 78f].

Eine der Ursachen für diese unbefriedigende Entwicklung der Betriebsgrößenstruktur liegt in der Arbeitsmarktsituation. Im landwirtschaftlichen Bereich herrscht nämlich versteckte Arbeitslosigkeit. Sie wird durch das Fehlen beruflicher Alternativen und das Festhalten an überkommenen Lebensformen auch unter relativ schwierigen Bedingungen beeinflusst. Hinzu kommt, dass die meisten Inhaber kleiner landwirtschaftlicher Betriebe sich nur nebenberuflich mit ihren Betrieben beschäftigen, um damit ein zusätzliches steuerfreies Einkommen zu erzielen. Die Familienmitglieder helfen meistens dabei mit, mangels anderweitiger Beschäftigungsmöglichkeiten.

Ein Abbau des Produktionsfaktors Arbeit könnte die Betriebsgrößenstruktur der griechischen Landwirtschaft verbessern und damit auch Arbeitsmarktpaltung (zwischen Landwirtschaft und Industrie) entgegenwirken (siehe dazu auch Teil II, Kap. 1.4.2). Aber die Industrie des Landes, wie es im nächsten Abschnitt dieser Arbeit dargestellt wird, ist noch nicht in der Lage, genügend Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft zu übernehmen. Sie kann nur in wenigen Standorten und dazu noch in einem sehr begrenzten Umfang Arbeitsmöglichkeiten für ungelernete Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft anbieten. Es fehlen allerdings auch die entsprechenden Voraussetzungen, insbesondere in ländlichen oder halbstädtischen Gebieten, für die Entwicklung bzw. Ansiedlung von Industrie oder Gewerbe. [vgl. Papaioannou, (1980), S. 67ff].

Das gleiche gilt mehr oder weniger auch für den Dienstleistungsbereich mit dem Schwerpunkt Tourismus. Die Arbeitsplätze, die er bietet sind für eine durchgreifende Reduzierung der Beschäftigten in dem landwirtschaftlichen Bereich ungenügend und dazu noch saisonbedingt.

Der Tourismus ist zudem noch konjunkturabhängig und seine Entwicklungsmöglichkeiten sind somit mit hohem Risiko verbunden. Die vielen unfertigen bzw. leerstehenden Hotels an den Küsten zeugen davon.

Anbauflächen gegliedert nach Größe (Angaben in Stremmata (str.) = 0,1 Hektar)	Anzahl der landw. Betriebe (LB) und bewässerte Flächen		Bewässerte Anbauflächen gegliedert nach Anbauarten							
	Anz. LB	Anbauflächen	Ackerland		Baumplantagen		Wein- und Rosinenbau		Sonstige Anbauflächen	
			Anzahl LB	Anbauflächen	Anzahl LB	Anbauflächen	Anzahl LB	Anbauflächen	Anzahl LB	Anbauflächen
<b>Gesamt</b>	535.952	11748758	355.100	8449149	395059	2839009	63701	300720	215607	159880
Bis 4,9	59672	120474	19238	28120	68377	73872	5837	4839	24051	13644
5 – 9,9	65959	298801	30859	100598	68762	173115	6668	11306	23960	13782
10 – 19,9	10260	844406	59876	352187	92128	433158	13127	33874	39654	25186
20 – 29,9	72301	950564	48227	476087	52494	414033	10002	40050	29376	20394
30 – 49,9	87904	1730379	66010	1005915	54573	627453	12870	69301	36925	27710
50 – 79,9	62293	1905908	53052	1327378	30856	493862	8050	64782	26309	19886
80 – 99,9	21746	938378	19202	736153	8351	171928	2158	22399	9031	7897
100 – 149,9	29091	1674950	27126	1418920	9845	220147	2629	25164	12356	10719
150 – 199,9	13350	1026603	12559	922832	3792	88753	939	10184	5382	4834
200 – 249,9	7285	679696	6759	623026	1933	48389	498	4873	2950	3407
250 – 299,9	4155	434501	3849	404472	1041	25476	253	2654	1648	1899
300 – 399,9	4819	519914	4423	482417	1376	30831	340	3786	1975	2880
400 – 499,9	1980	247617	1684	229578	560	13787	131	1990	747	2262
500 – 999,9	2251	297790	1865	275067	742	18230	142	1519	1000	2974
1000 und mehr	516	78777	371	66399	229	5975	57	3997	243	2407

**Tabelle 4:** Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit bewässerten Anbauflächen gegliedert nach Anbauarten und Größe der Betriebe. Angaben in Stremmata (1 Stremma = 0,1 Hektar). Angaben für 2003 und 2004.  
Quelle: Nationales Statistisches Amt Griechenlands.

Eine andere Möglichkeit zur Reduzierung der Anzahl der Arbeitskräfte im primären Sektor ist die Emigration in die Industriezentren Nordwest-Europas [vgl. Papailias, (1983), S. 145ff]. Aber auch sie führte nicht zu einer nennenswerten Entlastung der Beschäftigungssituation. Die Emigration betrifft meistens nur männliche Familienmitglieder. Sie gehen nur für einige Jahre ins Ausland, um mit ihrem Verdienst die Familienangehörigen zu Hause finanziell zu unterstützen. Die kleine Landwirtschaft wird aber beibehalten und meistens von den daheim gebliebenen Familienangehörigen versorgt.

Der kleine landwirtschaftliche Betrieb dient zur Verbesserung des Familieneinkommens auch dann, wenn der emigrierte Landwirt aus dem aktiven Arbeitsleben ausscheidet und in seine Heimat zurückkehrt. Diese Verhaltensweisen erschweren somit eine Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur bzw. tragen nicht zur Verminderung der dualistischen Strukturen in der

griechischen Landwirtschaft bei [vgl. Chtouris und Heidenreich (1990), S. 119ff sowie Luetkens (1981), S. 108ff]. Die kleinbetriebliche Struktur hängt aber auch mit einem anderen großen Problem zusammen, nämlich mit der Besitz- und Flurzersplitterung.

## **1.2. Die Besitzverhältnisse in der griechischen Landwirtschaft**

Ein Viertel der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Griechenland gehört Eigentümern die keine Landwirte sind bzw. sich nicht direkt mit der Landwirtschaft beschäftigen. Durch die Realteilung kommt es zu immer kleineren und kleinsten Besitzeinheiten (vgl. hierzu Tab. 2). Die Realteilung führt nicht nur zu einer Besitzzersplitterung sondern auch zu einer großen Flurzersplitterung. Sie wird durch Erb- sowie Aussteuersitten gefördert [vgl. Krasberg (1984), S. 53ff]. Bei der Heirat unter Bauern kommt beispielsweise "Land zu Land". Dies hat aber folgende Auswirkung: Die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe bleibt insgesamt gesehen unverändert, sie wird in den meisten Fällen sogar erhöht. Diese Erb- und Aussteuersitten fördern aber gleichzeitig die Zersplitterung der Betriebsflächen in viele kleine Teilstücke [vgl. Spanopoulou, (1990), S. 536ff und Giannaris, (1988), S. 64ff].

Eine weitere Ursache für die Besitz und Flurzersplitterung ist die Bodenreform, die in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts durch Regierungsanordnung durchgeführt wurde. Sie war hauptsächlich aus zwei Gründen notwendig. Als Erbe der Osmanenzeit gab es eine große Anzahl von besitzlosen Bauern und Teilpächtern von großen landwirtschaftlichen Flächen. Der massenhafte Zustrom von Flüchtlingen, insbesondere nach der Vertreibung der Griechen aus Kleinasien im Jahre 1922, verschärfte zusätzlich die Situation. Die Bodenreform, die 1923 beschlossen wurde, verfolgte demnach das Ziel, jedem in der Landwirtschaft Beschäftigten (einschließlich der bäuerlichen Flüchtlinge) ein Stück Land als Eigentum zu übertragen, das für die Ernährung einer Familie ausreichte [vgl. Lambos, (1981), S. 266ff].

Das Problem der Flurzersplitterung wird zusätzlich durch die getrennt liegenden Teilstücke eines Betriebes sowie deren durchschnittliche Teilstückgröße verschärft. Diese kleinen Teilstücke sind für eine moderne und rationelle Form der Bewirtschaftung, d.h. Maschineneinsatz, Bewässerung, Düngung usw., kaum geeignet. Ihre Erträge sind demnach um 30% bis 40% niedriger im Vergleich zu Betrieben, die rationell bewirtschaftet werden können. Um der Flurzersplitterung entgegenzuwirken, wird eine sog. Flurbereinigung betrieben.

Sie erfolgt im Normalfall freiwillig, sie kann aber auch gegen den Willen der Grundeigentümer durchgeführt werden. Diese Maßnahme hat sich allerdings im Laufe der Zeit kaum bewährt. Die Erbgewohnheiten (siehe oben) haben die Ergebnisse der Zusammenlegung zum großen Teil wieder zunichte gemacht. [vgl. Papaioannou, (1981), S. 85f].

Anbauflächen gegliedert nach Grösse (Angaben in Stremmata (str.) = 0,1 Hektar)	Anzahl der landw. Betriebe (LB) und Anbauflächen von natürlichen Personen		Altersklassen der Inhaber von landwirtschaftlichen Betrieben (LB)					
			15 – 24 Jahre		25 – 34 Jahre		35 – 44 Jahre	
	Anzahl LB	Anbauflächen	Anzahl LB	Anbauflächen	Anzahl LB	Anbauflächen	Anzahl LB	Anbauflächen
<b>Gesamt</b>	816534	35712681	8307	566884	62943	3961452	125550	6719238
0 - 74	417450	8536274	2805	73916	24272	577921	56205	1197940
75 - 149	144258	5750875	1190	60021	10285	493910	21831	949952
150 - 224	117476	7040713	1480	98423	10649	746471	19838	1347321
225 - 299	44156	3612163	764	69866	5298	497178	8426	744933
300 und mehr	93194	10772657	2068	264657	12439	1645973	19250	2479091

**Tabelle 5.1**

Anbauflächen gegliedert nach Grösse (Angaben in Stremmata (str.) = 0,1 Hektar)	Anzahl der landw. Betriebe (LB) und Anbauflächen von natürlichen Personen		Altersklassen der Inhaber von landwirtschaftlichen Betrieben (LB)					
			45 – 54 Jahre		55 – 64 Jahre		65 Jahre und älter	
	Anzahl LB	Anbaufläche n	Anzahl LB	Anbaufläche n	Anzahl LB	Anbaufläche n	Anzahl LB	Anbaufläche n
<b>Gesamt</b>	816534	35712681	164984	7999256	201291	9125669	253459	7340183
0 - 74	417450	8536274	76769	1518863	92460	1973233	164939	3194401
75 - 149	144258	5750875	29558	1208626	38541	1581243	42853	1457122
150 - 224	117476	7040713	25815	1623960	33300	1972500	26394	1252038
225 - 299	44156	3612163	10486	923688	12250	949730	6932	426769
300 und mehr	93194	10772657	22356	2724119	24740	2648963	12341	1009853

**Tabellen 5.1 und 5.2:** Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und Anbauflächen von natürlichen Personen, gegliedert nach Grösse der Betriebe und Altersklassen der Betriebsinhaber. Angaben in Stremmata (1 Stremma = 0,1 Hektar). Angaben für 2003 und 2004.

Quelle: Nationales Statistisches Amt Griechenlands.

### 1.3. Die Produktionsstruktur

Die Anbaumöglichkeiten in der griechischen Landwirtschaft hängen überwiegend von der Bewässerung jedes einzelnen Betriebes ab. Dort wo es keine Bewässerungsmöglichkeit gibt, reichen die Niederschläge nur für den Anbau von Ölbäumen, Weinstöcken und Getreidebau. Auf etwas besseren Böden wird auch Mais angebaut. Die Erträge in diesen Betrieben bleiben somit begrenzt und sind wegen der starken Wetterabhängigkeit sehr unsicher. Das Wasser ist in diesen Anbauflächen der kritische Faktor und lässt eine volle Nutzung der restlichen und manchmal reichlich vorhandenen Produktionsfaktoren wie z.B. Wärme, Beleuchtung usw. nicht zu.

Weil die künstliche Bewässerung kein freies Gut ist, beeinflusst sie die landwirtschaftlichen Produktionskosten und bestimmt damit auch das Einkommen der Bauern. Eine preisgünstige künstliche Bewässerung trägt nicht nur zur Erhöhung der Erträge sondern auch zur Erhöhung des bäuerlichen Nettoeinkommens bei und ist deshalb sehr gefragt. Eine teure Bewässerung wirkt

sich dagegen negativ auf das bäuerliche Einkommen aus und führt dazu, dass der Bauer zwangsläufig auf die Bewässerung verzichtet oder er macht einen mangelhaften Gebrauch von ihr. Große Bewässerungsprojekte sind allerdings kostspielig und können nur mit Hilfe staatlicher Investitionen durchgeführt werden. [vgl. Papaioannou (1980), S. 78ff].

Im Gegensatz zu den unbewässerten können bewässerte Anbauflächen intensiver und vielseitiger bewirtschaftet werden. Das reichlich vorhandene Wasser ermöglicht den Anbau anspruchsvollerer Arten und Sorten und begünstigt auch den Einsatz von Mineraldüngemitteln. Die Erträge sind deshalb im Vergleich zu den unbewässerten Anbauflächen wesentlich höher und sicherer. Auf diesen Flächen werden hauptsächlich Gemüse, Reis, Baumwolle, Obst, Tabak und Futterpflanzen angebaut [vgl. Zioganas (1993), S. 149f].

Angesichts des starken demographischen Drucks auf den Boden wurden in den letzten Jahrzehnten vor allem Seen und Sümpfe trockengelegt, um Ackerland zu gewinnen. Um die Betriebsgrößenstruktur zu verbessern sowie die Unterbeschäftigung der ländlichen Bevölkerung zu reduzieren, wäre eine weitere Ausdehnung des Ackerlandes notwendig. Es stehen aber keine anbaufähigen Flächen mehr zur Verfügung. Die zahlreichen Hutungen kommen erfahrungsgemäß auch nicht in Betracht und zwar wegen der schlechten Bodenqualität und der sehr schnellen Erosion. Der einzige Ausweg aus dieser Situation ist daher die Produktionssteigerung auf den vorhandenen Anbauflächen durch moderne Produktionsverfahren (siehe auch Kap. 1.5 in diesem Teil).

Im Vergleich zur Bodennutzung spielt die Viehwirtschaft in Griechenland eine eher untergeordnete Rolle. Dies zeigt sich darin, dass nicht alle landwirtschaftlichen Betriebe auch Vieh halten. Die Durchschnittsbestände sind außerdem sehr klein. Nutztviehhaltung konzentriert sich auf Schafe, Ziegen und Rindvieh.

Die Weidewirtschaft von Schafen und Ziegen ist charakteristisch für Griechenland besonders in Bergregionen. Sie hat ihre Wurzeln in dem früher sehr stark verbreiteten Wanderhirtentum. Da aber die meisten Seen und Sümpfe, die von diesen nomadisierenden Herden als Futtergebiete für den Winter genutzt wurden, weitgehend trockengelegt sind, existiert diese Form des Hirtentums fast nicht mehr. Nur auf Peloponnes existiert bis heute noch eine besondere Form der Weidewirtschaft. Die Herden ziehen jedes Frühjahr von den Winterweideplätzen (Täler und Küstenstreifen) bergwärts in die Sommerweidegebiete. Sie bleiben dort bis zum Herbst und kehren dann wieder zurück.

Viehhaltung und Ackerbau sind in Griechenland nicht aufeinander abgestimmt. Dies hat für beide negative Konsequenzen. Die Bodenfruchtbarkeit wird fast ausschließlich mit chemischen Düngemitteln statt mit Stallmist erhöht.

Der Ackerfutterbau kann bei einer viehlosen Bewirtschaftung nur schwer nachfragegerecht geplant werden. Auf der anderen Seite können die Weidegebiete auch nicht optimal genutzt werden. Infolge zu großer Bestände kommt es oft zur Überweidung mit absehbaren und irreparablen Folgen für die Natur (Verbiss jedes Auswuchses und Erosion). Eine Integration der Viehhaltung in den Ackerbau ist demnach nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen notwendig und

sinnvoll. Dieser Prozess, der als erstes eine Umorganisation der landwirtschaftlichen Betriebe erfordert, hat in den landwirtschaftlichen Gebieten, die bewässert werden, schon begonnen [vgl. Lambos, (1981), S. 416ff].

Die Produkte der Viehhaltung (Milch, Fleisch usw.) sind ein weiterer Anhaltspunkt für die relativ geringe Bedeutung der Viehhaltung für die griechische Landwirtschaft. Die Erträge aus dieser Produktion sind im Vergleich zu den Durchschnittserträgen der EG sehr gering. Dies ist u.a. auf das begrenzte Produktionspotential der heimischen Tierrassen und der mangelhaften Fütterung zurückzuführen.

Anbauarten und stillgelegte landwirtschaftliche Flächen	Gesamt 2003	2004			
		Gesamt	Flachland	Halbberggebiete	Bergland
Gesamte landwirtschaftliche Fläche des Landes	38.313	38.103	21.215	10.263	6.625
Gesamte landwirtschaftlich genutzte Flächen und stillgelegte Flächen	38.750	38.496	21.482	10.342	6.672
Davon bewässert	14.531	14.634	10.366	2.820	1.448
Ackerland	21.762	21.540	14.227	4.865	2.449
Davon bewässert	9.465	9.475	7.347	1.521	606
Obst - Gemüse	1.163	1.154	772	247	134
Davon bewässert	1.117	1.103	742	233	128
Baumplantagen	10.020	10.025	4.376	3.287	2.362
Davon Olivenhaine	7.806	7.799	3.103	2.823	1.873
Bewässerte Baumplantagen	3.527	3.626	2.039	946	641
Wein- und Rosinenbau	1.313	1.318	597	415	306
Davon bewässert	421	430	238	119	74
Stillgelegte landwirtschaftliche Flächen 1 – 5 Jahre	4.491	4.459	1.510	1.528	1.421

**Tabelle 6:** Anbauflächen gegliedert nach Anbauarten in Griechenland davon bewässert und stillgelegte landwirtschaftliche Flächen. Angaben in Stremmata (1 Stremma = 0,1 Hektar). Angaben für 2003 und 2004.

Quelle: Nationales Statistisches Amt Griechenlands.

Trotz dieser Bedingungen können bestimmte Tierprodukte, wie Schafs-, Geflügel- und Schweinefleisch, die inländische Nachfrage weitgehend decken. Insgesamt können aber die inländischen Tierprodukte die kontinuierlich steigende Inlandsnachfrage nicht befriedigen. Die gleiche Situation herrschte übrigens auch vor dem Beitritt Griechenlands zur EG. Der Import tierischer Erzeugnisse bleibt bis heute relativ groß und führt zu einer zusätzlichen Belastung der griechischen Handelsbilanz. Eine Produktionserhöhung der tierischen Erzeugnisse hätte sich aber auch auf das bäuerliche Einkommen positiv ausgewirkt. Um dieses Ziel zu erreichen, muss es ein



koordiniertes und durchdachtes Vorgehen sowohl vom Staat als auch von den landwirtschaftlichen Betrieben selbst geben [vgl. Papaioannou, (1980), S. 155ff, Chatzigagis, (1992), S. 31ff].

#### **1.4. Die Produktionsverfahren und Produktivität**

Die in den letzten Kapiteln geschilderten Strukturprobleme der griechischen Landwirtschaft verhindern auch den Einsatz von modernen Produktionsverfahren. Die geringe Betriebsgröße und die starke Zersplitterung sind die größten Hindernisse für den Einsatz moderner Landmaschinen und weiteren landtechnischen Einrichtungen, obwohl ihre Anzahl in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist (vgl. Tab. 4). Der Arbeitskräfteüberschuss sowie die geringe Verbreitung überbetrieblicher Kooperationsformen (landwirtschaftliche Genossenschaften) kommen noch hinzu. Dies hat den niedrigen Mechanisierungsgrad in der griechischen Landwirtschaft zur Folge [vgl. Papaioannou, (1980), S. 88ff].

Der Einsatz moderner Produktionsverfahren ist im Wesentlichen auf die größeren Betriebe konzentriert (technologischer Dualismus, siehe dazu auch Kap. 2.1.5.1). Die negativen Auswirkungen der Zersplitterung und der Atomisierung des Agrarbodens machen sich in allen Phasen des Produktionsprozesses bemerkbar. Durch die Verhinderung der Mechanisierung der Agrarproduktion werden u.a. die Senkung der Produktionskosten und die industrielle Bearbeitung von Agrarprodukten überhaupt nicht möglich. Regionen mit relativ günstiger Betriebsgrößenstruktur sind demnach durch moderne bzw. zeitgemäße Produktionsverfahren gekennzeichnet (wie z.B. in Thessalien, Makedonien und Thrakien). Der Mechanisierungsgrad der landwirtschaftlichen Produktion wächst mit:

- a) Ausweitung der Intensivkulturen,
- b) Abnahme der Arbeitskräfte,
- c) Zunahme der bewässerten Flächen sowie
- d) Zunahme der durchschnittlichen Teilstückgröße der Betriebe (ab 5 ha) [vgl. Lambos, (1981), S. 354ff].

Die Nutzung von modernen Produktionsverfahren käme auch für die griechischen Kleinbauern in Frage, wenn sie Maschinengemeinschaften, -genossenschaften oder -ringe gründen würden. Sie stehen jedoch diesen Formen der gemeinschaftlichen Maschinennutzung ablehnend gegenüber. Die Gründe dafür liegen hauptsächlich in mangelnder Information, grundsätzlicher Aversion gegen die Kooperation und negativer Auswirkung von bisher gescheiterten Versuchen zur Gründung solcher Genossenschaften [vgl. Papaphilippou-Avramidi, (1984), S. 237ff].

Ein anderer Grund für die relativ niedrigen Hektarerträge ist der geringe Verbrauch von Handelsdünger. Der Verbrauch an Stickstoff-, Phosphat- und Kalidüngemitteln ist sehr gering, er beträgt etwa 90 kg/ha (zum Vergleich in der BRD liegt er bei 241kg/ha). Das Haupthindernis für den geringen Verbrauch ist der niedrige Mechanisierungsgrad der landwirtschaftlichen Betriebe. Sie können deshalb die relativ preisgünstigen Handelsdünger nicht optimal einsetzen. Die

Versorgung der Anbauflächen mit natürlichen Dünger ist wegen der organisatorischen Trennung von Viehhaltung und Ackerbau ebenfalls mangelhaft [vgl. Papaioannou, (1980), S. 93ff].

### **1.5. Preise und Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte**

Bei den Agrarprodukten gibt es sehr starke Preisschwankungen, die hauptsächlich auf die Ernteschwankungen und das mangelhafte Vermarktungssystem zurückzuführen sind, während der Preisanstieg bei den Betriebsmitteln, wie z.B. Düngemittel, Pflanzenschutzmittel usw., im Durchschnitt etwa 10% beträgt. Von diesen Preisschwankungen sind insbesondere Obst, Gemüse und Wein betroffen. Obwohl es auch bei anderen Produkten, wie z.B. Weizen, Gerste, Hafer usw., ebenso hohe Ernteschwankungen gibt, sind keine hohen Preisschwankungen zu beobachten. Der Grund dafür liegt beim staatlichen Eingriff, der je nach Umfang der Vorräte und Ernten bestimmte Mengen von diesen Produkten aufkauft, um die Märkte zu entlasten und damit die Erzeugerpreise zu stützen. Etwas Ähnliches geschieht übrigens auch bei der EG. Die meisten landwirtschaftlichen Betriebe sind vor allem wegen der ungünstigen Strukturverhältnisse und der veralteten Produktionsmethoden nicht in der Lage, kurzfristig auf veränderten Marktgegebenheiten zu reagieren [vgl. Chatzigagis (1992), S. 31f].

Bei der Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte dominiert traditionsgemäß der mehrstufige Zwischenhandel in den Dörfern und den Markorten. Die Vermittler, Aufkäufer und Händler haben dabei eine beherrschende Position, weil insbesondere die Kleinbauern finanziell völlig von ihnen abhängig sind (finanzieller Dualismus, siehe dazu auch Teil II, Kap. 1.4.3.). Man kann soweit gehen und von einer Oligopolisierung oder gar Monopolisierung der Nachfrage bei den landwirtschaftlichen Produkten sprechen. Insbesondere den Kleinbauern fehlt es zwischen den Ernten an Geld.

Die Händler geben dann diesen Bauern Barvorschüsse auf die erwartende Ernte bzw. der Dorfkaufmann liefert in dieser Zeit auf Kredit. Zur Erntezeit sind dann dadurch die Bauern gezwungen, ihre Erzeugnisse zu jedem angebotenen Preis an ihren Kreditgeber zu verkaufen, um ihre Schulden zu begleichen. Nicht nur die Kleinbauern sondern auch die Verbraucher sind von dieser Situation unmittelbar betroffen. Die zahlreichen Zwischenhandelsstufen führen zu einer Verteuerung der Endpreise für landwirtschaftliche Produkte, die selbst bei einem Produktionsüberschuss wie er z.B. bei Obst und Gemüse oft vorkommt. Diese große Kluft zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreise vermindert dann die Kaufkraft der Konsumenten und der Kreis schließt sich durch die Verminderung des landwirtschaftlichen Einkommens.

Neue Vermarktungswege stoßen bereits in der Anfangsphase, wie eigentlich zu erwarten war, auf den Widerstand der etablierten Händlerschaft. In einigen Gebieten versuchen vor allem Kleinbauer mit staatlicher Hilfe Absatzgenossenschaften als Selbsthilfeorganisationen zu bilden, um u.a. dem Dualismus bei den Produktmärkten entgegenzuwirken (siehe dazu auch Teil II Kap. 1.4.4). Diese Organisationen sollen die Unabhängigkeit der Bauern von Zwischenhändlern bewirken und damit eine Verkürzung die Absatzwege der landwirtschaftlichen Produkte erreichen. In einigen Obst- und Gemüsegebieten gibt es sogar erste Beispiele für eine sog.

vertikale Integration. Unternehmen der Konservenindustrie, die vor allem Obst und Gemüse verarbeiten, bieten den Bauern für einen Teil ihrer Ernte Lieferkontrakte (dies gilt insbesondere für Tomaten). Einen Teil der Ernte können die Bauern auch an die staatlichen Ankaufsstellen für Getreide, Olivenöl, Hülsenfrüchte und Tabak abliefern.

Die mangelhaften infrastrukturellen Einrichtungen stellen für eine rationelle Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte ein weiteres Hindernis dar. Die Transportmöglichkeiten sind nicht ausreichend, um einen schnellen Abfluss der landwirtschaftlichen Produkte (vor allem von Obst und Gemüse) in die Märkte und Verarbeitungsbetriebe zu ermöglichen. Die sehr geringe Anzahl von Lagermöglichkeiten und Kühlhäusern behindert schließlich die Aufbereitung der landwirtschaftlichen Produkten zu handels- bzw. exportfähigen Mengen und Qualitäten. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den europäischen Obst- und Gemüsemarkt [vgl. Papaioannou, (1980), S. 222ff und Chatzigagis, (1992), S. 31f].

### **1.6. Die finanzielle Situation der landwirtschaftlichen Betriebe**

Die Kapitalversorgung der landwirtschaftlichen Betriebe erfolgt hauptsächlich durch die Agrarbank von Griechenland. Sie ist ein autonomes Bankinstitut mit gemeinnützigem Charakter. Sie unterstützt die staatliche Agrarpolitik durch die Finanzierung von landwirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen und arbeitet daher sehr eng mit dem Landwirtschaftsministerium zusammen. Der griechische Staat ist auch über die Notenbank von Griechenland der Hauptkapitalgeber der Agrarbank. In dieser starken Abhängigkeit der Agrarbank von der staatlichen Hand liegt auch die Hauptschwäche des Agrarkreditwesens in Griechenland [vgl. Lambos, (1981), S. 99ff, Katranidis, (1985), S. 39f].

Die Agrarbank ist im ganzen Land vertreten und ihre Aufgaben sind umfangreich und sehr vielfältig. Sie gewährt zinsgünstige Kredite an Bauern, landwirtschaftliche Genossenschaften und Industrien, unterstützt die Errichtung von Verarbeitungsbetrieben für landwirtschaftliche Produkte, versorgt die Bauern mit Betriebsmitteln (Düngemittel, Saatgut usw.) zu günstigen Preisen, zahlt staatliche Subventionen aus usw.

Die Finanzierungsmittel, die die Agrarbank den landwirtschaftlichen Betrieben zur Verfügung stellt, reichen allerdings bei weitem nicht aus, die dringend notwendigen Maßnahmen zur Umstrukturierung und Entwicklung des Agrarsektors zu finanzieren. Die Auswahl der verschiedenen Projekte erfolgt anhand eines Finanzierungsprogramms, das von der Agrarbank jährlich aufgestellt wird. Dieses Programm wird mit der Bank von Griechenland abgestimmt, vom Landwirtschaftsministerium genehmigt und nach Zustimmung des Finanzausschusses wird Bestandteil der staatlichen Agrarpolitik. Die anderen Bankinstitute spielen für den Agrarsektor keine wesentliche Rolle. Sie beteiligen sich hauptsächlich an der Finanzierung von Investitionen in der Fischerei und in Be- und Verarbeitungsbetriebe für landwirtschaftliche Produkte. Zusammen mit der Agrarbank finanzieren sie außerdem Ankauf und Lagerung bestimmter Agrarprodukte durch staatliche Ankaufstellen [vgl. Sournopoulos (1998), S. 23ff und Lambos, (1981), S. 485ff].

## 1.7. Die Agrargenossenschaften

Die Agrargenossenschaften sind als Unternehmen zu verstehen, die auf der Basis freiwilliger ökonomischer Kooperation von Landwirten gegründet wurden. Hauptziel dieser Kooperationsform ist, die Wettbewerbsfähigkeit der an ihnen beteiligten kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betriebe zu verbessern und damit ihre Existenz zu sichern [vgl. Boettcher, 1981, S. 552].

Kooperationsformen im landwirtschaftlichen Bereich sind in Griechenland schon seit 1780 bekannt. In Ampelakia (Thessalien) gründeten damals Bauern eine "Gemeinsame Kompanie und Bruderschaft", deren Ziel die Organisation und Finanzierung der Produktion und Ausfuhr roter Baumwollgarne war. Die Gründung, Organisation und Funktion von Genossenschaften wurde aber erst im Jahre 1979 gesetzlich geregelt bzw. ergänzt und zwar nach dem Vorbild des deutschen Genossenschaftsgesetzes. Der griechische Staat hat die Gründung der Genossenschaften aktiv unterstützt, weil er dadurch eine Verbesserung sowohl der wirtschaftlichen Lage der Bauern als auch der landwirtschaftlichen Struktur erwartet hat. Er übernahm am Anfang auch die Aufsicht und Kontrolle der Genossenschaften, die er aber später (seit 1929) der Agrarbank übergeben hat.

Obwohl sich seitdem in Griechenland viele Genossenschaften gegründet haben, blieben die damit verknüpften Veränderungen in der Produktionsstruktur und -weise der griechischen Landwirtschaft weitgehend aus. Lediglich bei der Kreditvergabe waren sie bisher recht erfolgreich, indem sie dadurch eine gewisse Unabhängigkeit der Bauern von den Händlern erreichten. Sie spielten dabei im Wesentlichen die Rolle des Kreditvermittlers zwischen der Agrarbank von Griechenland und ihren Mitgliedern. Die Genossenschaften können dabei aber nicht selbst über die vermittelten Kredite verfügen, wodurch ihre Abhängigkeit von der Agrarbank eher gestiegen ist. Die meisten Genossenschaften waren auch gleichzeitig in vielen Bereichen aktiv und dies wirkte sich ebenfalls negativ auf ihre Funktionsfähigkeit aus. Weitere Gründe für das Scheitern der landwirtschaftlichen Genossenschaften sind:

- der unzureichende Kapitalbestand,
- die mangelhafte Organisation und das Fehlen vom qualifizierten Führungspersonal,
- die zögerliche Kooperationsbereitschaft und der unzureichende Bildungsstand ihrer Mitglieder.

Insgesamt ist festzuhalten, dass die Genossenschaften zur Verbesserung der Marktposition der landwirtschaftlichen Betriebe relativ wenig beigetragen haben. Angesichts sogar der zentralen Rolle, die die Landwirtschaft in der griechischen Volkswirtschaft spielt, ist der Beitrag der Genossenschaften in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fast irrelevant [zu diesem Kapitel vgl. Eschenburg (1985), S. 202-208, S. 520ff, Thiemeyer (1985), S. 66ff, Avdelidis (1981), S. 43-52, Panos (1981), S. 46-49, Papaioannou (1980), S. 97-101].

## 1.8. Sozialökonomische Aspekte

Obwohl es in letzter Zeit Fortschritte im Agrarsektor bezüglich Produktivität, Modernisierung und Bewässerung der landwirtschaftlichen Betriebe gab, blieben diese ohne nennenswerte Wirkung auf die Arbeits- und Einkommensverhältnisse der griechischen Bauern. Nur mittlere und größere Betriebe bieten ausreichende Existenzmöglichkeiten, insbesondere diejenigen mit Sonderkulturen in Bewässerungsgebieten. Knapp drei Viertel aller landwirtschaftlichen Betriebe werden von ihren Inhabern hauptberuflich bewirtschaftet (vgl. Tab. 7). Dieser Anteil ist relativ hoch, wenn man die Größe der einzelnen Betriebe berücksichtigt. In den ländlichen Regionen sind aber auch die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe fast die einzige Beschäftigungsmöglichkeit für den Bauern und seine Familienangehörigen. Außerlandwirtschaftliche Erwerbs- oder Nebenerwerbsmöglichkeiten sind in ländlichen Regionen nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Angesichts dieser Situation sind die landwirtschaftlichen Betriebe auch eine Art soziales Auffangnetz für all diejenigen, die keine andere Beschäftigungsmöglichkeit haben [vgl. Freund, (1985), S. 478ff].

Aus den vorher genannten Gründen herrscht bei den landwirtschaftlichen Betrieben Überbeschäftigung. Dies hat eine geringe Arbeitsproduktivität zur Folge, da bei den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben wenig Arbeitseinsatz erforderlich ist und eine Arbeitskraft wird somit nicht optimal eingesetzt. Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft lag vor dem Beitritt des Landes zur EG bei etwa 40% des EG-Durchschnitts [vgl. Bulletin der Europäischen Gemeinschaften 2/76, S. 14]. Dementsprechend sind auch das Einkommen sowie der Lebensstandard der Bauernfamilien vergleichsweise sehr niedrig.

Zur schlechten sozialökonomischen Situation der landwirtschaftlichen Bevölkerung trägt auch ihr insgesamt niedriger Bildungsstand bei. Ein großer Teil der Bäuerinnen (etwa ein Drittel) kann weder lesen noch schreiben. Angesichts dieser Situation bringen die meisten Aufklärungs- bzw. Ausbildungsmaßnahmen seitens des Staates nicht das erwartete Ergebnis. Dabei spielt auch die Altersstruktur der Beschäftigten eine Rolle. Ein relativ großer Teil der griechischen Bauern (etwa 31%) ist sogar älter als 65 Jahre (vgl. Tab. 7). Dieser Zustand, der teilweise auf die unzureichende Altersversorgung sowie auf das Fehlen von Nachwuchskräften zurückzuführen ist, wirkt ebenfalls negativ auf die Leistungsbereitschaft und auf die Produktionsumstellungsprozesse [vgl. Papadaki-Klavdianou, (1993), S. 18f].

Der Zustand der sozialen Sicherung der landwirtschaftlichen Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren erheblich verbessert. Die Beschäftigten und ihre Familienangehörige sind in der Sozialversicherung der griechischen Bauern krank- und unfallversichert. Alle landwirtschaftlichen Betriebe sind obligatorisch gegen Hagel- und Frostschäden versichert. Alle Beschäftigten in der Landwirtschaft erhalten außerdem von der Sozialversicherung der griechischen Bauern nach Vollendung des 65 Lebensjahres eine Altersrente. [vgl. Lambos, (1981), S. 496ff].

Altersgruppen (Jahre)	Inhaber der Agrarflächen		Beschäftigte Familienmitglieder	
	Gesamt	Davon männlich	Gesamt	Davon männlich
Gesamt	816.534	611.394	617.970	224.980
10 – 14	0	0	13.716	7.958
15 – 39	128.213	94.668	222.957	111.247
40 – 64	434.862	329.078	287.839	75.492
65 und mehr	253.459	187.648	93.458	30.283

**Tabelle 7:** Besitzer von landwirtschaftlichen Flächen und Beschäftigte in der Landwirtschaft. Angaben der letzten Aufzählung im landwirtschaftlichen Sektor Griechenlands in den Jahren 1999 – 2000.

Quelle: Nationales Statistisches Amt Griechenlands.

## 1.9. Zusammenfassung

Bei der kurzen Betrachtung der griechischen Landwirtschaft wurden folgende Merkmale dualistischer Wirtschaftsstrukturen bzw. deren Eigenschaften gemäß dem Kapitel 1.4 festgestellt:

### a) technologischer Dualismus:

Unterschiedlicher Einsatz technischer Neuerungen bzw. technisches Wissens in den landwirtschaftlichen Betrieben (Konzentration der technologischen Möglichkeiten auf die relativ größeren Betriebe),

### b) Dualismus am Arbeitsmarkt:

Unterschiedliche Arbeitsformen bzw. unterschiedliche Entlohnung der gleichen Arbeit (überwiegend Familienarbeit in den kleineren Betrieben im Subsistenzbereich im Gegensatz zu geregelten Lohnverhältnissen in den größeren Betrieben bzw. Genossenschaften wenn auch überwiegend saisonbedingt),

### c) Finanzieller Dualismus:

Unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten der landwirtschaftlichen Betriebe bzw. Spaltung des Kapitalmarktes (Vernachlässigung des Subsistenzbereichs und Bevorzugung der größeren Betriebe bzw. der Genossenschaften).

### d) Dualismus in den Märkten für landwirtschaftliche Produkte:

Unterschiedlicher Zugang zu Märkten (Stationäre bzw. lokale Märkte für die Produkte der kleineren landwirtschaftlichen Betriebe vor allem im Subsistenzbereich im Gegensatz zu intensiven Marktbeziehungen mit globalen Märkten bzw. Export der Produkte für die größeren Betriebe bzw. für die Genossenschaften).

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Die wichtigsten sind:

- a) überwiegend geringe Betriebsgrößenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe (dadurch wird beispielsweise der Einsatz moderner Anbautechniken erschwert),
- b) relativ große Flurzersplitterung,
- c) geringe Kapitalausstattung der kleineren Betriebe,
- d) mangelnde Kooperationsbereitschaft,
- e) geringer Bildungsstand der landwirtschaftlichen Bevölkerung,
- f) relativ hohes Alter der Beschäftigten in der Landwirtschaft.

## 2. Der sekundäre Sektor in Griechenland

Das Wachstum der griechischen Volkswirtschaft in den 60er und 70er Jahren (d.h. vor dem Eintritt in die EG) war im europäischen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs von 1960 bis 1970 um durchschnittlich 7,5 Prozent [vgl. Laaser (1997), S. 87f und Kasakos (1988), S. 36]. Eine überwiegend agrarische und kaufmännische Gesellschaft mit unterentwickelter Industrie wandelte sich in eine "newly industrializing" Ökonomie um.

Mit dem raschen Wachstum ging eine Ausweitung des Industriesektors bei gleichzeitiger Verminderung des Beitrags der Landwirtschaft im ökonomischen und sozialen Gefüge des Landes einher. Die Industrialisierung wurde durch verhältnismäßig riesenhafte Projekte eingeleitet, wie z.B. Werften und ein Stahlwerk bei Athen, ein Aluminiumwerk am Golf von Korinth, Düngemittelfabriken usw.. Der Industrialisierungsprozess wurde vor allem durch den griechischen Staat und kapitalkräftige Auslandsgriechen gefördert. Trotz dieser Entwicklung ist der industrielle Sektor in Griechenland bis heute noch durch eine niedrige Arbeitsproduktivität sowie verschiedene Strukturschwächen gekennzeichnet [vgl. Hallet (1995), S. 41 ff].

Die griechische Industrie wird überwiegend von kleinen Betrieben geprägt, die Zahl der Großunternehmen ist dagegen sehr gering [vgl. Tsakalidis (1995), S. 160ff]. Das verarbeitende Gewerbe nimmt in der industriellen Gesamtproduktion Griechenlands eine Vorrangstellung ein. Die strukturellen Probleme im sekundären Sektor werden vor allem in der Betriebsgrößen- und Produktionsstruktur, der Unternehmensorganisation, der Investitionsbereitschaft sowie der Kapitalversorgung sichtbar.

Beschäftigung im sekundären Sektor Griechenlands	2000	2001	2002	2003	2004
Anzahl der Beschäftigten	932.817	933.600	926.534	923.364	947.844
Anteil der Beschäftigten in %	23,9 %	24,0 %	23,8 %	23,4 %	23,3 %

**Tabelle 8:** Anzahl und Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor Griechenlands. Quelle: ICAP, «Griechenland in Zahlen» (übersetzt), 2006, S. 211 (aufbereitete Daten).

Die griechische Industrie befindet sich außerdem z. Z. in einer sehr kritischen Phase. Obwohl in den letzten Jahrzehnten ihr Beitrag für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes ständig gestiegen ist, blieben ihre strukturellen Probleme weitgehend ungelöst. Der Fortbestand aber ihrer Strukturschwächen gefährdet massiv den Anschluss an die europäische bzw. weltweite industrielle Entwicklung, die mit dem Beginn des "Computerzeitalters" vor neuen Herausforderungen steht [vgl. Laaser (1997), S. 90f und Ridder, (1990), 319ff].

## **2.1. Die Betriebsgrößenstruktur der Industriebetriebe**

Die griechische Industrie wird durch die relativ geringe Größe der meisten Betriebe charakterisiert (vgl. Tab. 10). Nach einer Untersuchung Anfang der 80er Jahre lag die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten in Betrieben der verarbeitenden Industrie bei 5 Erwerbstätigen pro Betrieb. Der Anteil der Industriebetriebe mit bis zu 10 Arbeitsplätzen war etwa 93%. Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten bildeten dabei eher die Ausnahme, ihr Anteil lag bei etwa 7% [vgl. Nationales Statistisches Amt Griechenlands, Angaben 1990]. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die kleineren Betriebe (1-9 Beschäftigte) in allen drei Sektoren insgesamt, stellt man fest, dass diese 97,5% aller Betriebe sind. 55,9% der Beschäftigte sind in diesen Betrieben tätig und Ihr Beitrag zum BSP beträgt 37,5%. In der EU sind die entsprechenden Zahlen wie folgt: 93,1% aller Betriebe, 34,4% der Beschäftigung und ihr Beitrag zum BSP liegt bei 7,9% [Eurostat, Structural Business Statistics (theme4/sbs/enterpr/enter\_ms)].

Obwohl der Industriesektor in Griechenland weitgehend von Kleinbetrieben geprägt wird, ist der Beitrag dieser Betriebe zur Wertschöpfung der gesamten Verarbeitenden Industrie vergleichsweise sehr gering. Während in den Betrieben mit mehr als 50 Beschäftigten fast 60% der Wertschöpfung erwirtschaftet werden, liegt der Anteil der Kleinbetriebe bei etwa 20% [vgl. Tsakalidis (1995) S. 161ff]. Diese Situation hat sich bis heute nicht wesentlich geändert, wie es neue Untersuchungen zu diesem Thema zeigen. Dies deutet auf eine erhebliche Produktionskonzentration in diesem Sektor hin, die wiederum ein deutliches Zeichen einer dualistischen Wirtschaftsentwicklung ist, insbesondere bezüglich der Technologie.

Betrachtet man die Kleinbetriebe näher, stellt man fest, dass es sich überwiegend um Familienunternehmen handelt. Etwa ein Drittel der in diesen Betrieben beschäftigten Personen sind selbstständig. Die meisten dieser Betriebe werden außerdem durch einen niedrigen Modernisierungs- und Mechanisierungsgrad gekennzeichnet. Betriebe mit mehr als 50 Beschäftigten werden als "Großbetriebe" bezeichnet. Zu dieser Kategorie gehören hauptsächlich Betriebe der chemischen und der petrochemischen Industrie [vgl. Laaser (1997), S. 90f, Korres / Chionis (2003) S. 33ff].



Anzahl der Beschäftigten und der Betriebe in der verarbeitenden Industrie Griechenlands	Beschäftigte			
	≤ 9	10 - 49	50 – 249	250 +
Anzahl der Beschäftigten	5.358	58.101	84.171	102.215
Anzahl der Betriebe	1.157	2.493	852	182

**Tabelle 9:** Anzahl der Beschäftigten und der Betriebe in der verarbeitenden Industrie Griechenlands. Angaben für das Jahr 2004.  
Quelle: ICAP, «Griechenland in Zahlen» (übersetzt), 2006, S. 48 (aufbereitete Daten).

Das Problem der geringen Größe der meisten Industriebetriebe in Griechenland in Zusammenhang mit dem niedrigen Modernisierungs- und Mechanisierungsgrad bleibt bis heute ungelöst, obwohl die Ursachen bzw. die Gründe für diesen Zustand weitgehend bekannt sind. Der begrenzte Umfang des inländischen Marktes bildet das Haupthindernis für eine Expansion bzw. Vergrößerung der Industriebetriebe. Hinzu kommt, dass die meisten Kleinbetriebe auf die Befriedigung regionaler Marktbedürfnisse ausgerichtet und in der Regel nicht exportorientiert sind (Dualismus der Produktmärkte).

An dieser Stelle muss man allerdings auch erwähnen, dass das Exportwesen in Griechenland unzureichend organisiert ist. Das ist u.a. auch geographisch bedingt, denn Griechenland liegt am Rande Europas, was den Zugang zu den europäischen Zentralmärkten erschwert. Es fehlen aber auch die entsprechenden infrastrukturellen Einrichtungen, die für ein modernes Exportwesen unbedingt notwendig sind.

Größe der Unternehmen (Anzahl der Beschäftigte)	Anzahl der Unternehmen in %		Beschäftigung in %	
	1988	1998	1988	1998
0 – 4	85,70	85,00	31,28	31,12
5 – 9	8,14	8,12	10,89	10,22
10 – 49	5,16	6,28	20,45	21,32
<b>Zwischensumme</b>	<b>99,0</b>	<b>99,4</b>	<b>62,61</b>	<b>62,66</b>
50 +	1,00	0,6	37,39	37,34
Summe	100,00	100,00	100,00	100,00

**Tabelle 10:** Vergleich der griechischen Unternehmen im sekundären und tertiären Sektor des Landes in den Jahren 1988 und 1998 (Größe und Anzahl Unternehmen sowie deren Beitrag zur Gesamtbeschäftigung).  
Quelle: Nationales Statistisches Amt Griechenlands.

Der Staat hat seinerseits die Existenz der Kleinbetriebe wenn nicht gefördert zumindest aber begünstigt. Durch hohe Einfuhrzöllen und andere Maßnahmen hat er die einheimische Produktion in einigen Industriezweigen vor unerwünschter ausländischer Konkurrenz geschützt. Die Kleinbetriebe sahen daraufhin keine Notwendigkeit ihre Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen zu intensivieren. [vgl. Korres und Chionis (2003) S. 33ff, Chtouris und Heidenreich, (1990), S. 122ff und Laaser (1997), S. 90ff].

Die große Anzahl der Kleinbetriebe ist aber auch auf die Mentalität griechischer Unternehmer zurückzuführen. Ebenso wie in der Landwirtschaft, ist der Individualismus der einzelnen Unternehmer bzw. die mangelhafte Bereitschaft zur Kooperation sehr ausgeprägt. Dies verhindert die Schaffung von größeren Industriebetrieben. Mentalitätsbedingt ist auch die Neigung griechischer Unternehmer für kurzfristige Gewinne sowie das Fehlen einer strategischen Unternehmensplanung bei den meisten kleinen Industriebetrieben. Die geringe Größe der meisten Industrieunternehmen wirkt negativ auch auf eine optimale Nutzung der verschiedenen Produktionsfaktoren. Die Produktionskosten (und damit auch die Produktpreise) bleiben dann relativ hoch, was wiederum negative Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Industriebetriebe im internationalen (und vor allem im europäischen) Vergleich hat.

Die Wettbewerbsfähigkeit der Kleinbetriebe könnte entscheidend verbessert werden, wenn bestimmte Innovationsmaßnahmen durchgeführt werden könnten. Solche Maßnahmen wären beispielsweise:

- a) Neue Produktionstechnologien, insbesondere kostengünstige Massenproduktionsverfahren. Sie würden die relativ niedrige Produktivität der Kleinbetriebe erhöhen und somit ihre Produkte preisgünstig machen.
- b) Zeitgemäße bzw. moderne Organisationsformen, die u.a. eine effiziente Betriebsführung, sowie den Einsatz von fortschrittlichen Verkaufsmethoden (Marketing, Werbung und Marktforschung) ermöglichen.
- c) Die Einrichtung einer Abteilung zur Forschung und Entwicklung, damit immer wieder neue bzw. verbesserte Produkte hergestellt werden können.
- d) Die Einstellung hoch qualifizierten Personals bzw. die Schulung und Weiterbildung des vorhandenen. (Eine ausführliche Diskussion über die erforderlichen Maßnahmen erfolgt im weiteren Verlauf dieser Arbeit).

Die Kleinbetriebe können sich allerdings die vorher geschilderten Maßnahmen nicht leisten, weil sie vor allem sehr kostenintensiv sind. Sie haben zudem wegen ihrer Größe keinen leichten Zugang zu Finanzierungs- bzw. Investitionsmitteln (finanzieller Dualismus). Eine Verbesserung ihrer Produktivität sowie ihrer Konkurrenzfähigkeit bleibt somit angesichts dieser Situation weiterhin aus.

Es muss allerdings an dieser Stelle erwähnt werden, dass die große Anzahl von kleinen Industrieunternehmen kein spezifisches Kennzeichen der griechischen Volkswirtschaft ist. Kleinbetriebe

gibt es auch in hoch industrialisierten Ländern, wie z.B. der BRD. Diese Betriebe sind im Vergleich zu Großunternehmen stark spezialisiert und verfügen meistens über verbesserte und flexible Produktionsverfahren. Das ist der entscheidende Unterschied zu den griechischen Kleinbetrieben. Sie sorgen außerdem für eine ausgewogene gesamtwirtschaftliche Entwicklung indem sie einer Produktionskonzentration durch Großunternehmen entgegenwirken. Durch ihre Angebotsvielfalt an Gütern und Dienstleistungen sichern sie den Wettbewerb vor allem zum Nutzen des Verbrauchers. Die Kleinbetriebe bieten wegen ihrer starken Spezialisierung und Produktvielfalt qualifizierte und zahlreiche Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Sie sind zudem aufgrund ihrer geringen Betriebsgröße flexibler als Großunternehmen und können somit leichter auf Marktveränderungen reagieren.

## **2.2. Die Produktionsstruktur**

Ein weiteres Hindernis für eine ausgewogene ökonomische Entwicklung im Industriesektor Griechenlands ist die Produktionsstruktur der Industriebetriebe. Wenn man die Menge der industriellen Produktion in den letzten drei Jahrzehnten betrachtet, dann stellt man eine beträchtliche Erhöhung (etwa um 8% jährlich) fest [vgl. Nationales Statistisches Amt Griechenlands, 2005]. Vorreiter bei dieser Entwicklung war die Industrie für dauerhafte Konsumgüter (Schuhe, Bekleidung, Kunststoffherzeugnisse, Textilien usw.), während die Industrie für Kapitalgüter einen vergleichsweise geringeren Zuwachs verzeichnete (etwa 6% jährlich). Die Erhöhung der Produktionsmenge führte dazu, dass die Nachfrage nach bestimmten Industrieerzeugnissen weitgehend von der inländischen Produktion gedeckt werden konnte. Bei manchen Branchen, wie beispielsweise Bekleidung, Papier, Holz, Lederwaren, konnte sogar der inländische Bedarf nahezu völlig von der einheimischen Industrie befriedigt werden.

Durch den ständigen Anstieg der Industrieproduktion wurde die Einfuhr bestimmter Produkte entsprechend reduziert. Da aber die meisten Branchen der griechischen Industrie über keine große Produktionstiefe verfügen, haben sich die Importe von Rohstoffen und Zwischenprodukten erhöht. Eine Branche in einem Land verfügt über eine große Produktionstiefe, wenn alle von ihr benötigten Rohstoffe und Zwischenprodukte von einheimischen Unternehmen geliefert werden können. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von einer großen vertikalen Integration einer Branche. Solche Rohstoffe und Zwischenprodukte, die von der griechischen Industrie sehr stark importiert wurden, waren beispielsweise Papiermasse, Holz und halbverarbeitetes Leder.

Die Erhöhung der Produktion bestimmter Industriezweige ist aber auch auf die hohen Zollabgaben für gleiche oder ähnliche ausländische Produkte zurückzuführen. Der Staat hat zwar damit die inländischen Industrieprodukte geschützt, das hat aber, längerfristig gesehen, wenig zur Lösung der Probleme der griechischen Industrie beigetragen [vgl. Tsakalidis (1995), S. 163f und Hallet (1995), S. 104ff].

Industriebranche	Wachstum in (%)	Industriebranche	Verringerung in (%)
Druck- und Verlagsindustrie	26,5	Maschinen	0,1
Recycling	15,9	Telekommunikationsapparate	38,4
Präzisionsinstrumente	15,5	Möbel – sonst. Prod.	13,6
Chemie	10,1	Elektromaschinen	12,3
Hauptmetallprodukte	7,3	Holz	7,9
Büromaschinen	4,1	Textilprodukte	7,8
Nichtmetallische Mineralien	3,9	Leder – Schuhe	5,7
Verkehrsmittel	3,2	Papier	3,1
Tabakprodukte	2,7	Kunststoffe	2,9
Metallprodukte	1,8	Bekleidung	2,3
Petrochemische Produkte	1,2	Ausrüstung - Verkehr	1,9
Lebensmittel - Getränke	0,9		

**Tabelle 11:** Hauptindustriebranche Griechenlands mit Wachstum und Verringerung der Produktion in % (Januar bis Dezember 2002).  
Quelle: Nationales Statistisches Amt Griechenlands.

Der niedrige Grad der Produktionstiefe der griechischen Industriebetriebe wird insbesondere bei der Herstellung von Produkten sichtbar, die hoch entwickelte, technologieintensive Produktionsmethoden erfordern. Das ist beispielsweise bei chemischen Produkten oder bei Transportmitteln der Fall. Die griechischen Industriebetriebe sind somit gezwungen, Zwischenprodukte oder moderne technologische Verfahren zu importieren (z.B. in Form von Lizenzen) mit dem Ergebnis, dass für sie dann nur eine geringe Wertschöpfung verbleibt. Zur Vermeidung solcher Importe wäre u.a. eine Steigerung der vertikalen Produktion notwendig.

Die griechische Industrie importiert einerseits Zwischenprodukte, auf der anderen Seite werden aber wertvolle unverarbeitete Rohstoffe exportiert. Das ist beispielsweise beim Bauxit zur Herstellung von Aluminium der Fall. Solche Rohmaterialien werden bis heute noch nach der ersten Verarbeitungsstufe exportiert und nachher werden sie in vielen Fällen als Endprodukte zu erhöhten Preisen importiert. Die einzigen Industriebranchen in Griechenland, die eine fast vollständige vertikale Produktion aufweisen, sind die Textil- und die Lederwarenindustrie [vgl. Laaser, (1997), S. 90ff].

Die vertikale Produktion hängt eng mit dem Spezialisierungsgrad der einzelnen Unternehmen zusammen. Eine geringe Produktionstiefe einer Industriebranche, wie es in Griechenland der Fall ist, verhindert bzw. blockiert eine sinnvolle Spezialisierung der einzelnen Industriebetriebe. In vielen Industriezweigen ist zudem eine extreme Produktdifferenzierung zu beobachten. Es werden relativ viele verschiedene Produkte bzw. gleiche Produkte verschiedener Typen, Normen, Maßgrößen etc. von den Unternehmen einer Branche produziert. Das hat aber negative Auswirkungen auf eine Erhöhung des geringen Konzentrationsgrades sowie auf eine verstärkte Spezialisierung der einzelnen Industriebetriebe [vgl. Lianos / Christou (1997), S. 77 und Ridder, (1990), S. 322f].

Die griechische Industrieproduktion ist bis heute traditionell geprägt. Sie stellt überwiegend kurzlebige und dauerhafte Konsumgüter her, die in den letzten drei Jahrzehnten mehr als die Hälfte der gesamten Produktion ausmachten. Die Industriebranchen Maschinenbau, Chemie und metallische Grundproduktion könnten dagegen im gleichen Zeitraum nicht einmal ein Drittel der gesamten Industrieproduktion erreichen.

Die Unternehmen der griechischen Schwerindustrie und insbesondere der Stahlindustrie kann man im internationalen oder europäischen Vergleich als rückständig bzw. technologisch veraltet bezeichnen. Ihre Produkte sind durch geringe Qualität gekennzeichnet und deshalb international nicht konkurrenzfähig. Die Stahlindustrie verdankt ihre Existenz vor allem den protektionistischen Maßnahmen des Staates, die die Einfuhr von ausländischen Konkurrenzprodukten mit Zöllen, Steuern und ähnlichen belasten. Aus den vorherigen Ausführungen stellt man eine relativ geringe Breite des Angebots beim griechischen Industriesektor fest und das trotz der ständigen Zunahme der industriellen Produktion in den letzten drei Jahrzehnten.

Die Hauptprobleme in der Produktionsstruktur der griechischen Industriebetriebe sind, wie es auch vorher erwähnt wurde,

- die niedrige Produktionstiefe,
- die unzureichende Spezialisierung der einzelnen Betriebe sowie
- die mangelhafte Zusammensetzung der Gesamtproduktion.

Zur Überwindung dieser Probleme sind vor allem längerfristig geplante Investitionen im Kapitalgüterbereich notwendig. Diese sind aber in der griechischen Industrie eher die Ausnahme. Investitionen erfolgen in der Regel in Objekten mit kurzfristigen Gewinnchancen und großen Gewinnspannen. Sie konzentrieren sich daher auf kurzlebige Konsumgüter sowie auf verschiedene Spekulationsobjekte. Die mangelnde Bereitschaft griechischer Unternehmer längerfristige und mit relativ hohem Risiko behaftete Investitionsvorhaben zu realisieren, ist zumindest teilweise auf das Finanzierungssystem Griechenlands zurückzuführen. Investitionen beispielsweise im Baugewerbe werden vom griechischen Staat bevorzugt behandelt, da sie im Vergleich zu Investitionen in der Industrie sicherer sind.

Hinzu kommen auch einige Besonderheiten des griechischen Geld- bzw. Kapitalmarktes. Insbesondere den Aktienmarkt und den Markt für Industrieobligationen kann man als unterentwickelt bzw. als bedeutungslos bezeichnen. Die Industrieunternehmen müssen daher ihre Investitionen entweder über das Eigenkapital oder über das Banksystem finanzieren. Die Finanzierung von längerfristigen und relativ risikoreichen Investitionen über das Eigenkapital ist allerdings betriebswirtschaftlich gesehen nicht sinnvoll. Die Finanzierung über das Banksystem ist ebenfalls problematisch. Die größten Banken des Landes sind in staatlicher Hand und ihre Hauptaufgabe besteht darin, das Haushaltsdefizit zu finanzieren. Staatliche Großunternehmen werden dabei bevorzugt behandelt und nehmen den größten Teil der verfügbaren Finanzmitteln in Anspruch (finanzieller Dualismus).

Zur Finanzierung von privaten Investitionen der Industriebetriebe bleiben dann wenig Finanzmittel übrig, die natürlich entsprechend teuer sind und damit für langfristige Investitionsvorhaben

unrentabel. Eine Verbesserung dieser Situation erwarten die Industrieunternehmen durch die Einführung der gemeinsamen Europäischen Währung (EURO). Dadurch ist zwar eine neue Situation in den Finanzmärkten entstanden, allerdings erfordert die Inanspruchnahme der neuen Finanzierungsmöglichkeiten auch strukturelle Veränderungen der Unternehmen selbst (Qualifizierungsmaßnahmen für das Personal, Neuorientierung der Absatzstrategie und des Managements usw.) [vgl. Pouskouri-Reiche (1999), S. 269ff].

Investitionseinflussfaktoren für die griechische Industrie	2002	2003	2004
Nachfrage	46,0	42,5	40,0
Gewinne	21,5	18,0	22,0
Kapitalverfügbarkeit und -kosten	15,0	12,0	12,5
Technologische Neuerungen	35,0	33,5	32,5
Förderung von Investitionen	13,5	15,5	14,5
Besteuerung der Gewinne	0,5	2,5	1,5
Gesamte Wirtschaftspolitik	0,0	- 1,0	- 1,5
Sonstige Gründe	3,5	0,0	0,5

**Tabelle 12:** Investitionseinflussfaktoren für die griechische Industrie (Bewertung nach Wichtigkeitskoeffizienten zwischen +100 wenn der betreffende Einflussfaktor von allen Unternehmen als sehr positiv bewertet wurde und -100 im umgekehrten Fall).

Quelle: IOBE, Investitionsforschungen in der Industrie, 2005, S. 75.

### 2.3. Das Technologieniveau

Die griechischen Industriebetriebe kann man unter Berücksichtigung ihrer technologischen Ausrüstung überwiegend in zwei Kategorien einteilen. In der ersten findet man Unternehmen, die eine schlechte bzw. veraltete technologische Ausrüstung vorweisen. Sie sind somit mehr arbeits- als kapitalintensiv. Solche Unternehmen findet man vor allem in der:

- Nahrungsmittelindustrie (Konserven, Öle und Fetten usw.),
- Bekleidungs- und Schuhindustrie,
- Kosmetikindustrie,
- Gerberei und Leder verarbeitenden Industrie und in der
- Papierindustrie.

In der zweiten Kategorie gibt es Industriebetriebe mit einer relativ guten bis sehr guten technologischen Ausrüstung. Sie sind somit mehr kapital- als arbeitsintensiv. Solche Betriebe findet man hauptsächlich in den Branchen:

- Textilindustrie,
- pharmazeutische und Düngemittelindustrie,

- Kunststoffverarbeitung,
- Industrie zur Herstellung nichtmetallischer mineralischer Erzeugnisse (wie z.B. Zement, Porzellan, Glas usw.),
- Metallindustrie außer Maschinenbau,
- Ö raffinerien.

Diese Zweiteilung der Industriebetriebe ist auch für die dualistische Entwicklung der gesamten griechischen Volkswirtschaft charakteristisch. Man kann in diesem Fall von einem technologischen Dualismus sprechen. In einigen Industriebranchen, zu denen auch Unternehmen gehören die arbeitsintensiv organisiert sind, waren die Produktionskapazitäten oft nicht voll ausgelastet. Dies ist nicht nur auf konjunkturelle Schwächen zurückzuführen. Als weitere Gründe können die unternehmerische Fehlplanung, die ständige Verteuerung der Importe von Produktionsmitteln sowie die hohen Produktionskosten genannt werden.

Zweck der Investitionen	1995 %	2000 %	2005 %
Modernisierung der Produktion	16	22,5	24
Ausweitung der Produktion	40	41,5	40
Austausch der gesamten Produktionseinrichtungen	27	25	24

**Tabelle 13:** Verteilung der Investitionen in der griechischen Industrie (Angaben in % der Gesamtinvestitionen).

Quelle: IOBE, Investitionsforschungen in der Industrie, 2005, S. 73 (aufbereitete Daten).

Die Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung wurden in den letzten drei Jahrzehnten sowohl von staatlicher als auch von privatunternehmerischer Seite vernachlässigt. Dies führte logischerweise zur einer starken technologischen Abhängigkeit der griechischen Industriebetriebe von anderen Ländern und insbesondere von Ländern der EU. Diese Abhängigkeit steht aber einer eigenständigen industriellen Entwicklung Griechenlands im Wege [vgl. Tsakalidis, (1995), S. 165ff, Laaser (1997), S. 90 und FAZ-Institut (2000), S. 8ff].

### 3. Der tertiäre Sektor in Griechenland

Der tertiäre Sektor in Griechenland ist in Relation zum Entwicklungsstand der beiden anderen Sektoren überproportional groß. Die Wertschöpfung dieses Sektors besteht zum größten Teil aus der öffentlichen Verwaltung und dem Handel. Der Beitrag des tertiären Sektors zum griechischen Bruttoinlandsprodukt liegt bei etwa 71%. Etwa 61% der Erwerbsbevölkerung sind im tertiären Sektor tätig (zum Vergleich im industriellen Sektor sind es etwa 22%) [vgl. Eurostat, Database 2005]. Diese Zahlen sollen allerdings nicht zu Fehleinschätzungen führen, denn sie sind in

Wirklichkeit kein Zeichen eines hohen Entwicklungsstandes oder eines Reichtums. Sie sind, wie wir auch im Folgenden feststellen werden, eher ein Zeichen für Fehlentwicklung.

Ähnliches gilt auch bezüglich der Produktivität bzw. der Qualität der angebotenen Dienstleistungen im tertiären Sektor. Obwohl er im Vergleich zu den beiden anderen Sektoren den größten Beitrag zur Bildung des griechischen BIP vorweist, darf nicht behauptet werden, dass es in Griechenland eine anspruchsvolle und zeitgemäße Dienstleistungsorganisation gibt. Kennzeichen dieses Sektors (wie auch des primären Sektors) ist die Unterbeschäftigung bzw. die versteckte Arbeitslosigkeit.

Die Überbesetzung der Arbeitsstellen, insbesondere in der öffentlichen Verwaltung und in den staatlichen Großunternehmen, sowie die Tatsache, dass dort die Entlohnung der Beschäftigten im Verhältnis zu Ihren Arbeitsleistungen überdurchschnittlich hoch ist (im Vergleich zu den beiden anderen Sektoren), führt dazu, dass der Anteil dieses Sektors am Bruttoinlandsprodukt viel größer erscheint als er aufgrund der geleisteten Arbeit ist. Durch diese falsche Bewertung der Dienstleistungen erscheint dann die Produktion je Beschäftigten in diesem Bereich entsprechend hoch [vgl. Zikos, (1987), S. 9ff, Schäfers (1993), S. 180ff, und Provopoulos, (1989), S. 359ff]. Da der Dienstleistungssektor viele Bereiche umfasst, werden im Folgenden nur die Bereiche Staatsverwaltung und staatliche Großunternehmen, Handel und Tourismus analysiert, die einerseits repräsentativ für diesen Sektor und andererseits aus der Sicht des wirtschaftlichen Dualismus von Interesse sind.

### **3.1. Die Staatsverwaltung und die staatlichen Großunternehmen**

Die Staatsverwaltung Griechenlands ist durch viele Probleme organisatorischer und struktureller Natur gekennzeichnet. Die mangelnde Koordination der verschiedenen Instanzen bzw. deren unklare Kompetenzabgrenzung führt zwangsweise zu Kompetenzüberschneidungen. Dies bedeutet, dass die Erledigung jeder Aufgabe mit einer Vergeudung von Arbeitskräften und finanziellen Mitteln verbunden ist und der angestrebte Nutzeneffekt infolgedessen minimal bleibt. Die ineffizienten, zeitaufwendigen Prozeduren und die zahlreichen unnötigen Formalitäten machen die Arbeit der öffentlichen Verwaltung einerseits unproduktiv und andererseits erzeugen sie eine kritische bzw. ablehnende Haltung der Bürger.

Die Kompetenzüberschneidungen im öffentlichen Dienst deuten nicht nur auf eine mangelnde Organisation bzw. Abstimmung der einzelnen Arbeitsbereiche untereinander hin sondern sie sind vor allem als Folge einer personellen Überbelegung der Verwaltungsstellen bzw. einer Unterbeschäftigung anzusehen [vgl. IOBE, (2006) ([www.iobe.gr/theseis/rolos.htm](http://www.iobe.gr/theseis/rolos.htm)), Provopoulos, (1989), S. 359ff]. Hinzu kommt, dass hoch qualifizierte Beamte für Aufgaben eingesetzt werden, die nicht ihrer Qualifikation entsprechen. Sie werden allerdings entsprechend ihrer Ausbildung bezahlt und das führt zu einer weiteren Vergeudung von Finanzmitteln.

Die Tatsache, dass es im öffentlichen Dienst die Entlohnung der Beschäftigten im Verhältnis zu ihren Arbeitsleistungen überdurchschnittlich hoch ist, führt außerdem dazu, dass der Anteil dieses Bereiches und darüber hinaus des tertiären Sektors am Bruttoinlandsprodukt viel größer



erscheint als er aufgrund der geleisteten Arbeit ist. Diese falsche Leistungsbewertung in der öffentlichen Verwaltung lässt dann auch die Produktion je Beschäftigten entsprechend hoch erscheinen [vgl. Zikos, (1987), S. 9ff, und Provopoulos, (1989), S. 359ff]. Die Staatsquote, d.h. der Anteil der staatlichen und staatlich bedingten wirtschaftlichen Aktivität an der wirtschaftlichen Gesamtleistung Griechenlands liegt bei 47,5% des BIP. Der Anteil des Finanzierungsdefizits des Staates am BIP liegt bei 6,6% [vgl. statistisches Bundesamt, Angaben 2005].

Das Problem der Überfüllung der Verwaltungsstellen bzw. der Unterbeschäftigung ist hauptsächlich auf die politische Kultur in Griechenland zurückzuführen. Die jeweiligen Regierungen versuchen aus partei- und wirtschaftspolitischen Überlegungen, Beschäftigungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst anzubieten, die aus organisatorischen und ökonomischen Gründen nicht erforderlich wären. Damit wollen sie soziale Härten sowie öffentlichen Druck, insbesondere vor Wahlen, abbauen. Die Anstellungskriterien haben somit überwiegend eher parteipolitischen als ökonomischen Charakter [vgl. Panagiotopoulou/ Tsoukalas, (1993), S. 217ff]. Man kann sogar in einigen Fällen von einer Sozialbeschäftigung im öffentlichen Dienst sprechen, die aber als Zeichen einer versteckten Arbeitslosigkeit zu verstehen ist. Mit der personellen Überbesetzung der Verwaltungsstellen findet allerdings nur eine Verlagerung des Problems der Arbeitslosigkeit statt, das langfristig gesehen eher verschärft als gelöst wird.

Überbesetzung der Arbeitsstellen, niedrige Produktivität und mangelnde Innovations-bereitschaft sind ebenfalls Merkmale der staatlichen bzw. vom Staat kontrollierten Großunternehmen [vgl. Lambroukos/Lioukas, (1989), S. 98ff und Papadopoulos (1989), S. 31]. Ein solches Unternehmen ist beispielsweise die öffentliche Elektrizitätsgesellschaft (DEI), das größte öffentliche Unternehmen des Landes. Sie stellt das wichtigste energiepolitische Instrument des Staates dar und hat das Monopol für die Erzeugung, die Übertragung und die Verteilung der elektrischen Energie in Griechenland. Sie hat darüber hinaus die Kontrolle über das gesamte hydroelektrische Potential sowie über das Braunkohlenpotential des Landes. Ein weiteres solches öffentliche Großunternehmen ist die öffentliche Erdölgesellschaft (DEP). Sie ist der Hauptträger zur Durchführung der staatlichen Energiepolitik auf dem Gebiet des Erdöls und der Kohlenwasserstoffe. Sie führt darüber hinaus Forschungsarbeiten auf diesem Gebiet und ist auch für die Lagerung und den Vertrieb der entsprechenden Produkte verantwortlich.

Eine ebenfalls starke Präsenz des griechischen Staates findet man auch im Banksektor des Landes. Die staatliche National Bank of Greece verfügte bis Anfang der Achtziger Jahre für lange Zeit über ein faktisches Monopol in Griechenland. Nach dem damaligen EG-Beitritt Griechenlands 1981 erfolgte eine Liberalisierung des Bankenmarkts und Ende der neunziger Jahre kam es zu einem starken Konsolidierungsprozess, innerhalb dessen sich die Zahl der Geschäftsbanken in drei Jahren von 18 auf 10 reduzierte. Im EU Vergleich weist Griechenland die geringste Bankendichte auf, der Marktanteil der fünf größten Institute an den gesamten Assets ist mit 65% relativ hoch [vgl. statistisches Bundesamt, Angaben 2005].

Angeführt wird die Gruppe der größten fünf Geschäftsbanken des Landes nach wie vor von der National Bank of Greece, die sich seit ihrer Privatisierung im Jahr 1996 noch zu 37% in staatlichem Besitz befindet. Eine Fusion mit der privaten Alpha Bank, die seit der Übernahme der staatlich kontrollierten Ionian Bank Nummer zwei auf dem griechischen Bankenmarkt ist, scheiterte am Widerstand der Gewerkschaften. Ein besonders starkes Wachstum wies die EFG Eurobank auf, die sich nach Übernahme mehrerer kleinerer Institute mit der Ergobank zusammenschloss und seitdem Platz drei einnimmt. Dahinter folgen die staatlich kontrollierte Commercial Bank (Anteil des Staates 41%) und die Piräusbank, die im vergangenen Jahr die Mehrheit an der bis dahin staatseigenen ETWA erworben hat [vgl. Sournopoulos (1998), S. 13ff und Volbert / Demopoulos, (1989), S. 27ff].

Trotz der hohen Konzentration existieren in Griechenland noch mehrere kleinere Institute, die Raum für eine weitere nationale Konsolidierung bieten. Zu beachten sind in diesem Zusammenhang auch die anstehenden Privatisierungen der staatlichen ATE (Agrarbank von Griechenland, Anteil des Staates 85%) und der Postsparkasse.

Die Situation im öffentlichen Sektor ist für die vorliegende Arbeit deshalb von Interesse, weil der griechische Staat erhebliche finanzielle Mittel sowohl für die Unterhaltung seines Apparates als auch für die Unterstützung seiner meist defizitären Großunternehmen aufwenden muss. Der gesamtstaatliche Schuldenstand (Schuldensquote) beträgt 100% des BIP und liegt weit über den Konvergenzkriterien von Maastricht (60%). Dies führt u.a. zu einer Vergrößerung des Haushaltsdefizits, das überwiegend durch Aufnahme von Krediten von den staatlich kontrollierten Banken finanziert wird [vgl. Wochenbericht des DIW, Berlin 10/00].

Die vom Staat aufgenommenen Kredite fehlen einerseits privaten Unternehmen für die Finanzierung von produktiven Investitionen (dualistischer Kapitalmarkt) und andererseits führen sie zu einer Erhöhung der Zinsen, die jede private Investition unrentabel macht (Crowding out - Effekt). Die Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen allerdings setzt u.a. langfristige Investitionen voraus (staatliche und private). Auf dieser Problematik wird ausführlicher im vierten Teil dieser Arbeit eingegangen.

### **3.2. Handel und Schifffahrt**

Im Bereich Handel sind etwa 17% der erwerbstätigen Bevölkerung tätig und der Beitrag des Einzelhandels am BSP liegt bei 14,3% [vgl. ICAP, «Griechenland in Zahlen» (übersetzt), 2006, S. 45]. Die Betriebsgrößenstruktur ist hier genauso wie im Industriesektor. Etwa 47% aller Handelsgeschäfte gehören dem Einzelhandel an und die durchschnittliche Zahl der Beschäftigten liegt bei 4 Personen. Beim Einzelhandel dominieren, wie bei den kleinen und mittleren Industriebetrieben, die Familiengeschäfte und sie werden durch eine niedrige Produktivität und versteckte Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung gekennzeichnet.

Der Anteil der Selbständigen, d.h. der ihr Unternehmen selbst führenden Eigentümer, ist im Einzelhandel relativ hoch. Während in der EU dieser Anteil im Durchschnitt bei 22,8 % liegt, weist Griechenland einen Selbständigenanteil von 46 % im Einzelhandel aus. Das hat auf der

einen Seite die Konsequenz, dass der Einzelhandel in Griechenland flächendeckend sehr stark vertreten ist. Während es beispielsweise in Deutschland 850, in Österreich 660 und in der Schweiz 830 Geschäfte pro 100.000 Einwohner gibt, sind es in Griechenland 1.840 [vgl. Eurostat (2006), S. 5 ff]. Auf der anderen Seite können sie aber wegen der relativ hohen Verkaufspreise der Konkurrenz der großen Handelshäuser nicht standhalten.

Anzahl der Beschäftigten und der Unternehmen im Handelsbereich Griechenlands	Beschäftigte			
	≤ 9	10 - 49	50 - 249	250 +
Anzahl der Beschäftigten	12.821	57.250	49.144	76.761
Anzahl der Unternehmen	3.044	2.791	543	92

**Tabelle 14:** Anzahl der Beschäftigten und der Unternehmen im Handelsbereich Griechenlands. Angaben für das Jahr 2004.  
Quelle: ICAP, «Griechenland in Zahlen» (übersetzt), 2006, S. 109 (aufbereitete Daten).

Ab 1992, d.h. nach der Eröffnung des gemeinsamen europäischen Marktes, drängen große ausländische europäische Handelsketten auf den griechischen Markt. Auf diese Weise entsteht eine neue dualistische Wirtschaftsstruktur mit dem traditionell organisierten Einzelhandel einerseits und den modernen großen Kaufhäusern andererseits. Die Eröffnung solcher großer Handelshäuser war bis dahin nur auf die zwei größeren Städten Griechenlands (Athen und Thessaloniki) beschränkt und sie waren somit nicht für alle Konsumenten erreichbar. Das war der Hauptgrund warum der Einzelhandel auch durch relativ hohe Preise überleben konnte [vgl. Bundesagentur für Außenwirtschaft, (2005)].

Die großen Handelshäuser verbreiten sich aber inzwischen flächendeckend in ganz Griechenland und haben fast das gleiche Warensortiment wie der Einzelhandel aber zu erheblich niedrigeren Preisen. Unter diesen Umständen können die meisten Einzelhandelsbetriebe nicht überleben, denn sie sind einer bisher noch nicht gekannten Konkurrenz ausgesetzt. Sie werden früher oder später gezwungen miteinander zu kooperieren oder sich auf Marktnischen zu konzentrieren, die von den großen Kaufhäusern nicht gedeckt werden können. [vgl. Bundesagentur für Außenwirtschaft, (2005), S. 218ff und Ridder, (1990), S. 324f].

Die nachfolgende Tabelle gibt darüber hinaus einen Überblick über die wichtigsten internationalen Handelspartner Griechenlands. Der Außenhandel wies insgesamt im Jahr 2004 eine negative Bilanz aus: Ausfuhren in Höhe von 12,6 Mrd. EUR standen Einfuhren in Höhe von rund 38 Mrd. EUR gegenüber, womit das Handelsdefizit um 15,5% gewachsen ist.

EINFUHREN AUS	%	AUSFUHREN NACH	%
Deutschland	13,3	Deutschland	13,2
Italien	12,9	Italien	10,1
Frankreich	6,4	Vereinigtes Königreich	7,6
Niederlande	5,5	Bulgarien	6,3
Russland	5,4	USA	5,3
USA	4,5	Zypern	4,7
Vereinigtes Königreich	4,2	Türkei	4,5
Süd Korea	4,1	Frankreich	4,2
Spanien	3,8	Spanien	3,4
Belgien	3,7	Rumänien	3,1

**Tabelle 15:** Die wichtigsten Handelspartner Griechenlands. Angaben für das Jahr 2004.  
Quelle: Griechisches Wirtschaftsministerium (aufbereitete Daten).

Derzeit gehören zu den wichtigsten Exportgütern die Nahrungsmittel, Textilien, Chemikalien, Mineralprodukte, Zement und raffinierte Erdölprodukte. Griechenland führt hauptsächlich Energieprodukte, Nahrungsmittel, Verkehrsmittel, Maschinen und Elektrogüter ein.

Verstärkt durch das anhaltende Wachstum in Asien und Amerika ist die Handelsschifffahrt Griechenlands ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Sie ist zusammen mit dem Tourismus die wichtigste Branche innerhalb des Dienstleistungssektors des Landes. Die Einnahmen aus diesen Quellen führen zu einem beträchtlichen Überschuss der Dienstleistungsbilanz, welcher wiederum zur weitgehenden Reduzierung des Leistungsbilanzdefizits beiträgt.

Die griechische Handelsflotte ist die größte in der EU und macht etwa 38% der gesamten EU-Flotte aus. Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass ein überaus großer Anteil an den Flotten der neuen EU-Mitglieder Zyperns und Maltas von griechischen Reedern kontrolliert wird, beherrschen letztere insgesamt 46,15 % des Volumens der EU-Handelsflotte. Weltweit nimmt sie den vierten Platz ein. Die griechisch kontrollierten Schiffe aller Typen (über 1000 Großtonnage) belaufen sich auf 3.600. Diese Zahl entspricht etwa 18% der gesamten internationalen Seeflotte [vgl. Nationales statistisches Amt Griechenlands, (2004), Monatsberichte, Jahresbericht der griechischen Reederunion 2003/04, aufbereitete Zahlen].

Alle griechischen Großreeder sind intensiv im Tanker-Geschäft tätig. Ein Viertel aller Tanker weltweit werden von ihnen kontrolliert - nach Anzahl und Volumen. Das von ihnen kontrollierte Öltanker-Volumen beläuft sich auf insgesamt 22,4 Mio. dwt (Dead-Weight-Tonnage). Nur bei der Schiffskategorie der Eisen- und Geschüttbulker (Ore&Bulk) ist der Anteil mit 24,6 Mio. dwt (23 %) noch größer. Der Anteil der von den griechischen Schifffahrtsunternehmen kontrollierten

Container-Schiffe am weltweiten Volumen liegt bei rund 5 %. [Jahresbericht der griechischen Reederunion 2003/04, aufbereitete Zahlen].

### **3.3. Die Tourismusbranche**

Der Tourismus und vor allem der westeuropäische Tourismus ist zu einem wesentlichen Entwicklungsfaktor für die griechische Wirtschaft geworden. Er hat in den letzten Jahrzehnten zugenommen und sein Trend bleibt auch für die nächsten Jahren weiterhin steigend (vgl. hierzu Tabelle 16).

Die Hauptgründe für die Expansion des westeuropäischen Tourismus sind weitgehend bekannt: Steigerung des privaten Einkommens, Zunahme der Freizeit und der Notwendigkeit der Erholung in einer zunehmend technisierten Umwelt usw.

Das ökonomische Gewicht des Tourismus ergibt sich aus dem Umfang, in dem er Produktion und Beschäftigung beeinflusst. Die einzelnen Wirtschaftszweige sind natürlich von Land zu Land in unterschiedlicher Weise vom Tourismus abhängig. Einzelne Branchen sind überhaupt erst durch den Tourismus entstanden bzw. haben sich entwickelt. Der Tourismus bringt allerdings in Griechenland nicht nur Devisen. Er kostet auch Devisen, weil das Land den von ihm geweckten Bedarf bei weitem nicht allein mit heimischen Produkten decken kann [vgl. Korres und Chionis (2003), S. 395ff].

Die Tourismuspolitik Griechenlands kann man in drei Phasen einteilen. Zwischen 1952-1966 konzentrierte sich der Tourismus auf die historischen Städte Griechenlands (wie z.B. Athen, Sparta, Mykene usw.). In diesem Zeitraum versuchte man den Bildungstourismus zur Basis des Griechenlandtourismus zu machen. In den Jahren 1967 bis 1974 verfolgte die damalige Diktatur das Ziel des Massentourismus und baute große Hotelanlagen. Im Jahre 1974 werden etwa 175.000 Betten in solchen Anlagen registriert (zum Vergleich Ende 1966 waren es etwa 85.000). Spanien galt damals als großes Vorbild. [vgl. Tsakalidis, (1995), S. 179ff].

Die Wiederkehr der Demokratie im Jahr 1974 rettete schließlich das Land vor einer Tourismuspolitik, die auf Quantität mit allen ihren bekannten negativen Auswirkungen hinzielte. Die Ziele der neuen Politik lassen sich wie folgt ausdrücken: "Quantität durch Qualität" und "Landschaftsschutz". Das Hauptinstrument des griechischen Staates zur Entwicklung des Fremdenverkehrs im Land ist die griechische Organisation für Fremdenverkehr (EOT). Sie übt zu diesem Zweck eine vielfältige Tätigkeit aus wie beispielsweise die Errichtung von Hotels und Campingplätzen, die Durchführung von Veranstaltungen, Werbung usw. [vgl. Magoulas/Mentis, (1989), S. 589f und Tsakalidis, (1995), S. 179f].

Im Sinne dieser Politik wurden die staatlichen Investitionen in große Hotelanlagen gestoppt. Die Finanzierungsmittel sollten in diesem Bereich nur durch private Initiative erfolgen. Der Hotelbau muss außerdem absolut in die jeweilige Landschaft anpassen. Diese Maßnahmen führten u.a. zu einer Erhöhung der Hotelpreise, die seit 1974 trotz Inflation stagnierten. Man will ganz eindeutig nicht mehr den Massentourismus um jeden Preis sondern ein spezifisches Tourismuspotential für Griechenland ansprechen und anziehen. Zu den Zielen der neuen Tourismuspolitik gehört auch

das Verteilen der Touristen auf das gesamte Land, um vor allem Tourisuskonzentration und Ballungen zu vermeiden. Man will das ganze Land an den wirtschaftlichen Vorteilen des Tourismus beteiligen und damit auch Arbeitsplätze zu sichern und die Auswanderung aus wirtschaftlich schwachen Regionen zu verhindern. Es wird auch der Versuch unternommen die touristische Saison Griechenlands durch den Wintertourismus auszudehnen um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit im Hotelgewerbe zu vermeiden [vgl. Magoulas/Mentis, (1989), S. 589f und Giannaris, (1988), S. 72f].

Durch besondere Anlagen und Einrichtungen wird auch die Entwicklung des Inlandstourismus gefördert. Der Wiederaufbau von Traditionshäusern dient der Rettung der regionalen Architektur, der Beschaffung von Arbeitsplätzen in der Provinz sowie der touristischen Erschließung der Provinz für einen preiswerten Urlaub der Griechen. Die traditionelle Architektur dient außerdem als Modell für den Bau neuer und kleiner Hotelanlagen. Der Inlandstourismus außerhalb der Hochsaison sorgt u.a. auch für eine bessere Auslastung der Hotels.

Im Tourismusbereich stellt man aus dem Blickfeld des wirtschaftlichen Dualismus eine besondere Situation fest. Einerseits muss man die Dienstleistungen in diesem Bereich modernisieren und sie auf einem einheitlichen, international akzeptierten Niveau anheben. Auf der anderen Seite sollte allerdings der traditionelle Charakter einer Landschaft bzw. einer Region sowenig wie möglich geändert bzw. beeinflusst werden, denn er bildet bekanntlich die Grundlage für den Tourismus.

Manche infrastrukturelle Einrichtungen, die für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region erforderlich sind, wie beispielsweise Häfen, Straßen oder Flughäfen, werden durch den Tourismus schneller verwirklicht. Sie stehen dann nicht nur dem Tourismus sondern auch der gesamten regionalen Wirtschaft zur Verfügung, die dadurch Anschluss zu anderen Wirtschaftsräumen innerhalb oder sogar außerhalb des Landes finden kann.

Der Tourismus erzeugt außerdem eine zusätzliche Nachfrage für regionale Güter und Dienstleistungen (Agrarprodukte, Souvenirs, Rundfahrten usw.). Durch entsprechende wirtschaftspolitische Maßnahmen müssen dann die regionalen Wirtschaftseinheiten in der Lage versetzt werden, diese Nachfrage zu befriedigen. Am Beispiel des Tourismus kann man am besten die Bedeutung einer ausgewogenen wirtschaftlichen Entwicklung, die alle Wirtschaftsbereiche einer Region berücksichtigt, erkennen. Mit dieser Problematik werden wir uns im vierten Teil dieser Arbeit beschäftigen.

<b>Jahr</b>	<b>Tourismusaufkommen in Mio. (Teilweise geschätzt)</b>	<b>Benötigte Hotelbetten in Tausend</b>	<b>Verfügbare Hotelbetten in Tausend</b>
1998	11,6	579	596
1999	12,6	628	613
2000	13,4	669	634
2001	13,3	666	652
2002	14,2	711	670
2003	14,3	716	687
2004	15,2	761	705
2005	15,8	792	725
2006	15,5	775	743
2007	16,1	805	761
2008	16	802	778
2009	16,8	842	796
2010	17,4	868	816
2011	17,2	858	834

**Tabelle 16:** Bisherige und künftige Entwicklung der Nachfrage nach Hotelbetten (1998 – 2011).  
Quelle: Institut für touristische Forschungen und Schätzungen, ITEP, 2003 (Aufbereitete Zahlen).

## **Teil IV: Ansätze einer Strategie zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen Griechenlands**

### **1. Die Wirtschaftspolitik des Staates und die politischen Parteien im Kontext der dualistischen Wirtschaftsstrukturen Griechenlands**

Griechenland hat, seit dem Sturz der Militärdiktatur 1974, ein parlamentarisches Regierungssystem. Das Staatsoberhaupt (Präsident) wird vom Parlament gewählt. Das Land verfügt somit über eine doppelte Exekutive, d.h. einen Staatsoberhaupt und einen Regierungschef, wobei nur der letztere vom politischen Vertrauen der Parlamentsmehrheit abhängig ist. Das Ein-Kammer-Parlament mit seinen 300 Abgeordneten wird auf vier Jahre in unmittelbarer, allgemeiner und geheimer Wahl gewählt. Die Ausübung des Wahlrechts ist dabei eine generelle Verfassungspflicht aller wahlberechtigten Bürger (Art. 51 der Verfassung). Das schlägt sich in der durchschnittlichen Wahlbeteiligung nieder, die bei etwa 80% liegt [vgl. Limperes, (1986), S. 142f, Batsalias (1994), S. 42ff]. Die negativen Erfahrungen mit der Militärdiktatur, die von Armeeeoffizieren geplant und gewaltsam durchgesetzt wurde (1967-1974), führten dazu, dass die Wählbarkeit von Staatsbeamten besonders erschwert wird (Art. 57). Der parlamentarische Anteil von selbstständigen (Rechtsanwälte, Ärzte usw.) ist dagegen sehr hoch (ca. 60%) [vgl. Zervakis, (1991), S. 201ff].

Die realen Möglichkeiten und Grenzen des Staates, die sozialökonomischen Rahmenbedingungen materieller und formeller Natur in den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess aktiv zu beeinflussen und nachhaltig zu gestalten, bilden ein Problemfeld, auf das vielfältige Kräfte einwirken. Das wirtschaftliche Wachstum und der soziale Wandel jedes Landes wirken sich unterschiedlich auf die einzelnen wirtschaftlichen Individuen sowie Gruppen aus. Es gibt Nutznießer und auch Opfer, die alle eine unterschiedliche Sicht des Geschehens, unterschiedliche Erwartungen und taktische Ziele haben bzw. verfolgen. In Griechenland, wie auch in vielen anderen Staaten, engt diese Heterogenität entscheidend die Möglichkeiten integrierter Ziel-Mittel Entscheidungen ein. Auf dem Weg des politischen Handelns und innerhalb des wirtschaftlichen und sozialen Kontextes artikulieren sich die Handlungspräferenzen der Regierungen je nach den gegebenen realen einheimischen Interessenkonstellationen. [vgl. Stern (1989), S. 615ff und Watrin, (1983), S. 3ff].

Die reale Bedürfnis- und Interessenkonstellation im Gesellschaftsgefüge bestimmt auch weitgehend die Frage, welche Sachverhalte überhaupt zum Gegenstand der staatlichen Wirtschaftspolitik gemacht werden sollen. Die einzelnen wirtschaftspolitischen Inhalte werden dann je nach der vorliegenden Problemsituation mit erhöhtem Druck oder geringen Durchsetzungschancen ausgestattet. Der wirtschaftliche, soziale und politische Kontext, innerhalb dessen der nationale Staat politisch agiert und reagiert, Probleme vermittelt, entwicklungspolitische Ziele formuliert, Handlungsalternativen entwickelt und diese in die Tat umsetzt, ist ohne Zweifel in jedem Land unterschiedlich strukturiert und auch unterschiedlich stark gewichtet [Frey, B.-S., (1988), S. 7ff]. Jedes Staatshandeln muss sich demnach an den landesspezifischen Möglichkeiten und Grenzen orientieren. In den nachfolgenden Ausführungen



werden, die aus der Sicht des wirtschaftlichen Dualismus relevanten Einflussfaktoren bei der Gestaltung und Realisierung der Wirtschaftspolitik Griechenlands analysiert und kritisch gewürdigt. Eine zentrale Position nehmen dabei die politischen Parteien des Landes ein.

### **1.1. Aspekte der Wirtschaftspolitik Griechenlands aus dem Blickfeld des wirtschaftlichen Dualismus**

Die vielfältigen Elemente und Prozesse in einer Volkswirtschaft lassen sich keinesfalls allein durch den Marktmechanismus koordinieren. Die soziale und damit auch die politische Stabilität jedes Landes hängen von der wirtschaftlichen Stabilität ab, und diese wird nachhaltig von der Verteilung des Einkommens und des Vermögens beeinflusst. Die politische Situation eines Staates ist umso stabiler, je gleichmäßiger Einkommen und Vermögen in seiner Volkswirtschaft verteilt sind. Soweit der Marktmechanismus bei Produktion und Verteilung nicht für ausreichende Stabilität sorgt, hat der Staat zu versuchen, durch politische Maßnahmen in den Wirtschaftsprozess einzugreifen. Wirtschaftspolitische Eingriffe des Staates waren und sind in einem marktwirtschaftlich orientierten System stets umstritten. Der Streit betrifft meistens nicht die staatlichen Eingriffe selbst sondern seine Art und Umfang, d.h. ob der Staat mehr die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu erstellen und zu überwachen hat oder ob er eher aktiv in den Wirtschaftsprozess eingreifen soll [vgl. Lachmann, (1994), S. 116ff, Ahrns/Feser, (1990), S. 1ff und Stern (1989), S. 615ff].

Wirtschaftspolitische Entscheidungen betreffen indirekt mehrere Bereiche des Wirtschaftsgefüges eines Landes. Deshalb müssen die staatlichen und die privaten (bzw. nichtstaatlichen) Entscheidungsträger in einem gesamtwirtschaftlichen Prozess integriert werden. Neben dem Marktmechanismus muss auch ein nicht-marktlicher Steuerungsmechanismus (z.B. verschiedene politische Gruppenaktionen) berücksichtigt werden. Erst beide Mechanismen zusammen geben ein realistisches Bild von einem umfassenden nationalen Entscheidungsprozess ab, innerhalb dessen sich die marktlichen mit den nicht-marktlichen Entscheidungen gegenseitig beeinflussen. In diesem Zusammenspiel von Konsens und Konflikt, Druck und Verhandlung wird darüber entschieden, ob diese oder jene Maßnahme geeignet erscheint, den vorgegebenen Zielen der Wirtschaftspolitik zu erfüllen [Okruch (1999), S. 160ff].

Es genügt also nicht, nur die Möglichkeiten auf Märkten für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes zu analysieren. Diese hängen vielmehr auch davon ab, wie sie vom Staat gefördert oder behindert werden. Folglich ergibt sich auch für die Betrachtung der Wirtschaftspolitik in Griechenland die Notwendigkeit, neben den Voraussetzungen der Märkte auch den politischen Entscheidungs- und Handlungsspielraum des Staates hinsichtlich seines Willens, seiner Möglichkeiten sowie seiner Grenzen zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus in die Überlegungen einzubeziehen.

Viele der aktuellen Fehlentwicklungen der griechischen Volkswirtschaft haben ihre Ursachen an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes von den frühen fünfziger bis zur Mitte der siebziger Jahre [vgl. Richter, (1988), S. 33ff]. Damals begann sich eine im Wesentlichen agrarische und

kaufmännische Gesellschaft mit rudimentärer Industrie und stagnierendem Handwerk in einer "newly industrializing" Ökonomie zu transformieren [vgl. Kasakos, (1988), S. 36]. Kennzeichen dieses Prozesses waren die Ausweitung des Industriesektors bei gleichzeitiger Schrumpfung der Rolle der Landwirtschaft im sozialen und ökonomischen Gefüge des Landes, eine unkontrollierte bzw. ungehemmte Verstädterung und vor allem die Erweiterung und Veränderung der Rolle des Staates (siehe dazu auch Abschnitt 3).

Eine Reihe von wirtschaftspolitischen Entscheidungen bzw. Versäumnissen jener Periode in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes stellten sich im Laufe der Jahre immer mehr als Hindernisse für diese Entwicklung heraus. Ein solches Problem wurde beispielsweise durch die damalige **ungleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklung** der Regionen hervorgerufen. Berg- und grenznahe Gebiete wurden wirtschaftspolitisch vernachlässigt und damit entvölkert [vgl. Tsakalidis (1995), S. 108ff]. Gleichzeitig explodierte die Region von Attika. Dies wurde sogar als "chaotisches Wachstum" bezeichnet, dessen Folgeprobleme heutzutage äußerst schwierig zu lösen sind [vgl. Kasakos, (1988), S. 38f]. Die mehrmals angekündigte Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung und der wirtschaftlichen Aktivitäten wurde bis heute nicht erfolgreich umgesetzt. Hinzu kommt, dass fundamentale Reformen, die den Weg für ein kontinuierliches Wachstum bzw. für einen Strukturwandel ebnen sollten, weitgehend ausgeblieben sind. Charakteristisches Beispiel dafür ist der Bildungsbereich. Er verharrte für lange Zeit in einer Art anachronistischer Altertumpflege und reproduzierte Verhaltensweisen, die eher einer traditionellen Gesellschaft mit ihren autoritären Strukturen in Familie, Betrieb und Staat entsprachen als den Erfordernissen einer sich rasant verändernden Welt.

In dem fünfziger Jahre begann, mit weitgehender Zustimmung aller politischen Kräfte des Landes (Parteien, Parlament, Verbände usw.) eine weitere negative Entwicklung, die in einer Politik der Verstaatlichung bestand. Dadurch entwickelte sich der griechische Staat zu einer schwerfälligen und undurchsichtigen Organisation, die auch heute noch auf viele wirtschaftliche Aktivitäten hemmend wirkt. Als Ergebnis dieser Entwicklung hat sich ein politisch-ökonomisches System herausgebildet, in dem der Staat zwar auch als Produzent von Gütern und Dienstleistungen in Erscheinung tritt, vor allem aber bildet er das Verteilungszentrum, um das der Kampf um Zuwendungen, Privilegien und Sonderregelungen für die verschiedenen Gruppen der privaten und der öffentlichen Wirtschaft stattfinden.

Charakteristisch für diese Entwicklung ist, dass die Arbeitsplätze im Staatsdienst keinen Teil des Arbeitsmarktes bilden bzw. nicht unter seine Bedingungen fallen. Die Beschäftigten im Staatsdienst werden u.a. in besonderen Gewerkschaften organisiert, weil eine gemeinsame Organisierung mit den Beschäftigten der Privatwirtschaft gesetzlich verboten ist. Die Beschäftigung im Staatsdienst schafft ihre eigenen Regeln und Kriterien der Arbeitsleistung und dadurch entsteht manchmal der Eindruck, dass die Beamten und die Angestellten im öffentlichen Dienst eine privilegierte Schicht bilden, deren Gehalt nicht den Regeln eines freien Arbeitsmarktes entspricht, sondern als eine Art verbrieftes Recht angesehen wird. Dieses Recht steht in keiner Beziehung zu den individuellen Leistungen und zur Produktivität. [vgl. Zikos,

(1987), S. 10f, Panagiotopoulou/Tsoukalas, (1993), S. 217ff, Kaikis, (1980), S. 166 und Karaminas (1991), S. 222ff].

Die bisherige Wirtschaftspolitik Griechenlands könnte auch auf einem weiteren Problemfeld keine nennenswerten Erfolge verzeichnen. Die Schattenwirtschaft bzw. die Steuerhinterziehung hat ein verheerendes Ausmaß innerhalb der griechischen Volkswirtschaft angenommen. Die bisherigen Bemühungen des Staates die Ausbreitung der Schattenwirtschaft zu verhindern, blieben u.a. auch deshalb weitgehend erfolglos, weil eine große Anzahl der im Staatsdienst Beschäftigten durch ihre Mehrfachbeschäftigung einen Teil der Schattenwirtschaft bildet.

Den vergleichsweise niedrigen Löhnen und Gehältern, die im Staatsdienst angeboten werden, stehen vor allem Absicherung gegen die Arbeitslosigkeit (feste Stellen) sowie bessere Versicherungs- und Sozialleistungen als im privaten Bereich gegenüber. Hinzu kommt, dass die Arbeitsbedingungen im Staatsdienst nicht streng genug sind und aus diesem Grund eine zweite Beschäftigung durchaus möglich ist. Sie ist oft finanziell günstiger und bleibt meistens inoffiziell bzw. steuerfrei. Man kann unter diesen Umständen behaupten ohne es verallgemeinern zu wollen, dass eine große Anzahl von Löhnen und Gehältern, die im Staatsdienst geleistet werden, "Quasi-Renten" sind, die nach parteipolitischen Kriterien vergeben werden [vgl. Panagiotopoulou/Tsoukalas (1993), S. 217f]. Die Stellenkürzungen im Staatsdienst, die bei jedem Regierungswechsel angekündigt werden, wurden bis heute kaum in die Tat umgesetzt.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der griechische Staat bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, in manchen Bereichen sich selbst im Weg steht:

- Durch die wirtschaftspolitische Vernachlässigung von berg- und grenznahen Gebieten hat er die ungleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklung der Regionen mitverursacht und damit den regionalen Dualismus zumindest begünstigt.
- Durch seine Politik der Verstaatlichung wurde er zu einer schwerfälligen und undurchsichtigen Organisation entwickelt, die u.a. enorme finanzielle Mittel für ihre Funktion bzw. Selbsterhaltung aufbraucht. Diese Mittel fließen vor allem aus den staatlich kontrollierten Banken des Landes. Dadurch wird der Dualismus am Kapitalmarkt verstärkt, weil der Zugang der meisten kleineren Betriebe zum Kapitalmarkt erschwert wird. Auf Grund seiner bisher erfolglosen Bekämpfung der Schattenwirtschaft trägt er u.a. auch zum Dualismus am Arbeitsmarkt bei (unterschiedliche Arbeitsbedingungen bzw. Entlohnung der Arbeit).
- Die Schattenwirtschaft selbst erschwert durch ihre innere Struktur u.a. eine rationale Organisation von größeren Produktionseinheiten und schafft somit kaum Anreize für die Anwendung neuer Technologien. Damit wird indirekt der technologische Dualismus verstärkt.

In einer parlamentarischen Demokratie sind, für die Gestaltung und Realisierung der Wirtschaftspolitik, die jeweils regierenden politischen Parteien verantwortlich. Deshalb wird in den nächsten zwei Kapiteln auf die politischen Parteien Griechenlands bei der Gestaltung und

Realisierung der Wirtschaftspolitik des Landes sowie auf deren Beitrag zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus eingegangen.

## **1.2. Die politischen Parteien bei der Gestaltung und Realisierung der Wirtschaftspolitik in Griechenland**

Das parteipolitische Spektrum Griechenlands wird von zwei großen Parteien dominiert, die seit dem Sturz der Militärdiktatur 1974 abwechselnd die Regierungsverantwortung übernahmen. Die "Neue Demokratie" ist, nach eigener ideologischer Äußerung, eine Partei von modernen liberalen Tendenzen. Ihr erklärtes Grundprinzip sei die Verknüpfung der politischen Freiheit mit der gesetzmäßigen Ordnung und der sozialen Gerechtigkeit. Die zweite große Partei des Landes ist die "panhellenische sozialistische Bewegung" (PASOK). Ihre zentralen ideologische Prinzipien sind: nationale Unabhängigkeit, Volksherrschaft, soziale Befreiung und Demokratie für alle Bereiche des öffentlichen Lebens. Neben diesen zwei Parteien gibt es auch kleinere Parteien, die allerdings, wegen eines Wahlsystems das vor allem die großen Parteien bevorzugt, keinen Einfluss auf die jeweilige Regierungspolitik haben können. Unter diesen Parteien war nur die "kommunistische Partei Griechenlands" (KKE) seit 1974 immer im Parlament vertreten [vgl. Richter (1988), S. 33ff, Zervakis (1991), S. 195ff und derselbe (1988), S. 393ff].

Die parlamentarische Demokratie wird, im Rahmen der neuen politischen Ökonomie, durch das rationelle Handeln der politischen Parteien und der Wähler in der Verfolgung ihrer Ziele gekennzeichnet [vgl. Betzler (1995), S. 18ff Herder-Dornreich (1992), S. 17ff]. Die politischen Parteien streben dabei nach Stimmen- und die Wähler nach Nutzenmaximierung. Die Wähler bevorzugen die Partei, von deren Programm sie sich den größtmöglichen Nutzen versprechen und verfolgen somit mittels politischer Wahlen unmittelbar und optimal ihre Interessen [vgl. Ahrns/Feser (1990), S. 6f und Steffani (1988), S. 551ff]. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welche Bedeutung dieses rationelle Handeln von Parteien und Wähler für die auf die Überwindung von Dualismen gerichtete Wirtschaftspolitik besitzt.

In der Problematik der Durchführbarkeit, Kontinuität, Effizienz und Dauerhaftigkeit bestimmter wirtschaftlicher Entwicklungsstrategien (Handlungsweisen) sind verschiedene Aspekte zu berücksichtigen. Sie hängen sehr eng mit den dominierenden politischen Kräften sowie mit der Organisationsbereitschaft und -fähigkeit von marginalen Gruppen und Sektoren zur Bedürfnisartikulation und Herstellung von Interessenkonflikten zusammen. Wie in jeder parlamentarischen Demokratie pflegen sich auch die einzelnen Parteien Griechenlands grundsätzlich in der Wählergunst sehr schnell zu verbrauchen. Diese wendet sich ihnen sehr schnell zu, wenn es den Parteien gelingt, hohe Erwartungen zu erzeugen. Sie wendet sich allerdings genauso schnell wieder von ihnen ab, wenn diese Erwartungen nicht unmittelbar erfüllt werden können [vgl. Richter/Furubotn (1996), S. 460ff und Feldmann (1999), S. 219ff].

Auf diese Weise können sich allerdings nur schwer Dauerhaftigkeit und Funktionsfähigkeit von wirtschaftspolitischen Maßnahmen entwickeln. Genau das wäre aber für die Überwindung von dualistischen Wirtschaftsstrukturen erforderlich, weil es sich dabei um Fehlentwicklungen handelt, deren Korrektur mehr als eine (wenn nicht mehrere) Legislaturperiode(-n) in Anspruch

nehmen wird. Angesichts dieser Problematik ist ein parteiübergreifendes wirtschaftspolitisches Programm zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen unbedingt erforderlich. Die vorhandene Parteienkonkurrenz muss in diesem Fall in einen Konsens einmünden.

Die formale Gleichheit der Bürger bei den Wahlen verhindert nicht, dass Ihre Interessen sehr ungleichmäßig in das politische Kalkül der Parteien und Regierungen eingehen [vgl. Wagner (1993), S. 224ff und Steffani (1988), S. 551ff]. Das nationale Feld von Bedürfnissen und Interessen ist, wie in vielen anderen Ländern, auch in Griechenland dualistisch geprägt. Auf der einen Seite gibt es einflussreiche, organisierte Interessenartikulation im vorparlamentarischen und parlamentarischen Umfeld und auf der anderen Seite ist die Mehrheit der Wähler ohne nennenswertes politisches Gewicht. Während die Wähler in den entwickelten Teilbereichen der Volkswirtschaft teilweise eine organisierte Interessenverfolgung durchführen können, bleiben die Bedürfnisse der sozialökonomisch schwachen Gruppen weitgehend unberücksichtigt.

Die Bildung von breiten Mittelschichten, die das bestehende Vakuum zwischen den sog. Marginalen und den oberen Schichten ausfüllen und das nationale Interessenfeld ausgewogener gestalten könnten, geschieht sehr langsam. Die jeweiligen Regierungs- und Parteivorhaben beziehen sich deshalb im Wesentlichen auf die städtischen Regionen, die ländlichen Regionen werden dabei relativ wenig berücksichtigt.

Das ist vom Standpunkt der Politiker in parlamentarischen Demokratien durchaus verständlich, denn die städtische Bevölkerung pflegt politisch unruhiger zu sein als die ländliche. Die Wähler in den ländlichen bzw. wirtschaftlich rückständigen Gebieten sind immobil und zeigen eine geringe Reaktionsfähigkeit auf politische Maßnahmen oder potentielle Vorhaben. Diese politische Immobilität führt schließlich zu einer Immobilität der Politiker und damit auch zu einer mangelnden Parteienkonkurrenz obwohl die krassen Unterschiede eher das Gegenteil bewirken müssten [vgl. Richter/Furubotn (1996), S. 460ff]. Aus einer solchen Situation müssten doch sehr starke Anreize für die politischen Parteien ausgehen, neue entwicklungspolitische Konzepte auszuarbeiten und neue politische Leistungsangebote zu formulieren.

Das Wiederwahlinteresse zwingt deshalb die Politiker, sich insbesondere mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Städte bzw. der modernen Wirtschaftsbereiche zu befassen [vgl. Lachmann (1994), S. 128f]. Das erklärt u.a. die wirtschaftspolitische Vernachlässigung von berg- und grenznahen Gebieten Griechenlands und die damit verbundene ungleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklung der Regionen des Landes (regionaler Dualismus) [vgl. Kasakos (1988), S. 38f].

### **1.3. Die Rolle der politischen Parteien Griechenlands bei der Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus**

Die politischen Parteien in einer parlamentarischen Demokratie sollen möglichst viele, wenn nicht alle, gesellschaftlichen Schichten bzw. Gruppen eines Landes repräsentieren. Nur dann wird die Mitwirkung der Bevölkerung bei der Realisierung wirtschaftspolitischer Maßnahmen gewährleistet. Wenn nur bestimmte Bevölkerungsschichten ihr Interesse für Politik aktiv bekunden, werden sich die politischen Parteien bzw. die Politiker auf die Wahrnehmung der

Interessen dieser Schichten bemühen [Krueger (1990), S. 424f, Douglass (1992), S. 128ff]. Eine massenhafte Hinwendung von Wählern einmal zu dieser, das andere mal zu jener Partei ändert an diesem Zustand prinzipiell nichts. Wie schon in der Antike, im alten Rom oder im Byzanz entstehen unter diesen Bedingungen Demagogen, die einen Großteil der Wähler zu beherrschen verstehen. Anschließend wenden sie sich allerdings umso nachhaltiger jenen Wählern zu, die ihnen eine gewisse Sicherheit zu bieten vermögen, also den gut organisierten gesellschaftlichen Gruppen.

Dieses Verhalten der politischen Parteien stand in letzter Zeit oft im Mittelpunkt der Kritik. Es wurde sogar behauptet, dass parlamentarische Demokratien nicht unbedingt eine entwicklungsgerechte Regierungsform seien. Hauptargument dieser These ist das Streben der politischen Parteien nach Stimmenmaximierung und die damit verbundene Bevorzugung von kurzfristig wirkenden konjunkturpolitischen Maßnahmen zu Lasten langfristig angelegter Entwicklungsstrategien [vgl. Scully (1988), S. 652ff, Lachmann (1994), S. 127ff und Wagner (1993), S. 224ff].

Die politischen Parteien müssen sich auf ihre eigentlichen Funktionen in einer parlamentarischen Demokratie konzentrieren bzw. besinnen, nämlich die Ermittlung, Koordinierung und Durchsetzung von Interessen der breiten Bevölkerung. Darüber hinaus sollen sie einen kritischen und kooperativen Beitrag zur Legislative und zur Kontrolle der Exekutive erbringen. Dazu müssen sie allerdings unterschiedliche Interessenschwerpunkte herausbilden und artikulieren.

Die griechischen politischen Parteien müssen demnach ihr Interessenspektrum erheblich ausweiten, um einerseits die vielfältigen ökonomisch-relevanten Problembereiche aufzunehmen (in diesem Fall den wirtschaftlichen Dualismus) und andererseits das Problembewusstsein der ganzen Bevölkerung zu fördern. Nur auf diese Weise lassen sich die Erwartungen der Wähler in die einzelnen Parteien langfristig rechtfertigen. Das würde auch den Parteien selbst zugute kommen, denn wenn eine Partei, die an der Regierung ist, langfristige Aspekte vernachlässigt, reduziert sie immer auch die eigenen Chancen einer späteren Wiederwahl [vgl. Krueger (1990), S. 419ff].

Die Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen Griechenlands erfordert eine konsequente und kontinuierliche Durchführung bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen (sie werden in den nachfolgenden Kapiteln erläutert), und zwar über mehrere Legislaturperioden hinaus. Aus diesen Gründen müssen die politischen Parteien in diesem Fall zu einer Übereinstimmung bzw. Konsens kommen, um die Kontinuität von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen des Landes langfristig zu ermöglichen. Darüber hinaus müssen sie einen sachlichen und kontinuierlichen Dialog vor allem mit den bisher vernachlässigten Gruppen, Sektoren und Regionen des Landes herstellen und kontinuierlich durchführen, um das Problembewusstsein bezüglich der Überwindung dualistischer Wirtschaftsstrukturen gegenseitig zu fördern. Nur auf diese Weise können die durchzuführenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen die erforderliche Akzeptanz bei den

jeweils betroffenen Gruppen, Sektoren und/oder Regionen des Landes finden, von deren spätere Mitwirkung und Zusammenarbeit im Wesentlichen auch der Erfolg dieser Maßnahmen abhängt.

## **2. Globale Strategien der wirtschaftlichen Entwicklung**

Der wirtschaftliche Dualismus stellt eine spezielle Form der wirtschaftlichen Unterentwicklung eines Landes dar. Er bringt die dauerhafte Desintegration einer Volkswirtschaft zum Ausdruck, deren Überwindung eine besondere wirtschaftspolitische Strategie erfordert. Zur Formulierung einer solchen Strategie sind nicht nur theoretische Erkenntnisse wichtig. Die relative Erfolglosigkeit vieler Länder bei der Bekämpfung ihrer wirtschaftlichen Unterentwicklung insgesamt, wird vor allem darin begründet, dass sie versucht haben, wirtschaftstheoretische Ansätze die mehr oder minder an den spezifischen Bedingungen anderer Länder orientiert waren, bei sich in die Praxis umzusetzen. Die ökonomische Theorie hält eine Reihe von Erklärungsansätzen für die verschiedenen Ursachen der wirtschaftlichen Unterentwicklung sowie wirtschaftspolitische Strategien zu ihrer Überwindung bereit; diese Strategien sind allerdings nicht ohne weiteres bzw. nur schwer auf einzelne Länder anwendbar.

Zur Formulierung einer Strategie zur Überwindung der wirtschaftlichen Unterentwicklung insgesamt und speziell des wirtschaftlichen Dualismus, ist die Einbeziehung bzw. Berücksichtigung landesspezifischer Gegebenheiten bzw. Fehlentwicklungen von elementarer Bedeutung. Man muss, mit anderen Worten, zu einer Synthese von theoretischen und praxisbezogenen Aspekten bzw. Elementen kommen. Abweichungen von der Theorie im Sinne von Einbeziehung bzw. Vernachlässigung praxis- bzw. nichtpraxisrelevanter Aspekte muss somit ausdrücklich erlaubt sein.

Bei der Betrachtung der griechischen Volkswirtschaft aus dem Blickfeld des wirtschaftlichen Dualismus (im dritten Abschnitt dieser Arbeit) wurde festgestellt, dass dualistische Wirtschaftsstrukturen sowohl innerhalb als auch zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren und/oder -regionen des Landes vorkommen. Die Überwindung dieser Strukturen erfordert deshalb eine wirtschaftspolitische Strategie, die alle Wirtschaftssektoren und -regionen Griechenlands berücksichtigt. Aus der ökonomischen Theorie kommen, unter Berücksichtigung der volkswirtschaftlichen Gegebenheiten Griechenlands, zwei solche Strategien in Frage: die Strategie des ungleichgewichtigen und des gleichgewichtigen Wachstums ("unbalanced" bzw. "balanced growth"); sie werden in den sog. globalen Entwicklungsstrategien eingeordnet [vgl. Lachmann (1994), S. 211]. Im Folgenden werden sie vorgestellt und auf ihre Eignung bzw. Übertragbarkeit auf die Volkswirtschaft Griechenlands überprüft.

### **2.1. Die Strategie des ungleichgewichtigen Wachstums**

Die Strategie des ungleichgewichtigen Wachstums wurde von Albert Hirschman in die ökonomische Theorie eingeführt [vgl. Hirschman (1958) und derselbe (1967)]. Den Mittelpunkt dieser Strategie bildet die Konzentration der Investitionsmittel auf wenige Schwerpunktbereiche. Als Hauptgrund für die wirtschaftliche Unterentwicklung eines Landes sieht Hirschmann die unzureichende Investitionsbereitschaft der Unternehmer, die auf ihrer mangelnden Fähigkeit

beruht, tatsächliche und potentielle Ersparnisse produktiven Investitionsmöglichkeiten zuzuführen. Der zentrale Engpass der wirtschaftlichen Entwicklung ist somit der Mangel an fähigen Unternehmern. Ein leistungsfähiges Unternehmertum kann erst durch ein "learning by doing"-Prozess herausgebildet werden. [vgl. Wagner u.a. (1989), S. 43f und Stern (1989), S. 619f].

Die Verfechter der Strategie des unausgewogenen Wirtschaftswachstums haben zwar prinzipiell Vertrauen zu marktwirtschaftlichen Investitionsanreizen, vertreten allerdings die Auffassung, dass der Markt nicht auf schwache bzw. marginale Anreize reagiert, sondern nur auf große Anreize. Hauptaufgabe dieser Strategie ist demnach Spannungen, Verzerrungen und Ungleichgewichte aufrechtzuerhalten bzw. zu erzeugen, die den Unternehmer zum Durchlaufen des notwendigen Reifeprozesses zwingen. Das wird möglich indem einige Industrien gezielt und einseitig gefördert werden. Dadurch entstehen Ungleichgewichte und Engpässe sowohl in den Zuliefer- als auch in den Abnehmerindustrien, die die privatunternehmerische Aufmerksamkeit auf sich ziehen und somit Anreize zu verstärkter Investitionstätigkeit erzeugen.

Diese künstlich geschaffenen Ungleichgewichte können jedoch nur dann die erhofften Wirkungen zeigen, wenn sich die vorgenommenen Investitionen in solche Wirtschaftsbereiche richten, die Verkettungseffekte zu den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche aufweisen. Man unterscheidet dabei Rückwärtskopplungseffekte ("backward linkages", d.h. Wirkungen der Inputbeschaffung in den vorgelagerten Produktionsstufen) sowie Vorwärtskopplungseffekte ("forward linkages", d.h. Wirkungen der Outputverwendung in den nachgelagerten Produktionsstufen). Der wirtschaftliche Entwicklungsprozess ist somit eine Kette von Ungleichgewichten, die immer wieder entwicklungsfördernde privatunternehmerische Entscheidungen auslösen. [vgl. Lachmann (1994), S. 216f und Bender (1995), S. 532f].

Die Strategie des ungleichgewichtigen Wachstums war und ist Gegenstand vielseitiger Kritik. Es wird vor allem bezweifelt, ob jedes Land eine ausreichende Zahl von risikofreudigen und leistungsfähigen Unternehmern besitzt, um die von den Ungleichgewichten ausgehenden Investitionsanreize wahrzunehmen. Falls es solche Unternehmer in den betreffenden Ländern nicht gibt, können sie wohl kaum durch Staatsbeamte ersetzt werden. Die Kritik konzentriert sich auch auf die Spannungen, Verzerrungen und Ungleichgewichte, die durch diese Strategie hervorgerufen werden sollen, denn in vielen Ländern sind gerade sie diejenigen, die Unterentwicklung verursacht haben bzw. aufrecht erhalten. Solche Beispiele sind die fachlichen Unzulänglichkeiten der Entscheidungszentren, dualistische Wirtschaftsstrukturen, unzureichende Infrastruktur, soziale und politische Spannungen usw.. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, die zusätzliche Ungleichgewichte verursachen, wären dann in einer solchen Situation äußerst unangebracht. [vgl. Knall (1986), S. 47 und Wagner (1989), S. 43f].

## **2.2. Die Strategie des gleichgewichtigen oder ausgewogenen Wachstums**

Die ersten Vertreter der Strategie des gleichgewichtigen oder ausgewogenen Wachstums sind P. N. Rosenstein-Rodan, W. A. Lewis und vor allem R. Nurkse. Der Hauptgrund für die wirtschaftliche Unterentwicklung eines Landes liegt auf einem sog. Teufelskreis der



unzureichenden Investitionsnachfrage. Die Begrenztheit bzw. Enge der internen Märkte und die damit verbundenen geringen Absatzchancen veranlassen die Unternehmer zu sehr geringen Investitionen. Aufgrund dieser mangelnden Investitionsbereitschaft der Unternehmer können die offen oder versteckt vorhandenen Ersparnisse nicht in produktive Investitionen umgeleitet werden. Das führt dann zu einem Teufelskreis von niedrigem Einkommen und geringen Absatzchancen. [vgl. Ashoff (1988), S. 65f und Wagner u.a. (1989), S. 42f]

Zur Überwindung der wirtschaftlichen Unterentwicklung muss demnach die Hauptursache der geringen Investitionsbereitschaft, nämlich die Marktenge beseitigt werden. Dafür sind nicht punktuelle sondern ein Bündel aufeinander abgestimmte komplementäre Investitionen erforderlich, die ein ausgewogeneres Wachstum aller Wirtschaftszweige eines Landes ermöglichen. Diese Investitionen müssen gleichzeitig in den verschiedenen Wirtschaftszweigen eines Landes vorgenommen werden. Es wird dadurch erwartet, dass sie sich gegenseitig ihre Nachfrage schaffen und das Absatzrisiko der Produkte vermindern. Damit sind sie die Voraussetzung für weitere Investitionen und schließlich für ein stetiges Wirtschaftswachstum.

Die Investitionsmittel müssen allerdings nicht nur in die direkt produktiven Wirtschaftsbereiche fließen, sondern auch für den Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur, die normalerweise in diesen Ländern nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist. Ein ausgewogenes Wirtschaftswachstum erfordert außerdem entsprechend qualifizierte Führungskräfte in Privatwirtschaft und staatliche Verwaltung. Insbesondere der staatliche Verwaltungsapparat muss im Stand sein bzw. in die Lage versetzt werden die Investitionen derartig zu steuern, dass alle Wirtschaftssektoren des Landes ausgewogen wachsen können.[vgl. Lachmann (1994), S. 212ff und Bender (1995), S. 531f].

Wie bei der Strategie des ungleichgewichtigen Wachstums ist auch die Strategie des gleichgewichtigen Wachstums vielfältiger Kritiken ausgesetzt. Sie konzentrieren sich vor allem darauf, ob es in einem Land, das unter Kapitalknappheit leidet, überhaupt möglich sein wird, die auf breiter Front erforderlichen Investitionsmittel zu mobilisieren. Außerdem ist in diesen Ländern das für das ausgewogene Wirtschaftswachstum benötigte qualifizierte Planungs- und Führungspersonal sowie ein gut funktionierender staatlicher Verwaltungsapparat nicht oder nur unzureichend vorhanden. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass durch diese Strategie der Marktmechanismus ausgeschaltet wird und an seine Stelle ein umfassender staatlicher Plan gesetzt werde. Die Erfahrungen der zentral geleiteten Wirtschaften machen deutlich, dass ein Verzicht auf den Marktmechanismus neue und oft noch größere Probleme mit sich bringt [vgl. Wagner u.a. (1989), S. 43].

### **2.3. Beurteilung beider Strategien unter Berücksichtigung der dualistischen Wirtschaftsstruktur Griechenlands**

Die dualistische Spaltung von Volkswirtschaften erfordert neuartige Antworten, die eine angemessene Wirtschafts- bzw. Entwicklungspolitik zum Abbau von dualistischen Wirtschaftsstrukturen bereitzustellen hat. In den letzten zwei Kapiteln haben wir zwei globale Wirtschaftsentwicklungsstrategien vorgestellt und sind auf ihre zentralen Kritikpunkte eingegangen. In

diesem Kapitel werden diese Strategien auf ihre Eignung zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen Griechenlands überprüft.

Die Strategie des ungleichgewichtigen Wachstums hat den wirtschaftlichen Dualismus in ihre Überlegungen miteinbezogen. Sie versteht ihn nur als eine vorübergehende Phase bzw. eine unausweichliche Begleiterscheinung des gesamten Wachstumsprozesses. Die dualistische Situation bringe zwar viele Schwierigkeiten für die betreffenden Volkswirtschaften mit sich, sie habe aber dennoch manche ausgleichende Effekte bzw. Vorteile. In gewisser Hinsicht würde der wirtschaftliche Dualismus den Versuch einer Volkswirtschaft darstellen, in einer Übergangsphase das Beste aus ihren Ressourcen zu machen [vgl. Hirschmann (1967), S. 124].

Die ungleichgewichtige Wachstumsstrategie impliziert im Grunde den wirtschaftlichen Dualismus. Sie versucht eine Kette von Unausgewogenheiten bzw. spezifischen Ungleichgewichten in Form von Engpässen in der Produktionsstruktur mittels öffentlicher Sozialkapitalinvestitionen und privater Investitionen zu erzeugen. Wenn aber auf lange Sicht diese Schwerpunktinvestitionen sektoral und regional einseitig gestaltet werden, wie dies bislang in bestimmten Volkswirtschaften mit Vorzug praktiziert wurde, und auf diese Weise die Wachstumspole geschaffen werden, wird die dualistische Situation zu einem dualistischen Entwicklungsmuster. Das hat auch die praktische Umsetzung dieser Strategie in einigen Ländern bestätigt, in denen sie zur Verstärkung der dualistischen Spaltung in und zwischen den Sektoren und den Regionen beigetragen hat. Die erwarteten Multiplikatorwirkungen der sog. Schwerpunktinvestitionen auf das Wachstum blieben höchstens auf nur kleine Teile der Wirtschaftsräume und auf einen marktorientierten Bereich der Sektoren beschränkt. Die Quasi-Stagnation und die Wirtschaftstätigkeit an der Subsistenzgrenze blieben in weiten Teilen dieser Volkswirtschaften erhalten, und die Entwicklungslücke zwischen dem modernen und dem traditionellen bzw. rückständigen Bereich wurde immer größer [Stern (1989), S. 619ff].

Diese negativen Auswirkungen der ungleichgewichtigen Wachstumsstrategie lassen sich auch in der griechischen Volkswirtschaft feststellen. Wie schon an andere Stelle dieser Arbeit erwähnt wurde, haben viele der heutigen wirtschaftlichen Probleme Griechenlands ihre Ursachen an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes von den frühen fünfziger bis zur Mitte der siebziger Jahre [vgl. Richter, (1988), S. 33ff].

Die schon vorhandenen dualistischen Wirtschaftsstrukturen wurden, durch die damalige ungleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklung der Wirtschaftssektoren und -regionen, noch weiter verstärkt. Die Industrialisierung des Landes wurde in dieser Zeit durch (für griechische Verhältnisse) überdimensionale zum größten Teil staatlich finanzierte Projekte eingeleitet. Dabei wurden bestimmte Sektoren und vor allem Regionen bevorzugt wie beispielsweise Werften und Stahlwerke in der Nähe von Athen, Aluminiumwerk am Golf von Korinth sowie Düngemittelfabriken und Raffinerien in der Nähe von Saloniki.

Berg- und grenznahe Gebiete wurden wirtschaftspolitisch vernachlässigt und damit entvölkert. Diese sektorale (Industrie) und regionale Konzentration der wirtschaftlichen Aktivitäten blieben höchstens auf nur kleine Wirtschaftsräume und auf den marktorientierten Bereich der Sektoren

beschränkt (d.h. nur auf dem modernen Bereich der dualistischen Wirtschaft). Das führte u.a. zu einer Emigration der Landbevölkerung zu den Wirtschaftszentren des Landes. Die Region von Attika steht als Beispiel für diese Entwicklung. Angesichts der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgeprobleme die zum größten Teil auf das ungleichgewichtige Wirtschaftswachstum des Landes zurückzuführen sind, hat sich diese Strategie, zumindest in der Weise in der sie praktiziert wurde, für die griechische Volkswirtschaft insgesamt als Fehlschlag erwiesen. Man spricht in diesem Zusammenhang von einem "chaotischen Wachstum", dessen Folgeprobleme heutzutage äußerst schwierig zu lösen sind.

Ausgehend von den vorherigen Überlegungen lässt sich feststellen, dass für die Überwindung von dualistischen Wirtschaftsstrukturen ein wirtschaftlicher Entwicklungsprozess notwendig ist, der alle Wirtschaftssektoren und -regionen einer Volkswirtschaft berücksichtigt. Dafür bietet die Strategie des gleichgewichtigen Wachstums einige brauchbare Ansätze. Damit ein gesamtwirtschaftlicher Entwicklungsprozess ausgelöst werden kann, sind (nach dieser Strategie) punktuelle Investitionen nicht ausreichend. Es müssten vielmehr aufeinander abgestimmte, komplementäre Investitionen auf breiter Front geplant und durchgeführt werden.

Der traditionelle bzw. rückständige Bereich einer dualistischen Volkswirtschaft wird demnach in den Investitionsvorhaben ausdrücklich miteinbezogen. Die Investitionsmittel würden, nach der Strategie des ausgewogenen Wachstums, nicht nur in die direkt produktiven Wirtschaftsbereiche fließen, sondern auch in den Aufbau einer leistungsfähigen Infrastruktur. Das ist für die Überwindung von dualistischen Wirtschaftsstrukturen ausgesprochen wichtig, weil insbesondere der traditionelle Bereich einer dualistischen Wirtschaft, normalerweise durch eine mangelhaft vorhandene Infrastruktur gekennzeichnet ist. Das lässt sich auch im Fall von Griechenland bestätigen, denn weite Teile des Landes weisen unzureichende bzw. mangelhafte infrastrukturelle Einrichtungen aus, die die Teilnahme der rückständigen Wirtschaftssektoren und -regionen an die wirtschaftliche Entwicklung des Landes erschweren [vgl. European Union (1995), S. 129ff].

Bezüglich der Kritik an der Strategie des gleichgewichtigen Wachstums (siehe dazu auch Kap. 4.2.2) lässt sich am Beispiel Griechenlands Folgendes festhalten. Es wurde an dieser Strategie vor allem kritisiert, dass die Vielzahl der erforderlichen Investitionsprojekte an der Kapitalknappheit der betreffenden Länder scheitern würde. Das gilt für Griechenland nur teilweise. Natürlich könnte das Land nicht alle erforderlichen Investitionsmitteln aus eigener Kraft aufbringen. Durch den Beitritt allerdings in die europäische Gemeinschaft bzw. europäische Union können viele Investitionsvorhaben, insbesondere für den Auf- und Ausbau der Infrastruktur des Landes finanziert werden. Viele Projekte dieser Art werden bereits mit Hilfe der europäischen Union (europäische Rahmenprogramme) realisiert [vgl. Schäfers (1993), S. 92ff].

Ein weiterer Kritikpunkt bei der Strategie des gleichgewichtigen Wachstums ist, dass für die Realisierung dieser Strategie das erforderliche Potential von qualifizierten Führungskräften für Wirtschaft und Verwaltung in den betreffenden Ländern nicht vorhanden ist. In Bezug auf Griechenland gilt diese Behauptung allerdings nicht uneingeschränkt. Es ist zwar richtig, dass

der Verwaltungsapparat des Landes sehr schwerfällig ist und darüber hinaus viele strukturelle und organisatorische Defizite aufweist (vgl. hierzu Kap. 3.3.1). Der Grund für diesen Zustand liegt aber nicht an dem Fehlen von qualifizierten Führungskräften sondern vor allem an dem Machterhaltungsdrang der politischen Parteien. Wichtigstes Einstellungskriterium für die staatliche Verwaltung ist demnach nicht die Qualifikation der einzelnen Bewerber sondern deren Parteizugehörigkeit [vgl. Panagiotopoulou/Tsoukalas, (1993), S. 217ff]. Das führt einerseits dazu, dass die meisten öffentlichen Angestellten und Beamten nicht entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigt werden und andererseits hochqualifizierte aber politisch relativ inaktive Bewerber von vornherein keine Einstellungschance bei der staatlichen Verwaltung haben. Ähnliches gilt auch für die staatlichen Großunternehmen des Landes. Diese Situation führt dazu, dass griechische Wissenschaftler verstärkt in die Industrieländer auswandern (USA, Deutschland, England usw.) um dort eine Beschäftigung entsprechend ihrer Qualifikation nachzugehen. Dieses Potential von Wissenschaftlern und anderen hochqualifizierten Arbeitskräften bleibt somit der heimischen Volkswirtschaft fern [vgl. Schäfers (1993), S. 15f].

Aus der vorherigen Gegenüberstellung der Strategien des ungleichgewichtigen und des gleichgewichtigen Wachstums erscheint, im Hinblick auf die Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen Griechenlands, dass vorerst die Strategie des gleichgewichtigen Wachstums die besseren Voraussetzungen erfüllt. Es wurde an anderer Stelle dieser Arbeit betont, dass der wirtschaftliche Dualismus vor allem die Desintegration einer Volkswirtschaft zum Ausdruck bringt. Das Hauptziel einer Strategie zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus muss logischerweise die Integration dieser Volkswirtschaft sein. Die Strategie des gleichgewichtigen Wachstums bietet dazu die richtige Basis, denn sie berücksichtigt "ausgewogen" alle Sektoren einer Volkswirtschaft.

Obwohl sie nicht speziell für die Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus entwickelt wurde, können bestimmte Elemente von ihr als Ausgangsbasis für die Formulierung einer speziellen Strategie zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus dienen. Die Art und Intensität der wirtschaftspolitischen Maßnahmen sowie deren Zusammensetzung richten sich ausdrücklich nach der Wirtschafts- und Sozialstruktur Griechenlands. Wir berücksichtigen somit die Feststellung bzw. Empfehlung vieler wirtschaftswissenschaftlicher Autoren nach der wirtschaftspolitische Maßnahmen nicht ohne weiteres auf jede Volkswirtschaft übertragbar bzw. anwendbar sind, sondern sie müssen sich nach den wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten eines Landes richten. [vgl. Lachmann 1994, S. 212ff, Wagner (1989), S. 44 und Borrmann u.a. (1990)].

### **3. Anpassung bzw. Weiterentwicklung der Strategie des gleichgewichtigen Wachstums für Griechenland unter Berücksichtigung der EU-Mitgliedschaft**

Ausgehend von den vorherigen Überlegungen wird die These vertreten, dass zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus die Integration einer Volkswirtschaft, durch ein Wachstum in und zwischen ihren Sektoren und Regionen, zwingend notwendig ist. Wenn ein Wirtschafts-

wachstum in und zwischen den Sektoren und Regionen erreicht werden soll, um diese dann schließlich zu einem Zusammenwachsen zu bewegen, kann keine Regierung umhin kommen, im traditionellen Bereich ein Mindestmaß an Initialzündung durch die allgemeinen Infrastruktur- und die speziellen Produktions- und Marktinvestitionen auszulösen. Denn im Laufe des Entwicklungsprozesses in einer dualistisch geprägten Volkswirtschaft ist von zentraler Bedeutung, die Absorptionsfähigkeit der aus dem modernen Bereich ausstrahlenden Wachstumsimpulse im traditionellen Bereich zu organisieren.

Das bedeutet aber nichts anderes, als eine erhöhte Investitionstätigkeit im traditionellen Bereich, um dort die Produktionsfaktoren zu mobilisieren und den Menschen die Fähigkeit zu vermitteln, auf ökonomische Anreize und Marktsignale zu reagieren und die Produktion zu diversifizieren. Im traditionellen Bereich müssen dafür zuerst die vorhandenen Strukturen im Sozialgefüge, in der Produktion und der Vermarktung verbessert bzw. leistungsfähiger gemacht werden, um das dortige Wachstumspotential und die Produktivitätsquellen zu erschließen. Dafür ist zweifellos ein langer und anstrengender Lernprozess der Menschen im traditionellen Bereich erforderlich. Damit gewinnt der Faktor Zeit bei der Umsetzung bzw. Realisierung dieser Strategie eine zentrale Bedeutung.

Die Produktionstätigkeit im rückständigen Wirtschaftsbereich muss einerseits über die Güter- und monetären Bewegungen der Märkte in die Geldwirtschaft und andererseits über die materiellen, institutionellen und personellen Infrastrukturmaßnahmen in den regionalen und in den nationalen Rahmen der Wirtschaft, der Technik und der Kultur integriert werden. Damit soll der Ausschließungseffekt des Potentials im traditionellen Wirtschaftsbereich vom nationalen Geschehen beseitigt werden.

Das Ziel der Strategie des gleichgewichtigen Wachstums besteht dann – allgemein ausgedrückt – darin, einen Entwicklungsprozess mit stetigem Wachstum und mit marktwirtschaftlich integrierten Faktor- und Produktmärkten herbeizuführen, welcher alle Wirtschaftssektoren, -regionen und sozialen Gruppen einer Volkswirtschaft in ähnlicher Weise erfasst und sie zu einem Zusammenwachsen bewegt. Die entwicklungspolitischen Maßnahmen und Mittel müssen in erster Linie auf jene Faktoren hinwirken, welche das Entstehen oder die Beharrungs- bzw. Verstärkungstendenz des wirtschaftlichen Dualismus bedingen. Sie müssen logischerweise an den ursächlichen, internen und externen Einflussfaktoren ansetzen. Die Eckpfeiler dieser Strategie im Fall der griechischen Volkswirtschaft sind:

1. Reform der staatlichen Verwaltung und des Agrarsektors
2. Marktfördernde Maßnahmen im traditionellen Wirtschaftsbereich
3. Förderung der Diffusion des technischen Fortschritts
4. Förderung der genossenschaftlichen Zusammenarbeit

Innerhalb des Aufgabenbereichs, der von den vorher genannten Eckpfeilern bestimmt wird, sind verschiedene Einzelmaßnahmen (vertikale Segmentation) erforderlich. Sie werden im weiteren

Verlauf dieser Arbeit ausführlich vorgestellt und diskutiert. An dieser Stelle wird noch ein Mal darauf hingewiesen, dass sowohl die vorher genannten Eckpfeiler der Strategie des gleichgewichtigen Wachstums als auch die daraus abzuleitenden Einzelmaßnahmen, nach einer Betrachtung der griechischen Volkswirtschaft entwickelt bzw. festgelegt worden sind (vgl. Abschnitt 3 dieser Arbeit). Sie können zwar als Denkanstoß für andere Volkswirtschaften dienen, sind allerdings nicht ohne weiteres auf sie übertragbar bzw. anwendbar.

### **3.1. Reform der staatlichen Verwaltung und des Agrarsektors**

Eine Wirtschaftspolitik, die die Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen als Hauptziel hat, hat logischerweise ihr Augenmerk zuerst auf strukturelle Reformen zu richten. Dies ist unbedingt erforderlich um die Weichen für einen wirtschaftlichen Entwicklungsprozess richtig zu stellen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von institutionellen Rahmenbedingungen, die das Einwirken von wirtschaftspolitischen Maßnahmen positiv beeinflussen. Wir werden uns in dieser Arbeit mit der Reform des griechischen Verwaltungsapparates sowie mit einer notwendigen Boden- und Agrarreform beschäftigen. Als theoretischer Ansatz für diese Reformen dienen Erkenntnisse der neuen politischen Ökonomie [vgl. Herder-Dornreich (1992), S. 36ff, Betzler (1995), S. 16ff, Bingel (1996), S. 83ff, Horbach (1992), S. 75ff].

Ziel dieser Reformen ist gegen den jeweiligen Einflussfaktor bzw. Ursache einer Fehlentwicklung anzugehen. Hierbei handelt sich um einen langfristig angelegten Prozess. Es muss allerdings unbedingt vermieden werden, dass sich daraus ein unkontrollierbarer Reformismus ergibt, der teilweise durch Ideologisierung der Probleme gekennzeichnet ist. Die vorgeschlagenen Reformmaßnahmen müssen deshalb in ihrem Beziehungszusammenhang sowohl theoretisch als auch politisch im Rahmen eines Reformkonzeptes aufeinander abgestimmt sein. Die internen Strukturveränderungen in der staatlichen Verwaltung und im Agrarbereich Griechenlands sind zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus des Landes absolut notwendig. Denn alle erfolgreichen (und erfolglosen) Versuche in der Entwicklungspolitik von verschiedenen Ländern liefern die Einsicht, dass die jeweiligen Regierungen, ohne institutionelle Reformen einen wirtschaftlichen Entwicklungsprozess auf breit gestreuter Basis weder einleiten noch aufrechterhalten können. Diese Schlussfolgerung gilt unter den gegebenen Umständen auch für Griechenland und die dazu erforderlichen Strukturmaßnahmen werden im weiteren Verlauf dieser Arbeit vorgestellt und diskutiert.

#### **3.1.1. Der bürokratische Verwaltungsapparat Griechenlands als Einflussfaktor zur Überwindung seiner dualistischen Wirtschaftsstruktur**

In diesem Abschnitt wird der bürokratische Verwaltungsapparat Griechenlands im Mittelpunkt unseres Interesses stehen. Diesbezüglich wird sein Beitrag bei der Durchführung einer Wirtschaftspolitik zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus untersucht.

Griechenland ist aufgrund historischer, statistischer und verwaltungstechnischer Gegebenheiten in 9 Verwaltungsbezirke aufgeteilt, die als übergeordnete Regionen des Landes angesehen werden (Thrakien, Makedonien, Epirus, Thessalien, Zentralgriechenland, Ionische Inseln,

Peloponnes, Kreta, und die Ägäischen Inseln). Diese übergeordneten Regionen sind in Präfekturen (Nomoi) weiter unterteilt (53 in ganz Griechenland). Diese Unterteilung soll nicht als ein Zeichen von Dezentralisation der ökonomischen und politischen Aktivitäten des Landes verstanden werden. Wie schon an anderer Stelle dieser Arbeit erwähnt wurde, ist eine Konzentration sowohl der ökonomischen als auch der politischen Aktivitäten des Landes vor allem auf die Hauptstadt Athen zu verzeichnen [vgl. Wenturis (1990), S. 309ff und Chtouris u.a. (1993)]. Dort werden auch die Entscheidungen über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes getroffen.

Die besonderen wirtschaftlichen Probleme der einzelnen Verwaltungsbezirke bzw. Präfekturen werden in dieser zentralistisch aufgebauten Staatsverwaltung wenig berücksichtigt. Hinzu kommt, dass die Kompetenzen des staatlichen Verwaltungsapparates in den einzelnen Präfekturen und Verwaltungsbezirken sehr eingeschränkt sind. Das gilt insbesondere für wirtschaftspolitische Entscheidungen bzw. Maßnahmen. Obwohl die staatliche Verwaltung in den einzelnen Präfekturen bzw. Verwaltungsbezirken einen besseren Überblick über deren wirtschaftlichen Probleme hat, kann sie, vorwiegend aus verwaltungstechnischen und finanziellen Gründen, nicht eigenständig Maßnahmen zur Lösung dieser Probleme ergreifen. Trotz zahllosen Bekundungen über Dezentralisierung der öffentlichen Verwaltung, hat sich an diesem Zustand sehr wenig geändert [vgl. Ikonou (1990), S. 75ff].

Ein funktionsfähiger Staatsapparat, muss immer im Stande sein, entwicklungsrelevante Sachverhalte (Politikinhalt) aufzuspüren, aufzunehmen, zu koordinieren und diese schließlich im Rahmen der formulierten Ziele und gesetzten Prioritäten politisch handelnd in die Tat umzusetzen [vgl. Kostka (1992), S. 13f]. Die eigentlich (herrschafts-)soziologischen Begriffe "Bürokratie" und "Bürokratisierung" gehen auf die klassischen Ausführungen von Max Weber zurück [vgl. Weber, (1972), S. 151 ff.). Er hebt in seinem idealtypischen Ansatz insbesondere die Fragen des strukturellen Charakters der Bürokratie hervor. Er zieht vor allem die staatliche Verwaltung, die Wirtschaft und die politischen Parteien in Massendemokratien als Untersuchungsfelder heran. Im strukturellen Sinne kann man eine staatliche Verwaltungsbürokratie als einen Apparat bezeichnen, der mit Personen (Beamtentum) und Sachmitteln ausgestattet ist. Dieser Apparat ist nach dem Prinzip des "Bürokratismus" organisiert, d.h. zweckgerichtetes rationales Handeln und Verteilung der Befehlsgewalten nach gesetzten Regeln. Dabei gilt der Gehorsam den Regeln, und nicht den Personen, es handelt sich hier also um Amtsautorität, nicht jedoch um persönliche Autorität [vgl. Eichhorn u.a. (1991), S. 70]. Die Bürokraten müssen den Vorschriften der Leitung Folge leisten, und der Verwaltungsapparat dient damit den Organisationszielen, die in der Leitung entschieden und von ihr angestrebt werden.

Diese Aussagen Max Webers, die Bürokratie geradezu als Voraussetzung rationalen politischen Handelns herauszustellen, differieren stark zu weit verbreiteten, genau entgegengesetzten Vorstellungen, die in der Bürokratie nur eine Verhinderung von Rationalität sehen [vgl. Lachmann (1994), S. 101, Kostka (1992), S. 11ff, Borrmann u.a. (1990), S. 42f]. Demnach neige ein Bürokrat eher zur Machterhaltung, Prestige, Sicherung seines Einkommens und sei somit an Reformen und Neuerungen wenig bis gar nicht interessiert. Es wird sogar behauptet, dass je

größer der Stand der Bürokratisierung einer Gesellschaft sei, umso größer sei der Trend zur wirtschaftlichen Stagnation, bzw. umso geringer sei dann auch die Chance einer wirtschaftlichen Entwicklung. Dies trifft sich insbesondere für Länder, die über eine wirtschaftliche Entwicklung hinaus noch eine Überwindung ihrer dualistischen Wirtschaftsstruktur anstreben.

Die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Bürokratie ist für die Wirtschaftspolitik jedes Landes von entscheidender Bedeutung. In vielen volkswirtschaftlichen Studien neigt man dazu, die Rolle bestimmter Planungstechniken, die Rolle des Kapitals, der Technologie usw. zu überschätzen, ohne vorher ausreichend geprüft zu haben, ob die Bürokratie dieses Landes zu deren Handhabung überhaupt schon ausreichend vorbereitet ist [vgl. Lachmann (1994), S. 92ff].

Die Verwaltungsbürokratie hat sich in jedem Staatssystem der Gegenwart als ein fundamentales Strukturelement herausgebildet. Sie ist eine strategisch gewichtige, komplexe Staatstätigkeit geworden. In dieser Arbeit räumen wir dem Begriff "staatlicher Verwaltungsapparat" einen breiten Inhalt ein. Er dehnt sich über die traditionelle Bürokratie Griechenlands hinaus und schliesst eine Vielzahl von Gremien ein, die bestimmten Ministerien angegliedert sind oder einen höheren bzw. geringen Grad an Autonomie genießen und mit dem Management der ökonomischen, sozialen, kulturellen und anderen Aktivitäten beschäftigt sind, in die der Staat heute direkt oder indirekt eingeschaltet ist. Solche Gremien sind öffentliche Körperschaften, staatliche Banken, Regierungskommissionen usw. Da der behördliche Verwaltungsapparat der politischen Exekutive als ein gehorsames Instrument zur Verfügung steht, wird der Verwaltungsprozess zu einem Teil des politischen Prozesses [vgl. Rolfes (1992), S. 97ff und Heck (1984) S. 28ff]. Für das Gelingen einer Wirtschaftspolitik zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen ist es daher von entscheidender Bedeutung, die Institutionen des Staatsapparates in einen solchen Stand zu versetzen, dass sie fähig genug sind, die im politischen Prozess getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen bzw. Entscheidungen, kontinuierlich und sachbezogen in die Tat umzusetzen.

### **3.1.1.1. Die Beziehungen zwischen staatlichen Instanzen und Verwaltungsapparat**

Aus den vorherigen Ausführungen kann man den Schluss ziehen, dass der staatliche Verwaltungsapparat sich nicht selbst die Vorschriften setzen kann, nach denen er dann handelt. Die Vorschriften werden ihm vielmehr von den staatlichen Instanzen, der Legislative, wie auch der Exekutive, gesetzt. Diese erfüllen ihre Aufgaben mit dem Hauptziel, den politischen Erfordernissen eines Landes entsprechende, richtige Gesetze, Erlasse und Anordnungen zu verabschieden. Unterlässt der Staat diese ihm in diesem Sinne gesetzten politischen Pflichten, dann können diese nicht ersatzweise von seinem Verwaltungsapparat wahrgenommen werden [vgl. Rolfes (1992), S. 90ff und 97ff und Gaentzsch (1992), S. 110ff].

Die Leistungen der staatlichen Verwaltung werden korrespondierend besser oder schlechter, je besser oder je schlechter die Leistungen der Politik in einem Land sind. Mit diesem Hinweis wird versucht die Diskrepanz aufzuzeigen, die zwischen der tatsächlichen Funktionsweise der staatlichen Bürokratie und den tatsächlichen gesellschaftlichen Anforderungen in einem Land zwangsläufig besteht. Wenn ihr die Politiker klar umrissene Aufgaben setzen, dann kann sie



diese auch in eine wirksame Entwicklung des Landes umsetzen. Versäumen aber die Politiker ihre Aufgaben bzw. Pflichten, dann kann die Bürokratie zwischen Apathie und Anpassung an die Mängel der Politik selbst kein zukunftsorientiertes Handeln entwickeln [vgl. Geue (1997), S. 216ff].

Der griechische Staat hat sich bisher auf die ständig verändernden Anforderungen der sozialen und ökonomischen Umwelt an die Bürokratie mit einer quantitativen Strategie reagiert, d.h., nur die Anzahl der Personen in Amtsstellen erhöht, was schließlich zur Überbesetzung der Stellen geführt hat, anstatt eine qualitative Strategie anzuwenden und ihre Flexibilität zu erhöhen. Auf diese Weise wurde die Dysfunktionalität der Bürokratie immer mehr verstärkt [vgl. Zikos (1987), S. 9ff und Panagiotopoulou/Tsoukalas (1993), S. 217ff].

Die öffentliche Verwaltung verlangt von dem Amtsinhaber, dass er die Kompetenzen bewahrt, Routinevorgänge erledigt und zuständigkeitsorientiert handelt, damit er u.a. auch gefördert wird. Er denkt deshalb vor allem über Kompetenzen und ihre entsprechende Mittel nach und nicht über Reformentscheidungen. Dieser Umstand wirkt sich auf die Motivation der Amtsinhaber ungünstig aus. Ein Beamter wird nämlich normalerweise nur dann befördert, wenn er sich den übergeordneten Vorgesetzten möglichst kritiklos unterordnet und nicht unangenehm auffällt. Er wird entsprechend einem Kollegen vorgezogen, der sich seinem Vorgesetzten gegenüber kritisch äußert bzw. verhält und dessen Anordnungen nicht vorbehaltlos ausführt. Auf diese Weise kommt ein Selektionsmechanismus zu Stande, durch den die Impuls- und Innovationsdurchlässigkeit in der Gesamtheit des staatlichen Verwaltungsapparates sehr gering zu werden drohen. Unter diesen Umständen kann die öffentliche Verwaltung ihre Hauptfunktion, d.h. die Vermittlerfunktion zwischen dem Staat und seinen Bürgern nur bedingt wahrnehmen. [vgl. Rolfes (1992), S. 174ff, Kostka (1992) S. 53ff und Hesse (1990), S. 13ff].

Der staatliche Verwaltungsapparat bestimmt, durch den formellen und materiellen Informationsfluss und dessen Kontrolle, die Qualität der über ihm zu vermittelnden Politik. Dabei wird sein Handlungsspielraum restriktiv eingengt durch die vorgegebenen Kompetenzen, die Qualität und Quantität der zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen sowie durch die mangelnde Koordination der Zuständigkeitsbereiche [vgl. Lehner (1990), S. 218ff und Sell (1993), S. 139ff]. In Griechenland kommt noch ein weiteres Problem hinzu, die Überbesetzung der Amtsstellen und die daraus folgende Unterbeschäftigung in Ämtern. In dieser Situation wird der Wettbewerb zwischen den Amtsträgern (zumindest in mittleren und unteren Ebenen) gemindert bis ganz beseitigt. Unter diesen Umständen kann von den Amtsträgern auch keine ausreichende oder überhaupt keine Motivation zur Leistung bzw. kein rationales Handeln erwartet werden.

### **3.1.1.2. Strukturelle und funktionelle Defizite des staatlichen Verwaltungsapparates beim wirtschaftlichen Entwicklungsprozess**

Die öffentliche Verwaltung Griechenlands weist, im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, bestimmte Mängel bzw. Unzulänglichkeiten auf. Sie sind weitgehend charakteristisch für bürokratische Organisationen und werden im Folgenden kurz aufgezeigt:

- Der staatliche Verwaltungsapparat verarbeitet spezielle ressortübliche Sachverhalte, die aus dem gesellschaftlichen Bezugsrahmen stammen und ihm zugewiesen werden.
- Er erbringt Outputs, die nicht auf Märkten bewertet werden, sondern sie werden entweder zwischen Ämtern getauscht, um in anderen Amtsstellen eine neue Faktorkombination für das Gesamtoutput vorzunehmen, oder sie werden von einem Ein-Produkt-Amt als Endprodukt an die Nachfrager (Wirtschaftseinheiten) direkt vermittelt.
- Eine bürokratische Organisation ist zudem nur bedingt im Stande, zukunftsorientierte und planende Politik zu betreiben. Sie beschäftigt sich im Wesentlichen mit der Erledigung von Routineentscheidungen und ist eher auf das Verwaltungshandeln als auf die Führung ausgerichtet, die ein flexibel-innovatives Entscheidungshandeln erfordert. Aktuelle Problemlösungen und das Erkennen von übergreifenden Problemzusammenhängen zwischen den verschiedenen Zuständigkeitsbereichen finden in einer bürokratischen Organisation wenig Berücksichtigung.

Ein Amtsinhaber denkt nicht über Ziele, Strategien und Programme nach, sondern er agiert im Rahmen der ihm zugewiesenen materiellen Mittel und Kompetenzen, d.h. in einem System von Zuständigkeiten, Befehlsbefugnissen und Arbeitsverfahren. Die einzelnen Ressorts des arbeitsteiligen Systems zeichnen sich überwiegend durch isolierte Fachplanungen, Koordinationsprobleme sowie Kompetenz- und Machtkonflikt um das knappe Budget aus.

Der bürokratische Verwaltungsapparat des Staates ist auf Vorgaben und Ziele der jeweiligen Exekutive angewiesen. Er versagt aber, wenn ihm Funktionen zugemutet werden, die den Politikern zustehen. Das hierarchische Bürokratiemodell stößt dann in seiner Leistungsfähigkeit sehr bald an die Grenzen seiner Kapazität, insbesondere sobald der reale Bezugsrahmen (Wirtschaft, Politik, Kultur) mit unerwartet hohem Tempo sich verändert [vgl. Hirschmann (1989), S. 28ff, Baden (1996), S. 17ff]. Wenn sich also die Problemlage schnell ändert und unüberschaubar wird oder wenn die Umweltbedingungen es verlangen, dass über neue Sachverhalte flexibel unter neuen Gesichtspunkten entschieden wird, dann erweist sich eine bürokratische Organisation als unfähig. Sie ist dazu auch schon aufgrund ihrer hierarchisch-starren Struktur nicht in der Lage, d.h., sie kann sich nicht aus eigener Kraft und eigener Kompetenz an dynamische Umweltbedingungen anpassen oder diese gar selbst aktiv gestalten [Löchel (1995), S. 59ff].

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die zentrale Aufgabe einer Bürokratie die Umsetzung von Anweisungen, Vorschriften u.ä. ist. Unter Vorschriften im weiten Sinne werden dabei sowohl die allgemeinen gesetzlichen, von der Legislative erlassenen, Vorschriften verstanden als auch die von der Exekutive ergänzenden und auslegenden Erlasse und Anordnungen. Erst die Bürokratie vermag allerdings den staatlichen Vorschriften reale Gestalt zu verleihen, sie Wirklichkeit werden zu lassen [vgl. Schimmelpfennig (1994), S. 13ff]. Dies gilt auch für die von der Exekutive getroffenen Maßnahmen zur Überwindung der dualistischen

Wirtschaftsstrukturen. Der staatliche Verwaltungsapparat bildet in diesem Sinne die Voraussetzung rationalen Handelns des Staates.

Der staatliche Verwaltungsapparat Griechenlands stellt das Rückgrat eines einzuleitenden bzw. eingeleiteten wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses dar. Von seiner Leistungs- und Funktionsfähigkeit, seiner Wirksamkeit hängen dann sowohl der kurzfristige Erfolg wie auch die langfristige Kontinuität des Entwicklungsprozesses ab. Er wird umso erfolgreicher verlaufen, je besser die bürokratische Organisation des Staates ihre Aufgaben wahrzunehmen vermag, je größer ihre Stärken in diesem Sinne sind. Ihre Schwächen dagegen erschweren dem Staat seine Rolle eines Initiators und Trägers im wirtschaftlichen Entwicklungsprozess [vgl. Sell (1993), S. 138ff und Borrmann u.a. (1990), S. 42ff]. Man könnte sogar behaupten, dass kein Staat ohne eine diesbezügliche leistungsfähige Bürokratie entwicklungspolitisch wirksam zu handeln vermag. Je mehr Wirtschaftsbereiche in das Handlungsfeld des Staates, z.B. in die Perspektiv-Entwicklungsplanung einbezogen werden, umso größere Ausdehnung erfährt damit die staatliche Verwaltungsorganisation. Ihre strategische Bedeutung gewinnt dann mehr bei der Vorbereitung und Formulierung der Entwicklungsprogramme und -projekte und deren Koordination und Integration in den Gesamtplan.

Insbesondere auf der lokalen und der regionalen Ebene kann die öffentliche Verwaltung Griechenlands bei der Ermittlung von Sachverhalten, der Erstellung von Plänen, Programmen und Projekten und bei deren Durchsetzung einen entscheidenden Faktor darstellen. Sie bildet die Antenne einer Regierung in entlegenen Räumen des Landes und kann bei der Ermittlung von entwicklungspolitischen Problemen in der Peripherie mitwirken [vgl. Karaminas (1991), S. 228ff]. Die öffentliche Verwaltung kann als Kommunikationskanal zwischen Zentrum und Peripherie fungieren, die spezifischen wirtschaftlichen Probleme in den Entscheidungszentren vermitteln und den Einsatz entwicklungspolitischer Mittel auf lokaler Ebene koordinieren. Wenn sie aber zu solchen Aufgaben unfähig ist, stellt sie die größte Barriere gegen den politischen Willen der Regierung dar.

Die staatliche Bürokratie hat einerseits der politischen Beeinflussung und Kontrolle der Regierung zugänglich zu sein, indem sie in der Peripherie als lokale Verwaltungseinheit die staatliche Einfluss- und Interessenssphäre vertritt. Sie muss aber andererseits Möglichkeiten schaffen, mit deren Hilfe die Bevölkerung ihre Probleme und Interessen in organisierter Form an die Regierung herantragen kann und auf diese Weise regionalen entwicklungspolitisch relevanten Problemsituationen zum Durchbruch verhelfen. Ferner könnte sie das Vertrauensverhältnis der Bevölkerung gegenüber den staatlichen Aktivitäten beeinflussen, um ein wirtschaftspolitisch günstiges Klima zu schaffen, das zur Überwindung von dualistischen Wirtschaftsstrukturen von großem Vorteil ist.

In der öffentlichen Verwaltung Griechenlands gibt es bis heute, trotz vieler Versuche, keine leistungsgerechte Entlohnung der Beamten und somit auch keine leistungsorientierten Aufstiegsmöglichkeiten. Hinzu kommen noch die Überbesetzung der Ämter im Verhältnis zu den zur Verfügung stehenden Geldmitteln und der relativ weit angelegte Ermessensspielraum des

einzelnen Beamten. Vielfach kann er, wegen seiner mangelnden Qualifikation und seiner politisierten Haltung, nicht mit den Regierungszielen identifizieren [vgl. Chtouris/Heidenreich (1990), S. 118ff und Panagiotopoulou/Tsoukalas (1993), S. 217ff]. Wenn er das tun würde, dann könnte er sich nur in den seltensten Fällen in der von ihm eingenommenen Position halten. Das ist ein Umstand, der die relativ geringe Loyalität des Beamten gegenüber seinem Staat erklärt. Statt ihm also zu helfen, bereitet die bürokratische Organisation dem Staat erhebliche passive und aktive Widerstände. Sie beeinträchtigt somit spürbar die Wirksamkeit auch der Wirtschaftspolitik. An die Stelle der rationalen Abwägung sachlicher Zwecke treten persönliche Beziehungen und Erwägungen in den Vordergrund. Die staatliche Bürokratie ist somit der Gefahr ausgesetzt, von den ihr innewohnenden Prinzipien der Zweckrationalität und Sachlichkeit abzuweichen bzw. abgelenkt zu werden. In vielen Fällen diktiert sie regelrecht das langsame Tempo des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses.

### **3.1.1.3. Die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform aus dem Blickfeld des wirtschaftlichen Dualismus**

In den vorherigen Abschnitten wurden die allgemeinen Probleme von Bürokratien im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes dargestellt, die auch für die öffentliche Verwaltung Griechenlands gelten. Auf Grund dieser Ausführungen kann man den Schluss ziehen, dass ohne eine funktionsgerechte staatliche Bürokratie eine wirtschaftliche Entwicklung, die zur Integration der gesamten Volkswirtschaft führt und damit auch zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen des Landes, gar nicht vorstellbar ist. Im Folgenden werden Wege aufgezeigt, die es Griechenland ermöglichen, zu einer solchen staatlichen Bürokratie zu kommen. In erster Linie ist dazu eine Verwaltungsreform notwendig.

Verwaltungsreformen richten sich im Allgemeinen entweder auf das Ausmaß eines bürokratischen Apparates, wenn er in seiner Funktionalität und Kontrolle unüberschaubar wird, oder auf seine Anpassungsfähigkeit bzw. Flexibilität. Denkbar ist auch eine Kombination beider Komponenten. Verwaltungsreformen müssen einerseits dazu beitragen, den niedrigen Stand der Administrativen Effizienz zu erhöhen sowie die Qualifikation und Leistungsmotivation der Amtsträger zu steigern [vgl. Eichhorn u. (1991), S. 703 und von Mutius (1991), S. 909f]. Auf der anderen Seite müssen sie das Ausmaß der Organisation an manchen Stellen personell verkleinern, um vor allem die vorhandene Unterbeschäftigung abzubauen.

Der Staat soll versuchen, auf die wachsenden Anforderungen der Wirtschaft, Politik und Kultur an seinen bürokratischen Apparat vorwiegend mit qualitativen Maßnahmen zu reagieren. Nur auf diese Weise lässt sich Innovation statt Expansion in der Bürokratie realisieren. Verwaltungsreformen können an vielen Ebenen des staatlichen Handelns ansetzen, wie beispielsweise auf der Ebene der regionalen Verwaltung, auf der Ebene von Wirtschaftsunternehmen des Staates usw. Aus der Sicht der vorliegenden Arbeit sind allerdings solche Verwaltungsreformen von zentralem Interesse, die auf allen Ebenen der Organisationen ansetzen, die sich vorwiegend mit Aufgaben der wirtschaftlichen Entwicklung befassen.

Griechenland kann mit seinem öffentlichen Verwaltungsapparat keine Wirtschaftspolitik betreiben, die für die Überwindung von dualistischen Wirtschaftsstrukturen geeignet wäre. Dazu muss die wirtschaftspolitische Wirksamkeit, die Leistungsbereitschaft und -fähigkeit seiner öffentlichen Organisation wesentlich erhöht werden. Dies kann nur durch die Herausbildung eines neuen Verwaltungsapparates geschehen, welcher zwar hierarchisch strukturiert ist, wohl aber in seiner Funktionsweise die Erkenntnisse der modernen Institutionenökonomie anwendet.

Die neuen Institutionen, die zum Zwecke der Bewältigung spezifischer wirtschaftspolitischer Aufgaben vom Staat erst ins Leben gerufen werden, müssen mit speziellen Teams besetzt werden, und zwar sowohl auf der ministeriellen als auch auf der regionalen und der lokalen Ebene. Es muss unbedingt beachtet werden, dass die Qualifikation der einzelnen Mitarbeiter und Führungskräften im Vordergrund steht und nicht, wie es bisher überwiegend der Fall war, ihre parteipolitische Zugehörigkeit. Die neue Organisation muss sowohl aufgrund der speziellen Ausbildung ihrer Mitglieder als auch aufgrund der ihr zugewiesenen Kompetenzen mit Führungsaufgaben zur Überwindung von dualistischen Wirtschaftsstrukturen ausgestattet werden. Eine dezentralisierte Organisationsstruktur ist dabei absolute Voraussetzung.

Die neu zu schaffende Organisation wird bestimmte entwicklungspolitisch relevante Problem-bereiche der dualistischen Volkswirtschaft (Wirtschaftssektoren, Wirtschaftsregionen) als Aktionsfelder zu sich heranziehen, Ziele für sie setzen, die disponierenden Tätigkeiten aller am wirtschaftlichen Entwicklungsprozess beteiligten Wirtschaftseinheiten und Gruppen auf die Erfüllung der gesetzten Ziele hin lenken. Sie hat auch diese Wirtschaftseinheiten und Gruppen durch Koordination und Motivation zu beeinflussen. Bei dieser Deutung haben wir es mit einer Führungsaufgabe zu tun, die in jeder modernen Organisationsführung anzutreffen ist. Es handelt sich dabei, allgemein ausgedrückt, um **Entscheidungs- und Problemlösungsprozesse** zur Lenkung eines gesamten Entwicklungsvorganges nach Maßgabe von gesetzten Zielen [vgl. Ströbe (1990), S. 13ff und 23ff und Ulrich u.a. (1984), S. 215ff]. Damit bietet uns die moderne Organisation von Institutionen die entsprechenden Leitbilder für den neu zu schaffenden staatlichen Verwaltungsapparat.

Die wirtschaftspolitisch führenden Handlungen dieses Apparates sind als ein Prozess zu verstehen, in dem vielfältige Informationen über das Wirtschafts- und Sozialgefüge Griechenlands gewonnen und diverse, zum Ziel führende Entscheidungsergebnisse getroffen werden. Die Entscheidungsergebnisse werden dann ihrer Art entsprechend weitergeleitet, durchgesetzt, kontrolliert und die Verantwortung jeweils an eine jede Organisationsstufe übertragen. Insgesamt kann man diesen Prozess als einen **Willensbildungs- und Willensdurchsetzungsprozess** bezeichnen, wie er im Gefüge einer jeder Organisation anzutreffen ist [vgl. Bleicher (1992), S. 266].

#### **3.1.1.4. Organisationsstruktur und Führungsform der neuen Verwaltung**

Aus einer Reihe von verschiedenen Organisations- und Führungsformen erscheint, unter Berücksichtigung von landes- und aufgabenspezifischen Aspekten, eine zielgerichtete Organisation zur Überwindung von dualistischen Wirtschaftsstrukturen als besonders geeignet zu sein. Sie sollte eine effiziente Zielerreichung anstreben und als Gegenbewegung in Bezug auf starre Bürokratisierung und reine Verfahrenorientierung verstanden werden.

Bei dieser Institutionsform soll eine ministerielle Führungsinstanz bestimmte entwicklungs- politische Oberziele (Orientierungs- und Leitziele) für die administrativen Entwicklungsträger der mittleren und der unteren Ebene vorgeben, ohne dabei den jeweiligen Instanzenträgern Vorschriften zu erteilen, wie sie diese, als Orientierungshilfen formulierten Ziele im Einzelnen realisieren sollen [vgl. North D. C. (1992), S. 109ff]. Solche entwicklungspolitischen Oberziele können beispielsweise sein: eine Boden- und Agrarreform zur Verbesserung der Betriebs- größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe, Förderung der Diffusion des technischen Fortschritts vom modernen zum traditionellen Wirtschaftsbereich, Forderung von Genossen- schaften, insbesondere im traditionellen Wirtschaftsbereich usw. (sie werden im weiteren Verlauf der Arbeit näher erläutert).

Die neue Institution ist allerdings unter bestimmten Voraussetzungen funktionsfähig. Die Instanzenträger der mittleren und der unteren Organisationsebenen müssen in ausreichendem Maße adäquate, wenig abstrakte, d.h. operationale Zielinformationen von ihren Vorgesetzten erhalten können, um überhaupt ihre Aufgabe sachgerecht erfüllen zu können. Die von den obersten Führungsinstanzen formulierten Leitziele müssen umso mehr Konkretisierung und Operationalität erfahren, je mehr sie sich in der hierarchischen bzw. regionalen Verwaltungs- organisation zu den unteren Ebenen hin bewegen. Von den Leitzielen müssen daher unmiss- verständliche und konkrete Unterziele abgeleitet werden, die schließlich für bestimmte Organisa- tionsstufen der hierarchischen bzw. regionalen Organisation unmittelbare Handlungsanweisun- gen darstellen und sich auch als solche diesen Organisationseinheiten zuordnen lassen. Es liegt dann an den einzelnen regionalen Organisationseinheiten die ihnen zugeordneten Subziele, innerhalb des gesetzten Rahmens auf der jeweiligen Organisationsstufe, zu koordinieren, auszuführen und auf die Erfüllung des Leitzieles in einem zeitlich begrenzten Horizont hin zu optimieren. Die primäre Aufgabe wäre dabei zweifellos die Abstimmung und die Koordination von stellenbezogenen Unterzielen einzelner Organisationsstufen auf das Oberziel hin.

Die neue Institution soll u.a. auch eine partizipative Funktionsform ermöglichen. In unserem Fall bedeutet das, aus dem Gesamtziel Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen Griechenlands Unterziele, die sich nach den jeweiligen regionalen und/oder sektoralen Besonder- heiten richten, abzuleiten. Alle Ziele unterliegen einer laufenden Veränderung bzw. Anpassung, es handelt sich mit anderen Worten um einen ständigen Prozess. Die mittleren und unteren Instanzenträger sind bei der Festlegung organisatorischer Subziele auf einer bestimmten Organisationsstufe beteiligt. Die Zielformulierung erfolgt in der gesamten Organisation sowohl von oben nach unten als auch umgekehrt. Daher spricht man in diesem Zusammenhang von "Zielvereinbarung" und nicht von "Zielvorgabe". Auf diese Weise wird Verantwortung und

Zielidentifikation der einzelnen Mitarbeiter und Führungskräfte für die Zielerfüllung auf jeder Organisationsstufe unmittelbar gefördert, die Leistungen einzelner Organisationsmitglieder stimuliert und das Engagement sowie die Motivation des Einzelnen im jeweiligen Kompetenzbereich verstärkt. Bei dieser Organisationsform wird daher das Entstehen dezentraler (bzw. regionaler) Organisationsstufen geradezu begünstigt. Sie können, durch eine zielgesteuerte Funktionsweise, durch eine wirksame Kontrolle der Zielabweichung von der Zielvorgabe und durch einen kontinuierlichen Kommunikationsprozess in die Lage versetzt werden, auf das vorgegebene Orientierungsziel hin zu steuern.

### **3.1.1.5. Funktionsweise der neuen Organisation**

Die entwicklungspolitische Aufgabenerfüllung der neuen Organisation erfordert die Herausbildung eines speziellen Teams von Mitarbeitern. Sie müssen für den speziell entwicklungspolitischen Zweck ausgebildet, und leistungsabhängig entlohnt bzw. befördert werden. Sie sind jeweils unterschiedlich zu belohnen, je nachdem, welche persönlichen Initiativen von ihnen entwickelt werden und welchen Beitrag sie zur Zielerfüllung leisten. Die Einsatzfreudigkeit, das Initiativvermögen und das innovationsorientierte Verhalten der Organisationsteilnehmer müssen bei der Auszeichnung des persönlichen Engagements als Kriterien in den Vordergrund gestellt werden. Das bedeutet einerseits, dass die einzelnen Organisationsmitglieder in die Lage versetzt werden müssen, auf Anreize zu reagieren und andererseits auf jeder Organisationsstufe Verantwortung zu tragen.

Neben der vertikalen Struktur der neuen Organisation ist auch eine horizontale Organisationsstruktur zu verwirklichen, und zwar auf jeder Organisationsstufe. Diese Struktur soll eine mehr oder weniger autonome und flexible Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit ermöglichen. Die Amtsinhaber unterschiedlicher Ressorts (Berufsbildung, Landwirtschaft, Finanzen u.a.) werden dann auf einer bestimmten Organisationsstufe für den Erfolg eines Programmes oder Projektes gleichermaßen verantwortlich gemacht. Auf diese Weise wäre es möglich, die Beamten einzelner Ressorts in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben flexibel, zusammenhängend und kooperativ zu bewältigen. Dies gilt insbesondere für die sachlichen Zusammenhänge, die zwischen den Zuständigkeitsbereichen einzelner Ressorts liegen. Sie können dann zuverlässig erkannt und berücksichtigt werden. Auf diesem Wege können die Leerstellen in den entwicklungspolitischen Aktivitäten geschlossen werden. Die neu zu schaffende Organisation sollte nicht nur mit einem speziell ausgebildeten Team besetzt, sondern gleichzeitig auch mit einem finanziellen Fonds ausgestattet werden, um die eventuellen Probleme durch die Ämter der herkömmlichen Finanzverwaltung zu beheben.

Damit die staatlichen, mit der wirtschaftlichen Entwicklung befassenden Organe, die Vielfalt und das Ausmaß ihrer Aufgaben bewältigen können, müssen auch seitens des Staates Schritte unternommen werden, manche Aufgaben allmählich auf private Entwicklungsträger zu übertragen. Als solche kommen halbstaatliche Banken und andere Entwicklungsinstitutionen, Selbstverwaltungskörperschaften, Verbände und Genossenschaften in Betracht. Auf diese Weise kann mittels privatwirtschaftlicher Organisationen der weit reichenden Legitimation staatlicher

Bürokratie entgegengewirkt und der nationale Entscheidungsmechanismus in Politik und Wirtschaft dezentralisiert werden.

Der neue Verwaltungsapparat sollte bei seinem Einsatz (regional oder sektoral) eigenständig und ohne Konflikte mit der bestehenden Verwaltung arbeiten können. Das ist erforderlich, um die entwicklungspolitischen Instrumente, insbesondere in den Bereichen der Agrarreform, der Bereitstellung der Infrastruktur und der Förderung der privaten Industrieinvestitionen sinnvoll und effizient einsetzen zu können. Um mögliche Überschneidungen bzw. Konflikte in den Einsatzgebieten bzw. -regionen zu vermeiden, ist es nicht sinnvoll die alte Bürokratie im Wesentlichen zu belassen und ihr eine neue lediglich beizuordnen, sondern konsequent die alte durch die neue zu ersetzen. Andernfalls werden Doppelkompetenz und Reibungen aneinander eher das Überleben der alten Bürokratie begünstigen, denn sie könnte sich erfahrungsgemäß darauf einstellen. Unter diesen Umständen würde aber die neue Institution erfolglos bleiben.

Kurz- und mittelfristig sollte man sich von einem neuen speziellen Apparat ohnehin nicht viel versprechen. Im günstigsten Fall ist die Entstehung einer funktionsfähigen Entwicklungsbürokratie in Griechenland nur in langfristiger Sicht zu erwarten.

### **3.1.2. Eine Landreform zur Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe Griechenlands**

Unter Berücksichtigung bisheriger Ausführungen über die griechische Landwirtschaft (s. Kapitel 3.1) werden an dieser Stelle einige Zustände erörtert, die eine Strukturveränderung in diesem Bereich notwendig machen. Im primären Sektor Griechenlands wurden aus der Sicht des wirtschaftlichen Dualismus folgende Mängel bzw. Fehlentwicklungen festgestellt:

- Die landwirtschaftlichen Betriebe sind relativ klein.
- Die Anbauflächen sind in vielen Parzellen eingeteilt.
- Die Produktionsmethoden sind überholt und irrationell.
- Es fehlen leistungsfähige Vermarktungseinrichtungen.
- Es herrscht versteckte Arbeitslosigkeit.
- Das Genossenschaftswesen ist mangelhaft entwickelt.

Aufgrund dieser strukturellen Probleme sind der Lebensstandard der landwirtschaftlichen Bevölkerung sowie der Beitrag des Agrarsektors insgesamt zum Bruttosozialprodukt relativ gering. Seit dem Beitritt des Landes in die europäische Gemeinschaft bzw. europäische Union lassen sich vor allem zwei positive Entwicklungen für den Agrarsektor feststellen:

- Der gemeinsame Markt eröffnete neue Chancen für den Absatz griechischer Agrarprodukte und
- es sind erhebliche Gemeinschaftsmittel zur Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe eingeflossen.

Eine wesentliche Verbesserung der Lebensverhältnisse der landwirtschaftlichen Bevölkerung kann jedoch nicht unter Beibehaltung der bisherigen Agrar-, Produktions- und Vermarktungs-



struktur erreicht werden. Im Folgenden wird auf eine Strukturveränderung in der griechischen Landwirtschaft mittels einer Boden- und Agrarreform eingegangen.

### **3.1.2.1 Die Notwendigkeit von Strukturveränderungen in der griechischen Landwirtschaft**

Die traditionellen Produktions- und Vermarktungsverfahren in der griechischen Landwirtschaft, haben sich als Haupthindernis für eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung in diesem Sektor erwiesen. Sie bedürfen vor allem eines institutionellen Wandels und müssen durch rationelle Methoden abgelöst werden. Durch solche Methoden können die natürlichen Produktionsvoraussetzungen besser genutzt und die Produktivität der Faktoren Arbeit und Kapital, über niedrigere Kosten und höhere Erträge je Flächeneinheit erhöht werden. Das wird jedoch durch die starke Zersplitterung der Anbauflächen in zahlreiche kleine Parzellen verhindert. Rationelle Bewirtschaftungsmethoden, wie beispielsweise der Maschineneinsatz, die Bewässerung, die Düngung sowie die Schädlingsbekämpfung können infolgedessen nur bedingt angewendet werden. Das gilt besonders für die Bewässerung der landwirtschaftlichen Betriebe. Im klimatrockenen Griechenland stellt das Wasser den Minimumsfaktor in der landwirtschaftlichen Produktion dar. Seine rationelle Nutzung ist daher vor allem in den Sommermonaten äußerst wichtig. Es ist deshalb erforderlich, von den bisher weit verbreiteten Einzelbewässerungsanlagen zu Verbundsystemen überzugehen.

Die starre und traditionelle Handlungsweise der Kleinproduzenten stellt ein weiteres Problem für die griechische Landwirtschaft dar. Die Selbstversorgung und die geringen Marktkontakten sind unter diesen Produzenten noch weit verbreitet. Diese Verhaltensweise bedarf einer strategischen Beeinflussung im marktwirtschaftlichen Sinne [vgl. Chatzigagis (1992), S. 31ff]. Es ist daher erforderlich die individuellen Produktions- und Vermarktungsaktivitäten im Agrarsektor auf einer breit gestreuten Grundlage neue Impulse zu geben. Die Angebotselastizität des Agrarsektors hinsichtlich der Markterfordernisse und dessen Reaktionsfähigkeit auf die Marktsignale (Preise, Qualitäten usw.) und Marktimpulse (Anreize) müssen insgesamt erhöht werden, damit die Marktkräfte überhaupt wirksam werden können. Denn was letztendlich erreicht werden sollte, ist eine ausreichende Marktorientierung der Investitionen und des Agrarangebots bzw. eine marktorientierte Produktionsstruktur.

Der gemeinsame europäische Markt bietet dazu große Möglichkeiten. Die landwirtschaftliche Produktion Griechenlands muss deshalb auf die Absatzmöglichkeiten in der gesamten europäischen Union ausgerichtet werden, und zwar nach Art, Menge, Qualität und Zeitpunkt. Denn es wäre wenig sinnvoll, die Absatzschwierigkeiten, die in der europäischen Union bei manchen landwirtschaftlichen Produkten auftreten (aufgrund struktureller oder saisonale Überschüsse), noch weiter zu verschärfen. Diese Gefahr ist angesichts des geringen Anteils Griechenlands an der Agrarproduktion der EU relativ gering. Auf einzelnen Märkten könnte jedoch diese Entwicklung eintreten, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird.

Betrachtet man den derzeitigen Selbstversorgungsgrad der EU mit landwirtschaftlichen Produkten, stellt man fest, dass es Versorgungslücken bei einigen Produkten gibt, beispielsweise

bei Frischgemüse. Hier bestehen für die griechische Landwirtschaft große Vorteile durch die günstige Klimalage. In wintermilden Lagen kann, durch Folientunnel und Bewässerung, Frischgemüse saisonunabhängig das ganze Jahr über produziert werden. Durch das sog. "Saisoning" (geschickte Wahl der Ernte- und Lieferzeit) können dadurch Marktlücken in der Gemüseversorgung der EU gefüllt werden. Besonders gute Möglichkeiten bestehen dazu für Gurken, Tomaten, Erdbeeren, Wassermelonen, Aprikosen usw. Wichtige Voraussetzung dazu ist allerdings eine Änderung der Verhaltensweisen vieler griechischer Bauer. Sie müssen von der noch stark verbreiteten Selbstversorgung mit geringen Marktkontakten Abschied nehmen und stattdessen die Produktion auf den Markt ausrichten.

Parallel zu der Ausrichtung der Produktion auf dem Absatz sollte auch eine standortgemäße Differenzierung der Produktion stattfinden [vgl. Christodoulatos (1991) S. 93ff und Zikos (1987), S. 4ff]. Dazu ist es erforderlich, alle Landbauzonen einer kritischen Prüfung zu unterziehen mit dem Ziel, ihre künftige Funktion und Nutzung festzulegen. Der Anbau von einzelnen landwirtschaftlichen Produkten sollte dann in denjenigen Regionen gefördert werden, die vergleichsweise die natürlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür am besten erfüllen. Auf diese Weise würde dann in den einzelnen Anbauregionen eine Konzentration spezialisierter konkurrenzfähiger Betriebe entstehen, deren Vorteile besser genutzt werden könnten. Solche Vorteile sind beispielsweise die schnelle Durchsetzung technischer Fortschritte in der Praxis, die bessere Auslastung von Betrieben zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte sowie die Gründung von modernen Vermarktungseinrichtungen bzw. von Genossenschaften (auf die genossenschaftliche Zusammenarbeit wird in einem besonderen Kapitel eingegangen).

Obwohl in den letzten Jahren die Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten verbessert wurde, existiert immer noch in einigen Gebieten und besonders unter den kleineren Betrieben das alte System des vielstufigen Zwischenhandels. Angesichts dieser Situation ist die Entwicklung eines modernen und leistungsfähigen Vermarktungssystems für landwirtschaftliche Produkte unerlässlich. Dieses System sollte in erster Linie die Bauern vom Monopol der Zwischenhändler befreien sowie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sammeln, aufbereiten, be- und verarbeiten zu handels- und exportfähigen Waren [vgl. Melfou/Kavallaris (1991), S. 46ff und Christodoulatos (1991), S. 93ff]. Großen Stellenwert hat dabei auch die Beratung der Bauern hinsichtlich der Produktion, damit durch gezielte Sortenwahl, Düngung, Pflege und Pflanzenschutz die Qualität der einzelnen Produkte verbessert wird. Hinzu kommt die Planung und Steuerung der Lieferzeiten und -mengen, damit die Kapazitäten ausgelastet und die Marktlücken genutzt werden können. Die Standortwahl solcher Vermarktungsorganisationen sollte, wie vorher auch erwähnt wurde, mit der Entscheidung über die regionale Differenzierung der Agrarstandorte koordiniert werden.

Eine Herbeiführung von strukturellen Produktionsänderungen in mengenmäßiger und in qualitativer Hinsicht wird u.a. auch eine wachsende Arbeitsteilung im Agrarbereich Griechenlands fördern [vgl. Zikos (1987), S. 4ff und Macheras (1988), S. 87f]. Das Problem der versteckten Arbeitslosigkeit wird, durch die Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur, der

Mechanisierung und Rationalisierung weiter verschärft, wegen der damit verbundenen Freisetzung von Arbeitskräften. Weil allerdings die Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe auf lange Sicht Überlebenscharakter hat, müssen Möglichkeiten gesucht werden, um diese unvermeidbare Freisetzung von Arbeitskräften aufzufangen. Ein Teil dieser Arbeitskräfte könnte beispielsweise, bei dem erwarteten größeren Produktionsvolumen und dem höheren Anteil an arbeitsintensiven Produktions- und Vermarktungseinrichtungen, anderweitig beschäftigt werden. Eine weitere Lösung wäre das Vorverlegen des Ausscheidens aus dem Arbeitsleben z.B. von Bauern die über 60 Jahre alt sind. Als Anreiz dafür sollte die Altersversorgung verbessert und mit der Betriebsabgabe gekoppelt werden. Eine andere Möglichkeit zum Auffang der freigesetzten Arbeitskräfte wäre, dass neue Arbeitsplätze nicht in den Verdichtungsgebieten, sondern in den betreffenden ländlichen Gegenden errichtet werden mit einer einhergehenden Verbesserung von infrastrukturellen Einrichtungen. Einen besonderen Stellenwert hätte in diesem Fall die Umschulung der meist ungelernten Arbeitskräfte.

In diesem Zusammenhang ist allerdings sehr wichtig, dass alle diese Instrumente bzw. Maßnahmen derartig angesetzt werden, dass sie flexibel gehandhabt werden können. Die Unterstützung der Produzenten darf beispielsweise auf die traditionellen Strukturen nicht konservierend einwirken. Ferner muss diese Hilfestellung bzw. Beeinflussung im Bereich der Agrarproduktion auch für die anderen Bevölkerungsgruppen sozialpolitisch erträglich sein. Eine unbegrenzte Marktstützung auf einem relativ hohen Preisniveau zugunsten der landwirtschaftlichen Produzenten wäre beispielsweise sozialpolitisch untragbar, weil darunter weite Kreise der Bevölkerung mit geringer Kaufkraft stark leiden würden. Sie müsste deshalb mit den sozialpolitischen Überlegungen des Verbraucherschutzes in Einklang gebracht werden.

Eine Wirtschaftspolitik zur Verringerung des wirtschaftlichen Dualismus im Agrarsektor Griechenlands sollte, gemäß den vorherigen Überlegungen, folgende Teilziele verfolgen:

- Abbau des Arbeitskräfteüberschusses bzw. Bekämpfung der versteckten Arbeitslosigkeit,
- Ausrichtung der Produktion auf die Absatzmöglichkeiten,
- Ausbau eines zeitgemäßen Vermarktungssystems,
- Entwicklung des Genossenschaftswesens.

Damit allerdings diese Teilziele erreicht werden können, ist eine Umstrukturierung der landwirtschaftlichen Betriebe absolut erforderlich. Umstrukturierung heißt im konkreten Fall für die griechische Landwirtschaft Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe mittels einer Boden- und Agrarreform. Wir werden uns und mit diesem Thema im folgenden Kapitel beschäftigen.

### **3.1.2.2. Die Landreform als Voraussetzung zur Verringerung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen im Agrarsektor Griechenlands**

Die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen sind in Griechenland weitgehend erschlossen und verteilt. Es gibt daher keine nennenswerten Reserven an Land zur Aufstockung der vielen kleinen landwirtschaftlichen Betrieben. Eine Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur kann daher nur durch eine Landreform erfolgen. Sie stellt darüber hinaus ein wichtiges rahmen-

politisches Instrument zur gezielten Verringerung sowohl des intersektoralen als auch des innersektoralen Dualismus.

Unter Bodenreform werden alle Maßnahmen zur Herbeiführung einer institutionellen Neugestaltung von Landeigentums- und Landbesitzverhältnissen verstanden. Die Agrarreform umfasst somit alle staatlichen und privatwirtschaftlichen Schritte und Vorkehrungen zur Verbesserung bzw. Neugestaltung von technisch-organisatorischen Umständen in der Bodenwirtschaftung hinsichtlich des Einsatzes von Produktionsmitteln, neuen Betriebsorganisationen, Produktions- und Markteinrichtungen u.ä. Eine Landreform stellt somit eine übergeordnete Bezeichnung dar und umfasst die Boden- und Agrarreformen.

Eine Landreform sollte sowohl eine **Änderung der Eigentums- und Besitzverhältnisse am Boden** als auch **neue Landbewirtschaftungsformen** zum Inhalt haben. Diese zwei Elemente der Landreform sind komplementäre Reformwerke und müssen auch deshalb miteinander verbunden werden. Gerade hier liegt die entscheidende Nahtstelle, von deren Herstellung der Erfolg oder das Scheitern dieser Reformvorhaben maßgeblich beeinflusst wird.

Die wirtschaftlich und sozial unangemessenen Pachtverhältnisse, der Großgrundbesitz sowie die kleinbetrieblich organisierte Agrarproduktion im traditionellen Wirtschaftsbereich Griechenlands stellen institutionell-strukturelle Hemmnisse für die Entstehung von Betriebsorganisationen mit marktorientierter Produktion dar. Das Gemeineigentum am Boden, das häufig vorliegt, ist dabei ebenfalls ein Hindernis. Ein Bauer kann beispielsweise keinen Kredit aufnehmen, weil er diesen Boden nicht als Sicherheit anbieten bzw. beleihen kann. Eine Bodenreform sollte deshalb am Großgrundbesitz, am Pachtwesen und schließlich am Gemeineigentum ansetzen, um die Beleihungsbasis in der Landwirtschaft zu verbessern.

Der Großgrundbesitz sollte dabei differenziert betrachtet werden. Auf der einen Seite gibt es nämlich Großgrundbesitzer, die selbst keine Landwirte sind, sondern nur als Pachtherren ein Einkommen schaffen. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Großgrundbesitzer, die als reine unternehmerische Großlandwirte auftreten, ländliche Arbeitsplätze schaffen, Produktionsüberschüsse erzielen, diese trotz vielfacher Unzulänglichkeiten auf die Märkte bringen und auf diese Weise zu der Ausweitung und der Versorgung der Märkte beitragen. Auf die Leistungen solcher Agrarunternehmen kann nicht verzichtet werden. Die Ersten hingegen können sich vor allem deshalb als monopolistische Pachtherren behaupten, weil der Markt klein ist oder die Güterpreise auf dem Markt niedrig, die Pachtsätze dagegen relativ hoch sind. Hinzu kommt, dass es in einigen Gegenden genügend besitz- und beschäftigungslose Bauern gibt, die von ihnen abhängig sind. Aus diesen Gründen würde es sich für solche Großgrundbesitzer immer lohnen, den Boden in kleinen Flächen zu teilen und zu unangemessen hohen Pachtsätzen oder unter Anwendung des Teilpachtensystems zu verpachten, anstatt diese Flächen selbst für eine großbetriebliche Produktion, wie im Falle der unternehmerischen Großlandwirte, zu organisieren. Gerade hier haben Bodenreformen oder zumindest Reformen im Pachtwesen anzusetzen.

Boden- und Agrarreformen sind für Griechenland aus wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gründen, eine unabdingbare Strukturmaßnahme zur Überwindung der kleinbetrieblich

organisierten Agrarproduktionsbedingungen sowie zur Beseitigung der im Agrarbereich auf die traditionellen Vermarktungs- und Finanzierungssysteme konservierend wirkenden Faktoren. Die Ziele der Boden- und Agrarreformen werden im Folgenden festgehalten.

Zur gezielten Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe könnte die Gründung einer Organisation dienen, an der beispielsweise der griechische Staat durch die Agrarbank von Griechenland sowie die Agrargenossenschaften beteiligt sein könnten. Zentrale Aufgabe dieser Organisation soll es sein, Kulturland aufzukaufen oder langfristig zu pachten und es dadurch zur Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur zu verwenden. Zielgruppe für eine solche Landabgabe wären beispielsweise Bauern, die über 60 Jahre alt sind. Beim Verkauf oder bei langfristiger Verpachtung ihrer Kleinbetriebe würden sie dann eine Art Landabgaberente erhalten. Durch diese frühe Pensionierung könnte die Übergabe der betreffenden Agrarbetriebe an die vorher genannte Organisation erleichtert und der Widerstand bzw. die Zurückhaltung der einzelnen Bauer überwunden werden.

Als zweite Zielgruppe für eine solche Maßnahme kämen die nicht selbstwirtschaftenden Eigentümer in Frage, die ihre Flächen verpachten. Sie sollen zum Verkauf ihres Landes an die Organisation veranlasst werden, sei es auf freiwilliger Basis, mit Hilfe eines Vorkaufsrechts oder sogar in bestimmten Fällen mit Enteignung. Letzteres erscheint zwar auf dem ersten Blick relativ hart, es ist aber andererseits unbestritten, dass ohne solche Maßnahmen nicht genügend Land aufgebracht werden kann, um mindestens langfristig eine spürbare Verbesserung der Betriebsgrößenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe zu erreichen. Die durch diese Maßnahmen gewonnenen Flächen sollen dann an junge Bauern und an Produktionsgenossenschaften vergeben werden, und zwar mit der Auflage, die Flächen wieder an die Organisation zurückzugeben, wenn die landwirtschaftliche Tätigkeit aufgegeben wird.

Parallel zu den vorher dargestellten Maßnahmen hat der Staat aufstockungswillige Bauern zu helfen, beispielsweise mit zinsverbilligten Krediten. Es sollte auch eine Lenkung frei werdender Flächen aus aufgegebenen Betrieben hin zu entwicklungsfähigen Betrieben stattfinden. Das ist ebenfalls ein besonders geeignetes Mittel bei Bodenknappheit, wie es in Griechenland der Fall ist, gezielt Strukturverbesserung zu betreiben. Denn es sollte unbedingt verhindert werden, dass die aufgegebenen landwirtschaftlichen Betriebe wiederum in kleine, nicht entwicklungsfähige Betriebe überführt werden.

Boden- und Agrarreformen müssen eine Umwälzung traditioneller, ungleichmäßig verteilter Bodeneigentums- und Bodenbesitzverhältnisse in den betreffenden Gebieten herbeiführen und damit eine relativ unabhängiger und sichere Beschäftigungsmöglichkeit für die ländliche Bevölkerung einführen und evtl. ändern (landlose Arbeiter, Teilpächter usw.). Auf diese Weise sollten sie zum Abbau interner Abhängigkeitsverhältnisse wirtschaftlicher und sozialer Art sowie zur Änderung des institutionellen und sozioökonomischen Rahmens im traditionellen Agrarbereich beitragen.

Durch die Veränderung bzw. Modifizierung der Eigentums- und Besitzverhältnisse am Boden muss vor allem der Aufbau von lebensfähigen Betriebseinheiten sichergestellt werden. Boden-

und Agrarreformen haben insbesondere auf die betriebswirtschaftlichen Erfordernisse der Produktion, der Finanzierung und der Vermarktung Rücksicht zu nehmen [vgl. Steinhauser u.a. (1992), S. 307ff]. Eine Landverteilung nur aus sozialen und politischen Erwägungen löst das Problem der wirtschaftlich rationalen Gestaltung der landwirtschaftlichen Produktion nicht. Denn die kurzfristigen Produktionssteigerungen und die materielle Verbesserung des Lebensunterhaltes des Einzelnen können schnell ins Gegenteil umschlagen, wenn die flankierenden komplementären Maßnahmen auf der Ebene der Marktinfrastrukturausstattung, wie beispielsweise in den Bereichen der Kreditversorgung, der Vermarktung, der Beschaffung von Produktionsmitteln und technischen Wissens, unzureichend bereitgestellt werden. Dann bleiben die Reformansätze im Wesentlichen ohne die erwünschte Wirkung. Deshalb sollten sie einen verbesserten Zugang zu den komplementären Produktionsfaktoren ermöglichen, um einen effektiven Wirkungszusammenhang zwischen den Reformwerken und den gesetzten Zielen sicherzustellen.

Eine Neuregelung der Agrarverfassung durch die Agrarreformen sollte insgesamt die Produktivität und die Arbeitsteilung im Agrarsektor verbessern und neue Möglichkeiten für den Einsatz von Verfahrens- und Produktinnovationen schaffen. Eine Landverteilung allein hätte wenig Sinn, wenn gleichzeitig keine adäquaten organisatorischen Schritte in der Produktionstätigkeit unternommen würden. Die Überführung von zu kleinen landwirtschaftlichen Betriebseinheiten in das Eigentum neuer Bewirtschafter bindet zwangsläufig viele Menschen an den Boden. Das überfordert geradezu die ohnehin geringe Mobilität dieser Menschen, die auf die Entwicklung einer arbeitsteiligen Wirtschaft nachteilig einwirkt.

Es wird an dieser Stelle noch einmal betont, dass nur durch die flankierenden Maßnahmen die neuen Produktionseinheiten überlebensfähig werden können. Solche Maßnahmen sind die konsequente Anwendung überbetrieblicher Organisationsformen in der Produktion, der Finanzierung sowie in dem Bezug und dem Absatz von Gütern, wobei hier dem Auf- und Ausbau des ländlichen Genossenschaftswesens eine äußerst wichtige Bedeutung beigemessen wird. Diese Maßnahmen sollen mit der Verbesserung der materiellen, institutionellen und personellen Infrastruktur, der Förderung des ländlichen Handwerks und der Be- und Verarbeitungsstätten u.ä. begleitet werden (s. vorheriger Kapitel). Nur diese und ähnliche Maßnahmen können mittel- und langfristig dazu beitragen, eine Steigerung des Agrareinkommens zu realisieren und neue Betriebs- und Unternehmensformen zu entwickeln. Dadurch wird dann ein betriebswirtschaftlich rationaler Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Boden und technischer Fortschritt in der Agrarproduktion möglich und auf diese Weise wird auch eine marktorientierte Faktorallokation in der Landwirtschaft eintreten.

Kein Gesetzesvorhaben besitzt einen derartigen innenpolitischen Konfliktstoff wie das für Bodenreformen. Seine politische Durchsetzbarkeit ist in vielen Ländern immer wieder in Frage gestellt worden, weil u.a. der Großgrundbesitz einen gewichtigen politischen Einfluss auf die nationale Politik auszuüben im Stande war und ist. Selbst als die Land- oder Bodenreformgesetze, dennoch erlassen wurden, blieben sie vielfach wirkungslos, weil bereits der Gesetzestext mit zahlreichen Ausnahmen und begrifflich dehnbaren Bestimmungen versehen

wurde. Dazu kommen noch die Probleme in den Verfahren der Landerfassung und –enteignung. Soweit die Reformen durchgeführt wurden, haben sie sich im Ergebnis insgesamt als unwirksam erwiesen bzw. sie haben die an sie gesteckten Erwartungen nicht im ausreichenden Maße erfüllt. Der Hauptgrund lag meistens darin, dass sie entweder die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in der Bodenbewirtschaftung vernachlässigten oder dass sie von anderen Strukturelementen des Agrarsektors isoliert in Angriff genommen wurden. Es fehlte anders formuliert an flankierenden Maßnahmen und Initiativen.

Statt der ad-hoc-Reformen sollte der griechische Staat vielmehr bemüht sein, im Voraus eingehende Erkenntnisse über Einsatzmöglichkeiten einzelner Maßnahmen im Rahmen einer möglichen Agrarreform zu erforschen und zu erwerben, um sich überhaupt erst klare Vorstellungen über deren Auswirkungen machen zu können. Andererseits müsste sich die jeweilige Regierung Gedanken darüber machen, ob sich mit der vorhandenen Verwaltungsbürokratie ein Reformwerk überhaupt durchführen lässt, weil bekanntlich auch die Agrarreformen, wie jede andere Reform, eine bestimmte politische und sachliche Durchschlagskraft voraussetzt, die die griechische Verwaltungsbürokratie gegenwärtig nur in unzulänglichem Ausmaß besitzt.

In bestimmten Fällen, in denen die Bodenreformen aus verschiedenen Gründen undurchführbar erscheinen oder wenn damit zu rechnen ist, dass sie keine wirtschaftlichen Erfolge herbeiführen können, sollte der Staat zumindest Schritte in eine andere Richtung unternehmen. Er sollte wenigstens ein angemessenes, d.h. wirtschaftlich wie sozial tragbares Pachtsystem einführen, um die Mobilität des Faktors Boden zu besserer Verwendung sicherzustellen. Auch in diesem Fall wird der Staat wahrscheinlich ohne Anwendung von Zwang nicht auskommen. Wenn der Boden bei Großgrundbesitz nicht ausgiebig genug bewirtschaftet wird, sollten die Eigentümer, von einem bestimmten Größenverhältnis an, gezwungen werden zu verpachten. Schon das würde zumindest teilweise die ländlichen Lebensbedingungen verbessern. Der Staat sollte parallel dazu einen institutionellen Rahmen schaffen, der den Modus der Pachtsätze und die Pachtdauer regelt. Die Pachtdauer sollte den Pächtern die Möglichkeit geben, eine eigenständige Produktionsplanung und Betriebsführung sowie eine flexible Betriebsorganisation zu realisieren.

Der Staat hat aber auch die Möglichkeit, den Grund und Boden sowie die Grundrente zu besteuern, um den landwirtschaftlichen Überschuss abzuschöpfen und einen Umverteilungsprozess einzuleiten. Solange beispielsweise Großgrundbesitzer beschäftigungsloses Einkommen von ihren Feldern erwirtschaften und von der permanenten Verteuerung der Grundnahrungsmittel aufgrund der Inflation und/oder der Missernten profitieren, kann die Besteuerung der Grundrente zwei Aufgaben erfüllen: Sie verschafft dem Staat mehr Einnahmen zur Finanzierung anderer Entwicklungsvorhaben und sie bietet ihm die Möglichkeit zur Umstrukturierung der Bodeneigentums- und Bodenbesitzverhältnisse. Das würde schließlich zur Verbesserung der ländlichen Arbeitsmarktsituation und zu dem Abbau der Migrationswelle beitragen, weil die Eigentümer dann geringere Interessen an ihrem Großgrundbesitz hätten bzw. man könnte sie zu einer intensiveren Nutzung des Bodens durch Verpachtung bewegen.

### **3.2. Marktfördernde Maßnahmen**

Zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus ist ein uneingeschränkter Austausch von Sach- und Dienstleistungen, insbesondere zwischen dem traditionellen und dem modernen Bereich einer Volkswirtschaft unabdingbar. Wenn das freie Spiel der Marktkräfte schwache Ausbreitungseffekte und starke Kontereffekte im traditionellen Bereich hervorruft, dann ist eine organisierende und finanzierende Einwirkung des Staates auf dieses freie Kräftespiel geboten, um der tendenziellen Auseinanderentwicklung der Sektoren und Regionen entgegenzuwirken [vgl. Bender (1995), S. 530f und Sell (1993), S. 138f]. Die Frage, wie er durch gezielte Strukturmaßnahmen ein Marktspiel zwischen gleichwertigen Partnern ohne Benachteiligung einer bestimmten Marktseite ermöglichen könnte, wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit erörtert. Die Tatsache, dass die Ausbreitungseffekte des modernen Wachstumsbereiches den traditionellen Wirtschaftsbereich in eine Aufwärtsbewegung hineinziehen könnten, ist für die sektorale bzw. regionale Integration einerseits notwendig. Auf der anderen Seite ist dies aber für die Eindämmung der Auseinanderentwicklung keinesfalls hinreichend.

Die Notwendigkeit von marktfördernden Investitionen ist in dieser Situation eindeutig. Nur die Marktorganisationen im traditionellen Wirtschaftsbereich können Zufahrtswege zum modernen Bereich eröffnen. Sie können den Ausbruch aus der Quasi-Stagnation der betreffenden Sektoren und Regionen ermöglichen. Märkte sind Einkommensquellen und Einkommen schafft seinerseits Kaufkraft und Ersparnis, d.h. Nachfrage und Investition. Die Produktion entwickelt sich in dem Maße, wie sie in die Sogwirkung der Märkte gerät und die zunehmende Markterweiterung erzeugt erneute Investitions- und Beschäftigungseffekte [vgl. Wiebelt (1988), S. 7ff]. Die bisher weitgehend unterentwickelten marktwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Sektoren und Regionen in den dualistischen Wirtschaftsstrukturen Griechenlands, können auf diese Weise intensiviert werden. Die Marktkräfte bestimmen das Wachstum einzelner Produktionseinheiten und zeichnen damit den Weg für weitere Investitionen. Die Marktintegrationsvorgänge sowie die zunehmende Konkurrenz sind weitere positive Anreize, die die Investitionen in den Marktorganisationen nachhaltig fördern können [vgl. Richter (1994), S. 26ff].

Aus den vorherigen Ausführungen wird ersichtlich, dass die Marktorganisationen - im Rahmen von einheitlichen Produktionsbedingungen und Zugangsmöglichkeiten zu Faktor- und Gütermärkten - grundsätzlich die Struktur einer immer mehr gleichgewichtiger werdenden Entwicklung verwirklichen können. Je stärker und umfangreicher die Integration der Märkte fortschreitet, desto leichter und schneller wird der Abbau von dualistischen Wirtschaftsstrukturen erfolgen. Um die Wirkung von marktfördernden Maßnahmen sicherzustellen, muss der griechische Staat - von den Strukturreformen abgesehen - vor allem die infrastrukturellen Hindernisse beseitigen, damit die Integration von den unterschiedlich strukturierten Regionen des Landes in einen möglichst homogenen nationalen Markt möglich wird.

Die Strukturierung bzw. Organisation von Märkten, ist für den Abbau bzw. die Verringerung des wirtschaftlichen Dualismus lediglich eine notwendige jedoch keine hinreichende Bedingung. Die Märkte müssen zusätzlich funktionsfähig sein bzw. funktionsfähig gemacht werden, damit



auch der Wettbewerbsmechanismus funktionieren kann. Dazu gehören beispielsweise eine funktionierende Agrarverfassung in den Besitz- und Pachtverhältnissen sowie eine ebenfalls funktionierende Kreditversorgung für alle Nachfrager von Krediten.

### **3.2.1. Die Wirtschaftspolitik im Kontext dualistischer Wirtschaftsstrukturen**

#### **3.2.1.1. Der volkswirtschaftliche Einfluss des Staates**

Das Zusammenwirken der staatlichen und der privatwirtschaftlichen Aktivitäten in einer Volkswirtschaft vollzieht sich im Rahmen einer politisch festgelegten Ordnung. Die Möglichkeiten und Grenzen, das Spektrum und das Niveau staatlicher und privatwirtschaftlicher Aktivitäten ergeben sich deshalb nicht nur aus ökonomischen Gesichtspunkten, sondern auch aus ordnungspolitischen Aspekten. Das Tätigkeitsfeld und der Wirkungskreis des Staates und der privatwirtschaftlichen Akteure erfahren dann ihre konkrete Ausgestaltung und Ausprägung [vgl. Willms (1995), S. 400ff]. An dieser Stelle werden wir aus der marktwirtschaftlichen Entwicklungstheorie nur jene Sachverhalte herauszustellen, die mit dem Staat bzw. mit seiner Einwirkung auf die Volkswirtschaft in Zusammenhang stehen. Dabei wird das theoretische Konzept einer dualistischen und quasi-stagnierenden Wirtschaft in die Betrachtung eingefügt, um eine realistische Aussage über die marktwirtschaftliche Entwicklung machen zu können.

Das marktwirtschaftliche Entwicklungsmodell zeichnet sich dadurch aus, dass die Vielzahl von Wirtschaftseinheiten (Haushalte und Unternehmen) über die Zusammensetzung, Höhe und Verwendung der Produktion selbst bestimmen kann. Die Abstimmung einzelner Wirtschaftspläne erfolgt weitgehend über den Marktmechanismus [vgl. Richter (1994), S. 26ff]. Der Staat selbst kann in das Marktgeschehen eingreifen, und zwar in vielen Formen. Er kann wirtschaftlich tätig werden, d.h. er spart, investiert, produziert und konsumiert. Er kann aber auch durch seine Wirtschaftspolitik rahmen- und prozesspolitisch ordnend, lenkend, regulierend, beeinflussend oder unmittelbar gestaltend auf die Wirtschaft einwirken. Die Wirtschaftspolitik des Staates besteht damit in der bewussten und systematischen Handhabung der dafür geschaffenen Instrumente und Institutionen, um dem Wirtschaftsprozess in einer Volkswirtschaft Rahmen zu setzen, ihn zu beeinflussen oder direkt zu gestalten [vgl. Bender (1995), S. 530f]. Auf diese Weise bildet der Staat in einer jeden Marktwirtschaft ein herausragendes Strukturelement des Wirtschafts- und Gesellschaftsgefüges.

Der Wirtschaftsprozess unterliegt demnach der unmittelbaren und/oder mittelbaren Gestaltung des Staates mittels wirtschaftspolitischer Instrumente. Dabei soll das Wirken der anderen Marktkräfte nicht außer Kraft gesetzt, sondern lediglich ergänzt und korrigiert werden [vgl. Ahrns, H.J. u.a. (1990), S. 2ff]. In der dualistischen Problemsituation Griechenlands muss sich die Wirtschaftspolitik noch mit weiteren Themen befassen. Das Spektrum des wirtschaftspolitischen Maßnahmenbündels muss, angesichts der Dualismusproblematik, mit konkretem zu diesem wirtschaftlichen Kontext angepassten Inhalt gefüllt werden. Gleichzeitig müssen aber auch die Ziele modifiziert bzw. ergänzt werden.

### **3.2.1.2. Die staatliche Entwicklungspolitik**

Die Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen findet im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Entwicklung statt, deren Bestandteile die Wachstums- und Integrationsprozesse sind. Der staatlichen Entwicklungspolitik, die Teil seiner gesamten Wirtschaftspolitik ist, kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Ausgerichtet auf den Zweck dieser Arbeit wird unter Entwicklungspolitik die Gesamtheit aller Bestrebungen, Handlungen und Maßnahmen verstanden, die die formelle und materielle Gestaltung des Wirtschaftsgeschehens in allen Sektoren, Regionen und sozialen Gruppen gleichermaßen bewusst und systematisch erfassen und darauf gerichtet sind, wirtschaftliche (also sektorale, regionale, technologische usw.) Dualismen abzubauen und damit einen einheitlichen Binnenmarkt herauszubilden [vgl. Bender (1995), S. 511]. Der Staat kann dieses anspruchsvolle Ziel nur mit der Einleitung einer langfristig bzw. dauerhaft wirksamen, rahmensetzenden Politik erreichen. Die Entwicklungspolitik ist dann zwangsläufig immer eine langfristige Politik [vgl. von Hauff u.a. (1993), S. 86ff].

Die auszuarbeitende entwicklungspolitische Konzeption muss deshalb immer ein langfristig umfassendes Leitbild sein, das für die Gesamtheit aller entwicklungspolitischen Handlungen geltende, grundsätzliche Relevanz besitzt. Im Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung, werden sowohl wirtschaftliche als auch soziale Wandlungen stattfinden. Es werden verschiedene Problemsituationen zu unterscheiden sein, die jeweils von dem erreichten Entwicklungsstand geprägt sind. Jede Situation stellt deshalb eine neue Frage bzw. ein neues Problem an die Entwicklungspolitik und erfordert einen Wechsel in der Wahl ihrer Ziele, Konzeptionen, Verfahren, Mittel und Träger. Dementsprechend ändern sich die für den Entwicklungsvorgang relevanten Größen. Denn die Frage, was als entwicklungspolitisch relevant anzusehen ist, hängt von dem jeweils vorliegenden Entwicklungsziel und von der vorliegenden gesamtwirtschaftlichen Ausgangssituation ab [vgl. Lachmann (1994), S. 14ff].

Diese Konstellation von Entwicklungsziel und Ausgangssituation wurde auch in der vorliegenden Arbeit berücksichtigt. Wenn in den folgenden Abschnitten Vorschläge zur wirtschaftlichen Entwicklung Griechenlands unterbreitet werden, dann geht man davon aus, dass die Ausgangssituation immer eine "quasi-stagnierende" und dualistische Problemsituation ist. Die stagnierende oder die dualistische Phase der Volkswirtschaft ist hier als ein methodisches Werkzeug aufzufassen. Es dient der Entwicklung eines adäquaten Konzeptes zur Überwindung von wirtschaftlichem Dualismus mittels staatlichen Handelns.

In den nachfolgenden Ausführungen werden wir uns auf diejenigen Schwerpunktbereiche konzentrieren, an denen, angesichts der speziellen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Gegebenheiten Griechenlands, die größtmögliche Wirkung zu erzielen ist. Diese Schwerpunktbereiche sind grundsätzlich von politisch rahmensetzender Natur und dabei wird unser Hauptaugenmerk auf den Rückstandsbereich der griechischen Volkswirtschaft ausgerichtet. Denn er ist der Bereich, in dem jegliche entwicklungspolitischen Anstrengungen nur geringe Wirkung zeigen, weil der dafür erforderliche Rahmen in der Infrastruktur, den bürokratischen Institutionen, den Produktionsbedingungen und den Märkten weitgehend mangelhaft entwickelt ist.

An dieser Stelle sei noch einmal betont, dass zur nachhaltigen Beseitigung der ursächlichen Faktoren, die zum Fortbestand des uneinheitlichen und ungleichmäßig entwickelten Wirtschaftsraumes beitragen, seitens des griechischen Staates in dringlicher Weise eine adäquate organisatorische Plattform bzw. eine moderne und effektive Verwaltung entwickelt werden sollte (siehe Teil IV, Abschnitt 3.1). Erst sie wird es dem entwicklungsgestaltenden und -tragenden Staat ermöglichen, eine alle Sektoren, Regionen und Bevölkerungsgruppen gleichermaßen und ohne Diskriminierung erfassende und umfassende Entwicklungspolitik einzuleiten. Nur auf dieser Grundlage können entwicklungspolitische Instrumente ausgearbeitet, ausgebaut und gezielt eingesetzt werden. Es wäre nämlich sinnlos, eine Fülle von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu empfehlen, die niemals oder nur unvollständig an die gemeinten Empfänger dieser Mittel in den einzelnen Sektoren und Regionen herangetragen werden können.

### **3.2.1.3. Defizite der Marktwirtschaft in dualistischen Wirtschaftsstrukturen**

In einer dualistischen Volkswirtschaft kommen die marktwirtschaftlichen Kräfte überwiegend dem bereits entwickelten, modernen Bereich zur Wirkung, und zwar mit der Tendenz, die sektorale, regionale und soziale Auseinanderentwicklung weiter zu fördern. Im modernen Bereich findet dann eine wachsende Konzentration von Kapital, Arbeitskraft, technischem Fortschritt und Infrastruktureinrichtungen statt. Insgesamt bleibt also die Rede vom Markt- und Wettbewerbsmechanismus im rückständigen Wirtschaftsbereich weitgehend eine Leerformel, weil die Gütermärkte günstigenfalls obligopolitisch organisiert sind und die Produktions-, Absatz- und Finanzierungstätigkeiten unter dem Diktat der oligopolistischen Organisation der Marktstrukturen erfolgen. [vgl. Güth (1996), S. 119ff und Myrdal, (1974), S. 27].

In der dualistischen Situation kann also der Markt allein keine Abhilfe schaffen für [vgl. Kimenyi, (1991), S. 199ff und Stern (1989), S. 615ff]:

- eine Eingliederung der Produktionstätigkeit des Rückstandsbereiches in den nationalen Wirtschaftsrahmen,
- eine Erhöhung der intersektoralen und interregionalen Mobilität der Produktionsfaktoren und
- das Eintreten einer einheitlichen marktorientierten Faktorallokation, die zumindest die Tendenz des Ausgleichs der Entgelte für homogene ökonomische Tatbestände erzeugt.

Diese Defizite bzw. Fehlentwicklungen machen eine rahmensetzende Politik des Staates notwendig. Angesichts dieser Situation müssen sich die staatliche Rahmensetzung und der Markt gegenseitig ergänzen. Die Notwendigkeit der Präsenz des rahmensetzenden Staates in der Organisation und Förderung der Märkte wird umso deutlicher, je weniger diese Märkte entwickelt sind. Sie können sich nicht entfalten, weil dafür die Rahmenbedingungen unzureichend entwickelt sind [vgl. Richter (1994), S. 26ff]. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen bleiben weitgehend wirkungslos, weil die vorhandenen, rudimentären Märkte starre und gestörte Strukturen aufweisen.

Die Produzenten und Konsumenten des rückständigen Wirtschaftsbereiches sind grundsätzlich durch die mangelnde Fähigkeit gekennzeichnet, mit ihrem Angebot, ihrer Nachfrage, sowie Spar- und Investitionstätigkeit auf die materiellen Anreize (Einkommen) und Marktsignale (Preisrelationen, Preisbewegungen, Mengen und Qualitäten) zu reagieren, um das individuelle Nutzen- bzw. Gewinnniveau zu erhöhen. Die Reaktionsfähigkeit und -möglichkeit auf Anreize und Signale wird normalerweise für die Produktions-, Nachfrage-, Spar- und Investitionsentscheidungen erst dann von Interesse, wenn zumindest eine teilweise Marktintegration vorhanden ist.

In einer Situation jedoch in der beispielsweise die vorherrschenden kleinbäuerlichen Betriebe mit oder ohne Nebengewerbe hin und wieder einen mittelbaren Marktanschluss finden, könnte unterstellt werden, dass die Marktsignale auf das Produktionsverhalten einen Einfluss ausüben können, sofern infrastrukturelle Markteinrichtungen und die Produktionsbedingungen dies zulassen. Erst dann ist ein Wandel zur marktorientierten Produktion und Kommerzialisierung der Landwirtschaft und des Handwerks zu erwarten. In diesem Fall ist die marktorganisierende und marktfördernde Funktion des Staates, um die Defizite des Marktes auszugleichen, erforderlich.

Der Markt bewertet lediglich diejenigen Produktionsleistungen bzw. Faktorbeiträge, die tatsächlich dahin gelangen können. Der Markt kann nicht immer für eine optimal materielle Versorgung der Marktteilnehmer entsprechend ihren Leistungen sorgen. Dies gilt insbesondere für diejenigen Marktteilnehmer, die nur bedingt im Stande sind, bestimmte Produktionsleistungen im marktwirtschaftlichen Sinne zu erbringen und dann in Marktleistungen zu verwandeln.

Die Neigung der Marktteilnehmer zur Beschränkung bzw. zur Beseitigung des Wettbewerbs gefährdet die eigene Existenz der Märkte [vgl. Ahrns, H.J. u.a. (1990), S. 51ff]. Darüber hinaus kann der Markt seine Funktionen bei der Herstellung öffentlicher Güter bzw. bei der Beseitigung von negativen externen Effekten nicht erfüllen [vgl. Grosskettler (1989), S. 322ff]. Der Staat sollte daher durch ein rahmenpolitisches Handeln die weit auseinander stehende Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit des marktwirtschaftlichen Konzeptes in den dualistischen Volkswirtschaften schließen.

Damit die marktwirtschaftlichen Kräfte den rückständigen Bereich der dualistischen Wirtschaftsstruktur Griechenlands beeinflussen können, sollten, seitens der staatlichen Wirtschaftspolitik, folgende Voraussetzungen geschaffen werden:

- Erhöhung der Mobilität von Produktionsfaktoren,
- Verbreitung der arbeitsteiligen Geld- und Güterwirtschaft,
- Ausbau der allgemein volkswirtschaftlichen und speziell den Markt betreffenden Infrastrukturausstattung materieller, institutioneller und personaler Art, zum Zwecke der binnenwirtschaftlichen Integration,
- institutionelle Beseitigung der Faktoren, die die Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit der Märkte beeinträchtigen,

- Herausbildung von Institutionen, Regeln und Mechanismen zur Steuerung eines einheitlichen und umfassenden Wirtschaftsablaufes, welche insgesamt die Fähigkeit erzeugen, Markt- und Preismechanismen wirksam werden zu lassen.

Ausgehend von den bisherigen Darstellungen werden im Folgenden die daraus resultierenden Betätigungsfelder des griechischen Staates zur Organisierung und Förderung von Märkten vorgestellt.

### **3.2.2. Betätigungsfelder des griechischen Staates für eine angemessene Rahmenpolitik**

#### **3.2.2.1. Organisierung und Erweiterung der Marktstrukturen**

Der griechische Staat muss ein infrastrukturelles und institutionelles Rahmenwerk ausarbeiten und realisieren, das auf die Gestaltung einer angemessenen Produktions- und Marktverfassung, auf den Wettbewerb und auf die Diffusion von Innovationen ausgerichtet ist. Er hat zusätzlich dafür zu sorgen, dass sich ein ausreichendes einheimisches Unternehmerpotential herausbilden kann. Nur auf diese Weise ist die Funktion eines umfassenden und einheitlichen Marktmechanismus möglich, der alle Sektoren und Regionen der griechischen Volkswirtschaft in gleicher Weise erfasst und zur fortschreitenden Erweiterung des organisierten Binnenmarktes in Richtung auf den Rückstandsbereich beiträgt.

Die auf die Produktionsverfassung gerichtete Rahmenpolitik hat einerseits jene Maßnahmen zu umfassen, die eine Neugestaltung bzw. Neustrukturierung der Produktionsbedingungen im rückständigen Wirtschaftsbereich, z.B. Eigentums- und Betriebsgrößenreformen im landwirtschaftlichen Sektor, zum Ziel haben und andererseits die Maßnahmen, die die industrielle Produktion allmählich vom modernen auf den traditionellen Wirtschaftsbereich zu verlagern bzw. in dieser Richtung zu bewegen suchen. Hierzu gehören ebenfalls die institutionellen Vorkehrungen, wie z.B. Gründungsvorschriften für verschiedene Unternehmungsformen, die für die Entwicklung der Betriebsgrößen und für die Betriebsgrößenstruktur in der Wirtschaft von Bedeutung sind.

Die Regulierung der Arbeitsbedingungen (Arbeitsschutz, Arbeitszeit, arbeitsrechtliche Bestimmungen etc.), sowie die Erstellung von Befähigungsnachweisen für die Ausübung der wirtschaftlichen Tätigkeiten sowie für die Einführung von Bestimmungen über Qualitätsstandards, Qualitätskontrollen und Preisauszeichnungspflicht zählen ferner auch zu diesem Fragenkreis.

Der griechische Staat sollte in einem Konzept bestimmte Grundsätze für seine institutionelle Einwirkung auf die Marktpreisbildung auf den Güter- und Faktormärkten entwickeln, um

- die ständigen Verzerrungen in den Faktor- und Güterpreisrelationen zu vermeiden,
- für die privatwirtschaftlichen Dispositionen und Risiken eine gewisse Klarheit, Sicherheit und Berechenbarkeit zu schaffen und

- eine Allokation der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital und Boden nach den Marktkräften zu ermöglichen, so dass die Marktpreisbildung die natürlichen Knappheits- und Überschussverhältnisse in Rechnung stellen kann.

Auf diese Weise kann der Dualismus in Märkten fortschreitend abgebaut und das Effizienzniveau der volkswirtschaftlichen Faktorallokation erhöht werden [vgl. Güth (1996), S. 60ff und 204ff]. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise auch Subventionen denkbar um die Ausgleichs-, Signal- und Lenkungsfunktion der Marktpreise wirksam werden zu lassen.

Überdies müssen die internen "terms of trade" (Austauschrelationen) zwischen Landwirtschaft und Industrie zugunsten der Landwirtschaft beeinflusst werden. Damit könnte man einerseits die hohen Produktionskosten in der marktorientierten Landwirtschaft aufgrund der hohen Inputpreise industriellen Ursprungs senken und andererseits im Agrarsektor insgesamt eine Nachfrage nach industriellen und handwerklichen Produkten erzeugen. Dies ist für das Bemühen der Erweiterung des nationalen Binnenmarktes unabwendbar.

Eine marktfördernde Entwicklungspolitik Griechenlands kann womöglich nicht darauf verzichten, eine ausreichende Marktinfrastruktur einzurichten, die die Abwicklung des Marktvorganges vor allem im rückständigen Wirtschaftsbereich rationeller gestalten soll. Dies ist weiterhin nötig für die Verbesserung des bisherigen partiellen und fragmentarischen Informationsflusses zwischen den beiden Wirtschaftsbereichen sowie für den Abbau von marktmäßigen Rigiditäten und Unvollkommenheiten.

All diese Maßnahmen sollten darauf abgestellt sein, den rudimentären Marktansätzen im rückständigen Wirtschaftsbereich zur Entfaltung zu verhelfen und die Märkte mit entsprechenden Organisationen miteinander zu verbinden.

### **3.2.2.2. Förderung des Wettbewerbs auf den Märkten**

Der Wettbewerb sollte sowohl auf den bestehenden als auch auf den noch entstehenden Märkten gefördert werden. Dabei geht es nicht nur um die Sicherung des Wettbewerbs, sondern wie man ihn in vielen Wirtschaftsbereichen erst in Gang setzen und im Marktprozess wirksam werden lassen kann [vgl. Laaser (1997), S. 33ff und 54ff]. Der griechische Staat sollte die Bedingungen für den potentiellen und den effektiven Wettbewerb in vielen Bereichen herstellen, die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen und -beschränkungen beseitigen und schließlich einen funktionsfähigen Wettbewerb organisieren [vgl. Willms (1995), S. 393ff und Böhler (1993), S. 125ff].

Ein effektiver Wettbewerb kann sich nur dann entwickeln, wenn folgende wettbewerbspolitische Ausgangskonstellationen hergestellt werden können [vgl. Böhler (1993), S. 125ff, Ahrns u.a. (1990), S. 38ff und Kapsocavadis (1987), S. 116ff].

- Auf der Angebotsseite sollte zwischen den Produzenten ein Rivalitätsdruck stattfinden können. Dies ist aber erfahrungsgemäß nur zwischen den Anbietern mit weitgehend ähnlichen

Ausgangspositionen und gleichgerichteten Interessen möglich, die dann um Leistungs-  
differenzen miteinander in Konkurrenz treten können.

- Die Marktteilnehmer auf der Nachfrageseite müssen über Wahlmöglichkeiten zwischen  
Angebotsalternativen entsprechend ihrer Präferenzstruktur verfügen können. Aufgrund aber  
der voneinander isolierten und zudem oligopolistischen, Strukturen weist auch dieser Aspekt  
viele Mängel auf. Viele Märkte in Griechenland sind noch "Verkäufermärkte" und diese  
Tendenz wird zunehmend durch die unzureichende Grundlage des einheimischen  
Unternehmerpotentials, hinsichtlich seines dynamischen Agierens in Märkten und seiner  
regionalen und sektoralen Verbreitung, eher verstärkt.
- Sowohl die Anbieter als auch die Nachfrager müssen bereit und fähig sein, auf ökonomische  
Anreize und Marktsignale zu reagieren d.h. es sollte ein marktorientiertes Verhalten der  
Wirtschaftseinheiten vorhanden sein. Das ist aber oft aufgrund der bestehenden Markt-  
zutrittsbarrieren und des nur mittelbaren Marktkontaktes nur im Ansatz vorhanden.

Aus den vorher genannten Gründen ergeben sich für den griechischen Staat bestimmte  
Konsequenzen. Er hat in dieser Situation für offene Märkte im marktwirtschaftlichen Prozess zu  
sorgen und einen wettbewerblichen Marktprozess durchzusetzen. Dafür müssen die zum Teil von  
ihm selbst hervorgerufenen Marktzutrittsbarrieren abgebaut werden. In einigen Fällen muss  
auch die Gewerbefreiheit institutionalisiert werden, um Diskriminierungen abzuschaffen. Der  
griechische Staat sollte zusätzlich in institutionalisierter Form gegen die Prozesse der  
Wettbewerbsbeschränkung durch marktbeherrschende Unternehmen vorgehen, um die langfristig  
realisierbaren Monopolsituation etablierter Unternehmen zu verhindern bzw. zu unterbrechen.

Eine weitere Aufgabe des Staates besteht darin, gegen die Abschirmung von potentiellen  
nachahmenden Wettbewerbern ("Newcomers") durch die etablierten Unternehmen vorzugehen  
und auf diese Weise den Leistungswettbewerb zu fördern [vgl. Grossekketter (1989), S. 322ff]. In  
diesem Betätigungsfeld verdient die Förderung dynamischer Pionierunternehmer, die vor allem  
im rückständigen Wirtschaftsbereich Investitionen tätigen oder in ihren Investitions-  
entscheidungen eine Komplementärverflechtung zwischen modernen und traditionellen  
Wirtschaftsbereich herstellen, einer besonderen Beachtung. In diesem Zusammenhang wäre auch  
die Niederlassung des ausländischen Handels- und Industriekapitals im rückständigen  
Wirtschaftsbereich strategisch in Betracht zu ziehen.

Der Staat sollte darüber hinaus ein Konzept herausarbeiten, in dem festgelegt wird, mit welchen  
Anreiz- bzw. Drucksituationen Investitionen auf den rückständigen Bereich der Wirtschaft zu  
bewegen sind. Dabei sollte herausgestellt werden, welche Rolle die öffentlichen Wirtschafts-  
unternehmen, insbesondere im rückständigen Wirtschaftsbereich, übernehmen sollten. Einen  
möglichen Ausweg aus dieser Situation kann die genossenschaftliche Kooperation ebnen. Aber  
auch die schon existierenden Genossenschaften in Griechenland sind allein noch nicht stark  
genug und insofern unfähig, einen solchen Ausweg durch Organisierung von funktionierenden  
Märkten vorzubereiten. Es fehlen ihnen dazu meistens die finanziellen Mittel und die  
organisatorisch-technischen Kenntnisse, um Investitionen in Marktorganisationen vornehmen

und mit deren Hilfe als fähige Marktteilnehmer auftreten zu können. Anders ist die Belebung und Intensivierung des Wettbewerbs in den Beschaffungs-, Absatz- und Kreditmärkten des rückständigen Wirtschaftsbereiches nicht zu erreichen. Gerade hier muss sich der griechische Staat entwicklungspolitisch einsetzen und das marktwirtschaftliche Entwicklungskonzept durch die genossenschaftliche Kooperationsform erweitern. Dieser Problembereich wird jedoch Gegenstand eines eigenen Kapitels sein.

### **3.2.2.3. Infrastrukturelle Aufgaben des Staates zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus**

Zwischen dem Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft und deren infrastrukturellen Gegebenheiten bestehen sachliche Interdependenzen. Der Stand der Infrastruktur:

- hilft bei der Vereinigung stark ungleichmäßiger Wirtschaftsräume und Wirtschaftssektoren zu einem umfangreichen nationalen Ganzen und
- bestimmt über die einheitlichere Gestaltung der Allokation von volkswirtschaftlichen Ressourcen mit.

Diese beiden Hauptfunktionen der Infrastruktur sind für eine marktwirtschaftlich orientierte, d.h. marktfördernde Entwicklungspolitik von entscheidender Bedeutung. Gerade in der anfänglichen Phase eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses dürften die Infrastrukturinvestitionen eine Initialzündung in dem Wachstums- und Integrationsprozess der Volkswirtschaft auslösen.

Die sachlichen und politischen Probleme, die mit der Bereitstellung und Verteilung von Infrastrukturinvestitionen zusammenhängen, umfassen ein weites und vielschichtiges Diskussionsfeld. Wir werden dieses Problemfeld aus dem Blickfeld der speziellen Fragestellung dieser Arbeit behandeln. Im Folgenden wird uns hauptsächlich folgende Frage beschäftigen: Welche Auswirkungen können die Infrastrukturinvestitionen in der dualistischen Situation der Volkswirtschaft Griechenlands nach sich ziehen? Oder anders ausgedrückt: Welche wachstums-, und integrationspolitische Voraussetzungen erfüllen sie in der dualistischen Volkswirtschaft Griechenlands, um hieraus einen Durchbruch zu verwirklichen und zum allmählichen Abbau von wirtschaftlichen Dualismen beizutragen?

#### **3.2.2.3.1. Bereitstellung bzw. Unterhaltung einer volkswirtschaftlichen Infrastruktur**

Die Infrastrukturleistungen, deren Produktion und Unterhaltung vorwiegend Investitionen der öffentlichen Hand erfordern, sind als allgemeine Vorleistungen (Inputs) oder als allgemeiner Unterbau der Organisation für den Produktions-, Markt- und Versorgungsprozess anzusehen. Sie sind zwar eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Inangasetzung und die funktionsfähige Aufrechterhaltung einer marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft [vgl. Pfähler u.a. (1995), S. 72ff]. Die Ertragsfähigkeit der Investitionen hängt sehr eng mit diesen Vorleistungen zusammen, die sich bei unzureichender Ausstattung grundsätzlich als kritische Wachstums- und Integrationsschranken auswirken können. Die Infrastrukturleistungen können erst dann den Spielraum für die privatwirtschaftliche und staatliche Investitionstätigkeit auf der



Ebene der Produktion und des Marktes insgesamt vergrößern, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen:

- Sie müssen in einer Volkswirtschaft relativ gleichmäßig und kontinuierlich zugänglich sein und
- tatsächlich adäquate Einrichtungen für die Bedürfnisse der betreffenden Gebiete, Sektoren und Märkte darstellen [vgl. Ihde u.a. (1995), S. 519ff].

Sie können dadurch zumindest mittel- und langfristig die Eignung vermitteln, die vorhandenen, aber zerstreut bzw. brachliegenden Ressourcen auf das langfristige Gesamtziel der wirtschaftlichen Entwicklungspolitik (gleichmäßiges sektorales und regionales Wachstum, umfassendere einheitlichere intersektorale und interregionale Integration) wirksam zu organisieren und einzusetzen.

### **3.2.2.3.2. Definition und Zusammensetzung der Infrastruktur**

Der Begriff der Infrastruktur wurde erst in den 60er Jahren in der ökonomischen Literatur eingeführt und bis heute gibt es keine allgemein akzeptierte Definition. Im deutschsprachigen Raum findet allerdings die Definition von Jochimsen die breiteste Anerkennung. Unter der volkswirtschaftlichen Infrastruktur werden alle materiellen, institutionellen und personalen Einrichtungen und Gegebenheiten bezeichnet, die den Wirtschaftseinheiten zur Verfügung stehen und eine vollständige Integration und höchstmögliches Niveau der Wirtschaftstätigkeit, ermöglichen [vgl. Jochimsen (1966), S. 100]. Dieser weit gefasste Begriff bringt den komplementären Charakter verschiedener Infrastrukturbereiche in einer Volkswirtschaft deutlich zum Ausdruck.

Die materielle Infrastruktur, oder "social overhead capital" (SOC) im Sinne von Hirschman umfasst diejenigen Bereiche des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks, die als Anlageinvestitionen einen plausiblen Investitionscharakter besitzen und als Vorleistungen für die Wachstums- und Integrationsfähigkeit einer jeden Volkswirtschaft anzusehen sind. Hierzu zählen vor allem die Einrichtungen im Verkehrs-, Energie-, Erziehungs-, Kommunikations-, Gesundheits- und Verwaltungswesen sowie die Einrichtungen in den Marktorganisationen [vgl. Hirschmann (1967), S. 78ff.).

Die personelle Infrastruktur oder "human capital" umfasst mehrere Komponenten wie beispielsweise das allgemeine Bildungsniveau der Bevölkerung, den Ausbildungsstand der Erwerbsbevölkerung, den Anteil der Erwerbspersonen mit Spezialausbildung, die Arbeitsdisziplin und die Arbeitsmotivation der Menschen, die vorhandenen technischen und organisatorischen Fähigkeiten und Fortschritte, Forschungsaktivitäten sowie unternehmerische Eigenschaften usw. [vgl. Pfähler u.a. (1995), S. 75ff]. Alle diese und ähnliche Komponenten wirken zusammen und bestimmen über die Entwicklung des Niveaus und des Integrationsgrades der Wirtschaftstätigkeit in einer arbeitsteiligen Marktwirtschaft mit.

Die institutionelle Infrastruktur umfasst schließlich alle institutionalisierten Einrichtungen, Verfahrensweisen und die verhaltensregelnden Rechtsnormen einer gesetzten oder gewachsenen

Rechts- und Wirtschaftsordnung. Sie sind für die Koordination der einzelwirtschaftlichen Pläne von besonderer Bedeutung, weil sie den Rahmen abgeben, innerhalb dessen die Wirtschaftseinheiten eigene Wirtschaftspläne formulieren und in Zusammenarbeit mit anderen durchführen [vgl. Pfähler (1995), S. 75]. Die institutionelle Infrastruktur betrifft vor allem den optimalen Staatsaufbau. Darunter sind auch die institutionellen Reformen gemeint, die dazu beitragen, bestimmte Diskriminierungen oder Privilegien einiger Gruppen, Sektoren und Regionen vor der Gesetzgebung, der Entwicklungspolitik und vor der Verwaltungsbürokratie abzubauen.

Die Dreiteilung der volkswirtschaftlichen Infrastruktur kann durch die Heranziehung der Marktinfrastruktur weiter spezifiziert werden. Darunter verstehen wir die materiellen, personalen und institutionellen Einrichtungen und Gegebenheiten auf den Faktor- und Gütermärkten. Diese marktinfrastrukturellen Elemente schaffen praktisch das Gehäuse, in dem sich die Marktvorgänge abspielen. Die staatlichen Maßnahmen zur Marktförderung können erst mit ihrer Unterstützung gezielt eingesetzt werden. Die Marktinfrastruktur in Griechenland war überwiegend auf den organisierten Binnenmarkt im modernen Wirtschaftsbereich konzentriert. Deshalb sollte auch der rückständige Wirtschaftsbereich mit seiner Produktions- und Konsumtätigkeit zum Zwecke der Erweiterung des nationalen Binnenmarktes marktinfrastrukturell erschlossen werden.

### **3.2.2.3.3. Auswirkungen der Infrastrukturinvestitionen in einer Volkswirtschaft**

Der ökonomische Nutzen von Investitionen in den verschiedenen Infrastrukturbereichen wird für den gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozess in direkter- oder indirekterweise teils kurzfristig und teils erst mittel- und langfristig, wie bei den personalen Infrastrukturinvestitionen, erkennbar [vgl. Aschauer (1995), S. 85ff]. Obwohl die Auswirkungen nicht ohne weiteres auseinander zu halten bzw. zu identifizieren sind, können Induktions-, Einkommens- und Integrationsauswirkungen von Infrastrukturinvestitionen unterschieden werden.

Unter Induktionsauswirkungen sind diejenigen Effekte gemeint, die zu einer indirekten Erhöhung der ausgenutzten Produktionskapazität in einer Volkswirtschaft beitragen können. Sie sind etwa mit den Wachstumsimpulsen auf eine Stufe zu stellen, die im einzelwirtschaftlichen und im gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozess eine kapazitative Erhöhung bewirken. Dies wird vor allem von den materiellen Infrastrukturinvestitionen (Sozialkapitalinvestitionen) erwartet, sofern ihnen Erwerbsskapitalinvestitionen in der Volkswirtschaft folgen.

Die materielle Infrastruktur verbessert die Standortqualitäten im Raum und beeinflusst über die Senkung der Kosten die einzelwirtschaftlichen Produktions- und Präferenzfunktionen [vgl. Rietveld (1995) S. 103ff]. Die Investitionen im personalen Infrastrukturbereich rufen Auswirkungen auf den Umfang und das Qualitätsniveau des Produktionsfaktors "Arbeit" hervor, die wiederum positive Rückwirkungen auf die einzelwirtschaftlichen Produktionsfunktionen erzielen können. Sie können aber auch die Arbeitsteilung in der Wirtschaft durch berufliche Spezialisierung, die Innovationsbereitschaft und Innovationsfähigkeit aufgrund eines besseren

Wissensstandes, die persönliche Arbeitsmotivation, die Arbeitsdisziplin und schließlich die Mobilität der Arbeitskraft fördern. Auf diesem Wege ließe sich dann zwischen der personellen und der materiellen Infrastruktur eine Verbindung aufbauen.

Die institutionellen Infrastrukturinvestitionen tragen indessen zur Herausbildung eines institutionellen Rahmens zur Ausgestaltung von wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten bei. Dieser Rahmen bewirkt eine Rechtssicherheit und eine Berechenbarkeit von Normen, legalisiert und fördert das Erwerbsstreben nach Gesetzesmaßgabe und fügt die Gleichheits- und Freiheitsprinzipien in das Rechtsgefüge eines Landes ein. Dadurch kann eine initiierende Wirkung auf die Entfaltung von einzelwirtschaftlichen Dispositionen erwartet werden. Die Infrastrukturinvestitionen können mittels der Induktionswirkungen das Produktionspotential in Sektoren und Regionen einer Volkswirtschaft insgesamt erhöhen und somit einen wesentlichen Anteil am Sozialprodukt haben, wenn sie tatsächlich genutzt werden.

Die Einkommensauswirkungen entstehen teils unmittelbar durch die Investitionsausgaben und teils mittelbar durch die realisierbaren Kapazitätserhöhungen in der gesamten Volkswirtschaft und durch den Anschluss der Wirtschaftssubjekte als Anbieter oder Nachfrager an die Faktor- und Gütermärkte. Es sind also sog. monetäre externe Effekte, die durch den Marktmechanismus bedingt sind bzw. erst durch ihn zustande kommen oder wirksam werden. Die Einkommenswirksamkeit materieller Infrastrukturinvestitionen würde dann vor allem in der einzelwirtschaftlichen Kostensenkung sowie in der Erweiterung des nationalen Binnenmarktes aufgrund einer Erhöhung der Kaufkraft und Ersparnisbildung deutlich wahrnehmbar werden.

Die personellen Infrastrukturinvestitionen bewirken mittel- und langfristig u.a. eine bessere Einkommenserzielung aufgrund erhöhter Beschäftigungschancen, beruflicher Mobilität und erhöhten Produktivitätsniveaus der Arbeitskraft und einen sog. Konsumwerteffekt in der Einkommensverwendung aufgrund einer gesteigerten Bedürfnisbefriedigung.

#### **3.2.2.3.4. Staatliche Infrastrukturinvestitionen in den dualistischen Wirtschaften**

Die infrastrukturellen Einrichtungen und Gegebenheiten sind in Griechenland nicht gleichmäßig verteilt [vgl. Tsakalidis (1995), S. 213ff und European Union (1995), S. 129ff]. Die Infrastrukturinvestitionen konzentrieren sich vornehmlich auf die Ballungszentren des modernen Wirtschaftsbereiches. Dies erklärt auch teilweise den Dominanzeffekt dieser Regionen, während der rückständige Wirtschaftsbereich von dem interregionalen Güter- und Kommunikationsstrom sowie von der interregionalen und intersektoralen Fortschrittsdiffusion im Wesentlichen unberührt bleibt. Auf diese Weise gestaltet sich die regionale Absorption der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsimpulse ungleichmäßig, bzw. dualistisch. Sie sind ohnehin infolge der sektoral schwerpunktmäßigen und regional ungleichmäßigen Investitionen dualistisch. Die Entleerung weiter Landstriche, und zwar sowohl hinsichtlich der wirtschaftlichen Aktivitäten als auch hinsichtlich der sozialen Eingliederung der dort lebenden Menschen, verstärkt sich dann zunehmend. Dies ist der erste Punkt, der für unsere folgende Ausführungen festzuhalten ist.

Der Marktmechanismus allein kann die Allokations- und Koordinationsprobleme im Bereich der Infrastruktur kaum effizient lösen. Er versagt bei der Bewertung der Infrastrukturleistungen, weil sie Probleme hinsichtlich der Unteilbarkeiten, der langfristig erzielbaren Wirkungen und der mangelnden Rentabilitätsaspekte aufwerfen. Deswegen fließt in einer Volkswirtschaft ein beachtlicher Teil öffentlicher Mittel in die Infrastrukturprogramme, deren Produktion weder einen leicht feststellbaren noch einen völlig zu realisierenden Marktwert hat. Die Infrastrukturleistungen sind aus diesen Gründen eine wichtige Aufgabe des Staates.

Der politische Steuerungsmechanismus ist ebenfalls für die Koordinations- und Allokationsaufgaben im Infrastrukturbereich Griechenlands kaum relevant und realisierbar. Zwar könnte die Anwendung des politischen Steuerungsmechanismus mittel- und langfristig eine höhere Produktion und eine gleichmäßigere Verteilung von Infrastrukturleistungen gewähren als die zentralstaatliche Planung und Koordination, aber das gegenwärtige politische Problembewusstsein ist für dieses Anliegen unzureichend. Die meisten Infrastrukturleistungen werden in der Regel zugunsten der entwickelten Bereiche des Landes erstellt. Denn die Entscheidungen darüber, wo und wie viel für die Infrastruktur investiert werden soll, sind politische Fragen, die sich in der politischen Präferenzstruktur der Regierungen offenbaren. Zumal aber die Interessenlage des modernen Wirtschaftsbereiches bekanntlich gegenüber der des rückständigen Bereiches überwiegt und die Regierungspräferenz zur Durchsetzung seiner Interessen maßgeblich zu beeinflussen im Stande ist, wird letzterer in den meisten Fällen benachteiligt. Das ist der zweite Grund für die Produktion und Verteilung und Koordination von Infrastrukturinvestitionen in einer dualistischen Wirtschaft durch die öffentliche Hand.

Die erste Auslösung von Entwicklungsimpulsen und somit der Abbau der dualistischen Situation sind ohne eine ausreichende Infrastrukturausstattung in den Problemgebieten nicht realisierbar. Aufgrund der vorherigen Überlegungen stellt sich nunmehr die Frage, welche Gesichtspunkte in der politischen Gestaltung von Infrastrukturinvestitionen in griechischen Wirtschaften ausreichend Berücksichtigung finden sollten, damit eine auf die Überwindung von Dualismen ausgerichtete wirtschaftliche Entwicklungspolitik, wirksam zum Zuge kommt. Diese Politik würde dazu beitragen:

- die marginale Produktionstätigkeit in die Märkte einzugliedern,
- das Niveau und den Integrationsgrad der Wirtschaftstätigkeit in der gesamten Volkswirtschaft nachhaltig zu steigern und
- langfristig die regionalen und sektoralen Gegensätze im Entwicklungs- und Leistungsstand pauschal bzw. so weit wie möglich zu beseitigen.

### **3.2.2.3.5. Abstimmung von Infrastrukturinvestitionen**

Eine völlig gleichmäßige Infrastrukturausstattung in allen Wirtschaftsräumen eines Landes ist kaum realisierbar [vgl. Ihde u.a. (1995), S. 519ff]. Die Gestaltung der Infrastrukturleistungen sollte derart erfolgen, dass sich die Ballungszentren im modernen Wirtschaftsbereich nicht zu den einzigen zentralen Orten durch bevorzugte Versorgung mit Verkehrs-, Energie-,

Kommunikations- und Verwaltungsleistungen sowie mit den Einrichtungen und Gegebenheiten auf den Faktor- und Gütermärkten entwickeln oder solche bleiben.

Die Infrastrukturleistungen müssen vielmehr dazu beitragen, im rückständigen Wirtschaftsbereich marktwirtschaftlich orientierte Produktionssiedlungen entstehen zu lassen, die bestehende Lücke zwischen dem modernen und dem rückständigen Wirtschaftsbereich hinsichtlich der Anziehungskraft für die privatwirtschaftlichen Investitionen zu schließen und den im rückständigen Wirtschaftsbereich vorhandenen zurückgebliebenen Marktansätzen zur Entfaltung zu verhelfen, damit ein Ausbruch aus der Quasi-Stagnation gelingt. Auf diesem Wege wäre ein organisch wachsender Anschluss des rückständigen Wirtschaftsbereiches mit seinen Sektoren und Regionen in Richtung auf den modernen Bereich zu erwarten.

Zwischen den verschiedenen Infrastrukturbereichen ist hinsichtlich ihrer Gesamtwirkung auf den Wachstums- und Integrationsprozess einer sich entwickelnden Volkswirtschaft eine wechselseitige Interdependenz anzunehmen. Wenn zum einen dieser Aspekt erkannt wird und sich zum anderen herausstellt, dass die Investitionen in einem bestimmten Infrastrukturbereich (z.B. im Verkehrs- oder Energieversorgungswesen) in der Regel keine Wirkung auf die Entstehung anderer Infrastrukturbereiche (z.B. auf Bildungsinvestitionen) haben, dann ergeben sich einige Konsequenzen für den Staat hinsichtlich der Produktion und Priorität seiner Infrastrukturleistungen.

Der technisch-wirtschaftliche Ausgangspunkt bei der Herstellung der materiellen Infrastrukturleistungen sollte sachlich, zeitlich und räumlich durch Investitionen in der personellen und institutionellen Infrastruktur ergänzt werden. Das bedeutet, dass alle Infrastrukturbereiche in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander auf- und ausgebaut werden müssen. Dieser Gesichtspunkt ist bisher in der Wirtschaftspolitik Griechenlands vielfach zugunsten einer bevorzugten Produktion der materiellen Infrastruktur vernachlässigt worden. Man ist in dieser Frage vorwiegend davon ausgegangen, dass die materiellen Infrastrukturinvestitionen einen entscheidenden Multiplikatoreffekt durch ihren Induktionscharakter der Überkapazitäten auslösen würden. Die kritischen Knappheiten wurden vorwiegend in der materiellen Infrastruktur angesehen. Diese bildete dann den Schwerpunkt der wirtschaftlichen Entwicklungspläne und wurde auch entsprechend mit Vorzug finanziert. Die Bedeutung von anderen Infrastrukturbereichen für den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess, insbesondere die Bildungsinvestitionen und der institutionelle Aufbau eines entwicklungstragenden Staates, wurde trotz vielfacher verbaler Bekenntnisse häufig vernachlässigt.

Aus der wechselseitigen Beziehung der Infrastrukturbereiche untereinander ergibt sich auch die Notwendigkeit, dass die Infrastrukturprogramme und -projekte verschiedenster Art in sachlicher und zeitlicher Hinsicht horizontal und vertikal aufeinander abgestimmt werden müssen. Das kann man anhand eines Beispiels verdeutlichen. Die Boden- und Agrarreformen als eine Art institutionelle Infrastrukturmaßnahmen bringen wenig Nutzen, wenn nicht gleichzeitig und in ausreichendem Maße andere Infrastrukturbereiche, z.B. in diesem Falle die materielle und die personelle Infrastruktur, auch ausgebaut werden. Der horizontale und vertikale Ausbau von

Infrastrukturmaßnahmen sowie deren sachliche Abstimmung zueinander werden in der Tabelle 17 (s. nächste Seite) verdeutlicht.

Die Entscheidungen über die optimale Allokation von Infrastrukturinvestitionen müssen nicht nur den Aspekten des Wachstums, sondern zugleich auch den Fragen der Integration Rechnung tragen. Aus Integrationsgründen erscheint dann eine relativ gleichmäßige Bereitstellung der vorher genannten Infrastrukturbereiche innerhalb des rückständigen Wirtschaftsbereiches unvermeidlich.

		<b>Vertikale Abstimmung</b>	
<b>Horizontale Abstimmung</b>	<b>Materielle Infrastruktur</b>	1. Einrichtungen und Mittel in der Verkehrs-, Energie- und Wasserversorgung	2. Be- und Verarbeitungsstätten usw.
	<b>Personelle Infrastruktur</b>	1. Förderung des Ausbildungswesens in Fragen der landwirtschaftlichen Produktion und Vermarktung	2. Beratungsdienste
	<b>Markt-Infrastruktur</b>	1. Auf- und Ausbau von genossenschaftlichen Organisationen in der Produktion, Beschaffung, Vermarktung und Finanzierung	2. Marktinformations- und Beratungsdienste

**Tabelle 17:** Horizontale und vertikale Abstimmung der Infrastrukturinvestitionen am Beispiel einer Landreform.

### 3.2.2.3.6. Bevorzugung des rückständigen Wirtschaftsbereiches bei Infrastrukturinvestitionen

Natürlich sollte bei den infrastrukturpolitischen Entscheidungen auch die Frage berücksichtigt werden, ob dadurch eine angemessene Rollenverteilung zwischen der staatlichen Aktivität und der privaten Initiative zu erwarten ist. Dieses Kriterium darf jedoch nicht zum alleinigen Grundsatz der Entscheidungen erhoben werden, wie bislang öfters in Griechenland geschehen ist. Denn dies würde zu einer fortgesetzten Häufung der Infrastrukturinvestitionen im modernen Wirtschaftsbereich führen, indem die Privatinitiative verhältnismäßig lebhaft, risiko- und innovationsfreudig ist und damit die infrastrukturellen Vorteile wirksam auszunutzen versteht. Werden hier die Infrastrukturleistungen tatsächlich in Anspruch genommen und nutzbar gemacht, dann werden die zu finanzierenden Leerkosten schneller in Nutzkosten verwandelt als im rückständigen Wirtschaftsbereich, weil die Infrastrukturinvestitionen induzierte Wirkungen auf die Erwerbskapitalinvestitionen erzielen. Das Ergebnis ist, dass die Kosten stärker sinken als die Leistungen der bereitgestellten Infrastruktureinrichtungen.

Im rückständigen Wirtschaftsbereich ist das aber umgekehrt. Die Leerkosten können in diesem Bereich, wenn überhaupt, erst langfristig in Nutzkosten verwandelt werden. Diese Situation beeinflusst negativ die infrastrukturpolitischen Entscheidungen in Richtung auf dem rückständigen Wirtschaftsbereich. Für das wirtschaftliche Wachstum ist es zwar kurzfristig

sinnvoll, die verschiedenen Infrastrukturleistungen im entwickelten Bereich der Wirtschaft stets zu fördern und die Engpässe zu beseitigen, denn es treten dort im Zeitablauf möglicherweise auch reale Engpässe auf und/oder die Induktionswirkung der Infrastrukturleistungen läuft aus. Langfristig ist dies jedoch sehr konfliktreich, denn auf diese Weise werden die Entwicklungsunterschiede zwischen den Problemgebieten und Problemsektoren des rückständigen Wirtschaftsbereichs und dem wirtschaftlich sich entwickelnden modernen Bereich tendenziell vergrößert.

Wir haben aber schon angedeutet, dass die Entwicklungspolitik zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus immer eine langfristige Politik ist. Aus diesem Grund dürfen die wirtschaftspolitischen Maßnahmen innerhalb der infrastrukturpolitischen Aufgabengestaltung nicht nur dem Gebot sich kurzfristig aufdrängender, regional- und sektoralpolitischer Erwägungen oder vermeintlicher Sachzwänge folgen, sondern auch bewusst und systematisch der Notwendigkeit Rechnung tragen, langfristig einen relativ einheitlichen Wirtschaftsraum zu schaffen [vgl. Aschauer (1995), S. 89ff]. Dafür ist aber absolut notwendig, dass der Staat in allen Teilräumen des rückständigen Wirtschaftsbereiches ein Mindestmaß an infrastrukturellen Einrichtungen und Gegebenheiten im Wesentlichen gleichmäßig bereitstellen muss. Das ist die entscheidende Voraussetzung für die Eindämmung der dualistischen Entwicklung überhaupt. Diese unaufschiebbaren Infrastrukturinvestitionen sind vor allem in der verkehrsmäßigen und kommunikativen Erschließung der isolierten Teilräume, und in den staatlichen Verwaltungseinrichtungen zu tätigen, die den ersten Kontakt mit dem Zentralstaat vermitteln und deren entwicklungspolitisch relevante Probleme an den Staat herantragen. Die Komponenten der institutionellen und personellen Infrastruktur sind jedoch erst langfristig wirksam und sie können auch nur langfristig im Verbund mit den Komponenten der materiellen Infrastruktur zu einem einheitlichen und umfassenden Gefüge beitragen.

#### **3.2.2.3.7. Koordinierung und Bereitstellung der Infrastrukturleistungen**

Der Staat sollte stets versuchen, seine eigene Präsenz in der Infrastrukturpolitik allmählich abzubauen. Personelle, institutionelle und marktmäßige Infrastrukturleistungen sollen im Ablauf des Entwicklungsprozesses schrittweise von privatwirtschaftlichen Gruppen und Interessenverbänden übernommen werden. Das bedeutet, dass von Anfang an vom Staat eine Politik ausdrücklicher und konsequenter Privatisierung zu betreiben ist. Privatwirtschaftliche Gruppen sollen daher neben dem Staat und für den Staat entwickelt werden oder sich entfalten dürfen, damit sie als Träger auch einer Infrastrukturpolitik auftreten und diesbezügliche Probleme und Anliegen aus eigener Initiative an die Politiknähe herantragen können, anstatt nur darauf zu warten, dass der Staat die Probleme von sich aus aufgreift und löst. Der Sinn einer **marktwirtschaftlich orientierten Entwicklungspolitik** besteht gerade darin, dass der Staat zunächst einen infrastrukturellen Rahmen herstellt, innerhalb dessen sich die Betätigung der Privatwirtschaften entfalten kann. Demnach liegt auch die Infrastrukturausstattung nicht ausschließlich im Produktionsmonopol des Staates, sondern auch im Bereich des privatwirtschaftlichen Interesses.

Der griechische Staat muss sich viel mehr daran interessieren, die private Initiative zu ordnen und zu lenken als sie zu ersetzen. Auf diese Weise kann er entlastet werden, um sich dann leichter und effektiver anderen, wichtiger gewordenen Aufgaben widmen zu können. Dies ist im rückständigen Wirtschaftsbereich von dualistischen Wirtschaften eine mittel- und langfristig mögliche und zumutbare Alternative, die allerdings auch einen bestimmten Entwicklungsstand der privatwirtschaftlichen Entfaltung voraussetzt.

#### **3.2.2.4. Ansätze einer sektoralen und regionalen Rahmenpolitik zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus**

Zu den bisherigen Entwicklungsanstrengungen der meisten Länder mit dualistischen Wirtschaftsstrukturen kann man insgesamt feststellen, dass die Industrialisierung eine vorrangige Priorität eingenommen hat. Ein Kernproblem der Entwicklungspolitik und -planung bildet allerdings die Frage nach den inter- und intrasektoralen Prioritäten, die sowohl rahmen- wie strukturpolitisch herausgearbeitet werden müssen. Die praktische Politik dieser Ländern, zu denen auch Griechenland gehört, lief damit wiederholt in die Richtung einer unheilvollen Differenzierung zwischen Industrie und Landwirtschaft [vgl. Tsakalidis (1995), S. 98ff und Axt (1992), S. 19ff]. Das hat die ohnehin schon bestehenden dualistischen Strukturen in Sektoren und Wirtschaftsräumen verstärkt. Die Ursachen der Verstärkung von dualistischen Wirtschaftsstrukturen liegen deshalb auch in der Vernachlässigung des Agrarsektors gegenüber der Industrie und dem tertiären Sektor.

Während die Industrie innerhalb einer intensivierenden Industrialisierungspolitik im modernen Wirtschaftsbereich gefördert wurde, konnte die traditionelle Landwirtschaft nur in denkbar unzureichender Weise in diese Aufwärtsbewegung hineingezogen werden. Weite Teile des Agrarsektors blieben dann in Stagnation stecken und damit hat die industrielle Entwicklung, etwa nach dem Muster der ungleichgewichtigen Wachstumsstrategie, den Agrarsektor weitgehend nicht beeinflusst. Hauptgrund dieser Fehlentwicklung war, dass der Entstehung von Märkten für industrielle Erzeugnisse im rückständigen Agrarbereich eine nur untergeordnete Rolle beigemessen wurde. Die bisherigen Erfahrungen in vielen Ländern zeigen aber, dass die Industrialisierung sowie die Steigerung und Diversifikation der Agrarproduktion keine Alternativen, sondern zwei sich gegenseitig bedingende und tragende Vorgänge sind.

##### **3.2.2.4.1. Intersektorale Verflechtungen beim wirtschaftlichen Wachstum**

Das Wachstum des einen Sektors ist zwar eine notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung für das Wachstum eines anderen Sektors. Im komplexen Wachstumsprozess einer Volkswirtschaft erfüllen alle Sektoren ganz spezifische Funktionen. Die Produktions- und Einkommenssteigerung beispielsweise in der Landwirtschaft ist ohne den gleichzeitigen Auf- und Ausbau der verarbeitenden Industrie sowie ohne die Entstehung von neuen Märkten, die Einkommen und Kaufkraft erzeugen und damit zur weiteren Investitionstätigkeit führen, unvorstellbar. Es müssen sogar noch weitere Bedingungen erfüllt sein, wie die Schaffung von Vermarktungswegen und -einrichtungen sowie eine teilweise Veränderung der strukturellen



Produktionsbedingungen. Eine erforderliche und angemessene Politik zur Überwindung des sektoralen Dualismus Griechenlands sollte folgende zwei Ziele verfolgen:

- Auflösung nicht nur der intersektoralen, sondern zugleich auch der innersektoralen Dualismen in den einzelnen Produktionssektoren. Damit wird das Erscheinungsbild der einzelnen Sektoren einheitlicher.
- Beseitigung der Rückständigkeit der Landwirtschaft gegenüber der Industrie. Die Leistungskraft (Kapazität und Produktivität) der traditionellen Landwirtschaft muss durch zunehmende Investitionsfähigkeit erhöht werden. Im rückständigen Agrarsektor müssen zudem sichere Arbeitsplätze geschaffen und Einkommensquellen erschlossen werden. Durch die Investitionen in Marktorganisationen sollte eine intersektorale Verflechtung hergestellt werden, damit auch vor allem im rückständigen Wirtschaftsbereich eine Nachfrage nach industriellen Erzeugnissen entwickelt werden kann, die einzelnen Produktionssektoren gegenseitig ihre Leistungen in Anspruch nehmen können und schließlich der Binnenmarkt erweitert werden kann.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass gezielte Investitionen in Marktorganisationen durchgeführt werden müssen, damit Märkte entstehen, die fähig sind, Entwicklungsimpulse zu tragen und intersektorale Verflechtung herzustellen. Im Folgenden werden diese kurz umschriebenen Ziele mit rahmensetzenden, sektorspezifischen Aufgabeninhalten ausführlicher dargestellt.

Zumal zwischen der sektoralen und regionalen Wirtschaftspolitik, wie z.B. zwischen der Regionalpolitik und der Agrar- und Industrialisierungspolitik, diverse Berührungspunkte bestehen, werden insbesondere die Politikinhalt bezüglich der Industrialisierung in Verknüpfung mit regionalpolitischen Aspekten erörtert werden. Anschließend werden zwei weitere Aufgabenbereiche der Entwicklungspolitik angeschnitten, die beim Bemühen einer gleichmäßigen Entwicklung von Sektoren und Regionen innerhalb der griechischen Volkswirtschaft eine zumindest ausreichende Berücksichtigung finden müssen. Diese sind zum einen die Herausbildung und Förderung eines einheimischen Unternehmerpotentials und zum anderen die Förderung der intersektoralen und interregionalen Diffusion des technischen Fortschritts.

#### **3.2.2.4.2. Grundzüge einer angemessenen Industrialisierungspolitik unter regionalpolitischen Aspekten**

Die Art und die Zusammensetzung der Industrieprodukte sowie die dabei anzuwendende Produktionstechnik müssen mit Nachdruck am rückständigen Entwicklungsstand der landwirtschaftlichen Produktion, den Knappheitsverhältnissen beim Faktor Kapital und dem Überschussverhältnissen beim Faktor Arbeit Rechnung tragen. Dadurch wird es möglich, intersektorale und interregionale Dualismen fortschreitend abzubauen und aufnahmefähige, ausreichend versorgte intermediäre Märkte zu organisieren. In der gegenwärtigen Situation des rückständigen Wirtschaftsbereiches ist das erstrangige und dringliche Ziel, das Arbeitsplatz-

angebot zu erhöhen, sowie intensivere und umfangreichere Input-Output-Verhältnisse in und zwischen den Sektoren und Regionen herzustellen. Denn die Intensivierung der intersektoralen und interregionalen Verflechtung, die Einhebung des regionalen Entwicklungs- und Leistungsgefälles sowie die Beseitigung des ländlichen Entleerungseffektes sind die wichtigsten Probleme der dualistischen Wirtschaft Griechenlands, die es zu lösen gilt.

Als ein angemessener Lösungsansatz bietet sich die Verlagerung der staatlichen und privaten Investitionen in den rückständigen Wirtschaftsbereich an, die bisher schwerpunktmäßig in der Infrastruktur einschließlich Marktinfrastruktur des modernen Bereichs getätigt wurden. Die Infrastrukturinvestitionen müssen vor allem darauf gerichtet sein, die Transportkosten der Güter- und Informationsströme zu senken sowie die intersektorale und interregionale Faktormobilität zu erhöhen. Von diesem infrastruktur- (integrations-) und wachstumsorientierten Ansatz einer rahmensetzenden Regionalpolitik können Erfolge erwartet werden, wenn es dem Staat parallel gelingt, die Produktionsbedingungen und Branchenstrukturen im rückständigen Wirtschaftsbereich entsprechend zu beeinflussen, durch Organisierung von Märkten, die marginale Produktionstätigkeit zu mobilisieren und diese zunehmend in das lokale und regionale Wirtschaftsgefüge einzugliedern. Für dieses Vorhaben bieten sich die Genossenschaften als ein entwicklungspolitisches Instrument an, auf die wir im letzten Kapitel dieses Abschnitts ausführlich eingehen werden.

Die regionalen Entwicklungstendenzen sind nicht nur von den regionalen Besonderheiten, sondern gleichzeitig auch von überregionalen Triebkräften abhängig. Die Herbeiführung einer funktionsfähigen Struktur dezentralisierter Entwicklung in einem Staatsraum ist deshalb nur durch eine ausreichende intersektorale und interregionale Verknüpfung möglich [vgl. Ahrns u.a. (1990), S. 129f, Ziegler (1995), S. 11ff, Simon u.a. (1993), S. 9ff und Gornig u.a., (1996), S. 54ff].

Dieser generelle Ansatz sollte allerdings für eine konkrete Anwendung noch verfeinert werden. Die Erwerbskapazitätsinvestitionen sollen eine ausreichende komplementäre Beziehung zwischen den Wirtschaftseinheiten mit ihrer Produktion und Nachfrage im modernen und im rückständigen Wirtschaftsbereich herstellen können. Das hätte für die interregionalen Wachstumsimpulse eine regulative Auswirkung. Von der zunehmenden Interdependenz einzelwirtschaftlicher Produktionsfunktionen könnte daher die Induzierung einer räumlichen Ausdehnung von Wachstumsimpulsen erwartet werden.

Diese Verflechtung ließe sich auf zwei Wegen realisieren, nämlich durch die Rückwärtskopplung (backward-linkages) und durch die Vorwärtskopplung (forward-linkages) der Produktionstätigkeit im modernen Wirtschaftsbereich mit der Produktionstätigkeit im rückständigen Bereich. Die Rückwärtskopplung beispielsweise durch Käufe bei den Lieferanten, könnte die Herausbildung von vorgelagerten bzw. (Zulieferer-)Betrieben insbesondere in Landwirtschaft und Handwerk des rückständigen Wirtschaftsbereiches begünstigen. Die Vorwärtskopplung beispielsweise durch Verkäufe an nachgelagerte Wirtschaftszweige, könnte dann die Anschlussindustrien im rückständigen Wirtschaftsbereich fördern. Insgesamt kann von diesen

Verknüpfungen eine Nivellierung des intersektoralen und interregionalen Entwicklungsgefälles sowie eine Fortschrittsdiffusion im rückständigen Wirtschaftsbereich Griechenlands erwartet werden. Voraussetzung dafür wäre allerdings, dass aufnahmefähige Märkte vorhanden sind, die die Wachstumsimpulse und Innovationen auffangen und tragen können.

Die Herausbildung von dezentralisierten industriellen Produktionsstandorten im rückständigen Wirtschaftsbereich und die Entwicklung von intermediären Entwicklungsachsen zwischen den beiden Bereichen der dualistischen Wirtschaft Griechenlands, die zur interregionalen Funktionsteilung und Funktionskombination beitragen sollen, ist auch damit verknüpft, wie man eine Kapitalbewegung für private Investitionen im rückständigen Wirtschaftsbereich auslösen kann. Gerade hierin liegt die entscheidende Nahtstelle, insbesondere in der ländlichen Industrialisierung.

Ein negatives Beispiel dafür bieten die südlichen Regionen Italiens. Von den klassischen Fehlern und von den Erfahrungen der italienischen Südpolitik könnten andere Länder viel lernen [Fraenkel (1991), S. 105ff]. Die italienischen Regierungen planten zunächst, im rückständigen Süden des Landes eine materielle Infrastruktur bereitzustellen und die Großunternehmen des Nordens unter Einsatz von Investitionsanreizen zu Investitionen im Süden zu bewegen. Diese Großunternehmen würden anschließend dort die Rolle von Leit- und Pilotbetrieben für Zulieferer und Abnehmer übernehmen. Diese Anreize blieben jedoch ohne die erhoffte Wirkung [vgl. European Union (1995), S. 105ff und 109ff und Weick (1987), S. 32ff].

Die Fehler der Entwicklungskonzeption für den italienischen Süden resultieren allerdings nicht aus dem Mangel der finanziellen Förderungsmittel. Der Süden hat erhebliche Summen der zentralen "Südkasse" bekommen, ohne einen nachhaltigen Anschluss an den Norden zu realisieren. Die Wirtschaftsförderung des Südens und die private Initiative wurden von dem zentralen, bürokratischen Apparat der Planung und der Finanzierung praktisch verhindert. Die Korruption behinderte jede rationale Planung und Durchführung der gestellten Aufgaben. Die Gewerkschaften schließlich orientierten sich bei ihren Lohn- und Sozialleistungsforderungen auch im Süden an den Maßstäben des Nordens (z.B. an dem hohen Produktivitätsstand) und trugen ihrerseits letztlich zum Fortbestehen der unzureichenden Investitionsneigung mit arbeitsintensiven Produktionstechniken bei.

Als die Erfolge in der privaten Investitions- und Produktionstätigkeit im italienischen Süden weitgehend ausblieben, wurde das Förderungskonzept durch die Einbeziehung von öffentlichen Wirtschaftsunternehmen in die Südpolitik erweitert. Die gigantischen Demonstrationsprojekte, deren Aufbau in bevorzugter Weise gefördert wurde, blieben im Raum offenbar als Fremdkörper, die keine spürbaren beschäftigungspolitischen Effekte erzeugen und keine räumlichen Entwicklungspole herausbilden konnten. Schließlich lagen sie dem Staat zur Last. Die Förderung einer dezentralisierten Industrialisierung durch die Ansiedlung von mittleren und kleinen Betrieben wurde dabei völlig vernachlässigt.

Die Förderungspolitik in vielen anderen Ländern ist grundsätzlich auch an jenen Faktoren gescheitert, die vorstehend für die italienische Südpolitik verantwortlich waren, auch wenn die

Dimensionen der ungleichmäßigen Entwicklung noch größer waren als in Italien. Damit ergibt sich für die griechische Wirtschaftspolitik die Notwendigkeit eines Umdenkens hinsichtlich der Förderung der Produktionstätigkeit im rückständigen Wirtschaftsbereich und deren Integration in das nationale Wirtschaftsgeschehen.

Diesbezüglich bietet als ein angemessener Ansatz an, dass der Staat mit Nachdruck in ländlichen Gebieten die Gründung und die Marktverflechtung kleiner und mittlerer Betriebe mit arbeitsintensiven Produktionstechniken fördern und zur Entfaltung eines gewerblichen Mittelstandes beitragen soll. Die Verbesserung der industriellen Standortbedingungen durch die Infrastrukturinvestitionen im rückständigen Wirtschaftsbereich kann als Einzelmaßnahme keine genügende Attraktivität für die privaten Investitionen bieten. Sie ist sicherlich notwendig, aber unzureichend für die Entscheidung der Investoren, einen Teil der Industrieproduktion in den rückständigen Wirtschaftsbereich zu verlagern und dort eine arbeitsintensive Produktionstechnik mit günstigen beschäftigungspolitischen Effekten anzuwenden.

Neben den finanziellen Investitionsanreizen, einschließlich einer speziellen Kreditpolitik, ist vor allem auch eine regionale Lohndifferenzierung erforderlich, die die Überschussverhältnisse beim Faktor Arbeit sowie das regionale Produktivitätsgefälle ausreichend reflektieren kann. Denn die Lohnkosten stellen bei der arbeitsintensiven Produktion einen sehr bedeutenden Kostenfaktor dar. Für die arbeitsintensiven Industriebetriebe im modernen Wirtschaftsbereich wird dann, bei mangelnder regionaler Lohndifferenzierung, wenig Anreiz dafür bestehen, in den rückständigen Wirtschaftsbereich auszuweichen.

Wenn die Löhne innerhalb zentraler Tarifverträge für das gesamte Staatsgebiet einheitlich festgesetzt oder durch staatliche Lohnfestsetzung (Mindestlöhne) geregelt werden, ohne die Faktorausstattung und das Produktivitätsgefälle zwischen den Regionen zu berücksichtigen, dann kann diese gewerkschaftliche oder staatliche Lohnpolitik als ein ernsthaftes Hindernis für die Industrialisierung des rückständigen Wirtschaftsbereiches gewertet werden. Sie steht den gesamtökonomischen Notwendigkeiten und Erfordernissen im Weg und demonstriert lediglich die politische Macht des Staates oder der Gewerkschaften in der Lohnpolitik.

Deshalb müsste die gewerkschaftliche und staatliche Lohnpolitik in Griechenland angesichts der dualistischen Wirtschaftsstruktur weniger lohn- und mehr arbeitsplatzorientiert werden. Die Unternehmen müssten aber dann bei ihrer Investitionspolitik für eine Zunahme der Beschäftigtenzahl anstatt der Erhöhung der Produktivität der bereits beschäftigten Arbeiter sorgen. Sie sollten mit anderen Worten mehr den Zusatzinvestitionen einen Vorsprung einräumen als den Rationalisierungsinvestitionen. Der griechische Staat sollte sie unter Einsatz von ökonomischen Anreizen und Drucksituationen dazu bewegen, damit diese Investitionen für die Unternehmen auch wirtschaftlich vertretbar sind.

### **3.2.2.5. Die Rolle der privaten Unternehmer bei der Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus in Griechenland**

Der Entwicklungsprozess in einer freien Marktwirtschaft wird zum wesentlichen Teil von Unternehmern gestaltet bzw. getragen. Eine erfolgreiche gesamtwirtschaftliche Entwicklung

hängt infolgedessen wesentlich davon ab, wie viel Unternehmerpersönlichkeiten in einer Volkswirtschaft vorhanden sind und ob diese sich in Positionen entwickeln können, in denen sie sich zu entfalten vermögen [vgl. Richter (1994), S. 33ff]. Die Person des Unternehmers ist stets die zentrale Schlüsselfigur jeglicher Wirtschaftsentwicklung. Ihre Anzahl, Verhaltensweisen sowie ihre sektorale und regionale Verbreitung ist deshalb für die wettbewerbsmäßige Gestaltung des marktwirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, für die Verbreitung des technischen Fortschrittes, sowie für die Erweiterung insbesondere der Binnenmärkte zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus von entscheidender Bedeutung.

Obwohl es in Griechenland kein Mangel an innovationsbereiten und risikofreudigen Unternehmern gibt, wird ihre Entwicklung und Entfaltung behindert. Die Behinderungen kommen teils von Seiten traditioneller Institutionen, teils durch vom Staat neu geschaffene interventionistische Institutionen. Auf diese Weise steht ihnen zu wenig Freiheitsspielraum zur Verfügung, um sich erfolgreich entfalten zu können. Hinzu kommt, dass deren Wissen und Ausbildungsstand meist nicht den Erfordernissen der modernen Betriebswirtschaft entspricht.

Unternehmerpersönlichkeiten sind nicht nur im industriellen, sondern insbesondere auch im landwirtschaftlichen Sektor erforderlich. Letzterer benötigt vor allem diejenigen Investoren, die das Risiko einer langfristigen Kapitalbindung einzugehen bereit sind, anstatt - und das ist typisch für Griechenland - das Kapital kurzfristig-spekulativ im Tertiärsektor, insbesondere im Handel, zu binden. Man könnte zwar das Unternehmerpotential im Handelssektor durch einen Transformationsprozess für die Industrie- und Agrarinvestitionen gewinnen. Diesem Prozess würden allerdings die Leistungsmotivation, die soziale Herkunft, die soziale Gruppenzugehörigkeit und das innovatorische bzw. imitatorische Verhalten der Unternehmer entgegenstehen.

Die Einstellung zu den wirtschaftlichen Problemen schlechthin sowie das Bedürfnis und der Wunsch nach dem Wandel oder nach der Ausweitung des unternehmerischen Tätigkeitsfeldes hängen nämlich nicht nur mit ökonomischen Faktoren zusammen, wie z.B. Produktionsfaktor Kapital, das Wissen über neue Kombinationen der Produktionsfaktoren, Konkurrenzdruck. Hinzu kommen auch nichtökonomische Gegebenheiten in einem Sozialgefüge wie z.B. Wertvorstellungen über unternehmerische Aktivitäten sowie das Bedürfnis nach Leistung.

Die Entstehung von industriellen, handwerklichen und landwirtschaftlichen Unternehmen könnte durch eine gezielte Förderung der Mittelschichten in städtischen und ländlichen Gebieten unterstützt werden. Durch einschneidende Strukturreformen im Agrarsektor, durch den Auf- und Ausbau des beruflichen Ausbildungswesens sowie durch den Einsatz entsprechender Anreize müssen vor allem die traditionellen Bindungen und die institutionellen Mängel überwunden werden. Damit würde dann insbesondere die Leistungsmotivation der potentiellen unternehmerischen Kräfte, vor allem im rückständigen Wirtschaftsbereich erhöht werden. Weitere erforderliche Maßnahmen in dieser Richtung wären die Förderung des Wettbewerbs und die Umwälzung der bestehenden Produktions- und Marktstrukturen, um den Mangel an Eigeninitiative, Leistungsantrieb und an Risikobereitschaft abzubauen.

Ein Beispiel für ein zukunftssträchtiges Betätigungsfeld für private unternehmerische Initiativen im Bereich der Landwirtschaft wäre der ökologische bzw. biologische Landbau. Nach übereinstimmender Meinung von Fachleuten wird in Zukunft die Nachfrage nach ökologischen bzw. chemisch unbelasteten landwirtschaftlichen Produkten weiter steigen. Das ist vor allem auf das gestiegene Bewusstsein der Konsumenten in Bezug auf Umwelt und Gesundheit zurückzuführen, die bereit sind dafür auch relativ höhere Preise als bei herkömmlichen Produkten in Kauf zu nehmen. Die Forderungen nach ökologischen Reformen werden im Bereich der Landwirtschaft heute schon in einigen Ländern (z. B. in Deutschland) vom biologischen Landbau realisiert [vgl. Kuhlmann (1991), S. 39ff und Koepf u.a. (1996), S. 16ff].

Obwohl für Griechenland angesichts der vorhandenen strukturellen Probleme im Bereich der Landwirtschaft (vgl. dazu Abschnitt 3.1) der ökologische Landbau eine ideale Voraussetzung für private unternehmerische Aktivitäten bietet, fand dieser bisher vom Staat nur geringe Unterstützung. Die klimatischen Bedingungen sind dafür auch sehr günstig. Ein solcher Anbau kann vor allem in den wenig umweltbelasteten Berg- und Inselregionen realisiert werden. Bisher wird nur ein ganz geringer Teil der gesamten landwirtschaftlich verfügbaren Fläche des Landes (1,41%) für den biologischen Anbau genutzt [vgl. [http://reports.eea.europa.eu/state\\_of\\_environment\\_report\\_2005\\_1/en/soer\\_files/EL-countryprofile.pdf](http://reports.eea.europa.eu/state_of_environment_report_2005_1/en/soer_files/EL-countryprofile.pdf)].

Biologisch-landwirtschaftliche Produkte unterliegen strengsten staatlichen Kontrollen, bieten sehr hohe Qualität und sind nicht nur innerhalb des Landes sondern vor allem auch innerhalb der europäischen Union sehr gefragt. Initiativen in diesem Bereich können bestimmte Entwicklungen auch in anderen Bereichen begünstigen wie beispielsweise die Gründung von Genossenschaften für die Verarbeitung, Lagerung und Vermarktung dieser Produkte oder die Fleischerzeugung aus Tieren, die in diesem Produktionssystem eingeschlossen ist [vgl. Lambardt-Mitschke (1993), S. 15ff].

#### **3.2.2.5.1. Die Hindernisse für private langfristige Kapitalinvestitionen**

Das Unternehmertum in Griechenland ist vor allem auf den modernen Wirtschaftsbereich konzentriert [vgl. Dede (1993), S. 45ff]. Dies gilt insbesondere für das bestehende Händlerpotential, dessen charakteristische Eigenschaft die Abneigung gegenüber langfristigen Kapitalinvestitionen ist. Im Folgenden werden die Gründe dafür analysiert und Lösungsvorschläge unterbreitet.

Eine kurzfristige Kapitalbindung ist im Handel mit geringen Risiken und erheblichen Gewinnchancen verbunden. Die staatlichen Verordnungen, strukturelle Marktzutrittsbarrieren usw., die in dem privatwirtschaftlich-industriellen Bereich bestehen, zwingen die Investoren oft, sich im Handelssektor zu engagieren, der vorwiegend auf den Binnenmarkt ausgerichtet ist. Wenn es solchen Händlern sogar gelingt, durch langfristige Bindung von Lieferanten oder Kunden für sich Monopolsituationen zu schaffen, garantieren diese ihnen dann zwar höchste Gewinne, behindern aber Wachstum und wirtschaftliche Integration und damit auch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Der Eintritt von neuen Unternehmen in solchen Monopol-

bereichen ist ohne staatliche Einwirkung unmöglich. Der griechische Staat sollte daher die Etablierung von neuen Unternehmen in solchen Bereichen vor allem durch Wettbewerbskontrolle fördern. Sie würde wirksam dazu beitragen, dass Unternehmer sich nicht nur im Handel, sondern auch in der industriellen, agrarischen und handwerklichen Produktion betätigen.

Einen weiteren Anreiz für spekulative Geschäfte, insbesondere bei Immobilien und mit ausländischen Währungen, bot die relativ hohe Inflationsrate (in den 80er Jahren um die 20% [vgl. *The greek economy in figures* (1992), S. 227]). Das private Kapital wurde unterdessen vielfach in Form von leicht mobilisierbaren und liquidierbaren Vermögensgegenständen gehalten und leicht vermehrt. Es erscheint deshalb notwendig, dass der griechische Staat sich in seiner Wirtschaftspolitik um mehr Stabilität bewirbt. Denn nur dann wird das private Kapital von den raschen Spekulationsgewinnen in produktive Wirtschaftsbereiche umgelenkt. Erste Schritte in diese Richtung sind bereits im Rahmen der Stabilitätskriterien von Maastricht und mit der Einführung der gemeinsamen europäischen Währung Euro vollzogen. Die jährliche Inflationsrate liegt z. Z. bei etwa 3,5% [vgl. Papadimitriou (1997), S. D-13 und Nationales Statistisches Amt Griechenlands, *Statistische Monatsberichte* 2006].

Weitere Hindernisse bei der Betätigung von Unternehmern im agrarischen und im industriellen Wirtschaftssektor sind bei wirtschaftlichen Engpassfaktoren zu suchen. Solche Faktoren sind:

- die unzureichenden Finanzierungsmöglichkeiten unternehmerischer Initiativen,
- das mangelnde Potential an ausgebildeten Arbeitskräften im Allgemeinen,
- die geringen Absatzchancen der Produkte infolge des relativ kleinen Binnenmarktes und schließlich
- die unzureichenden Informationen über industrielle Technologie, Planung, Marktorganisationen usw.

Dadurch wird insbesondere die Mobilisierung industrieller Unternehmer für mittlere und kleinere Betriebsstrukturen behindert. In diesem Fall ist ein Eingreifen des Staates erforderlich, indem er den Aufbau von Marktorganisationen und die Entwicklung von Absatzwegen unterstützt. Soweit dazu auch die Entwicklung der Infrastruktur erforderlich ist, sollte sie bereitgestellt werden. Dazu kommen noch die Vermittlung und Verbreiterung des Wissens über den speziellen organisatorischen Aufbau, insbesondere von Genossenschaften, die einerseits die Selbständigkeit kleinerer Existenzen erhalten und andererseits die Vorteile großbetrieblicher Produktion und deren Finanzierung ermöglichen.

Ein weiterer Grund, dass der rückständige Wirtschaftsbereich keinen ausreichenden marktwirtschaftlichen Anschluss an den modernen Bereich finden kann, liegt in der notorischen Immobilität der Quasi-Unternehmer im traditionellen Bereich (Großgrundbesitzer, Geldverleiher, ländliche Großhändler). Das wirksamste Gegenmittel wäre auch in diesem Fall der Aufbau konkurrierender Unternehmen. Er kann meistens nur durch staatliche Förderung entsprechender Genossenschaften möglich sein, z.B. von Kreditgenossenschaften, Absatz- und Bezugsgenossenschaften. Mit ihrem Erfolg könnten diese ihrerseits dazu beitragen, dass geeignete Unternehmer-

persönlichkeiten entstehen, die sich anschließend auch auf privater Basis durchsetzen und entfalten werden.

Das Unternehmerpotential allgemein zu erhöhen und die vorhandenen Unternehmer zu einer Investitionstätigkeit auch in den marginalen Sektoren und Regionen des Landes zu bewegen, stellt eine besondere Herausforderung für den griechischen Staat. Diesbezügliche Anstrengungen und Maßnahmen sollten allerdings in einem lückenlosen Konzept über eine mögliche Unternehmerpolitik herausgearbeitet und zusammengefasst werden. Es sollen vor allem die landesspezifischen Eigenschaften sowie die finanziellen Möglichkeiten des Staates ausreichend berücksichtigt werden.

#### **3.2.2.5.2. Der Beitrag privatwirtschaftlicher Initiativen zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus**

Es wurde schon an einer anderen Stelle betont, dass ein unzureichendes Unternehmerpotential in einem Land mit dualistischen Wirtschaftsstrukturen noch kein Grund ist, den Staat zu veranlassen, verstärkt Staatsunternehmen zu gründen und diese zum wesentlichen Träger der Produktionstätigkeit zu erheben. Wie es Beispiele in verschiedenen Ländern schon gezeigt haben, würde dieses Vorhaben auf eine zentralstaatliche Entwicklungsplanung mit imperativem Charakter hinauslaufen. Dem Staatsapparat würden dann die Bereitschaft und die besondere Fähigkeit zur initiierenden und innovativen Tätigkeit unterstellt. Diese Annahme, die zwar populär und weit verbreitet ist, ist dennoch völlig unbegründet und widersprüchlich. Sie wird in keinem Land durch irgendeine Erfahrung gedeckt, sondern ist im Gegenteil eine völlig unrealistische Unterstellung [vgl. Leipold, (1991), S. 163ff].

Derartige Probleme bzw. Fehlerwartungen hatten wir teilweise bereits im Abschnitt über die staatliche Verwaltungsorganisation angedeutet. An dieser Stelle wollen wir es noch einmal betonen, um die Bedeutung des privaten Unternehmertums innerhalb des wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses zu unterstreichen: Nicht nur private sondern auch staatliche Wirtschaftsorganisationen sind genau so auf initiative und risikobereite Unternehmerpersönlichkeiten angewiesen. Letztere haben es allerdings ungleich schwerer, diese zu selektieren und zu fördern. Die sozialistischen Planwirtschaften waren geradezu ein deutliches Beispiel für solche Schwierigkeiten. Deshalb sollte man vom Staat verlangen, dass er innerhalb seiner rahmenpolitischen Konzeption zum Aufbau eines funktionierenden Markt- und Wettbewerbsmechanismus die Rolle des privatwirtschaftlichen Sektors fördert. Dieser Sachverhalt sollte die Grundlage für eine zu entwickelnde Unternehmerpolitik zur Herausbildung eines ausreichenden einheimischen Unternehmerpotentials bilden. Die privaten Unternehmer können vor allem im Folgenden Bereichen einen entscheidenden Beitrag leisten:

- **Förderung der Kapitalbildung, des Wettbewerbs und der Fortschrittsausbreitung:**  
damit würden die institutionellen, strukturellen und funktionalen Unzulänglichkeiten in der Produktions- und Marktsphäre überwunden;
- **Erweiterung der Märkte:**



d.h. Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen in und zwischen den gespaltenen bzw. isolierten Regionen, Sektoren und Märkten. Sie können dadurch den traditionell-rückständigen Bereich der Volkswirtschaft, der sich durch die marginalen Sektoren und Bevölkerungsteile sowie durch die rudimentär entwickelten Arbeits-, Kapital- und Produktmärkten auszeichnet, in den entwickelten modernen Bereich hinein bewegen. Private Unternehmer könnten die Märkte erweitern, indem sie Einkommensquellen schaffen, neue Märkte erschließen, die bisher unbekannte Güter und Leistungen auf die Märkte bringen, neue technische, kommerzielle und organisatorische Kombinationen durchsetzen, der Diffusion von Technologie und Marktinformationen zum Durchbruch verhelfen.

- **Verwertung natürlicher Ressourcen und Bereitstellung von Produktionsfaktoren:**  
z.B. Kapital, dispositive Arbeitsleistung, Grund und Boden usw. und schließlich
- **Umwandlung der traditionellen Wirtschaftsstruktur in marktorientierte Strukturen.**

Aus dem Blickfeld des betreffenden Landes ist der Unternehmer innovativ tätig und aus der Sicht anderer Länder imitierend, wenn er die in bestimmten Volkswirtschaften (z.B. Deutschland, Frankreich, USA) bekannten Verfahren, Produkte und Organisationsformen übernimmt und in seinem Land einführt. Das innovative und imitatorische Handeln ist gewissermaßen nicht immer exakt zu trennen, denn es ist nicht auszuschließen, dass mit Imitationen auch bestimmte landesbezogene Veränderungen durchgeführt werden [vgl. Schnaars (1995), S. 11ff].

Der in Griechenland imitierende Unternehmer kann daher sozusagen als Sekundärinnovator bezeichnet werden, indem er bei sich im Lande imitativ die Bereitschaft und Fähigkeit demonstriert, Risiken und Chancen in der Produktion, der Technik, der Organisation und in Märkten übernimmt und zugleich die importierte Imitation innovativ den heimischen Gegebenheiten und Voraussetzungen anpasst. Der innovatorische Unternehmer von Schumpeter erhält damit eine neue Prägung [vgl. Schumpeter, (1964), S. 88ff].

Eine entwicklungspolitische Bedeutung könnte in Griechenland nicht nur der Sekundärinnovator haben, sondern auch jene Unternehmer, die mitziehen oder mit einem *timelag* reagieren, d.h. imitieren, um die monopolistische Position des Sekundärinnovators zu gefährden und auf diese Weise die Wettbewerbsintensität zu erhöhen. Denn der volkswirtschaftliche Produktionsprozess und dessen Wandel wird durch neue Produktionsverfahren und neue Produkte verändert und abgeleitet [vgl. Kurz, (1989), S. 9ff]. Das kann aber nur dann stattfinden, wenn sich der Vorstoß von innovativen Unternehmern durch eine genügende Anzahl imitierender Unternehmer weiter verbreitet.

Eine wirksame Imitationskonkurrenz zwischen den Unternehmen tritt insbesondere dann ein, wenn mehrere Unternehmer imitierende Schritte durchführen, eine genügende Markttransparenz über die Innovationen vorliegt und wenn in allen Wirtschaftsräumen eine relativ gleichmäßige

Streuung unternehmerischer Aktivitäten vorhanden ist. In allen diesen Punkten gibt es aber in Griechenland erhebliche Mängel [vgl. Korres / Chionis (2003) S. 115ff]. Das unternehmerische Adaptionsverhalten und -verfahren ist wenig entwickelt:

- Die Markttransparenz ist infolge der geringen Informationsdiffusion insbesondere im rückständigen Wirtschaftsbereich unvollkommen.
- Die aktiven Unternehmer, also Pionierunternehmer und die spontan imitierenden Unternehmer, sind überwiegend in den bereits entwickelten Regionen angesiedelt, während
- das immobile Verhalten für die Quasi-Unternehmer im rückständigen Wirtschaftsbereich kennzeichnend ist.

Der griechische Staat sollte all diesen besonderen Umständen entgegenwirken, um einen Wettbewerbsmechanismus aufzubauen, der alle Märkte, Sektoren und Wirtschaftsräume des Landes umfasst. Er sollte vor allem die Monopolketten im rückständigen Wirtschaftsbereich allmählich auflösen bzw. die Unternehmer dazu bewegen, das selbst zu tun. Maßnahmen in diese Richtung sind von komplexer und vielschichtiger Natur und sie reichen von den allgemein rahmensetzenden Maßnahmen bis hin zu den infrastrukturpolitischen Investitionen. Im Folgenden werden wir die Grundzüge einer möglichen Unternehmerförderungs politik des Staates vorstellen.

### **3.2.2.5.3. Grundzüge einer Unternehmerförderungs politik**

Eine rahmensetzende Unternehmer politik des griechischen Staates muss ein Bündel von Maßnahmen enthalten, die das Ziel haben, unmittelbare Anreize für Unternehmensgründungen und -förderungen im Produktions- und Dienstleistungssektor zu bewirken. Darüber hinaus müssen auch bestimmte Mobilisierungseffekte bei dem latenten und effektiv tätigen Unternehmertum ausgelöst und Bedingungen dafür geschaffen werden, dass die Unternehmer insbesondere im rückständigen Wirtschaftsbereich investieren und innovativ sowie imitativ tätig werden. Eine solche Unternehmer politik muss insgesamt darauf hinwirken, dass das vorhandene, aber verstreut und versteckt liegende Kapital mobilisiert und langfristig-produktiv investiert wird, anstatt kurzfristig-spekulativ angelegt oder - wie in ländlichen Gebieten üblich ist - angehäuft zu werden [vgl. Korres / Chionis (2003) S. 119ff].

Eine Unternehmer politik muss zuerst an der Herausbildung eines Unternehmer potentials insbesondere in der Landwirtschaft und dem Handwerk ansetzen. Damit wird ein breit gestreuter Mittelstand hervorgerufen und entwicklungswirksam gemacht. Es sollte vor allem der Abbau der bereits dargestellten Faktoren stattfinden, die für die kleinen und mittleren Produzenten in Industrie, Landwirtschaft und Handwerk als Marktzutrittsbarrieren wirksam werden und damit die Konkurrenzsituation in den jeweiligen Sektoren und Regionen erheblich einschränken.

Ein anderes Problem, das in diesem Zusammenhang gelöst werden sollte, besteht in dem allgemeinen Verhältnis des griechischen Staates zum privatwirtschaftlichen Unternehmertum überhaupt. Wenn die unternehmerischen Entscheidungen über Investitionen, Produktionsverfahren, Preis- und Gewinnverwendung seitens des Staates restriktiv beeinflusst werden, dann

wird auch die Bereitschaft zur Übernahme unternehmerischer Leistungen und Risiken gering bleiben, zumal der Staat und die Unternehmer einander oft in einer ablehnenden Haltung bzw. mit Misstrauen gegenüberstehen. Man kann in diesem Zusammenhang von einer latenten oder sogar andauernden Vertrauenskrise sprechen. Die Selbständigkeit und Initiative von privaten Unternehmen wird zusätzlich dadurch eingeschränkt, dass die staatliche Administration für sie alleiniger oder wichtigster zuständiger Partner in der Regelung von vielfältigen wirtschaftlichen Aktionen, wie beispielsweise Absatz, Investition, Kreditbeschaffung, Importe und Exporte, Devisen, Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern usw., ist. Unter diesen Umständen haben beide Seiten Sorge dafür zu tragen dass, durch institutionalisierte Schritte eine Plattform geschaffen wird, auf der der private Sektor einen eigenständigen Handlungsspielraum erhält, aber gleichzeitig den Staat auch akzeptiert.

In einer Unternehmensförderungspolitik sollten auch die ausländischen Unternehmen berücksichtigt werden, um diese strategisch für die gesamtwirtschaftlichen Ziele zu verwenden und einzusetzen. Griechische Unternehmer pflegen immer nur davon zu reden, dass der Staat sie vor der Überlegenheit ausländischer Konkurrenz schützen solle. Gelegentlich wird ein solcher Schutz, durchaus sinnvoll sein und er wurde bereits öfters durch Übergangszeiten praktiziert. Solche Schutzmaßnahmen sind allerdings nur dann erforderlich, wenn die griechischen Unternehmer sich wirklich anstrengen, um in absehbarer Zeit konkurrenzfähig zu werden. Verstecken sie sich jedoch hinter dem Wettbewerbsschutz und bleiben ansonsten untätig – das ist öfters in der Vergangenheit passiert – wäre eine solche Strategie geradezu schädlich und keineswegs der inneren wirtschaftlichen Entwicklung förderlich.

In einer solchen Situation, in der die griechischen Unternehmer zudem mit oligopolistischen und monopolistischen Marktpositionen auf bestimmten Sparten die inländischen, verhältnismäßig schwachen "new comers" daran hindern, überhaupt auf den Markt zu kommen und dadurch den Wettbewerb einschränken, würden ausländische Privatinvestitionen sich auf den betreffenden Märkten durchaus wettbewerbsbelebend auswirken. In diesem Fall sollte der griechische Staat sogar vom Schutz inländischer Unternehmer auf eine Förderung ausländischer Unternehmer umschwenken. Dieses um so mehr, zumal in einer solchen Situation auch der regelmäßige Kapitalimport und Import von technischem und unternehmerischem Know-how dringend erforderlich ist.

Als Mittel zur Ausgestaltung und Durchsetzung einer solchen Unternehmerförderungspolitik steht dem griechischen Staat eine Vielfalt von Möglichkeiten zur Verfügung. Diese können allerdings nur dann den gewünschten Mobilisierungseffekt auslösen, wenn sie flexibel gehandhabt, miteinander kombiniert und vor allem strategisch und gezielt eingesetzt werden. Es handelt sich in diesem Fall um die Entwicklung und Anwendung von Anreiz- und Druckmechanismen, die aus wirtschaftspolitischen, institutionellen oder gesetzlichen Maßnahmen oder aber aus ihrer jeweiligen Kombination bestehen können, um die Wirtschaftseinheiten in die gewünschte Richtung zu bewegen.

### **3.3. Förderung der Diffusion des technischen Fortschritts in Richtung zum traditionellen Wirtschaftsbereich**

Der Erfolg einer Wirtschaftspolitik zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus hängt auch von der Frage ab, ob und inwieweit der moderne und der traditionelle Bereich einer Volkswirtschaft in ihren Wirtschaftstätigkeiten, also mit ihrer Produktion und Nachfrage, aufeinander reagieren. Die wirtschaftliche und regionale Integration der gespaltenen Wirtschaftsstruktur und die Diffusion des technischen Fortschritts in Richtung zum traditionellen Bereich sind grundsätzlich dann möglich, wenn die wirtschaftlichen Aktivitäten beider Bereiche in komplementärer Weise und ohne Benachteiligung des traditionellen Bereichs aufeinander angewiesen sind. Es sollen also in den wirtschaftlichen Interaktionsstrukturen zwischen beiden Bereichen einer dualistischen Wirtschaft mittels entsprechender Investitionen Verflechtungen entwickelt und auch genutzt werden.

Grundsätzlich könnte das wachstumsinduzierende Sickerfekte erzeugen, die zu Wachstumsimpulsen in Entleerungsgebieten führen. Daraus ergibt sich für die Investitionsentscheidungen des Staates und der privaten Unternehmen die Konsequenz, dass im traditionellen Bereich solche Investitionsprojekte gefördert werden müssen, die diffusionsintensive Technologien verwenden und wachstumsnivellierende Effekte auf der makroökonomischen Ebene bewirken [vgl. Dosi (1991), S. 201ff und Englmann (1989), S. 102ff]. Neben der Intensität und dem Ausmaß komplementärer Beziehungen ist auch die Auswahl der richtigen zeitlichen Sequenzen der Investitionen für die bestmögliche Gestaltung von Streuwirkungen der Initialzündungen in den Wachstumspolen ein entscheidender Faktor.

Die Innovationen und ihre Diffusion werden in den entwickelten Marktwirtschaften im Wesentlichen durch den Wettbewerbsmechanismus gesteuert [vgl. KEPE (2005), S. 22ff und 232ff), Uhlmann (1989), S. 30ff und Gaitanides u.a. (1985), S. 414ff]. Die Produzenten sind kontinuierlich zu kostensenkenden Produktionsverfahren und Betriebsformen, zu der innovativen Einführung oder der imitativen Übernahme von neuen Produkten bzw. Produktqualitäten gezwungen, um auf den betreffenden Märkten ihre Positionen erhalten bzw. ausbauen zu können. Der Wettbewerb sorgt kraft seiner Marktanreize dafür, verfahrenstechnische, organisatorische Produktinnovationen auszulösen, zu intensivieren und schließlich diese zu einer regionalen und sektoralen Diffusion zu bewegen. Er zwingt mit anderen Wörtern die Unternehmer permanent dazu, sich mit neuen Inputfaktoren, Produktionsverfahren oder Produktqualitäten neue Märkte zu erschließen. [vgl. Gelshorn u.a. (1991), S. 263ff, Mückl, (1989), S. 45ff, und Ahrns u.a. (1990), S. 139ff].

In einer dualistischen Wirtschaft gibt es in diesem Zusammenhang eine ganz andere Situation. In den vorherigen Abschnitten wurde bereits darauf hingewiesen, dass die Produktion des technischen Fortschritts, seine Ausbreitung und seine regionale und sektorale Verteilung durch die dualistische Wirtschaftsstruktur geprägt ist. Die Entwicklungsimpulse und technische Innovationen sind vornehmlich im modernen Wirtschaftsbereich konzentriert, und die dynamischen Unternehmer mit innovativer bzw. imitativer Verhaltensweise sind regional und sektoral sehr ungleichmäßig verteilt. Diese ungleichmäßige Fortschrittsausbreitung ist vor allem

auf die Anhäufung der allgemeinen Infrastruktur und der speziellen Marktinfrastruktur im modernen Wirtschaftsbereich zurückzuführen.

Angesichts dieser Situation hat die staatliche Wirtschaftspolitik auf das Niveau und die Struktur der Innovationen in der Produktionstechnik, den Betriebsformen und schließlich in den Märkten (Produktinnovationen) ihren Einfluss auszuüben, um einerseits die Fehlentwicklungen des Innovationsprozesses zu korrigieren und andererseits die Diffusion des technischen Fortschritts im rückständigen Wirtschaftsbereich voranzutreiben. Damit könnten die Wachstumschancen in marginalen Sektoren verbessert werden und die extremen Polarisierungen in bzw. zwischen den Sektoren und Regionen in Technik und Organisation fortschreitend abgebaut werden. Ein weiteres Betätigungsfeld der staatlichen Wirtschaftspolitik ist in diesem Zusammenhang auf diejenigen Bedingungen entgegenzuwirken, die die Fortschrittsdiffusion im rückständigen Wirtschaftsbereich in erheblichem Maße verhindern bzw. blockieren [vgl. KEPE (2005), S. 22ff und 232ff)].

Eine staatliche Innovationsbeeinflussung in Griechenland sollte nicht etwa allein dahingehend formuliert werden, dass der Staat die Herbeiführung von gesamtwirtschaftlich erwünschten bzw. erforderlichen Innovationen fördern und die unerwünschten Entwicklungen verhindern soll. Eine solche innovationspolitische Aufgabe bliebe mehr oder weniger eine Leerformel, zumal wir wissen, dass der griechische Staat mit seiner selbst entwicklungs- und innovationsbedürftigen Bürokratie kaum zu beurteilen oder zu erkennen in der Lage ist, was eine gesellschaftlich erwünschte bzw. unerwünschte Innovation darzustellen vermag. Die bisherige verhängnisvolle Entwicklung bezüglich des technischen Fortschritts auch in anderen Ländern mit dualistischen Wirtschaftsstrukturen bescheinigt außerdem den Bürokraten und den Politikern ein hohes Maß an Unfähigkeit und Unkenntnis. Die Entwicklung allgemeingültiger innovationspolitischer Akzente sollte ausschließlich eine Aufgabe von Ökonomen sein bzw. bleiben. Die Aufgabe der Politiker wäre dann diese von den Ökonomen empfohlenen Akzente in ein mögliches rahmenpolitisches Konzept der Innovationsförderung umzusetzen. Im Folgenden werden solche Konzepte vorgestellt.

### **3.3.1. Förderung der Grundlagenforschung**

Zwei der Haupthindernisse, die für die öffentliche Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben häufig genannt werden sind, dass die Ergebnisse der Grundlagenforschung im Allgemeinen kaum als zu vermarktende Güter zu behandeln sind und dass diesbezüglich die privaten Aktivitäten zu gering sind. Es ist jedoch unbestritten, dass die Grundlagenforschung den Weg zu Innovationen bahnt, die ihrerseits das Wirtschaftswachstum beeinflussen, und deshalb sollte sie durch die öffentliche Hand gefördert werden. Die staatliche Einflussnahme auf die Forschung und Entwicklung (F&E) kann auch mit den typischen Erscheinungen der Produktion und des Konsums begründet werden. Sozialer und humanitärer Standards werden seitens der privatwirtschaftlichen Interessen wenig berücksichtigt und

zwischen dem privatwirtschaftlichen und dem gesamtwirtschaftlichen Zeithorizont gibt es ebenfalls große Unterschiede.

Die Grundlagenforschung zur Produktion eines einfachen, auf die heimischen Bedürfnisse zugeschnittenen "Wissens" wird in Griechenland nicht ausreichend, durch die öffentliche Hand finanziert. Gerade in diesem Bereich sollte aber der Staat mit seiner Förderungspolitik auf die finanziellen und personellen Bedingungen im F&E-Bereich, z.B. in Forschungsanstalten und Universitäten, Einfluss ausüben. Auch die staatliche Auftragsvergabe an die privaten Unternehmen oder an die Forschungsinstitute könnte die Produktion von natur- und sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen fördern, welche sich später in praktisch verwertbares Wissen umformen ließen. Die Ergebnisse der F&E sollten allerdings generell jedem, d.h. auch privatwirtschaftlichen Organisationen zugänglich sein.

Die staatliche Auftragsvergabe an die privaten Unternehmen zum Zwecke von Produktion eines neuen Produktes kann auch noch die Anwendung bzw. Verwertung eines neuen technischen Wissens herbeiführen. Wenn der Staat als Nachfrager nach bestimmten Zwischenprodukten der Privatindustrie bzw. als Anbieter von Zwischenprodukten für die Industrie auftritt, dann könnte er die vor- bzw. nachgelagerten privatwirtschaftlichen Produktionsstufen zu neuen kostengünstigen Verfahren oder zu neuen Produkten zwingen bzw. dies mittelbar veranlassen.

Ein Beispiel für eine solche Förderung wäre die breite Nutzung der Solarenergie u.a. für die Landwirtschaft durch ihre Umwandlung in elektrische Energie [vgl. Europäische Kommission (1999), S. 11ff]. Sie kann aus Strahlungsenergie der Sonne durch die so genannten photovoltaischen (PV) Systeme gewonnen werden. Die F&E auf dem Gebiet der PV wird zwar auch in vielen anderen Ländern gefördert, die eingesetzten Mittel sind allerdings im Vergleich zu Anstrengungen bei anderen Energieoptionen (z. B. Kohle) bescheiden. In Griechenland gibt es für die breite Nutzung der Sonnenenergie ideale klimatische Voraussetzungen, sie wird allerdings bisher nur in privaten Haushalten genutzt (vorwiegend Solarkollektoren zur Erwärmung des Wassers, [vgl. Loistl, (1994), S. 5ff]).

Das größte Hindernis bei der schnellen Ausbreitung der Solaranlagen ist die derzeitige Ungewissheit über deren Marktentwicklung und relativ hohen Herstellkosten. Das hält private Unternehmer davon ab, massiv in Produktionsanlagen zu investieren. Die Massenproduktion ist wiederum die Hauptvoraussetzung für ein günstiges Kostenniveau, das einen großen Markt erschließen kann. Dieser Markt wird anfangs nicht der industrielle Energiemarkt sein sondern ein Markt in wenig erschlossenen Randgebieten.

Die Solarenergie bietet gegenüber konventionellen Energieträgern viele Vorteile sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus sozialer und umweltpolitischer Sicht [vgl. Scheer, (1994), S. 163ff]. Sie steht unbegrenzt zur Verfügung, trägt zur Reduzierung von CO<sup>2</sup>-Emissionen sowie zur Vermeidung großer Umfallgefahren bei und genießt große soziale Akzeptanz. Die Eigenschaften allerdings dieser Energieform, die aus der Sicht des wirtschaftlichen Dualismus besonders wichtig erscheinen, sind die Landschaftsschonung, die geringe Umweltbelastung sowie die Förderung dezentraler Wirtschaftsstrukturen. Solaranlagen können deshalb auch in solchen

grenznahen Regionen und Inseln angebracht werden, die bereits touristisch erschlossen sind, ohne dabei die Grundlage des Tourismus (Landschaft, Umwelt) negativ zu beeinträchtigen. Sie können im Gegenteil den höheren Energiebedarf dieser Regionen in den Sommermonaten decken und vor allem günstige Voraussetzungen für andere wirtschaftliche Aktivitäten schaffen, beispielsweise Stromerzeugung, in Kombination mit Windenergie, für kleine landwirtschaftliche und handwerkliche Betriebe oder für das Betreiben von Meerwasserentsalzungsanlagen, um dem chronischen Wassermangel dieser Regionen entgegenzuwirken [vgl. Löffler (1993), S. 7ff].

Der Staat kann durch die Förderung der F&E auf dem Gebiet der PV die Verbreitung der Solaranlagen entscheidend beeinflussen. Dabei sollen auch zwischenstaatliche Kooperationen (z. B. innerhalb der EU) sowie Vergabe von Aufträgen an griechische und ausländische bzw. europäische Forschungsanstalten berücksichtigt werden. Neben der Grundlagenforschung auf dem Materialsektor sollte allerdings auch die Entwicklung von entsprechenden Produktionstechnologien erfolgen, da nur von einer Verbilligung in diesem Bereich starke Verbreitungsimpulse zu erwarten wären. Weitere staatliche Maßnahmen zur Verbreitung der Solaranlagen wären:

- Informationssammlung und -vermittlung (Ausbildung von Verkäufern, Installateuren und künftigen Betreibern von Solaranlagen),
- Bau von Test- und Demonstrationsanlagen (u.a. zur Optimierung von Systemen und Systemkomponenten, Schulung der künftigen Betreiber usw.),
- steuerliche Anreize.

### **3.3.2. Gezielte Förderung von privaten innovativen Investitionen**

Der griechische Staat sollte mittels ökonomischer Anreize dafür sorgen, dass die privatwirtschaftlichen Investitionen, die den technischen Fortschritt in Produktionsverfahren verkörpern, den inländischen Produktions- und Marktbedingungen in Faktorausstattung (Kapital, Arbeit, Kaufkraft usw.) Rechnung tragen [vgl. Dietl (1993), S. 179ff]. Eine auf die Gegebenheiten des Landes angepasste Technologie sollte sowohl dem Wachstum als auch der Integration der marginalen Bevölkerung in den Produktionsprozess dienen. Dabei müssen allerdings die Gewerkschaften mit ihrer Lohnpolitik und der Staat mit seiner Zinspolitik umdenken.

Um einer extrem starken Substitution von Arbeit durch Kapital vorzubeugen, sollten die Faktorpreise und -qualitäten der Arbeit den gesamtwirtschaftlichen Umständen entsprechend (Faktorüberschuss, Faktorimmobilität) gestaltet werden. Die Löhne sind dabei eine Frage der staatlichen und der gewerkschaftlichen Lohnpolitik und die Faktorqualität und -mobilität eine der Förderung des allgemeinen und speziell-beruflichen Ausbildungswesens. Wenn die Löhne künstlich hoch und die Zinssätze für Industriekredite künstlich niedrig gehalten werden, dann gehen die Investoren zu den kapitalintensiven Investitionen über. Das ganze gilt auch umgekehrt, worauf schon hingewiesen wurde. Zumal die Fortschrittsausbreitung mit entsprechender Investitionstätigkeit der Innovationsträger oder -empfänger einhergeht, kommt insbesondere der

gezielten Förderung der privatwirtschaftlichen Pionierinvestitionen im rückständigen Wirtschaftsbereich eine äußerst wichtige Bedeutung zu. Die privatwirtschaftliche Bereitschaft und Fähigkeit zur Investition sollte unter Einsatz von ökonomischen Anreizen, die ihre Risiken mildern, belebt werden. Das gilt ebenfalls für die Ansiedlung ausländischer Investitionsprojekte in den Problemgebieten.

Die neuesten Entwicklungen in der Telekommunikationstechnologie bieten für solche Investitionen sehr günstige Voraussetzungen. Ein Beispiel dazu wäre die elektronische Fernarbeit bzw. Telearbeit, die in anderen Ländern bereits praktiziert wird (USA, Japan, usw.) [vgl. [http://www.in.gr/news/article.asp?lng\\_EntityID=590356&lngDtrID=252](http://www.in.gr/news/article.asp?lng_EntityID=590356&lngDtrID=252)]. Als elektronische Fernarbeit bezeichnen wir eine mit den Hilfsmitteln der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien dezentralisierte, von einer zentralen Arbeitsstätte verlagerte Tätigkeit. Diese Arbeitsform bewirkt sowohl räumliche Verschiebungen als auch veränderte Organisationsstrukturen bei den betreffenden Unternehmen. Büroangestellte brauchen beispielsweise nicht mehr täglich ins Stadtzentrum zu fahren, sondern können eine bei ihrer Wohnung nahe gelegene Arbeitsstätte aufsuchen. Das können Nachbarschafts-, Dienstleistungsbüros oder kleine informationstechnisch vernetzte Filialen sein. Die Unternehmensorganisation verändert sich dahingehend, dass administrative Aufgaben zentralisiert werden (Sitz des Hauptunternehmens) bei gleichzeitiger Dezentralisierung der operativen bzw. ausführenden Tätigkeiten. Für letztere Tätigkeiten kommen dann nicht nur wie bisher Mitarbeiter aus der näheren Umgebung in Betracht sondern auch aus größeren räumlichen Entfernungen, wenn in diesen Regionen Filialen eröffnet werden.

Der Staat sollte dieser Entwicklung Rechnung tragen und die Standortfaktoren für die Eröffnung solcher Filialen durch entsprechende Maßnahmen verbessern. Solche Maßnahmen wären:

- Bereitstellung von Bauflächen für die Ansiedlung der Unternehmen sowie von modernen Telekommunikationsanschlüssen,
- Unterstützung bei der Ausbildung von Fachpersonal,
- Erhöhung des Angebots an allgemeiner Bildung, Freizeit, Einkaufsmöglichkeiten, Kultur usw. und nicht zuletzt
- Steuervergünstigungen.

Die Förderung bzw. Verbreitung der elektronischen Fernarbeit würde einen entscheidenden Beitrag zur Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen Griechenlands und speziell des regionalen Dualismus leisten. Durch die Dezentralisierung, insbesondere von Dienstleistungen an wirtschaftlich schwachen Regionen, würde eine wirtschaftliche Belebung eingeleitet, die vielfältige Auswirkungen auf andere Bereiche hätte, wie beispielsweise eine erhöhte Nachfrage nach örtlichen landwirtschaftlichen und handwerklichen Produkten. Durch gezielte Ausbildungsmaßnahmen könnte die versteckte Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft abgebaut werden, indem neue Arbeitsmöglichkeiten nicht nur durch Fernarbeit sondern auch durch neue Dienstleistungen insgesamt angeboten würden [vgl. Keppler (1986), S. 25ff und Sandvoss (1989), S. 255ff].



Der Staat kann im Fall der elektronischen Fernarbeit nicht nur als Förderer auftreten sondern sie zur Dezentralisierung seines Verwaltungsapparates selbst nutzen und damit als Wegbereiter für Dezentralisierungsvorhaben von privaten Unternehmen dienen. Dabei sollte das Ziel nicht nur die Verlagerung von staatlichen und privatwirtschaftlichen Tätigkeiten aus den Ballungsgebieten (Athen, Thessaloniki usw.) in strukturschwache Regionen sein. Das wäre aus wirtschaftlichen und umweltpolitischen Gründen zwar äußerst sinnvoll, würde aber bei gegebener Immobilität der Beschäftigten die Arbeitslosigkeit in Ballungsgebieten vergrößern. Das Hauptziel sollte deshalb die Entstehung von neuen Arbeitsplätzen sein, die sowohl von inländischen aber auch von ausländischen Unternehmen geschaffen bzw. angeboten würden. Ausländische Unternehmen kommen bei der Fernarbeit ohne weiteres in Frage (sofern die entsprechenden Voraussetzungen vorhanden sind), da es bereits viele erfolgversprechende Beispiele in anderen Ländern gibt [vgl. Sandvoss (1988), S. 263f].

Die staatliche Förderungspolitik für Investitionen sollte ihr Augenmerk darauf richten, dass diese bestimmte Komplementaritätsverflechtungen in den vor- und nachgelagerten Stufen herstellen. Nur dann werden zwischen dem modernen und dem rückständigen Bereich wirtschaftliche Leistungen ausgetauscht. Das ist für die wirtschaftliche Entwicklung des rückständigen Wirtschaftsbereichs sowie für die Entstehung intermediärer Märkte von besonderer Bedeutung.

### **3.3.3. Förderung der Innovationsorientierung der Unternehmen**

Der Wettbewerb und die Marktstruktur können einen bestimmten Einfluss auf die F&E-Tätigkeit der Unternehmer und auf die Verbreitung bzw. Übertragung des technischen Fortschritts ausüben. Unternehmen, die in einem monopolistischen Wirtschaftsbereich tätig sind, können die Vorteile einer von ihnen entwickelten oder extern beschafften Innovation sehr viel länger auszunutzen als Unternehmen die im harten Wettbewerb stehen [vgl. Korres / Chionis (2003) S. 189ff]. Andererseits könnten die Unternehmen auf polypolistischen Märkten aufgrund der Innovationsrisiken sowohl in der F&E wie auf den Märkten sehr leicht auf Innovationen verzichten, weil ihre Finanzierungsmöglichkeiten für die Einführung von Innovationen recht begrenzt sind. Hinzu kommt, dass ihre Betriebsgrößen und Firmenmärkte für diesen Zweck relativ klein und daher ungünstig sind. Die günstigste Innovationsbereitschaft und -fähigkeit, beginnend mit der F&E und bis hin zu der Einführung der Innovation, scheint bei den Unternehmen auf den oligopolistischen Märkten mit häufig dominierendem Produktwettbewerb zu liegen [vgl. Ahrns u.a. (1990), S. 64f]. Ihre Innovationsorientierung wird auch besonders durch ein ausreichendes F&E-Budget und durch ein zukunftsweisendes Management unterstützt.

Daraus lässt sich der Schluss ziehen, dass der griechische Staat in bestimmten Wirtschaftsbereichen anfangs sog. inputsorientierte Maßnahmen zur Förderung von Innovationen ergreifen soll [vgl. Kern (1991), S. 59ff]. Unter solchen Maßnahmen werden dabei all jene Formen staatlicher Innovationsförderung verstanden, die darauf abzielen, die Innovationsfähigkeit privater Unternehmen durch die Begünstigung der Faktoren Arbeit, Kapital und Information zu unterstützen. Sie setzen – anders ausgedrückt – auf die Innovationsaufwendungen der Unternehmen, um die Quantität und teilweise auch die Qualität des Ressourceneinsatzes für

Forschung, Entwicklung und Innovation zu erhöhen [vgl. Dietl (1993), S. 191ff]. Die inputorientierte Innovationsförderung sollte allerdings nur eine Übergangsphase darstellen, um die betreffenden Unternehmen überhaupt innovationsfähig zu gestalten. Anschließend sollte allerdings der Staat zu den outputorientierten Förderformen übergehen, indem er nicht mehr die Innovationsaufwendungen sondern die Ergebnisse bzw. die Verwertungsmöglichkeiten privatwirtschaftlicher Innovationen unterstützt.

Innovationsprodukte werden entweder durch landesinterne F&E realisiert oder vom Ausland beschafft, und zwar mittels Lizenznahme, Kauf von Patenten. Know-how-Vermittlung oder aber durch den Kauf von neuen Anlagen und Produkten. Bei der Erteilung von Lizenzen und der Gewährung von Einführungspatenten könnte der griechische Staat sowohl das technische Niveau des Produktionsverfahrens als auch die Verbreitung der Neuerungen mittels Festlegung der Patentschutzdauer beeinflussen [vgl. Korres / Chionis (2003) S. 189ff].

In diesem Zusammenhang besteht allerdings auch ein Konflikt. Durch Patentschutz gibt man zwar einen Anreiz zur Anwendung der Neuerung, gleichzeitig wird aber für die Dauer des Patentschutzes eine rasche Verbreitung des jeweiligen Innovationsobjektes verhindert bzw. verzögert, weil der Patentschutz dem Pionierinvestor ein Einkommen im Monopolbereich sichert [vgl. Ahrns (1990), S. 140ff und Englmann (1989), S. 151ff]. Der Staat soll deshalb situationsbedingt immer darauf achten, dass die Schutzdauer eines Patents die Fortschrittsausbreitung nicht übermäßig hemmt.

#### **3.3.4. Förderung der Absorption von Innovationen**

Die potentiellen Innovationsfelder insbesondere im rückständigen Wirtschaftsbereich sollen für die Aufnahme der Neuerungen in Technik, in Organisationsform oder in Märkten überhaupt erst innovationsbereit und innovationsfähig gemacht werden, bzw. die dort herrschenden Produktionsbedingungen und Marktstrukturen innovationsdurchlässig gestaltet werden. Die marginalen Abhängigkeits- bzw. die monopolistischen Verhältnisse innerhalb der Monopolringe und der Monopolketten bilden die dominierenden innovationsfeindlichen Faktoren, die es zu beseitigen gilt.

Die Innovationswiderstände, die aus menschlichen Willens- und Fähigkeitsbarrieren resultieren, ließen sich nur durch Auf- und Ausbau des allgemeinen und des beruflichen Ausbildungswesens und durch die Verbesserung der räumlichen Kommunikationsstruktur abbauen. Der technische und organisatorische Wissensstand der Menschen und die Markttransparenz über Neuerungen können dadurch erhöht werden [vgl. Schmalen (1992), S. 30ff]. Ein bewährtes Instrument zur Beeinflussung der menschlichen Lernfähigkeit wäre auch die Demonstration der Neuerungen mit Hilfe von Musterbetrieben oder Lehrprojekten. Sie würden im rückständigen Wirtschaftsbereich gewisse Impulse zur Nachahmung von technischen und organisatorischen Neuerungen auslösen.

Der Übertragungsprozess des neuen Wissens vom modernen zum rückständigen Wirtschaftsbereich setzt die Existenz von Innovationsvermittlern bzw. -trägern voraus. Sie überbrücken das Vakuum zwischen der Innovationsquelle und den Innovationsempfängern und leisten dadurch

bestimmte Anstoß-, Vermittlungs- und Betreuungsfunktionen [vgl. Heinze u.a., (1996), S. 23ff]. Diese Funktionen sollten vom Staat, den Interessenverbänden, Unternehmern, Genossenschaften oder von speziellen Organisationen wahrgenommen werden. Die Innovationsempfänger müssen ebenfalls entsprechend organisiert sein, um die Innovationen wirksam zu absorbieren. Dafür stellen die Genossenschaften eine geeignete Organisationsform dar und deshalb müssen sie insbesondere im rückständigen Wirtschaftsbereich gezielt gefördert werden.

Der Staat sollte dafür Sorge tragen, vor allem dem traditionellen Kleingewerbe und dem Agrarsektor durch Orientierungs- und Beratungshilfen bezüglich neuer Erzeugnisse, Produktionsverfahren oder bezüglich der Umstellung auf neue Erzeugnisse, Produktqualitäten und Betriebsorganisation adäquate Innovationen zu vermitteln und falls es erforderlich scheint, auch Kapitalhilfe zu gewähren. Um mittelständische Informationsbeschaffung schneller und billiger zu gestalten, sollten Institutionen gegründet bzw. gefördert werden, die eine beratende Hilfe zur angemessenen Innovationsauswahl für den Mittelstand in den städtischen und ländlichen Gebieten übernehmen könnten.

Die Beratungs- und Koordinationsstellen für Produktinnovationen und Technologietransfer können von staatlichen Organen initiiert, aber auch von den lokalen oder regionalen Industrie-, Handels- und Handwerkskammern gegründet und unterhalten werden. Damit würde die Einführung und Anwendung neuer Produktionstechniken, neuer Produkte oder Vermarktungs- und Bezugsorganisationen bei den kleinen und mittleren Betrieben erleichtert [vgl. Englmann (1989), S. 102ff]. Denn solche Betriebe brauchen vor allem eine kompetente Beratung und eine Markttransparenz über das neue Wissen und die adäquaten Verfahren, Produkte und Organisationsformen unter den vielen möglichen Alternativen. Auf diese Weise könnten die intersektoralen Informationslücken geschlossen und die Wachstumschancen der Kleinbetriebe insbesondere in den Wachstumsbranchen gesichert werden. Die Genossenschaften könnten hier eine wirksame Aufgabe erfüllen, wie es im nächsten Kapitel erläutert werden wird.

Die Innovationsempfänger sollen allerdings über ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten verfügen, um die erforderlichen Investitionen zur Einführung oder zur Imitation von Innovationen durchführen zu können. Dazu sind der Ausbau der Kreditmarktinfrastruktur, die staatlichen Subventionen, die speziellen Fonds zur Förderung bestimmter diffusionsfördernder Organisationen erforderlich. Die durch den technischen Fortschritt erzielten Kostenvorteile in der Produktion sollen dann an die Endverbraucher weitergegeben werden. Das ist zwar hauptsächlich eine Frage des Wettbewerbs, hängt aber auch von der Organisation derjenigen ab, die diese Vorteile erzielen und derjenigen, die in den Genuss dieser Vorteile kommen wollen. Auch hier bieten sich die Genossenschaften als eine passende Organisationsform an. Aus den vorherigen Ausführungen wird daher die Bedeutung einer systematischen Förderung sowohl des Wettbewerbsmechanismus als auch der Genossenschaften deutlich.

### **3.4. Förderung der genossenschaftlichen Zusammenarbeit im traditionellen Wirtschaftsbereich**

Die Kräfte der Wachstumsimpulse aus dem modernen Bereich einer dualistischen Wirtschaft sind zu schwach, um eine Aufwärtsbewegung im rückständigen Bereich effizient zu ermöglichen. Das liegt nicht nur in der regionalen Konzentration der Wachstumsimpulse sondern vielmehr an dem Fehlen von geeigneten Organisationen. Ihre zentrale Aufgabe wäre die Wachstumsimpulse aufzufangen und im rückständigen Wirtschaftsbereich weiter zu vermitteln. Es wurde auch in diesem Zusammenhang bereits erwähnt, dass die Kleinproduzenten vor allem im primären Sektor Griechenlands zu schwach sind, um den Absatz ihrer Produkte selbst zu organisieren, zu finanzieren und auf die Märkte zu bringen. Diese beiden Fälle sollen an dieser Stelle genügen, um die funktionale Bedeutung der genossenschaftlichen Organisationen zu unterstreichen.

Die Genossenschaften allein können allerdings nicht das gesamte Spannungsverhältnis zwischen dem modernen und dem rückständigen Wirtschaftsbereich Griechenlands überbrücken. Die einzelnen Genossenschaften haben allerdings begrenzte finanzielle Möglichkeiten, um aus eigener Kraft alle jene Investitionen (Vermarktungszentralen, Infrastruktur, Ausbildung usw.) zu finanzieren, die ihnen einen wirksamen, dauerhaften und entwicklungsfähigen Zugang zum modernen Wirtschaftsbereich sichern würden. Diese Verknüpfung herzustellen ist daher in erster Linie eine wirtschaftspolitische Aufgabe des griechischen Staates.

Die Genossenschaften können die Volkswirtschaft insgesamt nicht direkt beeinflussen. Es gibt aber zahlreiche Erfolg versprechende Betätigungsfelder in Produktion, Absatz, Beschaffung, Finanzierung usw., auf denen sie im lokalen und regionalen Wirtschaftsgeschehen einen spürbaren wirtschaftlichen Beitrag zu Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Mitglieder leisten können. Sie fassen die produktiven und konsumtiven Wirtschaftseinheiten zu Produktions-, Bezugs-, Absatz- und Finanzierungseinheiten zusammen und erreichen somit eine Eingliederung dieser Einheiten in den Wirtschaftskreislauf. Die weite Spannbreite zwischen den Urproduzenten und den Konsumenten wird auf diese Weise zumindest teilweise verkürzt. Die Genossenschaften können auch die ungleichgewichtigen Wachstumsimpulse auffangen und im rückständigen Wirtschaftsbereich als Träger des Diffusionsprozesses fungieren. Mit ihrer Hilfe könnte in diesem Bereich eine höhere Innovationsdurchlässigkeit erreicht werden.

Der griechische Staat hat dementsprechend eine Genossenschaftspolitik zu entwickeln und betreiben, die beides leistet, d.h. einerseits eigene staatliche Investitionen als Anreize zur Gründung von Genossenschaften, damit es sich zum anderen lohnt, dass die sich organisierenden Genossenschaften darauf aufbauend eigene, entwicklungsfördernde Investitionen tätigen. Beides zusammen sind Grundvoraussetzung einer marktwirtschaftlichen Entwicklungspolitik. Auf diesem Weg müssen die Genossenschaften als Teil des Verbundsystems der Märkte in die Lage versetzt werden zu helfen, Binnenmarktstrukturen aufzubauen. Die entwicklungspolitische Funktionen der Genossenschaften zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus in Griechenland sowie der Beitrag des Staates zum Aufbau und Betrieb eines marktorganisierenden Genossenschaftswesens werden im weiteren Verlauf dieser Arbeit ausführlich dargestellt.

### **3.4.1. Der Beitrag der griechischen Genossenschaften zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus**

In den vorherigen Kapiteln wurde in unterschiedlichen Zusammenhängen die Notwendigkeit von Genossenschaften in einer dualistischen Wirtschaft erwähnt. In diesem Kapitel werden wir nun näher auf die komplexe Frage eingehen, inwiefern sich die genossenschaftliche Zusammenarbeit als ein geeigneter wirtschaftspolitischer Ansatz zur Lösung von bestehenden Problemen bzw. Fehlentwicklungen in der dualistischen Wirtschaft Griechenlands bieten kann. Die möglichen Funktionen der Genossenschaften werden dabei in mikro- und makroökonomischen Ebenen umrissen. Ihr Einsatz wird unter wachstums-, integrations- und wettbewerbspolitischen Aspekten untersucht.

#### **3.4.1.1. Wesen und Vorteile einer genossenschaftlichen Zusammenarbeit**

Eine Genossenschaft stellt eine spezielle Kooperationsform, nämlich eine Kooperation bei der Trägerschaft, in einem bestimmten Funktionsbereich einzelwirtschaftlicher Aktionsfelder dar. Sie ist eine freiwillige Zusammenarbeit von gleichberechtigten, nach Eigennutz strebenden und außerhalb des Kooperationsbereiches selbstständig bleibenden Wirtschaftseinheiten, die davon ausgehen bzw. überzeugt sind, sie könnten bei nicht-individuellen Lösungen ihrer Aktionen einen größeren ökonomischen Vorteil erzielen als bei individuellem Vorgehen. [vgl. Neubauer (1996), S. 6f, Armbruster (1989)].

Die Mitglieder einer Genossenschaft gliedern gemeinsam einen bestimmten, bislang von ihnen selbst ausgeübten Funktionsbereich (oder mehrere zugleich) rückwärts oder vorwärts aus und übertragen ihn (oder sie) einem Organbetrieb, der dann auf einer vor- oder nachgelagerten Marktstufe tätig wird. Es wird dabei vorausgesetzt, dass die einzelnen Mitglieder je für sich allein solche Leistung nicht kostengünstiger und nicht wettbewerbsfähiger erstellen können. Sie treten mit dieser Betriebswirtschaft in eine funktionale Beziehung, um die von ihr erstellten ökonomischen Leistungen in Anspruch zu nehmen. Der Organbetrieb sowie sämtliche Mitglieder, die zugleich Träger und Kunden bzw. Lieferanten (bei der Hilfsgenossenschaft) oder Träger und Beschäftigte (bei der Produktivgenossenschaft) des Organbetriebes sind, bilden dann zusammen eine Genossenschaft. [vgl. Brockmeier (1994), S. 166ff und Eschenburg (1985), S. 193ff].

Der Interaktionskomplex in der Organisationsstruktur der Genossenschaft umschließt leistungsmäßige und organisatorische Beziehungen zwischen dem Organbetrieb und den Mitgliederwirtschaften. Der Komplexitätsgrad der Organisationsbeziehungen hängt dabei von dem Entwicklungsstand der Genossenschaft ab [vgl. Jäger (1991), S. 18ff und Betzler (1995), S. 192ff]. Der ökonomische Grund zum kooperativen Handeln besteht zunächst ganz allgemein in der Erweiterung der Handlungsspielräume der einzelnen Wirtschaftssubjekte, die sich in dem Ausschöpfen ihrer individuellen Möglichkeiten, d.h. in einem vermehrten individuellen ökonomischen Vorteil, niederschlägt [vgl. Brockmeier (1994), S. 166f]. Ein vermehrter Vorteil für den Einzelnen und für die Gruppe kann jedoch erst dann entstehen, wenn das gegebene

Faktorpotential durch die Zusammenarbeit besser genutzt werden kann als individuell. Die Bewertung des Vorteils ist also komparativ zu interpretieren [vgl. Europäische Kommission, (2004), COM/2004/0018, S. 1ff].

Die erzielbaren Vorteile durch die Genossenschaften lassen sich in drei Ebenen zusammenfassen: **Produktivitäts-, Macht- und Diffusionsvorteile**. Sie sind sowohl mikro- als auch makroökonomischer Natur [vgl. Dülfer (1995), S. 275ff und Jäger (1991), S. 236ff].

- Die **Produktivitätsvorteile** kommen darin zum Ausdruck, dass das Gesamtergebnis der Produktion infolge besser aufeinander abgestimmter Aktivitäten der Kooperationsteilnehmer steigt. Durch Arbeitsvereinigung, Arbeitsteilung oder durch Vermeidung von Doppelaktivitäten aufgrund der gemeinsamen Funktionsausgliederung lässt sich eine Kostendegression bzw. ein Rationalisierungseffekt erzielen.
- Die großbetrieblichen Kostenvorteile stellen zugleich die Voraussetzung der Machtwirkungen, d.h. der **Wettbewerbsvorteile**. Die Gruppenmitglieder erfahren dann entsprechende Verbesserungen ihrer **Machtstellung** auf den Märkten.
- Wenn die Genossenschaften Rationalisierungseffekte und Wettbewerbsvorteile in den Märkten erzielen, dann treten auch **Diffusionsvorteile** ein. Die Genossenschaften bilden aufgrund ihrer Organisationsstruktur und ihrer vielfältigen Tätigkeitsfelder eine günstige Plattform für die Absorption und Diffusion des technischen Fortschritts und somit für das Auffangen von Wachstumsimpulsen auf vor- oder nachgelagerten Märkten. Die Diffusion erfolgt zum einen durch Beratung, d.h. durch Vervollständigung des individuellen unzureichenden Informationsstandes in Produktion, Finanzierung und Vermarktung usw. und zum anderen durch marktorientierte Investitionstätigkeit des Organbetriebes oder der einzelnen Mitgliederwirtschaften. Die in beiden Fällen hervorgehenden Lerneffekte können auf die Dauer zu einer Breitenwirkung des technischen Fortschritts führen, indem die erzielten wirtschaftlichen Überschüsse durch die Genossenschaft für die Aufnahme von Neuerungen in der Produktion, der Vermarktung oder in der Betriebsorganisation investiert werden. Dadurch ließen sich erneute Kostensenkungen und/oder bessere Anpassung an die Markterfordernisse erreichen. Der Organbetrieb erhält zudem die Chance, die in vor- bzw. nachgelagerten Marktstufen vorhandenen Wachstumsimpulse aufzufangen und an die Mitgliederwirtschaften weiterzuleiten. Man könnte außerdem langfristig von den Genossenschaften erwarten, dass sie durch eigenes Wachstum und durch den Einfluss auf die vor- und nachgelagerten Produzenten vorhandene Wachstumsimpulse verstärken bzw. neue auslösen.

Die vorher genannten Wirkungen der Genossenschaften sind zwar möglich, sie treten aber nicht automatisch ein. Wenn sie tatsächlich realisiert werden, dann treten die Verbesserungen in der Kosten- und Wettbewerbssituation sowie in der Diffusionsförderung des technischen Fortschritts mehr oder weniger in verknüpfter Form gleichzeitig ein.

Regionen	Anzahl der Agrargenossenschaften	Umsatz in Euro	Arbeitsplätze	Anzahl der Mitglieder
Stere Ellada und Euböa	866	246.148,20	938	135.635
Peloponnes	1.066	408.155,53	1.242	106.060
Ionische Inseln	197	22.920,03	163	21.620
Ipiros	463	167.515,77	499	53.683
Thessalien	705	425.141,60	1.186	85.427
Makedonien	1.713	613.038,89	3.365	174.774
Thrakien	328	269.647,84	597	30.690
Ägäische Inseln	302	168.991,93	622	46.145
Kreta	710	446.083,64	1.170	92.778
<b>SUMMEN</b>	<b>6.350</b>	<b>2.767.643,43</b>	<b>9.782</b>	<b>746.812</b>

**Tabelle 18:** Die griechische Agrargenossenschaften, gegliedert nach Regionen.  
Quelle: PASEGES (= Dachverband der griechischen Agrargenossenschaften) 2000.

Die Erfüllung dieser an die genossenschaftliche Tätigkeit angeknüpften Erwartungen ist sicherlich als der Erfolg einer Genossenschaft auf dem jeweiligen Operationsfeld zu betrachten. Er ist die entscheidende Voraussetzung für den Bestand einer genossenschaftlichen Organisation. Er vermag zwar für die Leistungsfähigkeit einer Genossenschaft ein Kriterium darstellen, dennoch ist er keineswegs hinreichend für eine langfristig funktions- und lebensfähige genossenschaftliche Organisation. Dafür muss in der Organisation auch Stabilität hergestellt werden und das geschieht, wenn ein möglichst großer Markterfolg produziert werden kann. Die zu erbringende Marktleistung einer Genossenschaft muss zudem zur individuellen Zielerfüllung der Mitgliederwirtschaften beitragen. Produktivität und Effektivität einer Genossenschaft sind daher untrennbare Erfolgskomponenten. [vgl. Europäische Kommission, (2004), COM/2004/0018, S. 1ff].

### 3.4.1.2. Die Rolle der Genossenschaften bei der Marktstrukturierung

Die genossenschaftlichen Organisationen können in dualistischen Wirtschaften aufgrund ihrer Möglichkeiten und ökonomischen Vorteile als ein entwicklungspolitisches Instrument zur Organisierung von neuen Märkten und zum nachhaltigen Abbau von Störfaktoren in den bestehenden Märkten beitragen [vgl. Betzler (1995), S. 162ff]. Darüber hinaus können sie über die Märkte den Anschluss des rückständigen Wirtschaftsbereiches an den modernen Wirtschaftsbereich verwirklichen, und damit auch die marktwirtschaftliche Eingliederung der marginalen Wirtschaftstätigkeit in die einheitlich umfassende Organisation des nationalen Binnenmarktes. Die Genossenschaften können damit die sektorale und regionale Auseinanderentwicklung (Desintegration) aufgrund der fehlenden bzw. unzureichend entwickelten, gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen eindämmen, diesbezügliche Ausschließungsverhältnisse in Nutzungsverhältnisse verwandeln. Im Folgenden wird der Beitrag der Genossenschaften in diesem Zusammenhang näher erläutert.

#### **3.4.1.2.1. Die Genossenschaften als Instrument zur Organisation der Märkte**

Die Organisation von Märkten in einer dualistischen Wirtschaft umfasst vor allem folgende Aufgaben:

- Die lokalen Monopolringe müssen durchbrochen und die Monopolketten in der vertikalen Vermarktungsstruktur progressiv beseitigt werden.
- Es sollte ein Wettbewerbsmechanismus aufgebaut werden.
- Der Marktpreismechanismus, die Marktsignale und die Marktanreize sollen auf die einzelwirtschaftlichen Produktionspläne und Dispositionen hinwirken können.
- Die institutionellen Marktunvollkommenheiten (mangelhafte Markttransparenz, Marktzutrittsbarrieren, fehlende Impuls- und Innovationsdurchlässigkeit in den Märkten, Benachteiligung der marginalen Produktionstätigkeit usw.) sollen abgebaut werden.

Insgesamt sollen die unzureichend entwickelten Märkte auf eine solchen Weise beeinflusst werden, dass sie in den Bereich von organisierten Märkten hineinwachsen und damit der nationale Binnenmarkt erweitert wird.

#### **3.4.1.2.2. Auswirkungen der Genossenschaften auf die Marktstrukturelemente**

Die Genossenschaften ermöglichen im rückständigen Wirtschaftsbereich ihren Mitglieder häufig den ersten Zugang zum einem organisierten Markt überhaupt. Schon allein die Leistungsbeziehungen zwischen dem Organbetrieb und den Mitgliedern einer Marktgenossenschaft stellen indirekt einen Markt dar. Die relativ kleinen Mengen am Produktionsüberschuss der marginalen Mitglieder werden zusammengefasst und abgesetzt bzw. die kleinen Mengen an Konsum- oder Inputgütern in zusammengefasster Größe beschafft. Es entsteht auf diesem Wege ein agglomeriertes Angebots - bzw. ein agglomeriertes Nachfragepotential auf der entsprechenden Marktstufe, welches mit preispolitischen Vorteilen verbunden ist.

Die vorhandenen strukturellen Hindernisse für einen ungestörten Zugang der Marginalen zu den Beschaffungs- und Absatzmärkten oder zum Kreditsektor, die im rückständigen Wirtschaftsbereich von den Monopolringen bzw. Monopolketten aufrechterhalten werden, können durch den genossenschaftlichen Marktanschluss fortschreitend abgebaut werden. Die erzielten Überschüsse, die bislang von den Monopolringen bzw. Monopolketten einseitig absorbiert wurden, kommen dann der Genossenschaft zugute [vgl. Neubauer (1996), S. 28].

Die Mitglieder einer Genossenschaft im Kreditsektor (Spar- und Darlehenskasse) erhalten auch die Chance, zum organisierten Kreditmarkt Zugang zu finden, wozu sie bislang aufgrund der unzureichend entwickelten Marktinfrastruktur und/oder des Fehlens von marktüblichen Sicherheiten nicht fähig waren [vgl. Armbruster (1989), S. 189ff]. Auf diese Weise können sie nicht nur wie bisher an passiven sondern auch an aktiven Bankgeschäften teilnehmen. Sie wären dann nicht mehr auf die einseitig, monopolistisch diktierten Konditionen des ländlichen, nicht organisierten Kreditsektors angewiesen.



Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Marktzugang durch die Genossenschaft zur Erzielung des Markteinkommens und der Kaufkraft, zur Entstehung der ländlichen Nachfrage und schließlich zum beginnenden Abbau von Einkommensmissverhältnissen beiträgt. Er führt darüber hinaus zur Vermehrung der Vielfalt von Unternehmenstypen in der Wirtschaft und dadurch zur Erweiterung des privatwirtschaftlichen Bereichs von selbständigen Betätigungsmöglichkeiten.

Wenn durch die genossenschaftliche Tätigkeit auf einer Marktstufe Rationalisierungs- und Wettbewerbseffekte erzielt werden, dann können in entsprechenden Tätigkeitsfeldern eine positive Beeinflussung von Produktpreisen, Produktqualitäten, sonstigen Marktkonditionen sowie eine verstärkte Diffusion von Verfahrens- und Produktinnovationen erwartet werden. Unter günstigen Bedingungen kann dieser Vorgang letztlich zur Erschließung von neuen Märkten führen. Das geschieht zunächst dadurch, dass der organisierte Marktzugang neuer Anbieter und Nachfrager mittels Genossenschaften die bestehenden Versorgungslücken schließt, indem die genossenschaftlichen Leistungen in die untersten Einkommensgruppen eindringen und dort eine relativ billigere Versorgungssituation mit Konsum- oder Inputgütern herbeiführen [vgl. Karamichas (2004), S. 1ff].

Die Genossenschaft bringt ihre schwachen und verstreut liegenden Mitgliederwirtschaften in direkten Kontakt mit den Marktanzügen und den Marktsignalen (Preise, Mengen, Qualitäten usw.), der ihnen bislang verschlossen blieb. Diese Vorgänge können nunmehr in den Produktionsplänen und den Konsumpräferenzen der marginalen Existenzen Platz greifen. Je mehr die Genossenschaften dabei sowohl die Bezieher als auch die Anbieter bestimmter ökonomischer Leistungen organisatorisch erfassen und sie gemeinsam und mit einer relativ stärkeren Position in entsprechenden Märkten zum Auftritt verhelfen, umso wirksamer können sie die lokalen Abhängigkeitsverhältnisse von den Monopolringen und die einseitig diktierten Marktkonditionen in der Marktstruktur fortschreitend abbauen bzw. die Monopolringe durchbrechen.

Die wirtschaftlichen Überschüsse der Marginalen werden ohne die genossenschaftliche Zusammenarbeit und infolge des gestörten bzw. desorganisierten Marktzugangs zum erheblichen Teil an die lokalen Monopolringe übertragen. Diese Abhängigkeit kann durch die Genossenschaft teilweise abgebaut und eine relativ sichere (Markt-) Einkommensquelle, eine verbesserte Versorgung der Mitglieder mit Betriebsmitteln oder Krediten erschlossen werden.

#### **3.4.1.2.3. Ein- versus Vielzweckgenossenschaften**

Die Bezugs- und Absatzgenossenschaften dringen günstigenfalls in die vor- bzw. nachgelagerten Märkte auf lokaler Ebene ein. Auf diese Weise integrieren sie ihre Mitglieder als Lieferanten und Kunden in das lokale Wirtschaftsgeschehen. Sie können allerdings diesen Effekt umso stärker und breitenwirksamer verwirklichen, je mehr sie sich in Vielzweckgenossenschaften mit offenem Mitgliederkreis mit beschränkter Haftung und mit Nichtmitliedergeschäften organisieren. Ein solcher Genossenschaftstyp ist im Stande, einen hohen Integrationseffekt für die Mitglieder und

eine größere Breitenwirkung von genossenschaftlichen Leistungen im rückständigen Wirtschaftsbereich auszulösen [vgl. Dülfer (1995), S. 84ff].

Der Aufbau insbesondere des ländlichen Genossenschaftssektors kann auf lokaler Ebene nicht zwangsläufig mit Einzweckgenossenschaften beginnen. Es gibt viele Gründe dafür, dass es für die wirtschaftlich schwachen Marginalen rationeller wäre, sich in Mehrzweckgenossenschaften zu organisieren, indem sie mehrere Funktionsbereiche einem Organbetrieb übertragen. Denn die von verschiedenen Einzweckgenossenschaften wahrgenommenen Funktionsbereiche sind häufig miteinander eng verknüpft bzw. sie gehen ineinander über. Die Produktionssteigerung und -diversifizierung beispielsweise im Agrarsektor hängen häufig eng mit der Kreditversorgung, der Beschaffung von Inputgütern, der Vermarktung der Erzeugnisse oder mit der Produktions- und Marktberatung zusammen. Es wäre daher ökonomisch sinnvoll, diese Funktionen in einer Vielzahlgenossenschaft zusammenzufassen.

Die materielle Basis der einzelnen Genossenschaftsmitglieder und damit auch der Einzweckgenossenschaften ist normalerweise sehr schwach und unsicher. Das beeinträchtigt die Wirksamkeit und Stabilität der Organisation. Für den Erfolg einer Genossenschaft sind aber eine solide Wirtschaftsbasis und eine sichere Haftungsgrundlage unabdingbar. Darüber hinaus ist der Umsatz an angebotenen oder nachgefragten Konsumgütern und Betriebsmitteln infolge der schwachen Produktionsgrundlage der kleinen Einzweckgenossenschaften gering und teilweise auch saisonalen Schwankungen unterworfen. Ähnliches gilt für den Umfang der Kreditgeschäfte. Das Volumen der wirtschaftlichen Transaktionen ist bei kleinen Einzweckgenossenschaften relativ gering. Aus diesen Gründen sind deshalb solche Genossenschaften, die häufig nur auf dörflicher Basis organisiert werden, als Unternehmungseinheiten zu klein, um rationell arbeiten und wirksam werden zu können.

Den vorher genannten Umständen kann man durch die Zusammenfassung mehrerer Funktionen in einer Vielzahlgenossenschaft entgegenwirken. Höheres Geschäftsvolumen, d.h. größeres Angebots- und Nachfragepotential und höhere Mitgliederzahlen können entsprechend zur rationellen Abwicklung der Marktbeziehungen und zur Breitenwirkung genossenschaftlicher Leistungen beitragen. Das entspricht auch den praktischen Erfahrungen Deutschlands mit der Raiffeisenkasse, die sich auf niedrigem Entwicklungsniveau als geeignet erwiesen hat und in der das Warengeschäft mit der Kreditgewährung verbunden wurde [vgl. Jäger (1991), S116f]. Die unternehmerischen Entscheidungen und Aktivitäten in Beratung, Verwaltung, Personalführung, Rechnungswesen und Ausbildung können auf diesem Wege zentralisiert werden, ohne die dezentrale Gestaltung der wirtschaftlichen Tätigkeit der einzelnen Mitglieder zu beeinträchtigen. Es soll aber zugleich erwähnt werden, dass es sich dabei als schwierig erweisen kann, eine wirtschaftliche und soziale Homogenität in der komplexen Mitgliedergruppe zu verwirklichen. Das kann auf den Erfolg der Genossenschaft im Innen- und Außenverhältnis nachteilig einwirken.

#### **3.4.1.2.4. Die Genossenschaften bei der Einführung von Innovationen**

Eine Genossenschaft kann die Hemmnisse in der verhärteten Marktstruktur durchbrechen, die bislang das Durchdringen von Innovationen behindert hatten, indem sie als Träger und Empfänger von Innovationen auftritt. Auch die menschlichen Willens- und Fähigkeitsbarrieren bei der Übernahme von Innovationen können durch zunehmende Verbreitung von Lerneffekten schrittweise überwunden werden [vgl. Heinzelmann (1986), S. 90ff]. Die gemeinsame Informationsbeschaffung und -vermittlung senkt die Informationskosten und bringt die einzelnen Mitglieder in den Vorteil großbetrieblichen Informationsstandes. Daher könnte durch die genossenschaftlichen Organisationen eine erhöhte Impuls- und Innovationsdurchlässigkeit in den entsprechenden Märkten des rückständigen Wirtschaftsbereiches erwartet werden.

Der besondere Vorteil der Genossenschaften bei der Einführung und Anwendung von Innovationen ist, dass die innovativen Elemente nicht in isolierter Form und nicht als Fremdkörper in das Gefüge ihrer Mitglieder sondern in einem sachlichen Zusammenhang und in einer umfassenden Form aufgenommen werden können. Zur Verdeutlichung dessen wird folgendes Beispiel aufgeführt.

Die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten aus ökologischem Landbau steigt und die ländlichen Absatzgenossenschaften wollen diese Produkte in ihr Leistungsprogramm aufnehmen. Wenn sie diese Entscheidung realisieren, dann wird es häufig notwendig sein, beispielsweise den Boden anders zu bearbeiten, eine andere Arbeitsorganisation in der Produktion durchzuführen, einen Beratungsdienst über Kosten- und Preisverhältnisse, über Ersatzinvestitionen und Kapazitätsausnutzung und schließlich über Umfang und Qualität der Produktion sowie über die Verpackung und Werbung des Produktes einzurichten. Ein Marktimpuls auf der Nachfrageseite löst damit einen vielschichtigen Innovationsprozess auf der Angebotsseite aus, der ohne die genossenschaftliche Tätigkeit im rückständigen Wirtschaftsbereich kaum möglich wäre.

Die Genossenschaften der Produzenten, des Handels und der Verbraucher im rückständigen Wirtschaftsbereich, seien sie in städtischen oder ländlichen Marginalbereichen, können ihren Mitgliedern zum organisierten Zugang zu den vor- oder nachgelagerten Märkten verhelfen, indem sie in ihrem Leistungsprogramm Massenkonsumgüter oder Inputgüter führen, entsprechende Marktinfrastruktur (Lagerhäuser, Handelsbetriebe, Verteilungszentren) errichten, Transportfunktionen übernehmen usw.

Anhand der vorherigen Beispiele lässt sich über die Vorteile der genossenschaftlichen Zusammenarbeit Folgendes feststellen:

- Die Produktionsvielfalt und die Produktionsqualitäten werden durch gezielte Beratung erhöht.
- Die Notverkäufe zu niedrigen Pauschalpreisen bzw. der Qualitätsverderb der Erzeugnisse infolge der fehlenden Markteinrichtungen (Lagerung, Transport) wird verhindert.
- Die Beschaffungs- und Absatzmarktstellung der marginalen Verbraucher und Produzenten (Handwerker, Bauern usw.) wird teilweise verbessert, indem der genossenschaftliche Organbetrieb als ein neues lokales Unternehmen auf den Markt kommt und dort agiert.
- Die Genossenschaften können bei entsprechend erfolgreicher Tätigkeit als ein Instrument zum Durchbruch der lokalen Monopolringe angesehen werden.

Die vorher aufgeführten positiven Tatbestände dürfen nicht zu der Schlussfolgerung führen, dass die innerbetrieblichen und außerbetrieblichen Wachstumschancen der griechischen Genossenschaften im rückständigen Wirtschaftsbereich ohne weiteres gegeben und gesichert sind. Sie sind wirtschaftlich oft zu schwach, um den Unzulänglichkeiten der desorganisierten und desintegrierten Märkte im rückständigen Wirtschaftsbereich wirksam zu begegnen.

Wenn die marginalen Wirtschaftseinheiten durch Genossenschaften in die Märkte eingegliedert werden, dann bedeutet das noch nicht, dass sie auch in den marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerb integriert werden. Der Wettbewerb vollzieht sich im rückständigen Wirtschaftsbereich, wenn überhaupt, unter denkbar ungleichen Bedingungen der Marktteilnehmer (man denke nur an die Monopolketten). Ihre Eingliederung in diese Märkte ist gleichzeitig ihr schwerwiegender Nachteil, denn sie sind meistens wirtschaftlich zu schwach, um sich dort überhaupt behaupten zu können. Außerdem ist die unzureichende materiell-wirtschaftliche Basis der griechischen Genossenschaften ein entscheidender Grund für eine unzureichende regionale und überregionale Eingliederung der lokalen Wirtschaftstätigkeit. Ihr Wirkungskreis bleibt meistens relativ eng. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, wie die Genossenschaften diesen Schwierigkeiten entgegenwirken können.

#### **3.4.1.2.5. Der Beitrag der Genossenschaften zur Erweiterung der Binnenmärkte**

Die Genossenschaften können in dualistischen Wirtschaften schon bei der Erfüllung traditioneller Funktionen einen mikro- und makroökonomischen Beitrag leisten. Für ihr organisatorisches und störungsfreies Wachstum ist allerdings noch erforderlich, dass sie in Märkten sowohl horizontal als auch vertikal ihren Einfluss auf die Marktvorgänge und ihren Wirkungskreis in der Marktorganisation ausbauen müssen. Das bedeutet, dass neue genossenschaftliche Betätigungsfelder durch Gründung entsprechender Operationszentralen erschlossen werden müssten, damit die örtlichen Genossenschaften in die Lage versetzt werden, zwischen den Teilsektoren einer dualistischen Wirtschaft intermediäre Märkte zu organisieren und auf diesem Wege den marktmäßigen Anschluss des rückständigen an den modernen Wirtschaftsbereich zu realisieren. Das würde eine Erweiterung des organisierten, nationalen Binnenmarktes bedeuten.

Dieses entwicklungspolitischen außerordentlich wichtige Vorhaben können die Genossenschaften auf dem Wege der horizontalen und vertikalen Integration verwirklichen. In der wirtschaftswissenschaftlichen Terminologie wird unter **horizontaler Integration** der Genossenschaften der Zusammenschluss von Genossenschaften der gleichen Marktstufe untereinander verstanden. Sie schließen sich zur Gründung regionaler oder überregionaler Zentralgenossenschaften zusammen, um Rationalisierungs-, Wettbewerbs- und Diffusionseffekte erneut und stärker zu fördern [vgl. Jäger (1991), S. 113ff und Münkner (1991), S. 73ff]. Als solche Beispiele seien die regionalen Zentralgenossenschaften von Kredit-, Absatz- oder Konsumgenossenschaften genannt. Auf diese Weise bauen sie dann ihre Aktivitäten und ihren Wirkungskreis aus, erhöhen ihre mikro- und makroökonomischen Beiträge und realisieren den Anschluss des jeweiligen Genossenschaftssektors an den nationalen Markt. Infolge eines konzentrierten

Angebots bzw. einer konzentrierten Nachfrage schaffen sie dann die Möglichkeit zur Beeinflussung der Marktgegenseite.

Unter **vertikaler Integration** der Genossenschaften verstehen wir das Eindringen der Genossenschaften in vor- oder nachgelagerte Marktstufen. Die genossenschaftlichen Unternehmen verschiedener Marktstufen eines Sektors errichten beispielsweise eine übergeordnete, zentralgenossenschaftliche Organisation zur Veredelung von agrarischen Urprodukten seitens der lokalen Absatz- und Konsumgenossenschaften. Die Organisation wird dann von ihnen getragen. Umgekehrt kann eine Zentral- Absatzgenossenschaft in diese nachgelagerte Be- und Verarbeitungsstufe eindringen und dort ein Unternehmen gründen, das die Veredelung der Urproduktion vornimmt und/oder noch die weitere Vermarktung mittels eigener Vermarktungszentralen durchführt. In der vertikalen Marktstruktur wird damit eine neue genossenschaftliche Zwischenstufe errichtet. Durch diese Substitutionsbildung schalten sie entweder das bislang dort tätige Mitglied der Monopolkette aus oder sie können seine Monopolsituation zumindest in Frage stellen. Die hintereinander eingeschalteten Genossenschaften können daher eine genossenschaftliche Säule aufbauen.

Probleme und Möglichkeiten des genossenschaftlichen Integrationsvorganges in Griechenland werden an dieser Stelle lediglich unter dem besonderen Aspekt der genossenschaftlichen Marktstrukturierung behandelt. Zur Darstellung der horizontalen Integration im Genossenschaftssektor ziehen wir die Kreditgenossenschaften in Betracht. Die vertikale Integration wird am Beispiel von Bezugs- und Absatzgenossenschaften demonstriert. Vorweg ist dennoch zu betonen, dass isolierte vertikale Vorstöße einzelner Genossenschaften wegen ihrer wirtschaftlichen Schwäche und infolge der bestehenden Marktzutrittsbarrieren kaum möglich sein werden und deshalb den Zentralgenossenschaften eine besondere Rolle in der Marktstrukturierung zukommen wird.

#### **3.4.1.2.6. Horizontale Integration am Beispiel der Kreditgenossenschaften**

In der dualistischen Kapitalmarktsituation ist die Kreditbeschaffung für die traditionelle Landwirtschaft und für das Kleingewerbe (Handwerk) im rückständigen Wirtschaftsbereich recht schwierig bzw. fast unmöglich. Die Ertragslage der handwerklichen und der bäuerlichen Betriebe ermöglichen nur eine eingeschränkte Grundlage für die Eigenkapitalbildung und sind deshalb häufig auf Fremdkapital angewiesen. Auf dem organisierten Kreditmarkt können sie im Wettbewerb mit übrigen Kapitalnachfragern kaum konkurrieren, weil sie einen nur desorganisierten Marktzugang haben. Daher kann die Erst- oder Ersatzinvestitionen z.B. zum Zwecke der Intensivierung, der Diversifizierung und der Umstellung der Agrarproduktion oder zur Vermarktung von Erzeugnissen und zur Beschaffung von Betriebsmitteln entweder kaum oder nur zu teuer finanziert werden. Die Kleinproduzenten können daher die Entwicklungsimpulse nicht auffangen bzw. auf sie nicht reagieren und deshalb bleiben für sie die Massenproduktionsvorteile aus.

Die Kredite der ländlichen Händler und Pfandleiher, die die Warengeschäfte mit Geld- oder Kreditgeschäften koppeln, führen nur noch zu unerschwinglichen Marktkonditionen zu Lasten der Marginalen und zu deren Abhängigkeit von Monopoloringen. Der aktuellen, hohen

Kreditbedarfslage der Marginalen steht somit die unzureichende, unentwickelte und teure Kreditversorgungslage des mittelständischen Handels, Gewerbes und Agrarsektors gegenüber. Ihnen ist der Zugang zum organisierten Kreditmarkt weitgehend verschlossen.

Diese kreditäre Unterversorgung der schwachen Produktionszweige und die fehlende Kapitalmarktinfrastruktur zum Zwecke der Ersparnisbildung und des Kapitalverkehrs eröffnen gleichzeitig den Funktionsbereich der Spar- und Kreditgenossenschaften. Sie sollen zum einen die Versorgung der Mitglieder mit kurzfristigen Betriebsmittelkrediten oder die Bereitstellung von langfristigen Investitionskrediten übernehmen und zum anderen dazu beitragen, ihren Mitgliederwirtschaften neben dem Passivgeschäft der Kreditinstitute auch die Beteiligung am Aktivgeschäft zu ermöglichen. Sie strukturieren zum einen eine Kreditmarktinfrastruktur und regen zum anderen die Ersparnisbildung und den Kapitalverkehr an. Es ist daher zu erwarten, dass insbesondere der Zugang zur organisierten Kreditversorgung die wirtschaftliche Lage der marginalen Produzenten und des Mittelstandes erheblich und nachhaltig verbessern würde.

Um auch auf regionaler Ebene und auf höherer Organisationsstufe wirksam werden und rationeller arbeiten zu können, müssen sich die örtlichen Genossenschaften des Spar- und Kreditsektors in Zentralgenossenschaften zusammenschließen. Manche örtlichen Primär-genossenschaften können sich beispielsweise in finanzieller Schwäche befinden und deshalb unfähig sein, ihren Mitgliedern erforderliche Kredite einzuräumen. In diesem Fall werden die Mitglieder bei der Konkurrenz neue Kreditquellen erschließen müssen, während manche andere Genossenschaft vielleicht zwar über genügend Mittel verfügt, aber infolge unzureichender Kreditnachfrage geringe Anlagemöglichkeiten hat. Diese vorhandenen Mittel können über regionale Zentralen zu den Stellen weitergeleitet werden, an denen eine Kreditnachfrage besteht. Auf diese Weise können die regionalen Zentralen infolge einer räumlichen und wirtschaftlichen Ausdehnung des Geschäftsbereiches einen Ausgleich zwischen der Kreditnachfrage der Mitglieder und dem Kreditangebot der Institute herbeiführen.

Die Zentralgenossenschaft kann aber nicht nur einen rein sachlichen sondern auch einen zeitlichen und einen regionalen Ausgleich des Geschäftsverkehrs herbeiführen. Sie kann verschiedene Mitgliederkategorien ansprechen, die zu unterschiedlichen Zeiten einen Kreditbedarf haben. Die regionalen Unterschiede im Kreditbedarf und im Kreditangebot infolge unterschiedlicher Ertragslage, Kapitalstärke oder unterschiedlicher Rentabilität ihrer Mitglieder verschiedenster Wirtschaftszweige können durch die Zentralgenossenschaft leichter und sinnvoller ausgeglichen werden.

Die Zentralgenossenschaften führen außerdem auch einen Risikoausgleich herbei. Die Mitgliedergruppe der Zentralgenossenschaft verschiedener Berufszweige und verschiedener Orte ist heterogen. Die Kreditrisiken werden bei der Vielfalt der Gruppen geringer als bei einer kleinen homogenen Gruppe, in der eine etwaige Änderung der wirtschaftlichen Situation den Bestand der Genossenschaft härter zu treffen vermag. Darüber hinaus kann die Zentrale auch die genossenschaftliche Geschäftspolitik, beispielsweise hinsichtlich der Stetigkeit in der Zinspolitik, günstiger koordinieren.

Die Zentralkassen sind schließlich in regional beschränkten Wirtschaftsräumen tätig. Um einen überregionalen Wirkungskreis zu erschließen, können die Zentralgenossenschaften gemeinsam ein nationales Dachinstitut gründen, das gleichzeitig die Querverbindungen zu den einzelnen Genossenschaftssparten herstellt und auf diese Weise den Geldverkehr innerhalb der genossenschaftlich organisierten Wirtschaft der Tendenz nach schließt.

#### **3.4.1.2.7. Vertikale Integration am Beispiel von Bezugs- und Absatzgenossenschaften**

Die Zentralgenossenschaften werden gegenüber den etablierten Unternehmen einer Monopolkette erst dann auf die Dauer standhalten und wachstumträchtige Betätigungsfelder erschließen können, wenn sie durch vertikale Integrationsvorgänge, sei es rückwärts oder vorwärts, in neue Marktstufen vorstoßen. Die Herausbildung einer Vertikalstruktur in einem bestimmten Genossenschaftssektor stellt für die Zentralgenossenschaften einen Versuch dar, die Marktabhängigkeit von den vor- oder nachgelagerten Marktstufen abzubauen sowie den Ablauf und die Gestaltung des Marktgeschehens weiter zu beeinflussen, wozu die einzelnen Genossenschaften bei isoliertem Vorgehen kaum fähig wären. So können die ländlichen Zentralabsatzgenossenschaften, die ihren Ursprung in der marginalen Wirtschaftstätigkeit des rückständigen Wirtschaftsbereiches haben, in bisher nicht erschlossene Märkte einbrechen, dort auf dem Nahrungsmittelmarkt tätig werden und die Macht der Marktgegenseite nivellieren.

Wenn einer Zentralgenossenschaft der Schritt zur kooperativen Substitutionsbildung in den vor- oder nachgelagerten Marktstufen gelingt, dann bedeutet dieser Vorstoß, dass sie in den wachstumsträchtigen Verarbeitungs- und Handelsstufen durch Erbringung von komplementären Sach- und Dienstleistungen die Möglichkeit erschließen, bestimmte Ausschnitte der Monopolkette auszuschalten und am Letztverbraucherpreis ihrer Erzeugnisse teilzuhaben. Denn der Großteil der Verbraucherpreise wird sonst innerhalb der Stufen der Be- und Verarbeitung und der Distribution aufgefangen. Die Marktanreize, z.B. Preiserhöhungen wirken dann bei den Genossenschaften umso mehr als Produktionsimpulse, je weniger sie von den zwischengeschalteten Distributions- und Verarbeitungsstufen der Vermarktungswege absorbiert werden.

Durch die Vorwärts- bzw. Rückwärtsintegration können ferner die von dem letzten Pol einer Marktkette ausgehenden Impulse, die bislang nur von den Verarbeitungs- und Distributionsstufen der Monopolkette aufgegriffen werden konnten, von jeweiligen Genossenschaften wirksam aufgefangen werden. Demzufolge kann die genossenschaftliche Integration als ein Instrument betrachtet werden, das die bisherigen starren Marktstrukturen dazu befähigt, Entwicklungsimpulse zu tragen. Auf diese Weise organisieren die Genossenschaften einer Sparte Ansätze für marktwirtschaftliche Integrationsvorgänge zwischen den verschiedenen Sektoren und Regionen. Ob dieser Ansatz eine durchgreifende Verbreitung findet, hängt gewiss zum einen von ihrem weiteren Markterfolg und den Nachahmungen anderer Genossenschaftssparten und zum anderen von der Reaktion und der Durchschlagskraft monopolistischer Unternehmen in betreffenden Marktstufen ab.

#### **3.4.1.2.8. Der Abbau von Monopolketten durch genossenschaftliche Organisationen**

Die Monopolketten weisen ein hohes Ausmaß an Stabilität aus, weil die Kettenmitglieder auf einem Beschaffungsmarkt (bzw. Absatzmarkt) dauernd von den jeweiligen vorgelagerten (bzw. nachgelagerten) Monopolisten wirtschaftlich abhängig sind. Der Kettenführer ist verständlicherweise an keiner Veränderung seiner monopolistischen Marktposition innerhalb der Gesamtkette interessiert. Jedes Mitglied in der Kette ist lediglich daran interessiert, dass seine Marktabhängigkeit gegenüber dem vorgelagerten Monopolisten verringert, nicht aber seine Monopolmacht gegenüber dem nächsten Kettenmitglied abgebaut wird. Dieser Zustand stellt das entscheidende Hindernis im Bemühen zur Überwindung von Monopolketten dar. Trotzdem sollte zumindest der Versuch unternommen werden, diese starre Marktstruktur impulsdurchlässiger zu gestalten und ein höheres Maß an Wettbewerb zu erreichen.

Dieses entwicklungspolitisch wichtige Vorhaben könnte auf zwei Wegen realisiert werden. Man kann die Monopolkette entweder von unten beginnend aufrollen, indem man sie zu der Spitze der Kette hin fortschreitend in Genossenschaften organisiert oder man kann die Genossenschaften in einem mittleren Glied der Kette ansetzen und dann entsprechend in der Kette derart vorrücken, dass man von dort aus die Kette zur Spitze hin aufrollt, um auf diese Weise durch Genossenschaften jeweils die vorgelagerte monopolistische Marktmacht zu beseitigen. In der Praxis ist jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten zu rechnen, wenn es darum geht, die vorstehend geschilderten Schritte zu vollziehen. Das wird auch das folgende Beispiel verdeutlichen.

Wir stellen uns folgende Situation vor: Eine Anzahl Verbraucher im rückständigen Wirtschaftsbereich, fragt nach bestimmten Konsumgütern und/oder einige Kleinproduzenten desselben Bereichs wollen Betriebsmitteln bzw. Erzeugnisse agrarischen und handwerklichen Ursprungs absetzen. Diese Produzenten und Verbraucher befinden sich jeweilig am Ende einer Monopolkette. Sie haben ihre Marktbeziehungen zu dem Beschaffungs- und dem Absatzmarkt bislang über eine Monopolkette abgewickelt. Ihre Ausgangssituation wird verändert, wenn diese Anbieter und Produzenten beginnen, sich in Genossenschaften zu organisieren. Es wird verhältnismäßig einfach sein, sie dazu zu bewegen, denn sie sind diejenigen, die als Endglied einer Monopolkette in ihrer Abhängigkeit (Verschuldung, Lieferantenabhängigkeit usw.) unter der ganzen Situation nur leiden. Von jeder anderen Organisation der Beschaffung oder des Absatzes ist daher eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation zu erwarten. Die bisherige Abhängigkeit erweist sich damit für den Zusammenhalt und die Stabilität in der genossenschaftlichen Mitgliedergruppe als positiver Faktor.

Wie allerdings an anderer Stelle aufgezeigt wurde, sind die vorhandenen Marktstrukturen denkbar ungeeignet, in der anfänglichen Phase der genossenschaftlichen Aktivität die betroffenen Marginalen ohne weiteres zum Beitritt in die Genossenschaft zu bewegen und dann entsprechende Markterfolge zu verzeichnen. Häufig ist die Entscheidungsfreiheit der Kleinproduzenten (Pächter, selbständige Kleinbauern, Handwerker) und der marginalen Händler und Konsumenten zum Beitritt einer Genossenschaft erheblich eingeschränkt. Der Hauptgrund liegt darin, dass sie in irgendeiner Weise von den lokalen Monopolringen oder von den vorgelagerten



Mitgliedern einer Monopolkette abhängig sind, beispielsweise durch Lieferantenabhängigkeit. Die Großgrundbesitzer können sich, vor allem in den ländlichen Gebieten aufgrund ihrer Macht gegenüber den Genossenschaften durchsetzen und deren Aktionsfähigkeit durch Preisunterbietungen, vorzeitig Ankauf der Ernte und durch sonstige ruinöse Aktionen lähmen. Durch den Eintritt in eine Genossenschaft können aber auch die Marginalen eine Einschränkung ihres individuellen Handlungsspielraumes empfinden. Dieses Hindernis sollte seitens des Staates durch Überzeugungsarbeit ausgeräumt werden [vgl. Karamichas (2004), S. 1ff].

Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, den Dorfeinzelhändler oder den Einzelhändler im marginalen Bereich städtischer Wirtschaftsräume zum Beitritt in eine Händler-Einkaufsgenossenschaft zu bewegen. Denn sie werden immer bestrebt sein, ihre monopolistische Marktmacht gegenüber ihren Kunden weiterhin aufrechtzuerhalten, und zwar trotz der Tatsache, dass sie unter der Marktabhängigkeit von dem ihnen vorgelagerten Mitglied der Monopolkette (Grosshändler) leiden und bei der Fortsetzung der Situation mit Sicherheit weiterhin leiden werden. Sie werden aber, sofern man ihnen eine betriebswirtschaftlich vertretbare Geschäftspolitik zumuten kann, diesen Schritt tun, wenn ihr Gewinn infolge günstigerer Einkaufspreise die Schmälerung des Gewinns infolge niedrigerer Verkaufspreise übersteigt. Denn nur ein erhöhter Gewinn bzw. ein erhöhtes Einkommen schaffen erst Kompensationsmöglichkeiten und können sie zur genossenschaftlichen Kooperation veranlassen [vgl. Zeitung to Wima, (1998)].

Wenn sich aber auch die Kunden der genannten Monopolisten in Genossenschaften organisieren, dann dürfte ein schlagartiges Umdenken der Monopolisten erwartet werden, auch wenn sie anfänglich mit allen Mitteln ihre Marktmacht zu verteidigen versuchen werden. Deshalb werden der Möglichkeit, die Monopolkette von unten beginnend aufzurollen, bessere Erfolgchancen eingeräumt.

Die zweite Alternative, genossenschaftliche Organisationen auf der Ebene einer mittleren Stufe einer Monopolkette anzusetzen und auf diesem Wege die jeweilig vorgelagerte monopolistische Marktmacht abzubauen, ist vor allem mit erheblichen finanziellen und technisch-organisatorischen Problemen verbunden. Denn diese Vorgehensweise erfordert erhebliche Investitionen in Sachanlagen, bessere Qualifikation des kaufmännischen Personals und eine Widerstandskraft gegenüber den ruinösen Marktpraktiken, die von den etablierten Monopolisten zu erwarten sind. Damit wird schon an dieser Stelle die strategische Rolle der staatlichen Förderungspolitik indirekt angedeutet, worauf noch einzugehen sein wird.

Der Vorstoß einer Genossenschaft in die Marktstufen, unter deren Diktat die Kleinproduzenten, Einzelhändler, Verbraucher bisher nur in einer abhängigen Marktposition agieren konnten, ist zunächst einer Gegenreaktion der Monopolisten ausgesetzt, die ihre bedrohte Position verteidigen werden. In einer solchen Situation kann den Genossenschaften nicht zugemutet werden, dass sie ohne weiteres in diesen harten und ungleichen Wettbewerb hineinstoßen und sich dort erfolgreich behaupten können. Deshalb darf insbesondere der Staat, der sich mit seiner Förderungspolitik im Genossenschaftssektor einsetzen will, seine in die Genossenschaften gesteckten Erwartungen nicht allzu hoch stellen. Er soll sie anfangs vor einem zu starken

Wettbewerb bzw. vor einem allzu sehr unterentwickelten Wettbewerb mit ungleich starken Mitbewerbern aktiv schützen.

Ein Industrieunternehmen könnte beispielsweise auf die Gründung einer Absatzgenossenschaft auf seinem Beschaffungsmarkt derart reagieren, dass es seine Beschaffungsorganisation schlagartig umstellt und die ausländischen Lieferanten bevorzugt, um die Marktgegenmacht einer Genossenschaft zu bekämpfen und deren Zugang zu der Großhandelsebene zu sperren. In diesem Fall finden die genossenschaftlichen Erzeugnisse, die weiter be- und verarbeitet werden müssen, keinen Abnehmer. Diese Situation zwingt dann die Genossenschaft zu einer sekundären Marktausweitung, d.h., sie hat dann durch die genossenschaftliche Substitutionsbildung auf der verarbeitenden Marktstufe tätig zu werden, um die Lücke in der Vertikalstruktur zu schließen und auf diese Weise zu überleben. Damit verlagert sich der Wettbewerb von der Großhandelsstufe auf die verarbeitende Marktstufe. Die Genossenschaft kann dann auf dieser Stufe eine Machtposition erlangen.

Der vertikale Vorstoß einer Genossenschaft bzw. einer Zentralgenossenschaft in die verarbeitende Marktstufe kann in folgenden Formen erfolgen:

- Die Genossenschaft kann durch Substitutionsbildung alleine vorstoßen.
- Die Absatzgenossenschaft arbeitet mit einer Bezugsgenossenschaft der Händler oder Verbraucher zusammen und sie gründen gemeinsam ein Verarbeitungsunternehmen.
- Der Staat gründet ein geeignetes Unternehmen auf der verarbeitenden Marktstufe, um dort in der Monopolkette als Abnehmer aufzutreten und einen Konkurrenzeffekt auszulösen. Dieses Unternehmen kann dann nach und nach der genossenschaftlichen Benutzung zur Verfügung gestellt werden.
- Wenn auf der Abnehmerseite eine Mehrzahl von konkurrierenden Verarbeitungsunternehmen vorhanden ist, dann kann die Zentralgenossenschaft mit ihnen eine vertikale Integration in Form einer Vertrags- oder Beteiligungsbindung koordinieren.

#### **3.4.1.2.9. Auswirkungen des genossenschaftlichen Integrationsprozesses**

Bereits mit der horizontalen Integration der Genossenschaften auf der Erzeuger- oder der Handelsstufe werden die Marktbeziehungen zu den Abnehmern oder Anbietern tendenziell fester, gleichgewichtiger und transparenter. Die horizontale Kooperation in der Erzeugerstufe ist normalerweise mit einer quantitätssteigernden Wirkung verbunden. Da aber die Märkte vor allem in den rückständigen Wirtschaftsbereich Griechenlands nicht gesättigt sind, kann das kaum zu einem regionalen Überschusseffekt führen, der zusätzliche Vermarktungsprobleme mit sich bringen würde.

Von der horizontalen Integration der Genossenschaften ist zunächst der Abbau der Marktmacht der Mitkonkurrenten zu erwarten. Der Marktanteil der bisherigen monopolistisch orientierten Unternehmen auf der Marktstufe erfährt eine Schmälerung und ihre Verhaltensweisen werden beeinflusst, nachdem die Einzelhändler, Verbraucher oder Produzenten durch ihre Zentralgenossenschaft auf entsprechenden Marktstufen eine Marktmacht herstellen und damit ein

wirksames Gegengewicht zu den Marktpartnern der Marktgegenseite bilden. Auf diese Weise können sie die Marktgegenseite zu Effizienzerhöhungen in der Produktion der Marktleistungen veranlassen bzw. zwingen. Das löst dann einen Wettbewerbsprozess zwischen einer Zentralgenossenschaft von Produzenten, Händlern und Verbrauchern und den monopolistischen Unternehmen der Monopolkette aus.

Mit der Bildung übergeordneter genossenschaftlicher Zentralen, beispielsweise auf regionaler Ebene, werden zusätzliche Funktionen wahrgenommen und darüber hinaus zusätzliche Vorteile erzielt. Die zentral-großbetriebliche Abwicklung von Bezug, Absatz, Transport, Lagerung und Bearbeitung, Finanzierung, Ausbildung und schließlich Beratung über Produktionsvolumen und Produktionsqualitäten, Marktpreisentwicklung, Standardisierung, Werbung und Verpackung bringt für die Mitgliederwirtschaften erneute großbetriebliche Kosten-, Wettbewerbs- und Diffusionsvorteile. Die ursprünglich monopolistischen Unternehmen in der Vermarktungskette können ausgeschaltet werden (bzw. ihre Macht wird abgebaut). Das kann zu einer Rationalisierung des Vermarktungsvorganges infolge der Kürzung der Vermarktungsspannen (aufgrund der Eliminierung von überhöhten Gewinnen oder aufgrund der Senkung von Vermarktungskosten) führen.

Durch großbetriebliche Durchführung von zusätzlichen Funktionen können die Zentralen der Genossenschaften darüber hinaus auch die Marktpreisschwankungen abschwächen, die sich vor allem aus der räumlich und zeitlich bedingten Angebotselastizität an Agrarerzeugnissen ergeben. Das könnte dann bei ihren Mitgliedern eine relative Erlösstabilisierung herbeiführen. Auf diese Art der Marktbeeinflussung können Preisverhältnisse den Knappheits- bzw. Überschussverhältnissen der betreffenden Güter entsprechend angepasst werden, zumindest auf lokalen Märkten.

Die Gründung genossenschaftlicher Zentralorganisationen und deren Vorstoß in der Vertikalstruktur erscheint umso dringlicher, je mehr die Erzeugnisse in entfernten Gebieten abgesetzt werden (z.B. innerhalb der EU) oder je umfangreicher die zusätzlichen Produktions- und Handelsleistungen (Standardisierung, Be- und Verarbeitung, Verpackung usw.) zu erbringen sind. Darüber hinaus ist sie auch umso notwendiger, je mehr die Märkte monopolistisch strukturiert sind und je weniger die einzelnen Genossenschaften eine unzureichende wirtschaftliche Basis für die Wettbewerbsfähigkeit besitzen und deshalb einer finanziellen und technisch-organisatorischen Unterstützung bedürfen.

Durch den vertikalen Vorstoß der Genossenschaften in die bestehende Marktstruktur wird der Versuch unternommen, Märkte auf regionaler Ebene zu organisieren und den genossenschaftlichen Anschluss an die Angebots- und Nachfragezentren zu realisieren. Mit steigendem Markterfolg des Genossenschaftssektors können regionale Vermarktungsschwerpunkte gebildet werden, in der zwischen den verschiedenen Regionalzentralen selbst ein Wettbewerbsverhältnis erzeugt werden kann, und zwar wenn es dabei zu Überschneidungen von Interessen kommt beispielsweise bei gleichen Absatzgebieten. Kurzfristig ist jedoch dieser intergenossenschaftliche Wettbewerbseffekt für Griechenland kaum zu erwarten. Bei der derzeitigen Situation geht es vor

allem darum, durch Kooperation und Integration in den bereits genannten Marktstufen Konkurrenz zu erzeugen. Dabei sind vorerst Oligopol- und günstigenfalls Polypoleffekte zu erwarten.

Wenn es den Zentralgenossenschaften gelingt, mittel- und langfristig ihren Markterfolg zu behaupten und den sektoralen und räumlichen Wirkungskreis ihrer Leistungen auszudehnen, dann kann von ihnen erwartet werden, dass sie eine Leistungsverflechtung zwischen den bislang voneinander isolierten Teilsektoren und -regionen herstellen. Sie sind dann im Stande durch Organisation von regionalen Märkten, neue Produktionsstandorte und neue umfangreichere Versorgungsbereiche zu erschließen. Die bislang miteinander unzureichend verbundenen Teilbereiche der dualistischen Wirtschaft wären dazu befähigt, gegenseitig ihre Leistungen in Anspruch zu nehmen.

Die regionalen Wachstumsimpulse können leichter und schneller im rückständigen Wirtschaftsbereich aufgefangen werden. Auf diese Weise werden die Genossenschaftsmitglieder (Anbieter oder Nachfrager) in die Lage versetzt, auf der jeweils anderen Marktseite eine erhöhte Marktproduktion auszulösen. Erzielen nämlich die Produzenten ein erhöhtes Markteinkommen, dann führt das bei ihnen zu einer zusätzlichen Kaufkraft und damit zur größeren Nachfrage nach Gütern anderer Sektoren und Regionen sowie zur zusätzlichen Ersparnisbildung. Diese Mittel können dann für neue Investitionen in die genossenschaftliche Marktinfrastruktur (z.B. in die Beratungs- und Marktinformationsdienste, um den Markt noch transparenter zu gestalten), oder unmittelbar in die Produktionsbetriebe der Mitgliederwirtschaften verwendet werden. Jede solche Investitionstätigkeit verkörpert zweifellos den technischen Fortschritt in Form einer Verfahrens-, Produkt- oder organisatorischen Innovation.

Insgesamt wäre von der Umorganisation bzw. Abbau der Monopolketten in Genossenschaften eine Erweiterung des organisierten Binnenmarktes zu erwarten. Diese Erweiterung ist für die Fortentwicklung der agrarischen und gewerblichen Produktion unentbehrlich und bedeutet nicht nur eine räumliche Ausdehnung der Absatz- und Bezugsgebiete. Sie findet ihren Ausdruck auch in den qualitativen und quantitativen Angebots- und Nachfrageveränderungen sowie in den Veränderungen der Einkommens- und Preiselastizitäten der Nachfrage.

Die Produktion wird zunehmend marktorientiert geplant und gestaltet und die Marktsignale und Marktanreize nehmen infolgedessen in den einzelwirtschaftlichen Entscheidungen einen breiten Platz ein. Schließlich wird das Marktgrößenwachstum mit steigender Arbeitsteilung in der Wirtschaft, mit zunehmend interdependenten Beziehungen zwischen verschiedenen Wirtschaftszweigen sowie mit einer sich wandelnden Wirtschaftsstruktur begleitet. In diesem Sinne können die Genossenschaften Strukturveränderungen in Produktion und in Märkten vor allem des rückständigen Wirtschaftsbereichs Griechenlands herbeiführen.

### **3.4.2. Staat und Genossenschaften bei der Verfolgung wirtschaftspolitischer Ziele**

Bisher wurde implizit angenommen, dass die griechischen Genossenschaften zur Erstellung der von ihnen erwarteten Erfolge in den Produktions- und Marktstrukturen fähig seien. Auf dieser

Grundlage wurde dann der Beitrag von Genossenschaften zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus erörtert. Wie aber in allen anderen Bereichen der Wirtschaft und der Politik fallen der theoretische Anspruch an genossenschaftlichen Erfolgen und die Wirklichkeit, d.h. die empirischen Erfolge der Genossenschaften, weit auseinander. Die Kluft zwischen den theoretisch möglichen Erwartungen, die man an die genossenschaftliche Tätigkeit anknüpft, und den tatsächlich erzielten Erfolgen ist häufig so groß, um ohne weiteres zu erwarten, dass die Genossenschaften tatsächlich zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus beitragen können. Diesen Umstand sollte insbesondere der griechische Staat in seiner Förderungspolitik bewusst einbeziehen, wenn er beabsichtigt, diese Lücke zu schließen.

In diesem Abschnitt werden wir daher versuchen, die erforderlichen Aufgaben des Staates für den Genossenschaftssektor aufzuzeigen, damit die Genossenschaften in entsprechenden Tätigkeitsfeldern das leisten können, was auch der Staat zu tun und lösen beabsichtigt nämlich die Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus. Es wird in diesem Zusammenhang unterstellt, dass der Staat (die jeweilige Regierung und ihre entwicklungspolitisch zuständigen, disponierenden wie ausführenden Instanzen, Institutionen und Personen) die Problematik des wirtschaftlichen Dualismus ernsthaft zur Kenntnis nimmt und ihre Überwindung zum Ausgangspunkt seiner Entwicklungskonzeption und seines politischen Handelns macht.

Es wird aber nicht ohne weiteres angenommen, dass der Staat in seinem Kalkül sowohl die spezifischen Möglichkeiten als auch die Grenzen und Schwächen der Genossenschaften innerhalb der ihnen beigemessenen entwicklungspolitischen Rolle mitberücksichtigt und diese immer entsprechend zu beurteilen im Stande ist. Wie noch zu zeigen sein wird, stellt dieser Umstand ein wichtiges Problem in der staatlichen Förderungspolitik des Genossenschaftssektors.

#### **3.4.2.1. Das Verhältnis zwischen Staat und Genossenschaften**

Die Vorbehalte gegenüber dem Staatseinfluss im Genossenschaftssektor werden vielfach damit begründet, dass die Organisierung der Genossenschaften unter staatlicher Aufsicht dem Wesen der Genossenschaften widerspricht. Die Kombination der Selbsthilfe mit der Staatshilfe ist ein skeptischer Kompromiss, weil dadurch die Eigeninitiative der Genossenschaften unterdrückt werden kann. Es ist auch zu befürchten, dass insbesondere direkte finanzielle Staatshilfe zum Verzicht bzw. zur Einschränkung der genossenschaftlichen Entscheidungs- und Handlungsautonomie, bzw. der demokratischen Selbstverwaltung, führen könnte. Die Genossenschaften müssen deshalb versuchen, von der Staatshilfe soviel wie nötig, aber von der Selbsthilfe soviel wie möglich Gebrauch zu machen [vgl. Armbruster (1990), S. 272ff, Thiemeyer (1985), S. 66f und Jäger (1991), S. 108ff].

Für die Situation in Griechenland hat aber der Staat den Genossenschaften zu helfen, weil die entwicklungspolitischen Ziele des Staates und der Genossenschaften weitgehend identisch sind. Die Staatshilfe soll vorübergehend die Entstehung und die sektorale wie regionale Verbreitung von Genossenschaften beschleunigen. Das ist einerseits aus Zeitgründen erforderlich. Die Gründe für das staatliche Engagement bestehen andererseits darin, dass die Gründung von

genossenschaftlichen Organisationen unter den herrschenden Umständen im rückständigen Wirtschaftsbereich ohne staatliche Unterstützung bzw. Anleitung kaum möglich ist.

Auf der Grundlage der wirtschaftlichen Stagnation in diesem Bereich ist ohne die anfängliche und gezielte Staatshilfe keine spürbare Veränderung der wirtschaftlichen Situation realisierbar. Da die Bevölkerung im rückständigen Wirtschaftsbereich aus eigener Kraft die bestehenden Barrieren in Produktion und in Märkten nicht überwinden könne, bedürfe es eines Anstoßes und einer Initiative von außen. Diese wirtschaftliche Schwäche ist ohne die staatliche Unterstützung und den staatlichen Schutz der Eigenanstrengung betreffender Bevölkerungsteile nicht zu überwinden. Zudem sei die Eigeninitiative der Bevölkerung in den wirtschaftlich schwachen Bereichen bzw. Regionen nur unzureichend entwickelt.

Deshalb ist der Staat bzw. seine zuständigen Institutionen mit dem Ziel zum politisch-praktischen Handeln gezwungen, die Aufgabe zu übernehmen, Genossenschaften zu organisieren, günstige Voraussetzungen für die Entstehung und die Entfaltung von effizienten Genossenschaften herzustellen, den Genossenschaftsmitglieder zur selbständigen Wirtschaftsführung zu verhelfen und ihnen dabei Hilfe verschiedenster Art zu gewähren. Der Staat solle allerdings dabei eher ergänzend und nicht die Eigeninitiative der Bevölkerung ersetzend einspringen. Er solle mit anderen Worten im Rahmen seiner Förderungsmaßnahmen Hilfe initiiender, unterstützender und kontrollierender Art gewähren, ohne dabei die Genossenschaften zum Instrument des Staatsapparates werden zu lassen.

Die Förderungsmaßnahmen für den Genossenschaftssektor kann man in direkte und indirekte Maßnahmen einteilen:

- **Direkte Förderungsmaßnahmen:**

Hierzu zählen insbesondere finanzielle Hilfeleistungen (beispielsweise Kredite, Subventionen, Bürgschaften) bei der Fremdfinanzierung des Stammkapitals oder bei der Fremdfinanzierung laufender Investitionen, Steuer und Zinsbegünstigungen, ermäßigte Einfuhrzölle, Ausbildungsfinanzierung usw. Zu direkten Förderungsmaßnahmen gehören auch die technisch-organisatorische Hilfeleistungen beim Aufbau von Institutionen, die der genossenschaftlichen Infrastruktur zugerechnet werden können. Solche Hilfeleistungen sind beispielsweise organisatorische Gründungshilfen zum Aufbau von Zentralgenossenschaften, Hilfen zur Herausbildung eines genossenschaftlichen Ausbildungs-, Beratungs- und Prüfungs-wesens, bevorzugte Versorgung der Genossenschaften mit Produktions- und Transportmitteln, Produktionsanlagen usw.

- **Indirekte Förderungsmaßnahmen:**

Diese Maßnahmen stellen eine institutionalisierte Unterstützung der Genossenschaften durch die entsprechende Gesetzgebung dar, um den Genossenschaften den Rahmen vorzugeben, innerhalb dessen sie sich bewegen und die genossenschaftlichen Organisations- und Leistungsbeziehungen ordnen lassen können. Ferner können auch das Werben für die

genossenschaftlichen Ideologie sowie die Ausbildungsarbeit in genossenschaftlichen Fragen in den Hochschulen oder in den speziellen Ausbildungsprogrammen zu dieser Maßnahmenkategorie gezählt werden.

### **3.4.2.2. Die bisherige staatliche Förderungspolitik im Genossenschaftssektor**

Wenn man die griechischen Genossenschaften unter dem Aspekt ihrer bisherigen Erfolge, in der Organisierung der Märkte und in ihrem Bemühen den rückständigen Wirtschaftsbereich an die vorhandenen Märkte des modernen Bereichs anzuschließen, untersucht, dann fällt das Ergebnis sehr häufig bescheiden aus. In diesem Kapitel werden wir den Gründen dieser Fehlentwicklung nachgehen, die weitgehend in der staatlichen Förderungspolitik im Genossenschaftssektor liegen.

Zwar hat der Staat spezielle Gesetze erlassen, die die Genossenschaften in das Wirtschafts- und Rechtsgebilde des Landes eingefügt und deren wirtschaftliche Tätigkeit institutionalisiert haben [vgl. Limperopoulou, (1997), S. 44ff, A.T.E. (1991), S. 2ff Papaphilippou-Avramidi (1984), S. 256ff]. Ausgehend von der positiven Beurteilung der Genossenschaften haben die Regierungen allzu eilig viel zu hohe Erwartungen an ihre Tätigkeit gestellt. Diese Erwartungen waren umso größer, je intensiver manche Regierungen die Genossenschaften gefördert hatten. Wenn aber die Genossenschaften die an sie geknüpften Erwartungen nicht erbringen konnten bzw. wenn sie mit ihrer praktischen Arbeit vielfach Fehlschläge im Entwicklungsprozess erleiden mussten, dann kam allzu schnell die Skepsis ihnen gegenüber auf. Diese Skepsis wirkte sich natürlich zugleich auf die bisher betriebene Förderungspolitik negativ aus, ohne staatlicherseits den Fragen nachzugehen, warum wohl unbefriedigende Erfolge verzeichnet werden konnten, ob und was in jener Förderungspolitik falsch oder unzureichend war. Die konzeptionelle Schwäche und der materielle Mangel der bislang praktizierten staatlichen Förderungspolitik lassen sich in folgenden Problembereichen festhalten.

Die Regierungen haben bei ihrer Förderungspolitik nicht immer ein eindeutiges und operationales Ziel gesetzt, wozu sich die zu fördernden Genossenschaften eigentlich entwickeln sollten. Sie haben die Möglichkeiten und Grenzen der Genossenschaften in ihrer entwicklungspolitischen Rolle kaum zutreffend erkannt und dieses in das Kalkül der politischen Gestaltung von Förderungsmaßnahmen miteinbezogen. Die Möglichkeiten und Grenzen einer Genossenschaft als eine spezielle Kooperationsform erschöpfen sich im Wesentlichen letztendlich in der Verbesserung der privatwirtschaftlichen Situation ihrer Mitglieder (Haushalte oder Unternehmen). Erst bei erfolgreichem Funktionieren können sie erwiesenermaßen ein geeignetes, entwicklungspolitisches Instrument zur Organisierung von Märkten und zur Eingliederung von marginalen Existenzen in das regionale und nationale Wirtschaftsgeschehen ermöglichen, worauf wir schon hingewiesen haben.

Wenn man hingegen anstrebt in Genossenschaften ein geeignetes Werkzeug zur Durchorganisierung der Volkswirtschaft auf genossenschaftlicher Grundlage oder zur Veränderung der Gesellschaftsstruktur zu sehen, dann ist man nicht mehr mit einer entwicklungspolitischen, sondern mit einer rein staats- und gesellschaftspolitischen Frage konfrontiert. Das Feld der genossenschaftlichen Möglichkeiten ist zwar vielfältig, sie eignen sich aber nicht für alle

beliebigen Aufgaben. Eine politische Konzeption, die beabsichtigt, eine Vergenossenschaftlichung der Wirtschaft aufzubauen, wird sich letztlich als unzweckmäßig erweisen. Diesbezüglich dürfte inzwischen auch in vielen anderen Ländern eine Ernüchterung eingetreten sein.

Die staatliche Förderungspolitik im Genossenschaftssektor konnte bislang nicht bis in den rückständigen Wirtschaftsbereich hinein wirksam vorstoßen. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die bisherige Wirtschaftspolitik schwerpunktmäßig den herausragenden organisierten Gruppen, die es verstehen, ihre Interessen politikfähig zu machen, berücksichtigt hat. Dieser Wirtschaftspolitik hat es auch an Organisationen im Unterbau gefehlt, die die politischen Maßnahmen an die gemeinten marginalen Zielgruppen herantragen sollen. Gerade diese Institutionen sind im rückständigen Wirtschaftsbereich des Landes denkbar unzureichend entwickelt.

Der Anlass zum Aufbau des ländlichen Genossenschaftssektors war in vielen Fällen die Durchführung von Landreformen (Boden- und Agrarreformen), die auf die Verbesserung der Produktions- und Marktstruktur im rückständigen Wirtschaftsbereich einwirken sollten. Zunächst wurde die Lösung der ländlichen Arbeitslosigkeit und der Produktivitätssteigerung in der Organisation von Agrargenossenschaften gesucht, die die landwirtschaftlichen Einzelbetriebe im Gesellschaftseigentum zusammenfassten und deren Eigentümer als Arbeitskräfte und als Kapitalbringer in den Produktionsprozess eingliederten. Man versprach sich davon eine produktive Landbewirtschaftung und bessere Verwertung der reichlich vorhandenen Arbeitskräfte. Dabei wurde allerdings die offene oder versteckte Arbeitslosigkeit in den Einzelbetrieben in die Genossenschaft hineingetragen. Die Agrargenossenschaften haben zwar bislang die Berechtigung ihrer Existenz grundsätzlich nicht widerrufen, aber doch häufig die Fragwürdigkeit und die besonderen Stabilitätsprobleme solcher Organisationen aufgezeigt [Christodoulidis (2003), S. 8ff].

Die genossenschaftlichen Entwicklungsprogramme und -projekte im rückständigen Wirtschaftsbereich wurden überwiegend unter administrativen und nicht unter wirtschaftlichen Aspekten organisiert. Die Interessen und Bedürfnisse der Mitglieder haben offenbar eine unzureichende Berücksichtigung bei der Konzipierung genossenschaftlicher Entwicklungsprogramme gefunden. Der Staat wollte dabei offensichtlich die genossenschaftliche Entwicklung auf dem administrativen Wege realisieren, anstatt sie politisch zu führen. Gerade das hat aber gezeigt, dass eine staatlich forcierte Förderung der Genossenschaftsprojekte die unabdingbar aktive Mitwirkung der Genossenschaftsmitglieder erstickt, wenn sie ihnen keinen selbständigen Bewegungsraum einräumt und jede privatwirtschaftliche Motivation vernichtet. Die zögerliche Kooperationsbereitschaft ist das unmittelbare Ergebnis dieses Zustands.

Es könnte sich bisher in Griechenland noch keine tragfähige Entwicklungsbürokratie mit fachlich ausgebildetem Personal und Kompetenzen herausbilden, die die Belange der Förderungspolitik im Genossenschaftssektor sachlich zu koordinieren und zu bewältigen vermochte. Wenn bestimmte Institutionen zu diesem Zweck errichtet wurden, dann erstickten diese entweder darin, dass sie gleichzeitig zum Zuständigkeitsbereich mehrerer Ministerien



gehörten und deshalb kaum handlungsfähig waren, oder sie litten unter ihrer Führungslosigkeit. Sie wurden grundsätzlich verwaltet aber nicht geführt. Die Offizialisierung der Genossenschaften erstarrte dann zum Bürokratismus und sie erhielten dann oft den Charakter einer Staatseinrichtung. Zusammenfassend stellt man fest, dass sich der ländliche Genossenschaftssektor im Wesentlichen durch folgende Mängel auszeichnet:

- unzureichende Projektplanung,
- wenig entwickelte Ausstattung mit speziell genossenschaftlicher Infrastrukturausstattung (regionale und nationale Förderungsinstitutionen, Berater, Ausbilder usw.) und
- unzureichende technische und finanzielle Hilfe.

Die bisherige Förderungspolitik war nicht kritisch-strategisch genug, um mit ihrer Hilfe ökonomische Anreize bei den gemeinten Zielgruppen zu erzeugen. Es kann ebenso bezweifelt werden, dass der Staat dem Genossenschaftssektor die erforderlichen Orientierungshilfen hinsichtlich erfolgversprechender Tätigkeitsfelder gegeben, diesbezüglich mit seiner Förderungspolitik Akzente gesetzt und ökonomische Anreize ausgelöst hätte. Es spricht im Gegenteil vieles dafür, dass eine konzeptionslose Politik häufig zur Gründung von Scheingenossenschaften geführt hat, die Zugang zu billigen Krediten oder zu Subventionen finden konnten. Diese Politik führte auch zur Erzeugung einer Subventionsmentalität, die stets mit dem Ruf nach Staatshilfe gekennzeichnet ist. Zudem waren die Förderungsmaßnahmen vielfach politisiert und damit wurde eine rationelle Verteilung von Hilfsmaßnahmen erheblich beeinträchtigt.

Es gab aber auch Genossenschaften, die mit eigenem Bemühen und mit Hilfe der staatlichen Förderungsmaßnahmen in bestimmten Märkten Fuß fassen konnten. Ihnen wurde aber dann die staatliche Unterstützungs- und Schutzmaßnahme entzogen, weil die jeweilige Regierung davon ausgegangen ist, dass die Marktwirtschaft grundsätzlich auf dem Wettbewerb beruhe und deshalb auch die Genossenschaften sich im Wettbewerbsprozess behaupten sollten. Auf diese Weise erlitten die Genossenschaften ebenfalls Rückschläge, von denen sie sich kaum erholen konnten. Das Scheitern der Genossenschaften am Markt ist dann umso wahrscheinlicher, je mehr sich der Wettbewerbsprozess zwischen den ungleich starken Konkurrenten vollzieht oder je weniger der Wettbewerbsmechanismus unterentwickelt ist. Das ist in den Marktstrukturen von Monopolketten stets der Fall.

Es ist zwar einerseits richtig, dass sich die Genossenschaften grundsätzlich im Wettbewerb mit anderen privaten Unternehmen behaupten sollten. Auf der anderen Seite ist jedoch im niedrigen Entwicklungsniveau der Marktorganisationen, in der die Monopolringe und die Monopolketten ungehindert ihre wirtschaftliche Stärke in vielfältiger Weise ausspielen können, eine unzumutbare Erwartung von den Genossenschaften. In diese spezielle Phase des Erringens eines Marktanteils sind die Genossenschaften nicht nur dem Kampf mit den etablierten Unternehmen um Märkte ausgesetzt sondern auch gleichzeitig dazu gezwungen, die Stabilität der genossenschaftlichen Organisation aufrechtzuerhalten.

### **3.4.3. Elemente einer staatlichen Förderungspolitik im Genossenschaftssektor zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus**

Die Problematik der staatlichen Förderungspolitik im Genossenschaftssektor wird vor dem Hintergrund der dualistischen Problemsituation Griechenlands betrachtet und deshalb hat sie folgende Fehlentwicklungen zu beseitigen:

- den niedrigen Produktivitätsstand der Produktion,
- die ungleichmäßige Verteilung des technischen Fortschritts,
- die unzureichend entwickelte Impulsdurchlässigkeit des rückständigen Wirtschaftsbereichs,
- die desorganisierten Märkte im rückständigen Wirtschaftsbereich (um deren Anschluss an modernen Bereich vorzubereiten),
- die Monopolketten in bestimmten Marktbereichen.

Wenn die Regierungen in den Genossenschaften ein Instrument zur Verfolgung entwicklungspolitischer Ziele sehen und sie daher zunehmend in den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess eingliedern wollen, dann muss sich dieses Anliegen in einem politischen Konzept niederschlagen bzw. die Genossenschaften müssen dann in das allgemeine Entwicklungskonzept als Entwicklungsträger integriert werden [vgl. Europäische Kommission, (2004), COM/2004/0018, S. 1ff].

Es ist deshalb eine Genossenschaftspolitik erforderlich, die die staatlichen Förderungsmaßnahmen nicht als zufällige Begleiterscheinung der laufenden Wirtschaftspolitik zum Tragen bringt sondern die zu erfüllenden Aufgaben in einem geschlossenen Konzept je nach der Entwicklungssituation artikuliert. Diese Genossenschaftspolitik muss Ziele formulieren, die Träger nennen und auf dem Weg zu deren Realisierung entsprechende Mittel zur Verfügung stellen. Der Staat muss schließlich das entwicklungspolitische Instrument Genossenschaften und eine diesbezügliche Förderungspolitik in das Konzept der allgemeinen Wirtschaftspolitik integrieren. Im Folgenden werden wir die erforderlichen Akzente einer angemessenen Förderungspolitik im Genossenschaftssektor hervorheben.

#### **3.4.3.1. Förderungspolitik für die Genossenschaften im rückständigen Wirtschaftsbereich**

Die Förderungspolitik bei den genossenschaftlichen Organisationen sollte sich mit Nachdruck im rückständigen Wirtschaftsbereich einsetzen, damit sich die marginale Produktionstätigkeit zu den Märkten hin öffnen kann. Insbesondere das ländliche Genossenschaftswesen ist der entwicklungsbedürftigste Sektor. Der rückständige Wirtschaftsbereich als Operationsfeld der Genossenschaften zeichnet sich mit wirtschaftlichen Schwächen in Produktion und Fehlentwicklungen in Märkten aus, die die Gründung, die Verbreitung und das betriebswirtschaftliche Funktionieren der Genossenschaften behindern bzw. stören. Die staatliche Förderungspolitik hat folglich die in diesem Bereich vorherrschenden Faktoren organisatorisch-technischer, finanzieller, bildungs- und integrationsmäßiger Art zu beeinflussen, um den genossenschaftlichen Markterfolg nachhaltig zu erleichtern.

Durch die Förderungspolitik soll die landwirtschaftliche Produktivität gesteigert werden, damit sich das Realeinkommen und die Kapitalbildung erhöht. Durch ein Transport- und Informationssystem sowie durch die Organisierung von Markteinrichtungen sollen die Marktverflechtung der landwirtschaftlichen und handwerklichen Betriebe hergestellt oder die gestörten Marktverbindungen beseitigt werden. Ohne organisierte Marktbeziehungen der ländlichen Produktionstätigkeit ist die Überwindung der Stagnation im traditionellen Agrarsektor und im ländlichen Handwerk unerreichbar.

Ein weiteres Betätigungsfeld der Förderungspolitik für den Rückstandsbereich der griechischen Wirtschaft ist die Diversifikation der ländlichen Produktion. Die Genossenschaften müssen im Stande sein, die Erzeugnisse agrarischen und tierischen Ursprungs auf lokaler Ebene zu verarbeiten. Dadurch werden die Produkte besser transportfähig und die Transportkosten werden infolge des erhöhten Wertzuwachses herabgesetzt. Die Marktimpulse und Marktanzüge würden dann mit Hilfe der Genossenschaften bis auf die lokale Ebene vorstoßen können. Die Versorgung der Kleinbauern und der Kleinhandwerker mit Krediten und Betriebsmitteln ist dabei die entscheidende Voraussetzung für eine wettbewerbsfähige Produktion und Marktbeziehung.

Das ländliche Genossenschaftswesen sollte daher zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwäche von marginalen Mitgliederschaften, zur Herstellung ihres Marktanschlusses und schließlich zu einer besseren Versorgung der ländlichen Wirtschaftseinheiten mit Gütern und Diensten beitragen. Der Staat hat insbesondere im landwirtschaftlichen Genossenschaftssektor seine Absicht zu verkünden, über die Genossenschaften die Agrarpolitik einzuleiten und die marktorientierte Entwicklung der Landwirtschaft im rückständigen Wirtschaftsbereich zu beeinflussen und zu beschleunigen. Nicht viel anders sind die entwicklungspolitischen Aufgaben der städtischen Genossenschaften. Ihre Besonderheit liegt lediglich darin, dass sie sich räumlich in unmittelbarer Nähe des entwickelten Wirtschaftsbereichs befinden und (zumindest theoretisch) die Entwicklungsimpulse und Innovationen leichter auffangen können.

#### **3.4.3.2. Förderungspolitik zum Auf- und Ausbau der Marktinfrastruktur**

Der griechische Staat hat in seiner Eigenschaft als Förderer der Genossenschaften im rückständigen Wirtschaftsbereich mit dem Ziel anzusetzen, eine Marktinfrastruktur aufzubauen, denn sonst können in diesem Bereich keine Märkte organisiert werden. Die Marktinfrastruktur ist eine unaufschiebbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Tätigkeit der Genossenschaften in der Organisierung der Absatz- und Beschaffungsmärkte sowie in der des Kreditsektors. Sie soll deshalb zeitlich vorausgehend oder flankierend in ausreichendem Maße seitens des Staates im Rahmen seiner rahmensetzenden Entwicklungspolitik bereitgestellt werden.

Er sollte insbesondere im rückständigen Wirtschaftsbereich beim Auf- und Ausbau der marktinfrastrukturellen Einrichtungen gezielt helfen, damit der Produktions-, Bezugs- und Vermarktungsprozess sowie die Kreditbeschaffung rationell abgewickelt werden können. Der Staat sollte sich aber in diesem Fall nicht selbst bedienen. Staatliche Vermarktungsorganisationen oder staatliche Bezugs- und Vermarktungszentralen mögen in mancher Hinsicht Vorteile bieten. Die Benutzung dieser Organisationen sollte allerdings den genossenschaftlich

organisierten Produzenten und Konsumenten überlassen werden. Wenn die staatlichen Marktorganisationen in die Abwicklung des Marktgeschehens bzw. für die Erbringung von Marktleistungen eingeschaltet werden, dann wird der Staat zwangsläufig auch die erzielbaren wirtschaftlichen Überschüsse für sich selbst behalten wollen. Ein solches Vorgehen wird dann wahrscheinlich auch mit einem staatlichen Preisdiktat bei den Geschäftsbeziehungen zu den einzelwirtschaftlichen Produzenten und Konsumenten begleitet.

Je nach Ausmaß der staatlichen Einflussnahme auf die Abwicklung des Geschehens innerhalb der Vermarktungswege ist auch die staatliche Einflussnahme auf die private Bewirtschaftung unterschiedlich. Bei intensiver Unterstützung sichert sich eventuell der Staat das Recht der Preisfestsetzung. Gerade dieser Umstand würde aber die Verstärkung bzw. die Ausweitung der Marktpaltung weiter fördern oder die ohnehin gestörten Märkte außer Kraft setzen. Es werden sich dann zunehmend Teilmärkte bilden, auf denen die gleichen ökonomischen Tatbestände zu unterschiedlichen Preisen beschafft bzw. vermarktet werden. Das würde dann die Fortsetzung und Verstärkung des wirtschaftlichen Dualismus auf dem betreffenden Markt bedeuten.

Es wird an dieser Stelle betont, dass die Marktleistungen nicht über die staatlichen Marktorganisationen sondern über die genossenschaftlichen Organisationen erbracht werden sollten. Auf diese Weise ist zumindest theoretisch gewährleistet, dass zum einen die zu erzielenden wirtschaftlichen Überschüsse den Genossenschaften zufließen und zum anderen die Genossenschaften auf den entsprechenden Marktstufen als Anbieter und Nachfrager auftreten und damit funktionsfähige Märkte organisieren und nachhaltig fördern können, auf denen ein Mindestmaß an Wettbewerb wirksam wird.

Die Genossenschaften sollten dabei die Funktionen des Bezugs und der Vermarktung, die Lagerungs- und Transportleistungen sowie die Funktionen der Veredelung der Urproduktion (z. B. Schlachtereien, Konservierung u.a.) selbst übernehmen, damit sie ihre Produkte kostengünstiger und mit weniger Risiken (ohne Warenverderb, ohne einseitige Abhängigkeit von Monopolketten) in weiten Entfernungen anbieten können oder damit sie die erforderlichen Input- und Konsumgüter in größeren Mengen kostengünstiger beziehen können.

#### **3.4.3.3. Finanzielle Hilfsleistungen des Staates und der genossenschaftliche Intergrationsprozess**

Die Gewährung von Finanzhilfen stellt einen gewichtigen Faktor innerhalb eines jeden Förderungskonzeptes dar [vgl. Armbruster (1990), S. 104ff]. Um die bisherigen Fehlschläge in der Förderungspolitik für die Genossenschaften zu vermeiden und ihnen ein dynamisches Agieren auf den Märkten zu ermöglichen, dürfen die finanziellen Hilfsleistungen des Staates nicht in Geldverleihgeschäften verfallen. Wichtigstes Kriterium soll immer der produktive Verwendungszweck sein. Daher kann die finanzielle Staatshilfe bestimmte Auflagen (z.B. Verwendungsaufgabe, Projektverknüpfung der Mittel usw.) und Beeinflussung des Staates (z.B. Erfolgskontrolle) nach sich ziehen. Denn die Genossenschaften müssen dabei immer entsprechende Gegenleistungen erbringen. Nur auf diese Weise können die Willkür bei der

Zuteilung von Hilfsleistungen, die bisher öfters der Fall war, eingeschränkt und die Effizienz der eingesetzten Mittel erhöht werden.

Mit entsprechenden Kontrollmöglichkeiten hat der Staat das Recht bzw. die Pflicht zu prüfen, ob die Hilfe ihre Berechtigung noch besitzt oder schon verloren hat. Bei hoher und oft unüberlegter Konsumeignung der Bevölkerung hat man bisher mit den Krediten allzu oft negative Erfahrungen gemacht. Die Kredite an die Genossenschaften müssen vornehmlich technische Kredite sein, d.h. der Kreditzweck muss mit anderen komplementären Tätigkeitsfeldern in Verbindung stehen und in von Fall zu Fall angemessener Höhe und Dauer gewährt werden. Jede staatliche Finanzhilfe sollte stets strategisch eingesetzt werden und einen Anreiz bei den Empfängern auslösen können.

Die Monopolketten in der vertikalen Marktstruktur können erst dann wirksam abgebaut werden, wenn die Genossenschaften der marginalen Produzenten und Konsumenten im rückständigen Wirtschaftsbereich durch die vertikale und horizontale Integration in das regionale und nationale Marktgeschehen eingegliedert werden. Wenn der griechische Staat die geschilderte Problemsituation in den Monopolketten beseitigen und dabei die Genossenschaften als Instrument einsetzen will, weil diese möglicherweise einen Beitrag zu ihrer Überwindung leisten können, dann sollte er organisatorisch und finanziell mithelfen, in dieser vertikalen Marktstruktur genossenschaftliche Verarbeitungs- und Vermarktungszentralen aufzubauen. Die Genossenschaften würden damit in die jeweiligen Beschaffungs- und Absatzmärkte vorstoßen und eine rationale Ausrichtung der Marktstufen auf die Nachfrager hin ermöglichen.

Der Auf- und Ausbau von zentralen Markteinrichtungen erfordern zwar erhebliche Investitionen, sind jedoch unabdingbare Nahtstellen für die Entwicklung der Märkte. Deshalb sollten auch die ausländischen Hilfeleistungen bevorzugterweise für diese Projekte gewonnen werden. Es gibt regional organisierte Vermarktungszentralen (Marketing Boards, Einfuhr- und Vorratsstellen), denen sich der Staat selbst bedient. Diese können weiter ausgebaut und für die genossenschaftliche Benutzung zur Verfügung gestellt werden. Das würde den ersten Schritt zum Vorstoß der Genossenschaften in vor- oder nachgelagerte Märkte darstellen und die genossenschaftliche Integration beschleunigen. Der Staat hat aber in diesem Fall gleichzeitig dafür Sorge zu tragen, wie er die Genossenschaften zur horizontalen und vertikalen Integration bewegen kann, solange diese aus verschiedenen Gründen dazu nicht bereit oder nicht fähig sind.

Wenn man den Zwang zur intergenossenschaftlichen Zusammenarbeit ausschließen will, dann kommt zum einen eine Überzeugungsarbeit und Orientierungshilfe über die Erweiterung des genossenschaftlichen Handlungsspielraumes und über neue mikro- und makroökonomische Vorteile dieses Vorgehens in Betracht. Zum anderen kann der Staat die Hilfsleistungen mit der intergenossenschaftlichen Zusammenarbeit verbinden.

Die regionalen Operationszentralen kennen die Belange ihrer Sparte und können ihre Probleme wirksam artikulieren und in die politische Führung bringen. Sie sind demzufolge geeignete Organisationen zur Beeinflussung der staatlichen Förderungspolitik im Genossenschaftssektor. Sie sind aber parallel die Nahtstellen, an denen die direkte Beeinflussung des Staates im Rahmen

der Förderungspolitik ansetzen sollte. So können die Mitglieder der Genossenschaften in die Lage versetzt werden, von externen Hilfeleistungen Gebrauch zu machen. Auf diese Weise kann auch die Gefahr vermieden werden, dass die Staatshilfe die Genossenschaften zu Staatseinrichtungen erstarren lässt.

#### **3.4.3.4. Förderung einer genossenschaftlichen Organisationsbürokratie**

Das vorrangige Ziel in der Aufbauphase der Genossenschaften ist die Gründung von effizienten Genossenschaften und ihr organisches Hineinwachsen in die bestehenden Märkte. In dieser Phase ist es zwar äußerst schwierig, von den ungeduldigen Fortschrittseiferern Geduld zu verlangen und ihnen ein langes Warten auf die materiellen Erfolge der Genossenschaft zuzumuten. Solange aber dieser Aspekt vernachlässigt wird, sind der Bestand und die Stabilität der Genossenschaft gefährdet. Denn in der Beurteilung ihrer Mitglieder sind die Genossenschaften nicht das, was sie mittel- und langfristig zu erreichen beabsichtigen, sondern das, was sie kurzfristig zu bewirken und zu leisten vermögen. Die ideologischen Werte und die formalen Prinzipien der genossenschaftlichen Zusammenarbeit werden in ihrer Beurteilung sehr wahrscheinlich erst nach der Erfüllung dieses Ziels eine Bedeutung gewinnen und einen Leistungsanreiz darstellen.

Wie die bisherige Erfahrung nicht nur in Griechenland gezeigt haben dürfte, lässt sich die staatliche Förderungspolitik im Genossenschaftssektor in nur unzureichender Weise auf dem herkömmlichen administrativen Wege vollziehen. Die konventionelle Verwaltungsbürokratie des Staates ist ungeeignet, eine effiziente Förderungspolitik zu formulieren, materiell und technisch-organisatorisch zu gestalten und diese Politik im rückständigen Wirtschaftsbereich des Landes zu tragen.

Der griechische Staat hat zum Zwecke der Förderungspolitik Führungsmechanismen zu entwickeln, deren Zusammenarbeit und Zusammenwirken die Genossenschaften in ihre zukünftige entwicklungspolitische Rolle hineinbahnen kann. Es bedarf also für die Belange der Genossenschaften der Herausbildung einer weniger verwaltenden und vielmehr politisch führenden Entwicklungsbürokratie. Es handelt sich um die Schaffung eines Apparates, in dem sowohl die staatlichen Organe, die mit der Förderungspolitik beauftragt sind, als auch die genossenschaftlichen Interessenvertreter zusammenfinden. Zentrale Aufgaben dieses Apparates wären, politische Ziele zu konzipieren, auftretende Zieldivergenzen auf ein Mindestmaß zu reduzieren, Projekte zu planen, sie mit zweckgerichteten Mitteln auszustatten und die Bedingungen der politischen Durchsetzung von getroffenen Maßnahmen auszuarbeiten.

In diesem Sinne kann die Beziehung zwischen Staat und Genossenschaften als eine Kooperation interpretiert werden, die es zum Ziel hat, jenes öffentliche Gut in makroökonomischen Bereichen zu produzieren, welches wir als genossenschaftliche Markterfolge bezeichnet haben, nämlich Organisation von Märkten, Herstellung eines Wettbewerbsmechanismus, Rationalisierung des Vermarktungsprozesses und Erweiterung des organisierten nationalen Binnenmarktes. Die Produktion dieses Gutes erfordert allerdings zunächst die Lösung des Koordinationsproblems. Diese Koordinationsaufgabe besteht darin, dass der Staat und die Vertreter des

Genossenschaftssektors einen Kooperationsplan aufstellen, in dem ihre Aktionen organisiert werden und einen Konsens darüber herstellen, wozu die Förderungspolitik dienen und welches öffentliche Gut hergestellt werden soll, wie und von wem welche speziellen Leistungsbeiträge zur Produktion des öffentlichen Gutes erbracht werden sollen.

Diese Koordinationsaufgabe ist ohne eine spezielle, bürokratische Organisation nicht zu bewältigen. Ein solcher Apparat sollte bereits in der ministeriellen Ebene verwaltungstechnisch eine Autonomie bezüglich seines Kompetenzbereiches erhalten, um die vielfältigen Hindernisse der herkömmlichen Verwaltungsbürokratie zu umgehen. Er soll die Rolle des Initiators und des Organisators übernehmen und versuchen, die politische Zielvorgabe in Verbindung mit dem Einsatz von ökonomischen Anreizen zu erreichen. Er hat ferner fähig zu sein, Orientierungshilfen zum praktischen Handeln im Genossenschaftssektor auszuarbeiten und zu empfehlen.

Aus den Ausführungen dieses Abschnittes kommen wir zur Schlussfolgerung, dass der Staat indem er den Genossenschaftssektor fördert, Vielfaches bewirken kann. Er trägt indirekt zur Beschleunigung der Produktion öffentlicher Güter mit Hilfe der Genossenschaften bei. Er beeinflusst die unternehmerischen Entscheidungen und zwingt mittelbar die privaten Unternehmer in den jeweiligen Monopolketten zu Verhaltensänderungen gegenüber den von ihnen abhängigen Marginalen. Durch die Förderung des Genossenschaftssektors im rückständigen Wirtschaftsbereich leistet er schließlich auch eine Art produktive Sozialpolitik, indem er durch die fortschreitende wirtschaftliche Besserstellung der marginalen Produzenten und Konsumenten zur Milderung gesellschaftlicher Spannungen beiträgt

## **Teil V: Zusammenfassung, Ausblick**

### **1. Zusammenfassung**

Die Volkswirtschaft Griechenlands wird durch die ungleichmäßige Entwicklung ihrer Wirtschaftsbereiche charakterisiert. Im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung haben sich somit in den Wirtschaftssektoren und/oder -regionen des Landes ein moderner und ein traditioneller bzw. wirtschaftlich rückständiger Bereich herausgebildet. Die Auseinanderentwicklung der beiden Wirtschaftsbereiche wird zusätzlich verstärkt, weil sie weitgehend unverbunden nebeneinander bestehen und sich somit gegenseitig nur unzureichend fördern. Durch diesen Vorgang kann sich folglich keine integrierte nationale Wirtschaftsstruktur herausbilden. Man spricht in diesem Zusammenhang von einer dualistischen Wirtschaftsstruktur.

Der wirtschaftliche Dualismus ist nicht als eine einheitliche bzw. eigenständige Erscheinung zu betrachten. Er besteht vielmehr aus einem Komplex von sozialen, wirtschaftlichen und technologischen Faktoren. Dualistische Wirtschaftsstrukturen sind folglich nicht auf eine einzige Ursache zurückzuführen, sondern sie müssen aus einer Reihe historischer, struktureller und sozialökonomischer Einflussfaktoren erklärt werden. Das Problem einer dualistischen Wirtschaft besteht nicht nur darin, dass innerhalb einer Volkswirtschaft zwei strukturell verschiedene Bereiche bestehen, sondern dass diese Bereiche ungenügend bzw. unvollkommen, durch marktwirtschaftliche Wechselbeziehungen untereinander verbunden sind. Der wirtschaftliche Dualismus bringt somit die mangelhafte Integration einer Wirtschaft zum Ausdruck, sowohl bezüglich auf Produktionstechniken als auch hinsichtlich der Faktor- und Produktmärkte. Diese Desintegration bzw. Diskontinuität wird häufig durch die Wirtschaftspolitik nicht bekämpft sondern eher noch verstärkt. Der wirtschaftliche Dualismus muss deshalb in ökonomischen Dimensionen erfasst werden, die für die Formulierung bzw. Bestimmung einer dualistischen Entwicklungspolitik unverzichtbar sind.

In einer Analyse der griechischen Volkswirtschaft unter Berücksichtigung ihrer dualistischen Struktur, wurden die einzelnen Erscheinungsformen bzw. Ausprägungen des wirtschaftlichen Dualismus erkennbar. Sie existieren sowohl innerhalb als auch zwischen den einzelnen Sektoren bzw. Regionen des Landes, sie treten allerdings im primären Sektor am deutlichsten hervor.

Aus dem Blickfeld des technologischen Dualismus unterscheiden sich die beiden Wirtschaftsbereiche primär nach den angewandten Produktionstechniken. Infolgedessen werden ein technologisch fortgeschrittener und ein technologisch rückständiger Wirtschaftsbereich auseinander gehalten. Ein weiteres Charakteristikum dualistischer Wirtschaftsstrukturen ist der gespaltene Arbeitsmarkt, d.h. dass die gleiche Arbeitsleistung in den beiden Wirtschaftsbereichen nach zwei deutlich unterscheidbaren Niveaus entlohnt wird. Im modernen Bereich sind die Löhne relativ hoch, im traditionellen Bereich dagegen sehr niedrig. In bestimmten Bereichen der griechischen Volkswirtschaft herrscht eine Spaltung des Geld- und Kapitalmarktes. Im traditionellen Bereich sind die Kapitalkosten hoch und die Kapitalintensität niedrig. Im



modernen Bereich sind dagegen die Kapitalkosten und auch die übrigen Bedingungen der Kreditgewährung sehr günstig, mit dem Ergebnis, dass kapitalintensive Produktion in diesem Bereich vorteilhaft ist.

Die unterschiedlichen Finanzierungsmöglichkeiten für erforderliche Investitionen in den zwei Bereichen einer dualistischen Wirtschaft bezeichnet man als finanziellen Dualismus. Er bringt vor allem die Mangelhaftigkeit des Kapitalmarktes innerhalb des traditionellen Wirtschaftsbereichs zum Ausdruck. Infolgedessen haben u.a. währungspolitische Maßnahmen, wie z.B. eine Ausweitung der Geldmenge, unterschiedliche Auswirkungen auf die zwei Wirtschaftsbereiche. Sie kommen meistens dem modernen Bereich der griechischen Wirtschaft zugute, weil er aufgrund seiner Möglichkeiten besser auf währungspolitische Maßnahmen reagieren kann. Der traditionelle Bereich wird schließlich durch das Fehlen von effektiven, dynamischen Marktorganisationen gekennzeichnet. Im Gegensatz zum modernen Bereich sind seine Märkte überwiegend lokalgebunden und den Produzenten fehlt meistens jegliche Markttransparenz.

Ausgehend von den vorher dargestellten Problemsituationen der griechischen Wirtschaft wurden in dieser Arbeit Lösungsvorschläge bzw. Maßnahmen entwickelt. Die formale Trennung von Maßnahmen war heuristischer Art. Sie war notwendig, da erst die Aufspaltung der gesamten Dualismusproblematik in Teilabschnitte eine systematische Analyse der verschiedenen Zusammenhänge und Wirkungsmechanismen ermöglichte. In der praktischen Wirtschaftspolitik müssen hingegen diese Teilbereiche insgesamt berücksichtigt werden.

Die konsequente Durchführung und die Härte von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die wegen der dualistischen Wirtschaftsstruktur Griechenlands notwendig wären, machen vielfach weder die Regierung noch die Opposition bei der Wählergunst populär. Angesichts dieser Situation müssen die politischen Parteien ihre bestehenden Strukturschwächen überwinden und einen sachlichen Kontakt sowie einen kontinuierlichen Dialog mit den marginalen Gruppen, Sektoren und Regionen des Landes herstellen und unterhalten. Nur auf diese Weise wird die Partizipation breiter Bevölkerungsschichten an das politische Geschehen gewährleistet und somit die Basis zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus geschaffen.

Eine Wirtschaftspolitik, die die Überwindung der dualistischen Wirtschaftsstrukturen als Hauptziel hat, hat logischerweise ihr Augenmerk zuerst auf strukturelle Reformen zu richten. Dies ist unbedingt erforderlich, um die Weichen für einen Entwicklungsprozess richtig zu stellen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch von institutionellen Rahmenbedingungen, die das Einwirken von wirtschaftspolitischen Maßnahmen erleichtern. In dieser Arbeit befassten wir uns mit der Reform des griechischen Verwaltungsapparates sowie mit einer notwendigen Boden- und Agrarreform.

Zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus ist ein uneingeschränkter Austausch von Sach- und Dienstleistungen insbesondere zwischen den traditionellen und den modernen Bereich einer Volkswirtschaft unabdingbar. Wenn das freie Spiel der Marktkräfte schwache Ausbreitungseffekte und starke Kontereffekte in den rückständigen Gebieten hervorruft, dann ist eine organisierende und finanzierende Einwirkung des Staates auf dieses freie Kräftespiel geboten,

um der tendenziellen Auseinanderentwicklung der Sektoren und Regionen entgegenzuwirken. Wir beschäftigen uns in diesem Zusammenhang mit gezielten marktfördernden Maßnahmen. Sie müssen vor allem eine Neuorganisation und Strukturierung der vorhandenen Märkte sowie die Förderung des Wettbewerbs auf den Märkten ermöglichen bzw. unterstützen.

Der Staat hat dazu bestimmte Infrastrukturinvestitionen zu betätigen sowie eine angemessene und problembezogene sektorale und regionale Rahmenpolitik zu verfolgen, deren Hauptbestandteil die Integration aller Wirtschaftsbereiche ist. Einen wesentlichen Beitrag zu diesem Umstrukturierungsprozess können auch die privaten Unternehmer leisten. Deshalb soll der griechische Staat mit einer Unternehmerförderungs politik die Voraussetzungen dazu schaffen.

Der Erfolg einer Wirtschaftspolitik zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus hängt auch von der Frage ab, ob und inwieweit der moderne und der traditionelle Bereich einer Volkswirtschaft in ihren Wirtschaftstätigkeiten aufeinander reagieren. Die wirtschaftliche und regionale Integration der gespaltenen Wirtschaftsstruktur und die Diffusion des technischen Fortschritts in Richtung zum traditionellen Bereich sind grundsätzlich dann möglich, wenn die wirtschaftlichen Aktivitäten beider Bereiche in komplementärer Weise und ohne Diskriminierung des traditionellen Bereichs aufeinander angewiesen sind. Deshalb hat die Wirtschaftspolitik die Diffusion des technischen Fortschritts in Richtung zum traditionellen Wirtschaftsbereich mit entsprechenden Maßnahmen zu fördern und zu unterstützen. Solche Maßnahmen sind die Förderung der Grundlagenforschung, der privaten innovativen Investitionen sowie die Förderung der Innovationsorientierung der Unternehmen insgesamt. In diesem Betätigungsfeld ist weiterhin eine Patentschutzpolitik sowie die Förderung der Absorption von Innovationen erforderlich.

Die Kräfte der Wachstumsimpulse aus dem modernen Bereich einer dualistischen Wirtschaft sind oft zu schwach, um eine Aufwärtsbewegung im rückständigen Bereich effizient zu ermöglichen. Das liegt nicht nur in der regionalen Konzentration der Wachstumsimpulse sondern vielmehr am Fehlen von geeigneten Organisationen. Ihre zentrale Aufgabe, wäre die Wachstumsimpulse aufzufangen und an den rückständigen Wirtschaftsbereich weiter zu vermitteln. Dazu können genossenschaftliche Organisationen im rückständigen Wirtschaftsbereich Abhilfe schaffen. Die Förderung von Genossenschaften soll deshalb ein fundamentaler Bestandteil der Wirtschaftspolitik Griechenlands sein. Wesentliche Inhalte einer Förderungs politik für den Genossenschaftssektor sind außer den direkten finanziellen Hilfeleistungen an die Genossenschaften, der Auf- und Ausbau der Marktinfrastruktur im rückständigen Wirtschaftsbereich, die Förderung des genossenschaftlichen Integrationsprozesses, die Festlegung von genossenschaftlichen Organisationsprinzipien sowie die Förderung einer modernen genossenschaftlichen Organisationsbürokratie.

## **2. Ausblick**

Mit dieser Arbeit wurde aufgezeigt, in welche Richtung sich die Volkswirtschaft Griechenlands entwickeln soll, um den wirtschaftlichen Dualismus zu überwinden. Sie hat vor allem dazu rahmensetzende Schritte zu vollziehen. Ad-hoc-Maßnahmen sind hingegen fehl am Platz.

Der Rahmen der vorliegenden Arbeit wurde bewusst relativ breit gehalten, um ein Bild davon zu vermitteln, wie groß die Fülle der noch zu vollziehenden Entwicklungsschritte in der dualistischen Wirtschaft Griechenlands ist. Das ist in manchen Fällen zu Lasten der Detaillierung und der Ausführlichkeit gegangen, um den Rahmen dieser Arbeit nicht zu sprengen. Es wurde versucht auf allgemeine modelltheoretische Aussagen weitgehend zu verzichten und stattdessen auf die speziellen Bedingungen und Merkmale der griechischen Wirtschaft einzugehen.

Dadurch sollte vermittelt werden, wie groß die Anforderungen an den Staat sind und wie er hingegen denkbar ungünstige Voraussetzungen und Bedingungen für eine angemessene und wirksame Entwicklungspolitik besitzt. Das Organisations- und Erneuerungsbedürfnis des Staates steht im umgekehrten proportionalen Verhältnis zu seiner Organisationsbereitschaft und -fähigkeit. Er ist in vielen Fällen selbst sein eigenes Haupthindernis. Er mag zwar hin und wieder Probleme des Landes erkannt und in Griff bekommen haben, es ist jedoch seine entscheidende Unfähigkeit, angemessene Organisationen ins Leben zu rufen und sie auch am Leben zu erhalten, die Entwicklung zu tragen und zu fördern. Auch deshalb ist bei seiner bisherigen entwicklungspolitischen Bemühungen immer etwas anderes herausgekommen als das, was man ursprünglich beabsichtigt hat. Zudem häuften sich dabei Fehler aus Ungeduld oder aus politischer Ideologie. Die illusionären Erwartungen haben manche Regierungen oft in prekäre Situationen gebracht. Das wird wahrscheinlich auch in absehbarer Zukunft seine Schwäche bleiben. Wenn der griechische Staat will, dass ein geistiger Emanzipations- und Disziplinierungsprozess in der Arbeitswelt der Wirtschaft einen Platz ergreift und dass seine Bürger sich mit ihm identifizieren, dann ist er gezwungen, sich selbst diesbezüglich zu erneuern.

Es dürfte in dieser Arbeit ebenfalls deutlich geworden sein, dass der These der ungleichgewichtigen Wachstumsstrategie, mit sehr großer Skepsis begegnet werden sollte. Eine auf der Strategie des gleichgewichtigen Wachstums hingegen basierende und speziell auf die Gegebenheiten der griechischen Wirtschaft entwickelte Strategie des Wachstums ist, vor allem in der anfänglichen Phase der Bemühungen zur Überwindung des wirtschaftlichen Dualismus des Landes, die richtige Vorgehensweise.

An dieser Stelle erscheint auch sinnvoll zu betonen, dass jede wirtschaftliche Unterstützung seitens der europäischen Union für die griechische Wirtschaft wird kaum einem langfristig sichtbaren Erfolg haben, solange die wirtschaftlichen Strukturen des Landes in einem Desintegrationsprozess beharren. Eine gesunde Wirtschaftspolitik kann und muss nur von den endogenen Kräften getragen werden. Die Hilfe von außen kann diese Kräfte ergänzen und verstärken und das auch nur dann, wenn man es versteht, von ihr kritisch und strategisch Gebrauch zu machen.

## Literaturverzeichnis

- Ahn, L.:** (1983), Ökonomische und ökologische Perspektiven der Agrarpolitik; Situationsanalyse und Reformmöglichkeiten des europäischen Agrarmarktes; Pahl-Rugenstein : Köln;
- Ahrns, J.-H., Feser, D.-H.:** (1990), Wirtschaftspolitik: Problemorientierte Einführung. München; Wien: Oldenburg, 4. Nachdruck 1990.
- Alexopoulos, N.:** (1981), Wirtschafts- und wettbewerbspolitische Probleme des griechischen EG-Beitritts - Das Beispiel der öffentlichen Unternehmen, in: Jürgensen, H., u.a., (Hrsg.).
- Armbruster, G.:** (1990), Finanzielle Infrastruktur und organische Entwicklung durch Genossenschaften in ländlichen Räumen der Dritten Welt. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht.
- Aschauer, D.-A.:** (1995), infrastructure and macroeconomic performance: Direct and indirect effects, in: OECD, (Hrsg.), S. 85-101.
- Ashoff, G.:** (1988), Industrieentwicklung und Industriepolitik kleiner Entwicklungsländer, Ein Beitrag zur entwicklungstheoretischen Diskussion, Berlin: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE).
- A.T.E.:** (1991), Agrotiki Trapesa tis Elladas (Übers. Agrarbank von Griechenland), Bericht über genossenschaftliche Organisationen in Griechenland.
- Avdelidis, P.S.:** (1975), I agrotiki ikonomia ke i prooptikes anaptixis tis (Übers. Die Landwirtschaft und ihre Entwicklungsmöglichkeiten), Reihe: Unsere Zeit, Athen.
- Avdelidis, P.S.:** (1981), Sineteristika prowlimata, (Übers. Probleme des Genossenschaftswesens), Reihe: Politik. Wirtschaft. Soziologie, Nr. 18, Athen.
- Axt, H.-J.:** (1992), Griechenlands Aussenpolitik und Europa: Verpasste Chancen und neue Herausforderungen. 1 Aufl., Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges.
- Baden, C.:** (1996), Arbeitsmarktsegmentation im technologischen Wandel : Wirkungen neuer Informationstechnologien auf Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten. Thomas Kober ; Alfons Schmidt.-Berlin.
- Batsalias, C.:** (1994), Soziale Probleme der Modernisierung in Griechenland, Eine empirische Untersuchung mit qualitativen Methoden. Leske + Budrich, Opladen 1994.
- Beck, T.:** (1985), Elektronische Fernarbeit und Arbeitsrecht - Rechtspolitische Überlegungen zu Entwicklung, Regelungsbedarf und Regelungsmöglichkeiten, in: WSI-Mitteilungen 9/1985, S. 550-558.
- Bender, D.:** (1995), Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik. München : Vahlen
- Betzler, M.:** (1995), Die Neue Politische Ökonomie als Instrument der Genossenschaftslehre. Köln: Botermann und Botermann, 1995.

- Bleicher, K.:** (1992), Das Konzept Integriertes Management; Campus Verlag; Frankfurt/New York.
- Bliss, C., and Braga J. d. M.:** (1990), (Ed.), Unity with diversity in the European economy. The Community's Southern frontier. Cambridge, New York, Melbourne.
- Boeke, H.J.:** (1953), Economics and economic policy of dual societies, As exemplified by Indonesia, Haarlem 1953.
- Böhler, J.:** (1993), Betriebsform, Wachstum und Wettbewerb. Wiesbaden : Gabler 1993.
- Boettcher, E.:** (1980), Die Genossenschaft in der Marktwirtschaft: Einzelwirtschaftl. Theorie d. Genossenschaften. Tübingen: Mohr.
- Boettcher, E.:** (1981), Genossenschaften I: Begriff und Aufgabe, in HdWW, Bd. 3, Stuttgart, S. 540-546.
- Boettcher, E.:** (1985), Hrsg., Die Genossenschaft im Wettbewerb der Ideen. Eine europäische Herausforderung; Bericht der XI. internationalen genossenschaftlichen Tagung 1985 in Münster, Tübingen.
- Borrmann, A., Fasbender, K., Härtel, H.-H., Holthus, M.:** (1990), Soziale Marktwirtschaft, Erfahrungen in der Bundesrepublik Deutschland und Überlegungen zur Übertragbarkeit auf Entwicklungsländer; Studie im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, BMZ und der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GmbH, GTZ. Verlag Weltarchiv GmbH : Hamburg.
- Bourguignon, F.:** (1990), Growth and Inequality in the Dual Model of Development: The Role of Demand Factors, in: Review of Economic Studies, 57, S. 215-228.
- Brockmeier, T.:** (1994), Systemtransformation und Genossenschaften, in: Jöstingmeier (Hrsg.), S. 163-203.
- Bundesagentur für Aussenwirtschaft:** (2005), Datenbank: Länder und Märkte, Artikel: Einkaufszentren in Griechenland immer beliebter, 29.12.2005.
- Cazakidou, K., Dimadis, T., Moshouris, G., Pallas, N.:** (1982), Die Verkehrsinfrastruktur in Nordost-Griechenland und ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Region. Studienprojekt im Rahmen des Nachdiplomstudiengangs "Regionalwissenschaft/ Regionalplanung" am Institut für Regionalwissenschaft der Universität Karlsruhe.
- Charmes, J.:** (1990), A critical Review of concepts, definitions and studies in the informal sector, in: Turnham, D., Salomé, B., Schwarz, A. (Hrsg.), The informal Sector Revisited, OECD, Paris 1990, S. 10-48.
- Chatzigagis, S.:** (1992), Anagi ethniki stratigiki gia tin agrotiki mas ikonomia, (Die Notwendigkeit einer nationalen Strategie für unsere Landwirtschaft) in: Ikonimikos Tachidromos, 13 Februar 1992, S. 31-33.
- Christodoulatos, T.:** (1991), Problemfelder und Strategien des Marketings griechischer Zitrusfrüchte, in: Eisenach, J. (Hrsg.), S. 93-116.
- Christodoulidis, N.:** (2003), Der Sektor der biologischen Landwirtschaft in Italien, Hrsg. Griechische Botschaft in Rom, Rom 2003.

- Chtouris, S., Heidenreich, E.:** (1990), Jenseits der Ökonomie: Arbeiten in Griechenland, in: König, H., u.a., (Hrsg.), S. 114-132.
- Chtouris, S., Heidenreich, E., Ipsen, D.:** (1993), Von der Wildnis zum urbanen Raum, zur Logik der peripheren Verstädterung am Beispiel Athen. Campus Verlag : Frankfurt/ New York.
- Dahlberg, R.:** (1985), Die grosstechnische Nutzung der Sonne; Eine konkrete Utopie zur Lösung der Probleme Energie, Umwelt und Bevölkerungsexplosion.
- Dams, T., De Haen, H., Kötter, H., Thimm, U.-H., Zurek, E.:** (1985), Integrierte ländliche Entwicklung - Theorie, Konzepte, Erfahrungen, Programme; Studien zur integrierten ländlichen Entwicklung; Bd. 16; Weltarchiv : Hamburg.
- Datta, A.:** (1982), Ursachen der Unterentwicklung, Erklärungsmodelle und Entwicklungspläne, München : Beck.
- Dede, I.:** (1993), Ökologiebewegung in Griechenland und in der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung historischer, gesellschaftspolitischer und theoretischer Aspekte: Frankfurt am Main; Univ.,Diss., 1992 : Lang;
- Demopoulos, G.D.:** (1983), Finanzmärkte und Finanzinstitutionen in Griechenland, in: Europäische Wirtschaft. Heft Nr. 15 (März), hrsg. von der Kommission der EG, Brüssel, S. 157-164.
- Deppe, F., Weiner, P.K.:** (1991), (Hrsg.), Binnemarkt '92; Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Europa. Hamburg: VSA-Verlag.
- Donaldson, L.:** (1984), Economic Development: Analysis and Policy. West Publishing Company: St. Paul, New York, Los Angeles, San Francisco.
- Donner, H., Magoulas, G., Simon, J., Wolf, R.:** (1989), (Hrsg.), Umweltschutz zwischen Staat und Markt - Moderne Konzeptionen im Umweltschutz. Nomos Verlagsgesellschaft: Baden-Baden.
- Dosi, G.:** (1991), The Research on Innovation Diffusion: An Assessment, in: Nakicenovic u.a. (Hrsg.), S. 179-208.
- Drüke H.:** (1986), Italien: Wirtschaft, Gesellschaft, Politik, Opladen : Leske und Budrich.
- Dülfer, E.:** (1995), Betriebswirtschaftslehre der Genossenschaften und vergleichbarer Kooperative. 2., überarb. und erw. Auflage. Göttingen : Vandenhoeck und Ruprecht.
- Egner, E.:** (1966), Dual economies, in: Besters und Boesch, (Hrsg.).
- Eichhorn P.:** (1991), (Hrsg.), Verwaltungslexikon, gemeinsam mit Böhrer C., Derlien, U.-H., Friedrich, P., Püttner, G., Reiner mann, H.; 2., Aufl.- Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Eisenach, J.:** (1991), (Hrsg.), Griechenland und Türkei im Vorfald des europäischen Binnenmarktes, Potential und Perspektiven des Agrarexports bei Zitrusfrüchten, Rosinen und Tomatenmark, Bd. 42, Schriften des Zentrums für regionale Entwicklungsforschung der Justus-Liebig-Universität Giessen, Verlag Weltarchiv GmbH, Hamburg 1991.
- Englmann, F.-C.:** (1989), Technischer Fortschritt: Diffusion, Erträge und Beschäftigung; Tübingen : Mohr.

- Enquete-Kommission "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" des Deutschen Bundestages.:** (1990), Energie und Klima: Studienprogramm "Internationale Konvention zum Schutz der Erdatmosphäre sowie Vermeidung und Reduktion energiebedingter klimarelevanter Spurengase" - Bonn: Economica Verl. ; Karlsruhe : Müller.
- Ernst, W., Hoppe, W., Thoss, R.:** (1987), (Hrsg.), Beiträge zum Siedlungs- und Wohnungswesen und zur Raumplanung, Selbstverlag des Instituts für Siedlungs- und Wohnungswesen und des Zentralinstituts für Raumplanung der Universität Münster.
- Eschenburg, R.:** (1984), Marktschaffung-Markterweiterung-Markterhaltung, Genossenschaften und binnenwirtschaftliche Integration in Entwicklungsländern, in: Jäger u.a., (Hrsg.), S. 317-330.
- Eschenburg, R.:** (1985), Konzeption der Genossenschaften in Entwicklungsländern, in: Böttcher, E., (Hrsg.), S. 191-212.
- European Union:** (1995), Development prospects of the central Mediterranean regions (Mezzogiorno-Greece), regional development studies, European Commission. Luxembourg: Office for Official Publications of the European Communities, 1995.
- Europäische Kommission:** (1999), Der Kohäsionsfonds und die Umwelt - Griechenland. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
- Europäische Kommission:** (2004), COM/2004/0018, Konzept zur Förderung der genossenschaftlichen Zusammenarbeit in Europa.
- EUROSTAT:** (2006), Statistik kurz gefasst, Industrie Handel und Dienstleistungen, 8/2006, Autor: Walter Sura.
- Fei, J.C.H., Ranis, G.:** (1963), Innovation, capital accumulation and economic development, in: The american economic review, Vol. LIII, June 1963, Nr. 3, S. 283-313.
- Feldmann, Horst:** (1999), Ordnungstheoretische Aspekte der Institutionenökonomik. Duncker und Humblot - Berlin.
- Fleckenstein, K.:** (1983), Grundpositionen zu einer EG-Mittelstandspolitik, in: WSA (Hrsg., 1983), S. 124-128.
- Fraenkel, Dr. Gioachino:** (1991), Die Italienische Wirtschaftspolitik zwischen Politik und Wirtschaft. Duncker & Humblot Berlin.
- Freund, B.:** (1985), Spanien, Portugal und Griechenland - Elemente eines agrarstrukturellen Vergleichs in den neuen südeuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften, in: Zeitschrift für Land- und Agrarsoziologie, Land, Agrarwirtschaft und Gesellschaft, Jg. 2, 3/1985, S. 477-491.
- Frey, B.-S.:** (1980), Ökonomische Theorie der Politik, in: HdWW, 5. Bd., Stuttgart usw., S. 658-667.
- Frey, B.-S.:** (1988) Politische und soziale Einflüsse auf das Wirtschaftsleben, Ursachen der Arbeitslosigkeit: zu hohe Reallöhne oder Nachfragemangel?, Heinz König, Opladen : Westdeutscher Verlag.

- Funck, G.:** (1986), Griechenland, Investitionsführer. 2. Aufl. Schriftenreihe: Ausländisches Wirtschafts- und Steuerrecht, Bd. 62. Köln.
- Gaentzsch, G.:** (1992), Aufgaben der öffentlichen Verwaltung - Bestandsaufnahme und Kritik; Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung, bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.
- Gahlen, B., Meyer, B., Schumann, J.:** (1989), (Hrsg.), Wirtschaftswachstum, Strukturwandel und dynamischer Wettbewerb, Ernst Helmstädter zum 65. Geburtstag. Berlin; u.a., Springer 1989.
- Gaitanides, M., Wicher, H.:** (1985), Venture Management - Strategien und Strukturen der Unternehmensentwicklung, in: DBW 45 (1985) 4, S. 414-426.
- Gelshorn, T., Michalik, S., Staehle, W.-H.:** (1991), Die Innovationsorientierung mittelständischer Unternehmer, Auswirkungen staatlicher Innovationsförderung; C.E. Poeschel Verlag Stuttgart.
- Geue, Heiko Dr.:** (1997), Evolutionäre Institutionenökonomik : Ein Beitrag aus der Sicht der österreichischen Schule; Lucius und Lucius, 1997.
- Giannaris, N.-V.:** (1988), Greece & Turkey - Economic and Geopolitical Perspectives, Praeger: New York; Westport, Connecticut; London.
- Giannitsis, T.:** (1988), I entaxi stin ewropaiki kinotita ke i eiptosis sti wiomichania ke sto exoteriko emporio (Übers. Der Beitritt in der europäischen Gemeinschaft und die Auswirkungen in Industrie und Aussenhandel).
- Glatzer, W.:** (1993), Einstellungen und Lebensbedingungen in Europa. Frankfurt/Main; New York: Campus Verlag.
- Göhler, G., Lenk, K., Bruns-Schmalz, R.:** (1990), (Hrsg.), Die Rationalität politischer Institutionen, Interdisziplinäre Perspektiven. Nomos Verlagsgesellschaft : Baden-Baden.
- Gornig, M., Seidel, B., Vesper, D., Weise, C.:** (1996), Regionale Strukturpolitik unter den veränderten Rahmenbedingungen der 90er Jahre; Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Sonderheft Nr. 157; Berlin : Duncker und Humblot, 1996.
- Grabowski, R., Shields, M.-P.:** (1989), Lewis and Ricardo: A reinterpretation, in: World Development, Vol. 17, No. 2, S. 193-197.
- Grimm K.:** (1989), Theorien der Unterentwicklung und Entwicklungsstrategien, Opladen: westdeutscher Verlag.
- Grossekettler, H.:** (1989), Marktprozesse als Gegenstand theoriegeleiteter empirischer Analysen: Ein Forschungsbericht, in: Gahlen u.a. (Hrsg.), S. 321-357.
- Grosskopf, W.:** (1986), (Hrsg.), Genossenschaften in steter Bewährung, Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Genossenschaftswesen an der Universität Hohenheim; Stuttgart - Hohenheim.
- Gumpel, W.:** (1980), (Hrsg), Griechenland und die Europäische Gemeinschaft. Auswirkungen der Vollmitgliedschaft Griechenlands in der EG auf die griechische Wirtschaft.



- Güth, W.:** (1996), Theorie der Marktwirtschaft, 2., verb. Aufl. -Berlin ; Heidelberg ; u.a.: Springer, 1996.
- Hallet, M.:** (1997), Wirkungen wirtschaftlicher Integration auf periphere Regionen: eine Untersuchung anhand der Integration Griechenlands und Portugals in die Europäischen Gemeinschaften. Pfaffenweiler : Centaurus-Verl.-Ges. 1997.
- Handbuch Entwicklungsländer:** (1988), Sozialökonom. Prozesse, Fakten u. Strategien. Red: Peter Stier (Leitung), Köln : Pahl-Rugenstein.
- Hanel, A.:** (1981), Staatliche Entwicklungspolitik und die Förderung moderner Genossenschaften, in: Kuhn, (Hrsg.), S. 131-169.
- Harris, J.R., Todaro, M.P.:** (1970), Migration, Unemployment and Development: A Two-Sector Analysis, in: American Economic Review (1970), Vol. 60, Nr. 1, S. 126-141.
- Hassid, J.:** (1980), I Elliniki wiomichania ke i EOK, meleti gia tis epiptosis apo tin entaxi, (Übers. Griechische Industrie und EWG. Studie über die Auswirkungen des Beitritts), Reihe: Besondere Studien, Nr. 6, 2 Bde., hrsg. vom IOBE, Athen.
- Hassid, J.:** (1980), Die griechische Industrie und die EG, in: Gumpel, W., (Hrsg.), S. 57-72.
- Hatton, T.J., Williamson, J.G.:** (1992), What explains Wage Gaps between Farm and City, Exploring the Todaro Model with American Evidence, 1840 -1941, in: Development and Cultural Change (1992), Vol. 40, Nr. 2, S. 267-282.
- Hauff, M. v., Kruse, B.:** (1993): Die Relevanz der Entwicklungsstrategien - Rahmenbedingungen und Perspektiven, in: Hauff, M., v., u.a. (Hrsg.) S. 13-115.
- Hauff, M. v., Heinecke, W.:** (1993), (Hrsg.), Entwicklungsstrategien für die Dritte Welt. Ludwigsburg ; Berlin : Verl. Wiss. und Praxis.
- Heck, B.:** (1984), (Hrsg.), Weniger Staat - weniger Bürokratie. Kommunal-Verlag: Recklinghausen;
- Heinen, E.:** (1992), (Hrsg.), Betriebswirtschaftliche Führungslehre; Grundlagen, Strategien, Modelle, ein entscheidungsorientierte Ansatz. Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Heinze, R.-G., Hilbert, J. et al.:** (1996), Strukturpolitik zwischen Tradition und Innovation - Nordrhein-Westfalen im Wandel; Leske und Budrich : Opladen.
- Heinzelmann, J.:** (1986), Der Bildungsauftrag der Genossenschaften, in: Grosskopf, (Hrsg.), S. 90-106.
- Hellmann, F.-M., Oesterfeld, W., Olle, W.:** (1980), (Hrsg.), Europäische Gewerkschaften. Berlin: Olle & Wolter, 1980.
- Hemmer, H.-R.:** (1988), Wirtschaftsprobleme der Entwicklungsländer, Verlag Franz Vahlen München.
- Hermanns, H., Lienau, C.:** (1982), Griechenland - ein europäisches Entwicklungsland? Entwickelte Unterentwicklung oder unterentwickelte Entwicklung - das Problem der Deformation räumlicher und gesellschaftlicher Strukturen am Beispiel eines Landes der europäischen Südperipherie, in: Die Erde, Zeitschrift der Gesellschaft für Erdkunde zu Berlin, 113. Jg., 1982, S. 113-150.

- Hesse, J.-J., Zöpel, C.:** (1990), (Hrsg.), Der Staat der Zukunft; Nomos Verlag : Baden-Baden;
- Hesse, J.-J.:** (1990), Staat der Zukunft - Zukunft des Staates, Zur Modernisierung öffentlicher Einrichtungen, in: Hesse, J.-J. u.a. (Hrsg.), S. 13-28.
- Hirschmann, A.-O.:** (1958), The Strategy of Economic Development, New Haven.
- Hirschmann, A. O.:** (1967), Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung, übersetzt von H. Körner und C. Uhlig, in: Schiller, K., (Hrsg.).
- Hirschman, A.-O.:** (1989), Entwicklung, Markt und Moral, Abweichende Betrachtungen, Carl Hanser Verlag München Wien.
- Ihde, G., Hartmann, H., Merath, F.:** (1995), Die Bedeutung der Verkehrsinfrastrukturausstattung für die Sicherung des Industriestandortes Baden-Württemberg, in: internationales Verkehrswesen, 47. Jg. (1995), Heft 9, S. 519-527.
- Ikonomou, P.-T.:** (1990), Neugriechische Regionalpolitik, Vorstudien zu einer Sozialstrukturanalyse; Peter Lang : Frankfurt am Main; Bern; New York; Paris.
- IOBE:** (2005), IOBE = Abkürzung auf griechisch für Institut für ökonomische und industrielle Forschungen. Bericht 2005: Investitionsforschungen in der Industrie.
- Jäger, W., Pauli, H.:** (1984), (Hrsg.), Genossenschaften und Genossenschaftswissenschaft. Systematische, strukturelle und ordnungspolitische Aspekte des Genossenschaftswesens. Deutscher Genossenschafts-Verlag eG, Wiesbaden.
- Jäger, W.:** (1991), Genossenschaften: Eine Chance für die Zukunft. Institut für Genossenschaftswesen der Universität Münster. Verlag Regensburg Münster.
- Jahresbericht der griechischen Reederunion:** 2003/04.
- Jöstingmeier, B.:** (1994), (Hrsg.), Aktuelle Probleme der Genossenschaften aus rechtswissenschaftlicher und wirtschaftswissenschaftlicher Sicht. Göttingen : Vandenhoeck & Ruprecht.
- Jorgenson, D.-W.:** (1967), Suplus agricultural labour and the development of a dual economy, in: Oxford economic papers, Vol. 19, 1967, S. 288-312.
- Kaikis, S.:** (1980), Die Gewerkschaften Griechenlands - auf dem Weg zur Demokratisierung des Staatssyndikalismus?, in: Hellmann, F.-M. u.a., (Hrsg.), S. 166-204.
- Kaiser, M, Wagner, N.:** (1988), Entwicklungspolitik: Grundlagen, Probleme, Aufgaben, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 239, Bonn.
- Kalyvianakis, K.:** (1990), Ta Nea (Die Nachrichten), 30.01.1990, Athen.
- Kanetakis, M.:** (1981), Entwicklungspolitik in den rückständigen Regionen der Europäischen Gemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung Griechenlands. Dissertation. Marburg.
- Kapsocavadis, B.:** (1987), Der griechische EG-Beitritt: Das Dilemma zwischen kurz- und langfristigen Effekten, eine Institutionstheoretische Analyse, Frankfurt a.M..
- Karaminas, A.:** (1991), Etatismus und Marginalität - Zur Entwicklung der Arbeitsbeziehungen in Griechenland, in: Deppe, F., u.a., (Hrsg.), S. 222-239.

- Karamichas, Tzanetos:** (2004), Präsident von PASEGES (= Dachverband der griechischen Agrargenossenschaften). Vortrag am 29.01.2004 in Thessaloniki zum Thema: Regionale wirtschaftliche Entwicklung.
- Karasawoglou, A.:** (1987), Einkommensverteilung, Einkommensumverteilung und Wirtschaftswachstum, der Fall Griechenland. Diss.
- Kasakos, P.:** (1980), Die griechische Landwirtschaft in der EG, in: Gumpel, W., (Hrsg.), S. 73-90.
- Kasakos, P.:** (1988), Entwicklungsprobleme und wirtschaftliche Optionen im Griechenland der achtziger Jahre, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 14-15/88, 1. April 1988, S. 36-46.
- Katranidis, S.:** (1985), Agrarpolitik und Agrarsektor in Griechenland, Arbeit aus d. Inst. für Agrarpolitik u. Marktlehre d. Christian-Albrechts-Univ. zu Kiel. Kiel Wissenschaftsverlag Vauk, 1985.
- Katseli, L.-T.:** (1990), Economic inigration in the enlarged European Community: structural adjustment of the Greek economy, in: Bliss, C., u.a., (Ed.), S. 235-309.
- Kazis, D.:** (1984), Leasing ke wiomichaniki anaptixi: i periptosi tis Elladas (Leasing und industrielle Entwicklung: der Fall Griechenland), KEPE, 1984.
- KEPE:** (2005), KEPE übersetzt: Zentrum für Planung und Wirtschaftsforschungen KEPE, Mai 2005, Bericht über die EU-Richtlinie für die Liberalisierung des Dienstleistungsbereich im gemeinsamen europäischen Markt, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen für Griechenland.
- Keppler, H.:** (1986), Die Bedeutung des Dienstleistungssektors für die Entwicklungsländer: Ansatzpunkte für die bi- und multilaterale Zusammenarbeit, Hrsg.: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, München;Köln;London; Weltforum-Verlag 1986.
- Kern, D.:** (1991), Outputorientierte Innovationsförderung als Instrument marktwirtschaftlicher Forschungs- und Technologiepolitik, in: Oberender u.a. (Hrsg.), S. 57-74.
- Kimenyi, M.-S.:** (1991), Barriers to the Efficient Functioning of Markets in Developing Countries, in: Konjunkturpolitik 37 : 4 (1991), S. 199-227;
- Kintis, A.:** (1980), I prooptikes tis ellinikis wiomichanias meta tin pliri entaxi stin EOK, Die Aussichten der griechischen Industrie nach dem Beitritt zur EWG), in: Verband der Wirtschaftswissenschaftler, Hrsg., 1980, S. 41-59.
- Klavdianou-Papadaki, A.:** (1993), Der ländliche Raum in Griechenland, Forschungsergebnisse zur Bedeutung der Aus- und Fortbildung, in: Der Förderungsdienst, Heft 1/1993, Jg. 41, S. 18-24.
- Knall, B.:** (1980), Entwicklungstheorien, in: HdWW, Bd. 2, S. 421-435.
- Knall, B.:** (1986), Entwicklungsländer und Weltwirtschaft, eine Einführung, Darmstadt, wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- König, H., Greiff, B., v., Schauer, H.:** (1990), (Hrsg.), Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Sonderheft 11/1990; Westdeutscher Verlag: Opladen.

- Koepf, H.-H., Schaumann, W., Haccius, M.:** (1996), Biologisch-Dynamische Landwirtschaft : eine Einführung; Stuttgart : Ulmer.
- Kofner, S.:** (1992), Das Grundmodell der dualistischen Entwicklung, in: WiSU, 7/92, S. 539-542.
- Korres, G.-M., Chionis, D.-P.:** (2003), I ellinki Ikononia (= Griechische Volkswirtschaft) Verlag Ath. Stamoulis, Athen.
- Koliou, P., Gross, F.-S.:** (1988), Griechische Geldinstitute, Von null auf hundert in 1992, eine Marktstudie, in: Geldinstitute-6-1988, S. 4-11.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften:** (1991), Jahreswirtschaftsbericht 1990/91, Revision, in: Europäische Wirtschaft, Beiheft A, Konjunkturtendenzen, Nr. 6.
- Koreimann, S.-D.:** (1992), Management; München; Wien : R. Oldenbourg Verlag.
- Korisis, H.:** (1980), Das politische System Griechenlands, Strukturprobleme einer Demokratie. Pfeiffer Verlag: Hersbruck 1980.
- Kostka, D.:** (1992), Umgang mit komplexen Verwaltungsaufgaben in der Wirtschaftsförderung; Typische Verlaufsmuster und Wege zur Erweiterung persönlichen Handlungsspielraums; Westdeutscher Verlag : Opladen.
- Krasberg, U.:** (1984), Das leben im griechischen Dorf, in: ISS-Arbeitshefte, Bd. II, Frankfurt/Main, S. 45-72.
- Krueger, A.:** (1990), Economists' Changing Perceptions of Government, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 126:3, S. 417-431.
- Kuhlmann, F.:** (1991), Wie ist eine stärkere ökologische Orientierung im Pflanzenbau aus der Sicht der Betriebswirtschaft zu bewerten? in: Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume (Hrsg.), S. 39-62.
- Kuhn, J.:** (1981), (Hrsg.), Die Genossenschaft - eine anpassungsfähige Form der Selbstorganisation ländlicher Gruppen? Institut für Kooperation in Entwicklungsländern, Universität Marburg, Studien und Berichte Nr. 14.
- Kurz, R.:** (1989), Was ist Innovation? Bestimmungsgründe und Möglichkeiten staatlicher Innovationsförderung, in: Wehling, H.-J. (Red.), S. 9-29.
- Kyriazis, N.:** (1983), The Drachma's adhesion to the EMS. Possible effects, in : Sammlung: Wissenschaft und Dokumentation, Reihe Wirtschaftsfragen, Nr. 5, hrsg. vom europäischen Parlament, Luxemburg.
- Labroukos, S.-N., Lioukas, S.:** (1989), Planning for Esso Greece - The Impact of Nationalization, in: Long Range Planning, Vol. 22, No. 4, S. 98-105.
- Lachmann, W.:** (1994), Entwicklungspolitik, Bd. 1, Grundlagen. München; Wien: Oldenbourg Verlag.
- Lambardt-Mitschke, U.:** (1993), Marketing-Konzept für eine Erzeugergemeinschaft für Fleisch aus ökologischem Landbau, Verlag Ulrich e. Grauer, Wendlingen, 1993.

- Lambos, K.-D.:** (1981), Abhängigkeit und fortgeschrittene Unterentwicklung dargestellt am Beispiel der Landwirtschaft Griechenlands. Ein Beitrag zum Studium des (griechischen) peripheren Kapitalismus und der alternativen Entwicklungsstrategien. Rita G. Fischer Verlag, Frankfurt/Main.
- Landesanstalt für Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume:** (1991), (Hrsg.), Informationen für die Landwirtschaftsberatung in Baden-Württemberg, Jahrgang 1991, Nr.: 1.
- Latifis, K.:** (1997), Die Zukunft gehört den ökologischen Anbau (Übers.), in: *Ikonomikos Tachidromos*, S. 50-51. Heft 10 (2235), 6 März 1997.
- Lee, E.:** (1993), Initiating transition in a low-income dualistic economy: the case of Mongolia, in: *International Labour Review*, Vol. 132, No. 5-6, S. 623-638.
- Lehner, F.:** (1990), Ökonomische Theorie politischer Institutionen: Ein systematischer Überblick, in: Göhler, G., u.a., (Hrsg.), S. 207-234.
- Leipold, H.:** (1991), Innovationen im Systemvergleich. Der Einfluss des Wirtschaftssystems auf die Hervorbringung von Innovationen, in: Oberender u.a (Hrsg.), S. 163-182.
- Lewis, W.-A.:** (1954), Economic Development with Unlimited Supplies of Labour, in: *The Manchester School*, vol. XXII, P. 139-191.
- Lewis, W.-A.:** (1958), Unlimited Labour: Further Notes, in: *The Manchester Scholl*, vol. XXVI, 1958, p.1-32.
- Limperes, M.-N.:** (1986), The Greek Election of June 1985: A Socialist Entrenchment, in: *West European Politics*, Vol. 9/1, 1986, S. 142-147.
- Limperopoulou, M.:** (1997), Sineteristikes Trapeses, (Übers. Kreditgenossenschaften), in: *Ikonomikos Tachidromos*, Heft 10 (2235), 6 März 1997.
- Löffler, T.:** (1993), Meerwasserentsalzung, Informationszentrum Raum u. Bau d. Fraunhofer-Ges., 3., erw. Aufl. - Stuttgart : IRB-Verl.
- Loistl, M.:** (1994), Solar- und Windenergieatlas Baden-Württemberg; Landesanstalt für Umweltschutz Baden Württemberg.
- Lompe, K.:** (1983), Hat die politische Planung noch eine Chance? Soziale und politische Voraussetzungen langfristiger Politikorientierung, in: Galliess, J., (Hrsg.), S. 7-31.
- Luetkens, C.:** (1981), Die unglückliche Rückkehr - Die Remigrationsproblematik am Beispiel griechischer Arbeitsemigranten aus dem Nomos Drama. Campus Verlag: Frankfurt am Main; New York.
- Lutz, V.:** (1962), Italy, A Study in Economic Development. With a Foreword by Frederic Benham and Muriel Grindrod. London 1962.
- Macheras, D.:** (1988), Die Mitgliedschaft Griechenlands in den Europäischen Gemeinschaften, Die Problematik der wirtschaftlichen Auswirkungen auf Griechenland angesichts seiner Wirtschaftsstruktur. Diss. Frankfurt a.M..
- McMahon, G.:** (1990), Tariff policy, income distribution, and long-run structural adjustment in a dual economy: A numerical analysis, in: *Journal of Public Economics*, 42, No. 1, S. 105-123.

- Magoulas, G., Mentis, G.:** (1989), Umweltrecht und Umweltschutz in Griechenland. Eine Fallstudie unter Berücksichtigung ökonomischer, politischer und administrative Problemaspekte, in: Donner, H., u.a., (Hrsg.), Bd. 1, S. 571-592.
- Mali, P.:** (1986), MBO Updated; A handbook of practices and techniques for managing by objectives. University of Hartford, A Wiley-Interscience Publication.
- Marggraf, R.:** (1985), Zur Relevanz mikroökonomischer Theorie für die Analyse des ökonomischen Verhaltens der Wirtschaftssubjekte in Agrarsektoren von Entwicklungsländern, Franz Steiner Verlag Wiesbaden 1985.
- Mazumdar, D.:** (1989), Microeconomic Issues of Labour Markets in Developing Countries, Analysis and Policy Implications, Weltbank, Economic Development Institute Seminar Paper Nr. 40, Washington D.C. 1989.
- Meissner, W., Fassng, W.:** (1989), Wirtschaftsstruktur und Strukturpolitik, München 1989, Vahlen Verlag.
- Melfou, K., Kavallaris, P.:** (1991), Struktur und Anpassungsbedarf der Exportunternehmen in Griechenland, in: Eisenach, J., (Hrsg.), S. 46-92.
- Mengel, D.-W.:** (1982), Die Mani, eine unterentwickelte Region im südlichen Griechenland, Diss., Göttingen 1982.
- Mitra, A.:** (1990), Duality, Employment Structure und Poverty Incidence: The Slum Perspective, in: Indian Economic Review, Vol. XXV, No. 1, S. 57-73.
- Mückl, W.-J.:** (1989), Innovation und Wettbewerb, zur dynamischen Effizienz des Marktes, in: Wehling (Red.), S. 45-60.
- Münkner, H.-H.:** (1991), Strukturfragen der deutschen Genossenschaften Teil IV, Chancen der Genossenschaften in den neunziger Jahren. Veröffentlichungen der DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank, Band 19. Fritz Knapp Verlag : Frankfurt am Main.
- Müller, A.-A., Meyer, F.-W.:** (1960), (Hrsg.), Untersuchungen, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Nr.13, Köln 1960.
- Mukjerji, S.:** (1985), The Process of Wage Labour Circulation in Northern India, in: Standing , G., (Hrsg.), S. 252-268.
- Musto, S.-A.:** (1981), Die Süderweiterung der Europäischen Gemeinschaft, in: Kyklos, Vol. 34-1981, Fasc. 2, S. 242-273.
- Mutius, v.-A.:** (1991), Verwaltungsreform, in: Eichhorn, P., (Hrsg.), S. 909-910.
- Myint, H.:** (1964/1967), The Economics of the Developing Countries, London 1964, 3rd ed. 1967.
- Myint, H.:** (1971), Economic Theory and the Underdeveloped Countries. (Collection of papers since 1950). London/New York/Toronto 1971.
- Myint, H.:** (1985), Organizational Dualism and Economic Development, in: Asian Development Review, 3 (1), S. 24-42.
- Myrdal, G.:** (1970), Politisches Manifest über die Armut in der Welt, Frankfurt am Main 1970.

- Myrdal, G.:** (1974), *Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen*, Fischer Verlag : Stuttgart.
- Nakicenovic, N., Grübler, A.:** (1991), (Hrsg.), *Diffusion of Technologies and Social Behavior*. Springer Verlag : Berlin u.a.
- Neubauer, G.:** (1996), *Strategische Personalentwicklung in Genossenschaften - unter besonderer Berücksichtigung gewerblicher Genossenschaftsunternehmen: Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Genossenschaftswesen an der Universität Hohenheim*. Leitung: Prof. Dr. Werner Grosskopf, 12.
- Nohlen, D., Nuscheler, F.:** (1974), (Hrsg.), *Handbuch der Dritten Welt, Bd. 1, Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung*, Hamburg 1974.
- N.S.S.G.:** National Statistic Service of Greece. Statistisches Amt Griechenlands, in: "The greek economy in Figures".
- Oberai, A.:** (1989), *Problems of Urbanization and Growth of Large Cities in Developing Countries: A Conceptual Framework for Policy Analysis*, ILO, World Employment Programme Research Working Paper, Nr. 169, Genf 1989.
- Oberender, P., Streit, M.-E.:** (1991), (Hrsg.), *Marktwirtschaft und Innovation; 1. Aufl.* - Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges., 1991.
- Oberhauser, A.:** (1995), (Hrsg.), *Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit III; Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F., Band 229/III*, Berlin 1995.
- OECD:** (1995), (Hrsg.), *The OECD Jobs Study - Investment, Productivity and Employment*, Paris 1995, 38.
- Offe, C.:** (1983), *Ist die Bürokratie unser Schicksal? Topoi der sozialwissenschaftlichen und der politischen Kritik an der staatlichen Verwaltung*, in: Galliess, J., (Hrsg.), S. 32-39.
- Okruch, S.:** (1999), *Innovation und Diffusion von Normen: Grundlagen und Elemente einer evolutischen des Institutionenwandels*. Duncker und Humblot : Berlin 1999.
- Panagiotopoulou, R., Tsoukalas, K.:** (1993), *Beschäftigungstendenzen in Griechenland: Ein abweichender Fall*, in: Glatzer, W., (Hrsg.), S. 205-224.
- Panos, D., T.:** (1981), *Οι γεωργικοί συνεταιρισμοί έως την ίδρυση της αγροτικής τράπεζας της Ελλάδος (Die Agrargenossenschaften bis zur Gründung der Agrarbank von Griechenland)*, Athen.
- Papadimitriou, X.-A.:** (1997), *Welche Veränderungen bringt die niedrige Inflationsrate (Übers.)*, in: *Wirtschaftszeitung "To Wima"*, S. D-13.
- Papadopoulos, S.:** (1989), *Griechenland*, in: *IFO-Schnelldienst*, 42.1989, 16, S. 29-32.
- Papaoannou, A.:** (1980), *Der Agrarsektor Griechenlands und die Problematik seiner Integration in die Europäische Gemeinschaft*. Alfred Strothe Verlag, Hannover.
- Papailias, T.:** (1983), *Der Unausgeglichenheitsmechanismus der Migration und Messung der Aneignung des human capital: Studie der griechischen Empirie*. Diss. Bremen 1983.

- Papaphilippou-Avramidi, A.:** (1984), Die Agrargenossenschaften in Griechenland, Ihre Entstehung und Entwicklung während der Umwandlung einer Feudalgesellschaft in eine Gesellschaft an der Peripherie des kapitalistischen Systems, Dissertation.
- Papaschinopoulou, M.:** (1999) (Hrsg.), Griechenland auf dem Weg zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion/wie kann von den deutschen Erfahrungen profitiert werden? Baden-Baden : Nomos Verl.-Ges., 1999.
- Parashidis, W. (1984),** Die makro-ökonomischen und sozio-politischen Auswirkungen der ausländischen Direktinvestitionen in Griechenland: Interdependenz und Wirkung des entwicklungspolitischen Instrumentes "Ausländische Direktinvestitionen" auf die Entwicklungs- und Gesellschaftspolitik am Beispiel Griechenlands. Peter Lang: Frankfurt am Main; Bern; New York; Nancy;
- Pavlopoulos, P.:** (1987), I paraoikonomia stin Ellada (Die Schattenwirtschaft in Griechenland). Athen.
- Peter, H.-P.:** (1972), Sozialökonomische Grundprobleme der Entwicklungsländer, Zürich 1972.
- Pfäler, W., Hofmann, U., Lehmann-Grube, U.:** (1995), Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung, kritische Bestandsaufnahme, Erweiterungen und Fallstudien, in: Oberhauser, A., (Hrsg.), S. 71-187.
- Photopoulos, T.:** (1985), Exartimeni anaptixi: i elliniki periptosi, (Abhängige Entwicklung: Der Fall Griechenland), Athen 1985.
- Pieper, R.:** (1991), (Hrsg.), Lexikon Management; Wiesbaden: Gabler Verlag.
- Plastiras, G.:** (1985), I georgia stin epochi tis tecnologias, mia sfairiki theorisi tis exeliktikis tis porias, (Die Landwirtschaft in der Zeit der Technologie, Eine rundum Betrachtung ihrer evolutionären Laufbahn).
- Priebe, H.:** (1980), Der Primärbereich in der Frühphase der industriellen Entwicklung, in: Timmermann, V. (Hrsg.).
- Provopoulos, A.-G.:** (1989), Some evidence on unbalance productivity growth, The Case of the Greek Public Sector, in: Annals of public and cooperativ economics, Vol. 60, S. 359-367.
- Ranis, G., Fei, J.C.H., :** (1961), A theory of economic development, in: The american economic review, Vol. LI, June 1961, Nr. 4, S. 533-558.
- Rattso, J.:** (1989), macrodynamic Adjustment Mechanisms in a dual Semi-industrialized economy, in: Journal of Development Economics, 30 (1989), S. 47-69.
- Richter, A.-H.:** (1988), Aspekte der griechischen Zeitgeschichte, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung: Das Parlament, B 14-15/88, 1. April 1988, S. 25-32.
- Richter, R., Furubotn, E.:** (1996), Neue Institutionsökonomik : eine Einführung und kritische Würdigung, Übers. Von M. Streissler, Tübingen : Mohr 1996.



- Ridder, M.:** (1990), Regionale Industrieentwicklung und Effekte aus dem Beitritt zur EG, Der Fall Thrakien in Nordgriechenland, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 6, Nov.-Dez. 1990, Jg. 48, S. 319-326.
- Rietveld, P.:** (1995), Transport Infrastructure and the economy, A survey of approaches at the regional level. in: OECD (Hrsg.), S. 103-122, Chapter 4.
- Rolfes, S.:** (1992), Aufgaben und Organisation der öffentlichen Verwaltung: Ein Leitfaden aus Verwaltungslehre und Verwaltungsrecht. Stuttgart; München; Hannover; Berlin; Weimar: Boorberg Verlag.
- Sah, K.-R., Stiglitz, J.-E.:** (1984), The Economics of Price Scissors, in: American economic review, Vol. 74, Nr. 1, S. 125-138.
- Sandvoss, J.:** (1989), Fernarbeit: Formen und Potentiale dezentralisierter Arbeit im Lichte qualifikations- und regionalpolitischer Aspekte. Frankfurt am Main ; Bern ; New York ; Paris : Lang, 1989.
- Schäfers, M.:** (1993), Die Kohäsionspolitik der Europäischen Gemeinschaft: Integrationspolitische Einordnung. Darstellung und Erfolgskontrolle, Dissertation. 1e Aufl., Baden-Baden: Nomos Verlag.
- Scheer, H.:** (1994), Sonnenenergie, Politik ohne Alternative.
- Schiller, K.:** (1967), (Hrsg.), Ökonomische Studien, Bd. 13, Stuttgart 1967.
- Schimmelpfennig, J.:** (1994), Theorien öffentlicher Unternehmen unter besonderer Berücksichtigung des institutionellen Arrangements. Hamburg: Lit, 1996.
- Schmalen, H.:** (1992), Technische Neuerungen in Kleinbetrieben : Eine empirische Untersuchung zur Einführung von elektronischer Datenverarbeitung in Handwerksbetrieben. Stuttgart : Poeschel.
- Schnaars, S.-P.:** (1995), Pioniere überflügeln: neue Produktideen aufgreifen, perfektionieren und vermarkten. Übersetzung aus dem amerik. von Therese Eglseder. Freiburg i. Br.: Haufe 1995.
- Schumpeter, J.:** (1964), Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 6. Aufl., Berlin 1964.
- Scully, W.-G.:** (1988), The Institutional Framework and Economic Development, in: Journal of Political Economy, 96:3, Juni 1988, S. 652-662.
- Sell, L.-F.:** (1993), Ökonomik der Entwicklungsländer, Frankfurt am Main; Berlin; Bern; New York; Paris; Wien: Verlag Lang.
- Simon, K., Stockmayer, A., Fuhr, H.:** (1993), Subsidiarität in der Entwicklungszusammenarbeit: Dezentralisierung und Verwaltungsreformen zwischen Strukturanpassung und Selbsthilfe, in: Simon u.a., (Hrsg.), S. 9-43.
- Simon, K., Stockmayer, A., Fuhr, H.:** (1993), (Hrsg.), Subsidiarität in der Entwicklungszusammenarbeit: Dezentralisierung und Verwaltungsreformen zwischen Strukturanpassung und Selbsthilfe. Baden-Baden: Nomos Verl.- Ges., 1993.
- Sournopoulos, K.:** (1998), Das griechische Finanzsystem im europäischen Binnenmarkt. Wiesbaden: Dt. Univ.-Verl. ; Wiesbaden: Gabler, 1998.

- Spanopoulou, K.:** (1990), Structural Weakness of Greek Agriculture in the Period 1950-1987: Empirical Analysis and Policy Implications, in: Journal of regional policy, Naples. 10.1990.
- Steffani, W.:** (1988), Parteien als soziale Organisationen. Zur politologischen Parteienanalyse, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 4/88, S. 549-560.
- Standing, G.:** (1985), (Hrsg.), Labour Circulation and the Labour Process, London 1985.
- Steffani, W.:** (1991), (Hrsg.), Regierungsmehrheit und Opposition in den Staaten der EG. Leske + Budrich, Opladen 1991.
- Steinhauser, H., Langbehn, C., Peters, U.:** (1992), Einführung in die landwirtschaftliche Betriebslehre; Bd 1; Ulmer Verlag: Stuttgart.
- Stern, N.:** (1989), The economics of development: a survey, in: The economic Journal, 99, Sept. 1989, S. 597-685.
- Ströbe, W.-R.:** (1990), Führungsstile: Situatives Führen und Management by Objectives. Heidelberg: Sauer Verlag.
- The greek economy in Figures:** (1992), Electra Press Publications, in Cooperation with the financial monthly "Epilogi".
- Thiemeyer, T.:** (1985), Die Idee der Gemeinschaft und deren ordnungs- und gesellschaftspolitischer Standort, in: Böttcher, E., (Hrsg.), S. 49-71.
- Timmermann, V.:** (1980), Beiträge zur Industrialisierungs- und Handelspolitik der Entwicklungsländer. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, N.F. Bd. 110, Berlin.
- Timmermann V.:** (1982), Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik. Göttingen : Vandenhoeck und Rubrecht.
- Tornow, W.:** (1975), Die Entwicklung der Landwirtschaft in den Balkanstaaten in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen 1919-1939. Berichte über Landwirtschaft, Bd. 53, 1975, H. 1, S. 107.
- To Wima:** (1997), Teil D, Anaptixy, Jahrgang OE', Nr.: 12424, Sonntag 13 Apr. 1997.
- To Wima:** (1998), Nr.: 12501, Anaptixy, Sonntag 04 Okt. 1998.
- Tsakalidis, G.:** (1995), Die Integration Griechenlands in die Europäische Union : Der gesellschaftspolitische Transformationsprozess Griechenlands in der EG/EU und seine wirtschaftspolitischen und politischen Auswirkungen auf das Land. Münster; Hamburg : Lit, 1995.
- Turnham, D., Salomé, B., Schwarz, A.** (1990), (Hrsg.), The informal Sector Revisited, OECD, Paris 1990.
- Uhlmann, L.:** (1989), Warum wird innoviert? Motive, Bestimmungsgründe, Typen von Innovatoren und von Innovationen in Unternehmen, in: Wehling (Red.), S. 30--45.
- Ulrich, P., Fluri, E.:** (1984), Management, eine konzentrierte Einführung; Bern; Stuttgart : Haupt.

- UN - Social- und Wirtschaftsrat (ECOSOC):** (1974), Ein integrierter Ansatz für die Analyse und Planung von Entwicklung, in: Nohlen, D. und Nuscheler F., (Hrsg.), S. 81-112.
- Volbert, A., Demopoulos, D.-G.:** (1989), Stabilization Policies in Greece in the Context of Modern Macroeconomic Theory, in: Schriften zu internationalen Wirtschaftsfragen, Bd. 10; Duncker & Humblot: Berlin.
- Wagner, N., Kaiser, M., Beindiek, F.:** (1989), Ökonomie der Entwicklungsländer, 2. Aufl., Stuttgart 1989, Fischer Verlag.
- Wagner, H.:** (1993), Wachstum und Entwicklung: Theorie der Entwicklungspolitik. München; Wien: Oldenburg Verlag.
- Watrin, C.:** (1983), Markt und Staat als Systeme der Ressourcenallokation, in: Woll, A. u.a., (Hrsg.), S. 3-10.
- Weber, M.:** (1972), Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie, 5. revidierte Auflage besorgt von J. Wickelmann, Studienausgabe, Tübingen.
- Wehling, H.-G.:** (1989), (Red.), Innovation. Stuttgart; Berlin; Köln : Kohlhammer.
- Weick, K.-U.:** (1987), Die EG-Regionalpolitik am Beispiel Süditaliens (Theoretische Grundlagen, Instrumenteneinsatz und Bewertung der bisherigen Förderpraxis), Reutlingen: Harwalik.